

Inhaltsverzeichnis

Deutschland Ost – Deutschland West

Vorwort	177	Martin Sterr Kirche und Kirchlichkeit	218
Martin und Sylvia Greiffenhagen Zwei politische Kulturen?	179	Beate Rosenzweig Opfer, Verliererinnen, ungleiche Schwestern?	225
Gerhard Lehbruch Die deutsche Vereinigung: Kaltstart oder Fehlstart	186	Wolfgang Seibel Die „Treuhand“ als „Winkelried“	231
Jörn Mothes/Jochen Schmidt Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit	192	Joachim Ragnitz Die Wirtschaft in Deutschland Ost und in Deutschland West	237
Oscar W. Gabriel Ein demokratischer Konsens in Ost und West?	196	Das politische Buch	242
Ursula Hoffmann-Lange Elite West – Elite Ost?	203	Jahresinhaltsverzeichnis	244
Sonderbeilage: 50 Jahre „Der Bürger im Staat“	1–16	Einzelbestellungen und Abonnements bei der Landeszentrale (bitte schriftlich)	
Ulrich Eith Politisch zweigeteilt?	211	Impressum: Seite 217	
		Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kunden-Nr. an.	



Deutschland Ost – Deutschland West

Zehn Jahre ist es her, dass am 3. Oktober 1990 die deutsche Vereinigung staatsrechtlich vollzogen worden ist: durch den Beitritt von fünf neuen Ländern, die sich auf dem Boden der bisherigen DDR gebildet hatten, zur Bundesrepublik Deutschland nach Art. 23 Grundgesetz. In den ersten Minuten dieses denkwürdigen Tages verkündete Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Hunderttausenden von Menschen, die sich vor dem Reichstag in Berlin versammelt hatten, unter Zitierung der Preamble des Grundgesetzes:

“Die Deutschen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit vollendet.”

Am 2. Dezember 1990 wurde der neue Bundestag gewählt. Es waren die ersten freien Wahlen in ganz Deutschland seit dem Ende der Weimarer Republik, seit beinahe sechzig Jahren also.

Mit der deutschen Vereinigung, international abgesichert, akzeptiert auch von den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands, einschließlich der Sowjetunion, ist die neue Bundesrepublik Deutschland staatsrechtlich Realität geworden, bestehend aus zehn “alten” und fünf “neuen” Bundesländern plus Berlin, das auch als Stadt und Land wiedervereinigt wurde. Doch konnte diese Vereinigung im staatsrechtlichen Sinne nicht auch schon automatisch die innere Einheit schaffen. Diese schwere Aufgabe galt es jetzt erst anzupacken. Allzu stark hatten sich in mehr als vierzig Jahren beide Teile Deutschlands auseinandergelebt, allzu groß war auch in wirtschaftlicher Hinsicht das Gefälle. Schon vor Jahrzehnten herrschte - zumindest in der Wissenschaft - Klarheit darüber, dass es mit einer “Wiedervereinigung” im Sinne der Beseitigung von Grenzen allein nicht getan sein kann, dass es statt um Vereinigung um Re-Integration gehen werde: um eine Zusammenfügung verschiedenartiger politischer, wirtschaftlicher und sozialer Einheiten. Von Einheiten, die nicht nur von sehr unterschiedlicher Art, sondern auch von unterschiedlichem Gewicht sind. Die Aufgabe, um die es seit dem 3. Oktober 1990 geht, lautet somit – im allgemeinen Sprachgebrauch – die “Herstellung der inneren Einheit.”

Diese Aufgabe hat sich als äußerst schwierig herausgestellt, schwieriger als zuvor geglaubt worden ist. Sie wird die deutsche Politik auch noch lange beschäftigen. Wolfgang Thierse, der Politiker aus den neuen Bundesländern und gegenwärtige Bundestagspräsident, hat bereits 1994 die Besonderheit dieser Aufgabe, auch in

Absetzung zu den Transformationsproblemen in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, nach Erleichterungen und Erschwernissen auf den Punkt gebracht:

“Das Paradoxe ist, daß die deutsche Einigung ökonomisch und materiell gelingen kann wegen dieser westlichen Dominanz und daß sie zugleich deswegen im psychologischen und menschlichen Bereich erschwert wird. Das Ossi-Wessi-Syndrom, die gegenseitigen Vorbehalte nehmen eher zu als ab. Wir haben es leichter als die Polen, die Tschechen, die Slowaken und Ungarn, weil wir Teil eines bis dato politisch und ökonomisch erfolgreichen Landes geworden sind. Wir haben es leichter, aber psychologisch und menschlich erscheint das zugleich als eine Schwernis wegen des Gefälles, von dem immer die Rede ist, nicht des materiellen Gefälles, sondern des Gefälles an Wertigkeit und Selbstbewußtsein, an Darstellungsvermögen und Durchsetzungsfähigkeit, an Zuhörbereitschaft, an Aussagekraft und so weiter.”

Der zehnte Jahrestag ist uns Anlass, eine vorläufige Bilanz der deutschen Vereinigung zu ziehen. Wie steht es mit der deutschen Einheit heute? Wie unterscheiden sich Deutschland Ost und Deutschland West? Was hat sich angeglichen, was sich durchgesetzt, aus welchen Gründen? Welche Unterschiede sind geblieben, haben sich möglicherweise gar noch verstärkt, ebenfalls aus welchen Gründen? Wie sind die Unterschiede und die neuen Gemeinsamkeiten zu bewerten? Welche Prognosen ergeben sich für die Zukunft?

Insbesondere interessieren natürlich die Zufriedenheit der Deutschen Ost und West mit der Demokratie, sowohl als Herrschaftsform ganz allgemein als auch mit ihrer konkreten Gestalt in Deutschland; die Akzeptanz von wesentlichen Werten und Elementen einer demokratischen Staatsform; das Ausmaß der Ablehnung von Diktatur, von Rechts- wie Linksextremismus wie auch spezifischen antiliberalen Einstellungen und Verhaltensweisen wie beispielsweise Fremdenfeindlichkeit.

Sicherlich müssen nicht alle Unterschiede zwischen Deutschland Ost und Deutschland West eingeebnet werden, warum auch? Auch die deutsche Einheit von 1871 im Zeichen der Monarchie hat die Unterschiede zwischen den deutschen Ländern nicht beseitigt, sie bestehen bis heute fort: in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen, nach Konfession und Wahl-

verhalten, nach Mentalität und überhaupt den Besonderheiten der politischen Kultur. Ein Bayer ist mit einem Hamburger nicht zu verwechseln, und das ist gut so. Denn gerade diese Unterschiedlichkeiten machen den Reichtum Deutschlands aus. Nur das Gefälle an Lebenschancen darf nicht zu groß sein, deswegen schreibt das Grundgesetz die "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse" vor, erklärt den Ausgleich zum Staatsziel, geht von einer gesamtdeutschen Solidarität aus. In Hinblick auf die Unterschiedlichkeiten der politischen Kultur ist allenfalls zu fordern, dass sie miteinander kompatibel bleiben. Ansonsten aber gilt, dass – wie immer in der politischen Kultur – frühere Grenzen in den Mentalitätsstrukturen erhalten bleiben. Für Sachsen beispielsweise genau so wie für die ehemalige DDR als Ganzes, die von der Landkarte der politischen Kultur auch weiterhin nicht zu streichen sein wird. Bei all den Analysen des Ist-Standes, bei der Bewertung des deutschen Vereinigungsprozesses und der großen Schwierigkeiten, die sich in den Weg stellten, darf nicht die enorme Herausforderung dieser Aufgabe übersehen werden.

Schon von ihrem Umfang her: Man denke zum Beispiel nur daran, dass es nicht nur um die Beseitigung des Wohlstandsgefälles ging und die Modernisierung einzelner Betriebe oder Branchen: Die gesamte Volkswirtschaft eines Landes, der DDR nämlich, war in den Jahrzehnten zuvor zum Sanierungsfall geworden. Ein Fall für die "Treuhand", die sich allerdings mit dieser Aufgabe keinesfalls nur Freunde erworben hatte. Zudem traf die deutsche Vereinigung die Bundesrepublik unvorbereitet: Niemand hatte mehr damit gerechnet, weder Bevölkerung noch Politik. Eventualplanungen existierten nicht, nicht einmal das erforderliche Wissen über den anderen Teil Deutschlands stand in ausreichendem Maße zur Verfügung. Zudem drängte die Zeit: wegen des Ausblutens und dem absehbaren Kollaps der DDR sowie wegen der außenpolitischen Absicherung. Es war eine "improvisierte Vereinigung", wie der Politikwissenschaftler Gerhard Lehbruch es formuliert hat. Und dafür ist sie eigentlich – alles in allem – ganz gut gelungen.

Hans-Georg Wehling



Trennung durch Vereinigung?

Zwei politische Kulturen?

Wissenschaftliche und politische Unsicherheiten im Umgang mit der deutschen Vereinigung

Von Martin und Sylvia Greiffenhagen

Prof. Dr. Martin Greiffenhagen lehrte bis zu seiner Emeritierung Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart. Prof. Dr. Sylvia Greiffenhagen lehrt Politikwissenschaft an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg. Auch einem breiteren Publikum bekannt geworden sind beide durch ihr Buch: „Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland“ (München 1993).

„Wächst zusammen, was zusammengehört“? Angemessener wären die Fragen: Welche Unterschiede – oder Gemeinsamkeiten – gibt es auf welchen Gebieten? Werden sie geringer oder weiten sie sich noch aus? Gibt es gar Unterschiede, die sich erst durch die Vereinigung ergeben haben? Weiter wäre zu fragen: Gibt es überhaupt ein einheitliches Ganzes, von dem aus gemessen werden darf? Antworten auf solche Fragen hängen ab von den wissenschaftlichen Zugängen, aber auch von politischen Wertungen und Zielvorstellungen. Red.

Der Vergleich von gestern und heute, hier und dort

Politische Kulturforschung entsteht unter Bedingungen gesellschaftlicher Umbrüche. Erst wenn die Verhältnisse sich dramatisch ändern, wird der Blick frei für den Vergleich von heute und gestern, von hier und dort. Rascher gesellschaftlicher Wandel führt zum Streit über die Verbindlichkeit überkommener Traditionen, über die Fortgeltung ethischer Normen und bisher unbefragter Erziehungsziele. Politische Kulturforschung ist in diesem Sinne stets auch Krisenforschung.

Einer der wichtigsten Impulse für den Neuanfang empirisch orientierter Kulturforschung nach dem Zweiten Weltkrieg war die Emanzipation junger Staaten von der Kolonialherrschaft. Die Geschichte selbst sorgte für Experimentierfelder. Wie in einem Zeitraffer liefen Prozesse ab, die früher Jahrhunderte dauerten.

Der zweite Impuls für die Etablierung der politischen Kulturforschung lag in der politischen Erfahrung mit dem NS-Regime. Wie war es möglich, dass ein hochzivilisiertes Land des alten Europa in eine derartige Barbarei verfiel? Wie weit sollte man zurückgehen, um Quellen für diese Fehlentwicklung zu finden? Bis zu Hitler, bis zum Versailler Vertrag und zur Weimarer Republik? Bis zum Ersten Weltkrieg und zur Wilhelminischen Ära? Bis zu Bismarck, Friedrich dem Großen? Spielen Luther und Nietzsche eine Rolle? Stimmt die These von der „Verspäteten Nation“ und vom „Deutschen Sonderweg“? Von der Beantwortung dieser Fragen hängen Antworten auf andere Fragen ab: Wie lange würde es dau-

ern, bis die deutsche Bevölkerung ähnlich stabile bürgerschaftliche Werthaltungen aufweisen würde wie die alten Demokratien Europas? Welche Lebensgebiete, welche Sozialisationsmechanismen muss man dafür besonders ins Auge fassen? Gibt es Verbindungen zwischen ökonomischer Prosperität und Demokratisierung? Solche Fragen brachten die politische Kulturforschung in Gang und liefern bis heute immer neue theoretische Modelle und methodische Strategien zur kausalen Verknüpfung von Faktoren, zu denen auch solche gehören, die auf den ersten Blick „unpolitisch“ aussehen.

Die Frage nach der „Mauer in den Köpfen“ löst auch heiße Diskussionen in der Wissenschaft aus

Seit 1989 bietet die deutsche Vereinigung ein neues Experimentierfeld für die politische Kulturforschung. Wieder ist es eine Krise, wieder sind es Bedingungen raschen sozialen Wandels, die zu Fragen zwingen: Stimmt es, dass der raschen und problemlosen Angleichung der politischen Institutionen eine „innere Einheit“ noch nicht gefolgt ist? Gibt es eine „Mauer in den Köpfen“ zwischen Ost- und Westdeutschen? Handelt es sich gar um zwei unterschiedliche politische Kulturen in einem Staat? Und schlimmer: Wächst die politisch-kulturelle Distanz zwischen beiden Bevölkerungsteilen vielleicht sogar im Laufe und unter Bedingungen des Vereinigungsprozesses selbst?

Im Unterschied zu den beiden genannten historischen Anstößen für die politische Kulturforschung, dem Ende des Kolonialzeitalters und dem nationalsozialistischen Deutschland, spielt sich die Erforschung der deutschen Vereinigungsbedingungen und -perspektiven nicht nur im politisch heißen Feld ab, sondern trifft gleichzeitig auf ein Wissenschaftsfeld heißer Kontroversen darüber, welche Theorien und Methoden der politischen Kulturforschung angemessen und erfolgversprechend sind. Beide Dramatiken, die politische und die wissenschaftliche, hängen überdies immer zusammen. Die politische Kulturforschung hat stets in einem politisch-sensiblen Umfeld, einem *bias* operiert und gehört selber zur politischen Kultur ihrer Forscher und Autoren hinzu. Hier noch durchzufinden und also die Validität von Theorien und Methoden ohne Rücksicht auf politische Neigungen ihrer Verfechter zu diskutieren, ist fast unmöglich. Unser Beitrag operiert also auch in einem Getümmel vieler Widersprüchlichkeiten und gegenseitiger Ansprüche, Recht zu haben. Das gilt für Ursachenforschung mit unterschiedlichsten Zuschreibungen, für Einschätzungen gegenwärtiger Trends

und für Prognosen künftiger Entwicklung im Blick auf Zeitdimensionen und inhaltliche Konstellationen. Worauf es uns in diesem Text ankommt, ist nicht, Theorien oder Methoden, politische Hoffnungen oder Strategien als richtig zu erweisen. Was wir uns vorgenommen haben, ist lediglich eine Sensibilisierung für die Disparitäten des gegenwärtigen Szenarios, politisch wie forschungsstrategisch. Dabei werden sich durch den beschränkten Raum der Darstellung gewisse Verkürzungen und Ungleichgewichte kaum vermeiden lassen. Für sie bitten wir gleich zu Beginn ausdrücklich um Nachsicht.

Sind die Unterschiede nur „folkloristischer“ Natur?

Wir beginnen mit dem schon erwähnten politischen *bias*. Ein Beispiel dafür liefert eine eklatante Differenz in den Forschungsergebnissen der Konrad-Adenauer-Stiftung auf der einen und den jüngeren Analysen von Elisabeth Noelle-Neumann (1996) auf der anderen Seite: „Für die einen ist bereits zu einem Gutteil zusammengewachsen, was zusammengehört; für die andere trennen West und Ost noch Welten.“ (Brunner/Walz 1998, 229). Wie kommt es zu diesen Unterschieden? Hans-Joachim Veen von der Konrad-Adenauer-Stiftung hält politische Einstellungs- und Werthaltungskriterien, die zum Kernbestand der politischen Kulturforschung gehören, im Blick auf Ost- und Westdeutsche für unerheblich, wirft den mit solchen Faktoren arbeitenden Wissenschaftlern antipluralistischen Gemeinschaftsmythos vor und verweist auf kulturelle Unterschiede zwischen Nord- und Süddeutschen, die immer bestanden hätten, ohne dass deshalb eine gesellschaftliche und politische Einheit der Bundesrepublik je in Frage gestellt sei. Max Kaase und Petra Bauer-Kaase kritisieren diese Sicht, welche ernsthafte politische Einstellungsunterschiede zu regionalen Folkloren herunterspielt:

„Bemerkenswerterweise wird jedoch seine Argumentation sehr diffus, wenn es um eines der klassischen Probleme der pluralistischen Theorie und ihrer Umsetzung in operationalisierbare Konzepte geht, nämlich die systematische, theoriegeleitete Benennung der für die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft zentralen Konsenswerte und die Konkretisierung dessen, was dem strittigen, kontroversen Bereich zuzurechnen ist ... Gerade an der inhaltlichen Ausfüllung dieser Dichotomie entscheidet sich jedoch, inwieweit die West- und Ostdeutschen sich in einem gemeinsamen Gesellschafts- und Politikverständnis treffen. Wenn man die prinzipielle Akzeptanz der demokratischen Re-

gierungsweise als ein Gebiet benennt, in dem ein hoher Konsens eine gewisse Voraussetzung für demokratische Persistenz darstellt, kann man den Befund nicht ignorieren, dass eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen belegt hat, dass hier seit 1990 kontinuierlich erhebliche Unterschiede zwischen den beiden deutschen Bevölkerungen, im Sinne einer geringeren Demokratieakzeptanz in Ostdeutschland, festzustellen sind“ (Kaase/Bauer-Kaase 1998, 252).

Politische Einschätzungen schlagen auf wissenschaftliche Diagnosen durch

Solche durch Hoffnung oder Skepsis eingefärbten Prognosen werden dadurch nicht einfacher einzuschätzen, dass es sich bei ihnen teilweise um politischen Zweckoptimismus bzw. Zweckpessimismus handelt: in einer durchaus achtbaren Einschätzung der Wirkungen solcher Prognosen (Greiffenhagen 1997). Ihr wissenschaftlicher Aussagewert aber leidet beträchtlich unter solchen Strategien, weil mindestens für den Laien oft schwer erkennbar ist, welche theoretischen und methodischen Verkürzungen und Einseitigkeiten ihnen jeweils dienen.

Politische Neigungen anderer Art führen zu Differenzen in der *politisch-moralischen Beurteilung* von Unterschieden, auf welche die Forscher treffen. So zeigt der sogenannte „Gießen-Test“ deutlich zivilisationskritische Aspekte: Die „Wessis“ seien selbstzufrieden, um nicht zu sagen zynisch, hart, arrogant und prahlerisch. Die „Ossis“ seien empathischer, geselliger, liebesfähiger (Auffermann 1995). Nicht weniger problematisch ist die psychische Gewinn- und Verlustrechnung zwischen Ost- und Westdeutschen, wie sie Hans-Joachim Maaz aufmacht (Maaz 1991).

Wertewandel: ja oder nein?

Als Beispiel dafür, wie stark politische Einschätzungen auf wissenschaftliche Diagnosen durchschlagen, resümieren wir die Auseinandersetzung von Thomas Gensicke mit zwei Theorien Elisabeth Noelle-Neumanns, dazu seinen eigenen Vermittlungsvorschlag:

Gensicke (selber ein Vertreter der optimistischen Version einer eher problemlosen Vereinigung) kritisiert Noelle-Neumann mit ihrer Meinung, in der DDR habe jener Wertewandel nicht stattgefunden, der die Bundesrepublik in den 60er-Jahren erschüttert, die alten Tugenden und Werte außer Kraft gesetzt und die Westdeutschen „verweichlicht“ hätte. Die Ostdeutschen könnten deshalb, „ausgestattet mit einer Art ‚Kernigkeit‘, die die Westdeutschen in den 50ern noch besaßen, den Umbruch gut bewältigen“. Im Unterschied zu den Ostdeutschen, die durch eine eigene Revolution das diktatorische Regime überwunden hätten, sei das politische Selbstbewusstsein der Westdeutschen durch die ständige Beschäftigung mit den deutschen Verbrechen in der Nazi-Zeit „gebrochen“. Klages und Gensicke sind dagegen der Meinung, dass es der Wertewandel war, der auch in der



„Wächst zusammen, was zusammen gehört?“

Die Realität scheint auch 10 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch weit von dieser Zielvorstellung entfernt, wie nicht nur die Politische Kultur-Forschung aufzeigen kann. Das Bild von der Kundgebung nach der Öffnung der Mauer am 10. November 1989 in Berlin zeigt neben dem Vater jenes berühmt gewordenen Ausspruchs, Willy Brandt, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Berlins Regierenden Bürgermeister Walter Momper, den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Jürgen Wohlrabe und Kanzleramtsminister Rudolf Seiters beim Singen des Deutschland-Liedes.

Foto: dpa-Bildarchiv

DDR stattgefunden und den Aufstand in der DDR motiviert hat (Gensicke 1995, 134). Einerlei also, wie die Prognose für eine rasche oder längerwährende Vereinigung ausfällt, politische Einschätzungen und Strategien wollen bei allen wissenschaftlichen Ergebnissen mit berücksichtigt sein. Politische Kulturforschung ist nie unpolitisch, und dieser Einsicht gilt es, besonders bei einem sich so wissenschaftlich gebenden Umgang mit dem deutschen Vereinigungsproblem, zu berücksichtigen.

Der politische Zweck des Vergleichs ist Angleichung

Politische Kulturforschung lebt vom Vergleich. Dabei kreuzen sich verschiedene Vergleichsebenen und -dimensionen. Man vergleicht verschiedene politikgeschichtliche Phasen eines Volkes, um Einblicke in Wandlungsprozesse des politischen Bewusstseins zu bekommen. Gleichzeitig vergleicht man verschiedene nationale Kulturen. Zwischen beiden Vergleichen gibt es Querverbindungen, da auch nationale Vergleiche nur sinnvoll sind unter Berücksichtigung politikgeschichtlicher Faktoren. Es kommt auf diese Weise zu einer doppelten Verschränkung, und erst diese ermöglicht die Beschreibung der eigenen politischen Kultur: im Blick auf die eigene Geschichte und die Entwicklung anderer nationaler Kulturen (Greiffenhagen/Greiffenhagen 1997, 169 und dies. 2000). Der Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern bietet über die theoretischen und methodischen Probleme solcher aspektreichen Vergleiche hinaus besonders verwickelte Schwierigkeiten:

Der politische Zweck dieser wissenschaftlichen Vergleiche ist Angleichung. Diese

Angleichung steht unter dem Vorzeichen einer essentiellen Einheit, die historisch und ethnisch verbürgt ist. Worum es also geht und worum der Streit geht, ist das Maß an zeit- und regimebedingter Entfremdung und um die Zeitspanne, die zwei Teile eines Volkes benötigen, damit wieder zusammenwächst, was immer zusammengehörte.

Oder sollte man überhaupt nicht von Zusammenwachsen, sondern lediglich einer wachsenden Erkenntnis sprechen: dass man nie getrennt war? Andere aus dem sowjetischen Block entlassene Bevölkerungen kennen dieses Problem nicht. Ihre politische Identitätsarbeit ist frei von der zusätzlichen Aufgabe einer Vergleichung und Angleichung mit einem anderen Volksteil. Diese Völker kennen auch nicht die der Vereinigung nachfolgenden Probleme liberaldemokratischer Vormundschaft, fragloser Einführung liberal-wirtschaftlicher Prinzipien und eines Elitenimports auf fast allen Gebieten. Die Konfrontation mit dem Liberalismus in Politik, Wirtschaft und auf der Werte-Ebene bleibt dort deshalb in gewisser Weise „abstrakt“ und der Umbau ihrer politischen Kultur in Richtung Westen ihre eigene Aufgabe. Ihre nationale Identität wird dabei nicht in Frage gestellt, wenn man von ethnischen Konflikten absieht, die aber ihrerseits lang zurückliegende historische Wurzeln haben.

„Innere Einheit“ als Zentralbegriff?

In Deutschland hat dagegen der politikwissenschaftliche Terminus „Vergleich“ immer auch einen politischen Akzent. Alle Vergleiche der beiden Bevölkerungsteile stehen unter der meist auch ausgesprochenen Frage, unter welchen Bedingun-

gen und innerhalb welchen Zeitrahmens man auf politische Angleichung hoffen kann. Das zeigt sich schon in der Wortwahl für diesen Prozess:

Am meisten verbreitet ist der Ausdruck „Innere Einheit“. Er lieferte ein eigenes Stichwort im *Handbuch zur deutschen Einheit* 1993 (Weidenfeld/Korte 1993, 372ff). Der Verfasser Max Kaase schrieb allerdings später, diesem Begriff habe es von Anfang an an einer klaren theoretischen Einbettung gemangelt. Er führt deshalb den Begriff „Identität“ ein und kommt zu dem Ergebnis, die hierzu vorhandene Literatur zeige, „dass von einer wachsenden Unbefangenheit im Umgang und in der gegenseitigen Wahrnehmung der West- und Ostdeutschen noch nicht gesprochen werden kann. Es hat vielmehr den Anschein, dass die Selbstwahrnehmung der früheren DDR-Angehörigen als „Bürger zweiter Klasse“ ... die Ausbildung einer Teilidentität begünstigt, in der eine distanzierende Haltung zu den Westdeutschen eine wichtige Rolle spielt, zumal deren zunächst einmal höchst positive Einschätzung als kompetente Marktwirtschaftler durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Ost und West inzwischen erhebliche Abstriche hinnehmen musste“ (Kaase/Bauer-Kaase 1998, 251, 265).

Neben Innerer Einheit und Identität spricht man heute zunehmend von „Integration“ (Thumfart 2000, 833) oder noch vorsichtiger von einer „Zusammenfügung“ (Greiffenhagen 1997, 17). In diesem Falle ist häufig von Kompromiss die Rede, und die Richtung der Angleichung bleibt entweder offen, oder „Angleichung“ wird von vornherein als ein gesamtdeutsches Phänomen verstanden (Wegener/Liebig 1998, 43). Diese in Bezug auf Subjekt und Objekt der Angleichung vorsichtigere Einschätzung findet sich auch in der Bevorzugung des Terminus „Transition“ vor dem der „Transformation“, über die Alexander Thumfart schreibt:

„Die Ersetzung von Transformation durch Transition... formuliert nicht nur, dass die Dinge so stabil und umkehrbar zielgerichtet nicht sind. Sondern sie plädiert dafür, die Umstellungsprozesse auch weiterhin bei zwar durchaus angegebener ungefähre Richtung dennoch als ein ergebnis-offenes, relativ unbestimmtes und fortdauerndes Geschehen anzusehen, in dem es zu unerwarteten Eigenentwicklungen und institutionell-kulturellen Ausformungen kommen wird, die (zunächst im ostdeutschen Bereich) keinem vorgegebenem Bild gehorchen und entsprechen“ (Thumfart 2000, 30).

Statt um Innere Einheit und Identität geht es jetzt um die „innere Tragfähigkeit des vereinten Deutschland“ (Westle 1999, 14). Diese bescheidenere Anforderung an eine politisch-kulturelle Angleichung gibt sich inzwischen sogar mit der Konstatierung von Widerspruchsfreiheit zwischen beiden Bevölkerungen zufrieden. In diesem Sinne berichtet Dieter Fuchs zunächst von beträchtlichen Unterschieden zwischen den alten und den neuen Ländern im Blick auf direkte *Bürgerbeteiligung* und *soziale Gerechtigkeit*. Beides waren konstitutive Merkmale des Modells des demokratischen Sozialismus. Dann aber schreibt er:

„Allerdings stehen beide Prinzipien nicht in einem Widerspruch zum liberalen Modell“ (Fuchs 1997, 97).

Tendenzen einer neuerlichen Entfremdung?

Wie immer der Vereinigungsprozess genannt wird, die große Mehrheit der wissenschaftlichen Diagnostiker sind sich darin einig, dass von einem Abschluss dieses Prozesses noch nicht die Rede sein kann, und schlimmer: dass sich seit Jahren Tendenzen einer neuerlichen Entfremdung zeigen. Da ist die Rede von einer „Mauer in den Köpfen“ (Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993, 369 ff), da trifft man auf die Frage, „ob die Gefahr der Desintegration besteht und Deutschland eingereicht werden muss in die Reihe der „zerrissenen Länder“, die kulturell geteilt sind und nie zur Ruhe kommen...“ (Liebig/Wegener 1999, 263 f). Das Beunruhigende an diesen Einschätzungen ist die von allen Forschern bestätigte Beobachtung, dass die Kluft zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen sich seit Jahren vertieft. Dabei handelt es sich um eine auf den ersten Blick paradoxe Entwicklung. Da der Vergleichsmaßstab, nach dem die Ostdeutschen ihre Situation beurteilten, innerhalb weniger Jahre wechselte und nun die Verhältnisse der alten Bundesrepublik statt der alten DDR die neuen Kriterien zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage lieferten (Gabriel 1997 b, 23), empfanden sich viele Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse (Brunner/Walz 1998, 231 ff) und stärker als Ostdeutsche denn als Deutsche. Peter Schmitt (1998, 279 f) resümiert:

„Auf der Basis der hier vorliegenden Daten kann für den Zeitraum von 1993 bis 1996 nicht von einem Abbau der inneren Mauer gesprochen werden ... Darüber hinaus konnte nachgewiesen werden, dass mit steigender Identifikation mit Ostdeutschland die Identifikation mit der Bundesrepublik, wenn auch nur schwach, abnimmt. Diese Ergebnisse haben sich von 1993 bis 1996 nicht wesentlich verändert und sind zum Teil noch ausgeprägter geworden. Dies zeigt einen Loyalitätskonflikt, der nicht kurzfristig aufgehoben sein wird...“ Das Paradoxe dieser „Trennung durch Vereinigung“ liegt darin, dass es wirklich der Vereinigungsprozess selbst zu sein scheint, der Trennungserlebnisse bei den Ostdeutschen hervorruft. Wolfgang Thierse formuliert das Paradox einer deutschen Entfremdung durch deutsche Vereinigung im Vergleich zu der Situation mit politisch-kulturell homogenen Bevölkerungen ehemaliger Ostblockstaaten:

„... wenn man zu den osteuropäischen Nachbarn geht und einen Vergleich anstellt, dann bemerkt man: Das Paradoxe ist, dass die deutsche Einigung ökonomisch und materiell gelingen kann wegen dieser westlichen Dominanz und dass sie zugleich deswegen im psychologischen und menschlichen Bereich erschwert wird. Das Ossi-Wessi-Syndrom, die gegenseitigen Vorbehalte nehmen eher zu als ab. Wir haben es leichter als die Polen, die Tschechen, die Slowaken und Ungarn, weil wir Teil eines bis dato politisch und ökonomisch erfolgreichen Landes geworden sind. Wir haben es leichter, aber psy-

chologisch und menschlich erscheint das zugleich als eine Beschwernis wegen des Gefalles, von dem immer die Rede ist, nicht des materiellen Gefalles, sondern des Gefalles an Wertigkeit und Selbstbewusstsein, an Darstellungsvermögen, an Durchsetzungsfähigkeit, an Zuhörbereitschaft, an Aussagekraft und so weiter“ (Thierse 1994, 23).

In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Angleichung

Bevor wir uns den Diskussionen über einzelne Ursachenzuschreibungen und ihre theoretischen und methodischen Voraussetzungen zuwenden, berichten wir noch über Prognosen, die im Blick auf den Zeitrahmen einer wirtschaftlichen Angleichung ins Auge gefasst werden, von dem man vermuten muss, dass er eine Ursache für das mentale Auseinanderdriften der beiden Bevölkerungsteile ist.

Trotz im einzelnen unterschiedlicher Einschätzungen rechnet die Mehrheit der Forscher ebenso wie der Politiker mit einer längeren Zeitspanne, bis die Distanzen sich verloren oder eingeebnet haben, die gegenwärtig zu konstatieren sind, zudem mit auf einigen Feldern noch steigender Tendenz. Man ist sich einig, dass das Gefühl der Ostdeutschen, Bürger zweiter Klasse zu sein, sich erst bei einer noch deutlicheren Angleichung der Lebensverhältnisse verlieren wird und meint, dies sei „nicht in einer Generation zu erreichen“ (Sturm 1995, 191). Im Gegensatz zu früheren optimistischen westdeutschen Einschätzungen erwarten gegenwärtig die Regierungschefs der ostdeutschen Länder Transferleistungen in dreistelliger Milliardenhöhe bis weit in das neue Jahrhundert hinein. Diese Lagebeurteilung beruht auf Gutachten mehrerer deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute, die den Bedarf für die Zeit nach Auslaufen des Solidarpakts auf etwa 500 Milliarden Mark beziffern. Allein 300 Milliarden würden für Investitionen im Bereich der Infrastruktur benötigt. Das Gutachten dient den ostdeutschen Ministerpräsidenten als Argumentationshilfe bei den bevorstehenden Verhandlungen über den „Solidarpakt Zwei“. Der wirtschaftliche Aufholprozess sei langsamer verlaufen als erhofft, und innerhalb von zehn Jahren sei die Angleichung der Verhältnisse wahrscheinlich nicht zu erreichen, ohne die Solidarität der alten Länder zu überfordern. Der neue Solidarpakt solle deshalb für fünf bis zehn Jahre gelten (Semkat 2000 und *Der Spiegel* 2000).

„Nachholende Modernisierung“

Wir kommen nun zu den unterschiedlichen Theorien und Methoden, mit deren Hilfe der Transitionsprozess mit seinen Ursachen und Bedingungen, mit unterschiedlichen Verlaufsphasen und Perspektiven, erklärt und dargestellt wird. Hier kann es sich, wie gesagt, nur um eine beispielhafte Darstellung handeln, die für sich selbst wenig Wert hat, sondern vornehmlich dem Ziel dient, die Komplexität und Widersprüchlichkeit des wissenschaftlichen Szenarios zu veranschauli-

chen. Die deutsch-deutschen Transitionsprozesse haben bereits zu einer eigenen Forschungsgeschichte geführt, die *Alexander Thumfart* in seiner Habilitationsschrift (2000) ausführlich referiert. Den Anfang machte die Theorie der „nachholenden Modernisierung“. Sie implizierte die Übertragung derjenigen Institutionen und Konfigurationen, die sich über vierzig Jahre in der alten Bundesrepublik herausgebildet und im Ganzen bewährt hatten, in die neuen Bundesländer. *Thumfart* nennt für diese Theorie folgende Grundannahmen:

„Erstens wird das westdeutsche politisch-gesellschaftliche System als eine oder sogar die *Blaupause* angesehen, nach der durchaus im Stile des *social engineering* die soziopolitischen Verhältnisse in Ostdeutschland als reines Abbild zu gestalten seien. Dies impliziert zweitens die rein *exogene* Steuerung und Gestaltung des Transformationsgeschehens. Daraus erwächst drittens die normative Forderung und Erwartung, dass es etwa über die Auslösung spezifischer Anpassungspotentiale oder schlicht durch die faktische Nötigung des Existierenden in relativ kurzer Zeit zu einer Adaption an die westdeutsche Normalität kommen wird, von der DDR also über kurz oder lang nichts mehr zurückbleiben wird bzw. bleiben kann“ (*Thumfart* 2000, 19, Hervorhebungen im Original).

Ganz eigene Einstellungsprofile

Diese als Königsweg zur Integration Ostdeutschlands geltende Modernisierung hat in Theorie und Praxis aber offenbar selber zu Desintegrationsprozessen geführt und Tendenzen zu einer „dualistischen Gesellschaft“ gefördert. Ihre Kritik führte zu einer Ausweitung methodisch-heuristischer Konzepte und „zu einer massiven Umorientierung im forschungsleitenden Zugang. Den entscheidenden (ersten) Schritt stellte dabei die Ergänzung eines rein auf institutionell-organisatorische Strukturen gerichteten Blicks durch die Aufblendung einer politisch-kulturellen Dimension dar“ (Ebd 21). Dabei erfuhren die Forscher auf Schritt und Tritt, dass westliche Ableitungs- und Zuschreibungsmuster auf ostdeutsche Mentalitäten nicht anzuwenden sind. So versagte z. B. im Einstellungsfeld sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit das westlich geprägte Analyse- und Interpretationsinstrumentarium. Ostdeutsche Einstellungen erschienen dem westdeutschen Forscher auf den ersten Blick als diffus, auch mit früheren westdeutschen Phasen nicht vergleichbar. Die Politikgeschichte der DDR hat im Blick auf das Feld des Sozialen offenbar eigene Profile hinterlassen, die man hinsichtlich der unterschiedlichen Generationen, Bildungsgruppen, Berufe und Schichten erforschen muss. Ähnliches gilt für das Maß an sozialem Vertrauen, das innerhalb liberaldemokratischer Bevölkerungen zusammen mit Ich-Stärke und Teamgeist eine gut fassbare Kategorie abgibt, in Ostdeutschland jedoch nicht ohne weiteres zu ermitteln ist. Soweit man sieht, zerfiel soziales Vertrauen bei den Ostdeutschen in zwei nicht ohne weiteres vermittelte Teile: auf der einen Seite



„Deutschland Einig Vaterland“

fordern – oder konstatieren – Berliner auf der Mauer unweit des Brandenburger Tors im Dezember 1989. Die Einheit in staatsrechtlichem Sinn war bald geschaffen. Als schwierig erwies sich der Weg zur „inneren Einheit“. Foto: dpa-Bildarchiv

eine ausgeprägte praktische Hilfsbereitschaft, auf der anderen Seite eine große Zurückhaltung bei der Erörterung weltanschaulicher und politischer Fragen. Was den Teamgeist angeht, so entsprach das sozialistische „Kollektiv“ nicht dem westeuropäisch-nordamerikanischen Modell von „Team“, das eine stärker individualistische und konfliktorientierte Vorstellung von Kooperation einschließt (*Greiffenhagen/Greiffenhagen* 1997, 188).

Schon früher hatten sich westdeutsche Forscher geirrt, als sie meinten, man könne die politisch-kulturelle Situation der zu Ende gegangenen DDR beschreiben, indem man vom Ist-Zustand der westdeutschen politischen Kultur etwa ein Viertel Jahrhundert abzöge, auf diese Weise in die 60er- und sogar 50er-Jahre gelangte und auf diese Weise die Einstellungsprofile der alten westdeutschen Bundesbürger bei den neuen ostdeutschen fände: Schließlich handelte es sich in beiden Fällen um die Abkehr von einem „totalitären System“. Diese Rechnung ging aber nur zum Teil auf, z. B. im Hinblick auf die gemeinsamen Quellen im autoritären Obrigkeitsstaat. So zeigten die Ostdeutschen im Hinblick auf die so genannten sekundären Tugenden zu Beginn der 90er Jahre ein ähnliches Einstellungsmuster wie die Westdeutschen in den 50er-Jahren. Aber auf anderen Feldern versagte die Parallelisierung. Im Unterschied zu den westdeutschen Eliten hatte die SBZ/DDR-Führung die sozioökonomischen Grundlagen der Gesellschaft tief greifend verändert, mit Folgen, die sich in Einstellungsprofilen und Werthaltungen zeigten (Ebd. 187 f).

Zugänge von anderen Wissenschaften her

Worauf es ankam, war somit die Aufgabe, die „Endogenität“ von Einflussfaktoren zu akzeptieren (*Thumfart* 2000, 865 ff). Das bedeutete auch Veränderungen des methodischen Zugriffs. Nicht nur aus

Mangel an zuverlässigen Zeitreihen und überhaupt Ergebnissen der Umfrageforschung, sondern aus grundsätzlichen theoretischen Überlegungen gerieten neue Disziplinen in den Blickkreis dieser politischen Vergleichsforschung. Teilweise ergab sich diese Hinwendung zu historisch-hermeneutischen Ansätzen (*Thumfart* 2000, 33 ff) aus den Erfahrungen der Unbrauchbarkeit westeuropäischer Methoden, z. B. der ahistorischen rational-choice-Methode. Sie ist ungeeignet, regionale Eigenheiten in die Analyse mit einzubeziehen (ebd 866). Aber auch ohne solche negativen Erfahrungen öffnete sich das Spektrum wissenschaftlicher Zugangsweisen erheblich. Auf diese Weise kamen Ansätze der politischen Kulturforschung zum Tragen, die es bis dahin schwer hatten, sich gegen die Umfrageforschung zu behaupten. Statt der unbefragten Vorrangigkeit aktueller Einstellungen wurden nun historisch tief verankerte Vorstellungen wichtig, die kurzfristige Einstellungen überhaupt erst verstehbar machen. *Karl Rohe* spricht in dieser Hinsicht von einer Art politischer Partitur, einem Weltbild von Gruppen, die denselben politischen Code und in der Folge vielleicht auch dasselbe Verhaltensmuster teilen (*Rohe* 1990 und 1994).

Neben eine historisch-hermeneutische Bearbeitung der Transitionsprobleme trat im Laufe der Zeit ein „ethnologischer“ Umgang mit Erscheinungen, denen anders nicht beizukommen war. Man nutzte die gegenwärtig zu beobachtende Ausweitung der *Ethnologie* von der Beschäftigung mit fremden Kulturen in ein Interesse an unterschiedlichen Facetten der eigenen Kultur mit großen Gewinnen für ein neues Verständnis von regionalen und religiösen, schicht- und sozialisationsbezogenen Effekten. Heute stellt sich die Transitionsforschung als ein Kosmos vieler sozialwissenschaftlicher Disziplinen und Forschungsansätze dar (*Gabriel* 1997 a, 471 ff).

Die unterschiedliche Sozialisation konnte nicht folgenlos bleiben

Bekannt und forschungsstrategisch relevant ist die Unterscheidung zwischen den Aspekten „Sozialisation“ und „Situation“. Dabei handelt es sich nicht nur um theoretisch und methodisch unterschiedliche Forschungsansätze, sondern zugleich um forschungsgeschichtlich neue Schwerpunkte im Umgang mit dem Vereinigungsproblem. Inzwischen ergänzen die beiden Theorien einander, nach Ausdifferenzierungen auf jeder Seite. Wir schildern zunächst die Grundpositionen und geben dann Beispiele für Verfeinerungen und Modifikationen:

Die so genannte Sozialisationstheorie erfreute sich zunächst großer Zustimmung, weil sie aus der jahrzehntelangen politischen Trennung der beiden Bevölkerungsteile eine theoretische Folgerung plausibel machte: Unterschiedliche Einstellungen und Werthaltungen wurden auf die Besonderheit der gesellschaftlichen Verhältnisse zurückgeführt, unter denen sie in sozialpsychologisch verschieden angesetzten „formativen Phasen“ erworben wurden, mit ebenfalls unterschiedlich angesetzter Nachhaltigkeit. (Pollack 1998, 302 ff). In immer neuen forschungsstrategischen Ansätzen, mit Hilfe immer neu hinzukommender Disziplinen wurden hohe Evidenzen dafür zusammengetragen, dass DDR-eigene Sozialisationsprägungen für Mentalitätsunterschiede nicht nur im Hinblick auf im engeren Sinne politische Einstellungen, sondern auch auf Feldern zu beobachten sind, die tief in unterschiedlichen biografischen Erfahrungen gesellschaftlichen Zusammenlebens gründen. Solche Forschungen betreffen Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen im Blick auf Sprachgebrauch, biografischen Erzählmodus, den Sinn von Arbeit (Greiffenhagen 1997, 375 f).

Gesellschaften unterscheiden sich auch durch unterschiedliche Zeitverständnisse

Wie subtil solche Untersuchungen sind, zeigt die sich nicht zuletzt im Wege dieser Forschungen selbst ausdifferenzierende neue Disziplin der so genannten „Zeitsoziologie“. Gesellschaften unterscheiden sich danach erheblich durch verschiedene Zeitverständnisse:

- Das *okkasionelle Zeitbewusstsein* richtet sich ausschließlich auf die Gegenwart des Hier und Jetzt. Vergangenheit und Zukunft haben keine Bedeutung, das Handeln wird so strukturiert, dass lediglich dessen aktuelles Moment berücksichtigt wird.
- Das *zyklische Zeitbewusstsein* beruht auf der Vorstellung eines kreisförmigen Verlaufs aller Prozesse. Die Zeiterfahrung unterscheidet zwar ein Vorher und Nachher, diese unterliegen aber keinem linearen Ablauf und kausalen Gesetzmäßigkeiten. Da die Zukunft prädestiniert ist, kann sie nicht durch das gegenwärtige Handeln beeinflusst werden.

- Das *linear geschlossene Zeitbewusstsein* nimmt Prozesse im Zeitablauf als irreversibel und als progressiven Ablauf auf ein letztes Ziel hin wahr. Die Zukunft ist planbar und durch gegenwärtiges Handeln gestaltbar. Der Schwerpunkt dieses Zeitbewusstseins liegt in der Zukunft.
- Das *linear offene Zeitbewusstsein* versteht ebenfalls Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als lineares Kontinuum, lässt der Zukunft aber im Vergleich zum linear geschlossenen Zeitbewusstsein mehr Offenheit und Möglichkeiten. Das Potential dieser Möglichkeiten ist abhängig von der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur (Sievers 1998).

Ostdeutsche Zukunftsvorstellungen waren durch Vorhersehbarkeit, Fremdbestimmung und Fortschreibung der Gegenwart geprägt. Den Gegenpol bildet die westdeutsche individuelle Suche nach neuen Zukunftshorizonten, an denen sich konkrete Handlungsabsichten orientieren. Einstellungsforschungen zeigen, in welchem Maße unterschiedliche Generationen Ostdeutscher einem linear geschlossenen bzw. einen zyklischen Zeitbewusstsein anhängen (das seinerseits mit niedriger Lebenszufriedenheit und pessimistischen Zukunftserwartungen korreliert) oder sich bereits einem linear offenen Zeitbewusstsein geöffnet haben (Häder 1996). Je nach der Stärke solcher biografischer Prägungen lassen sich dann Prognosen unter den Kriterien wie „Fatalismus“, „Dezisionismus“ oder „Kompromissfähigkeit“ entwickeln (Greiffenhagen 1999, 118 ff).

Aus der Situation heraus als „Bürger zweiter Klasse“ empfunden

Unter dem Erklärungsdruck einer seit Mitte der 90er-Jahre sich öffnenden Schere ost- und westdeutscher Mentalitäten und einer damit einhergehenden gegenseitigen Schuldzuweisung dafür verstärkte sich der Einfluss der „Situationstheorie“. An Stelle der mit der Sozialisationstheorie einhergehenden Persistenzvermutung erklärt sie die wachsende Selbstidentifikation der Ostdeutschen, verbunden mit einer gewissen nostalgischen Verklärung der DDR-Verhältnisse, aus situativen Erfahrungen während des Vereinigungsprozesses selbst. Die zunehmende „Selbstkategorisierung als Ostdeutsche“ hat unterschiedliche Quellen: ökonomische Differenzen, Arbeitslosigkeit, persönliche Erfahrungen mit „Besserwessis“ etc. Als Hauptnenner dieser Deklassierungserfahrungen erscheint immer mehr die wachsende Zustimmung zu der in Interviews formulierten Frage, ob man sich als „Bürger zweiter Klasse“ fühle (Brunner/Walz 1998, Greiffenhagen, M. u. S. 1993 und 1997).

Das Resultat von Vergessen und Erinnern

Mehr noch als bei der Sozialisationstheorie muss man bei der Situationstheorie davor auf der Hut sein, sich nicht bedenken-

los einer ihrer vielen Ausformulierungen auszuliefern. Was alles in die Rechnung eingehen muss, das ist inzwischen nicht nur kontrovers geworden, sondern nur noch für Fachleute überschaubar. Detlef Pollack ist deshalb nachdrücklich zuzustimmen, wenn er bei dem Forschungsobjekt „Deutsche Vereinigung“ von einem „multidimensionalen Gebilde“ spricht: „Ob man hierbei eher sozialisatorische oder situative Faktoren ausfindig macht, ist wiederum eine andere Frage als die, ob man nun bei den situativen Faktoren stärker auf ökonomische Differenzen, strukturelle Ungleichgewichte, Abwertungsaspekte, bewusste Diskriminierung oder einfach auf Momente der Fremdheit und Unvertrautheit abstellt. In jedem Fall aber wird man die ostdeutsche Identität und die sich an sie anlagernde ostdeutsche Erinnerungskultur nicht als ein einheitliches Phänomen ansprechen dürfen, sondern als ein multidimensionales Gebilde behandeln müssen“ (Pollack 1998, 314 f). Die folgenden Bemerkungen liefern Beispiele für diese Multidimensionalität. Ihr Ziel ist nicht eine umfassende Auflistung aller Kontrollnotwendigkeiten, sondern lediglich die Sensibilisierung für die Vielgestaltigkeit der gegenwärtig angewandten Theorien und Methoden.

Was aus der politischen Vergangenheit einer Bevölkerung als Tradition bewahrt wird, ist das Resultat von Vergessen wie von Erinnern. Geschichtsbewusstsein ist auf gegenwärtige Bedürfnisse bezogen und ein Selektionsprozess (Greiffenhagen 1997, 53 ff). Das gilt auch für einen nostalgischen Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Was hier positiv erinnert wird, dient gegenwärtigen Bedürfnissen und wird von gegenwärtigen Mentalitäten und Spannungen beeinflusst. Dabei kommt es zu paradoxen Entwicklungen. Gerade Homogenisierungsprozesse, die Ost- und Westdeutsche objektiv und subjektiv ähnlicher werden lassen, sorgen für Ungerechtigkeitswahrnehmungen, die man mit Theorien der relativen Deprivation und der relativen Privilegierung zu erklären versucht (Schmidt/Maes/Schmal 1999, 171 f). Auch Stressprozesse, die Resultate der Anpassungsanforderungen sind, können, zusammen mit Bedrohungseinschätzungen, zu Überzeichnungen deutscher Differenzen führen (Jerusalem 1999, 299 f).

Die wirtschaftsbezogenen Wahrnehmungen politisieren sich zunehmend

Damit ist evident, dass die Verbindung zwischen „Struktur“ und „Kultur“ prekär ist und ständiger Ausdeutung unterliegt. Die wirtschaftsbezogenen Wahrnehmungen „politisieren“ sich zunehmend, d. h. sie können sich von strukturellen Daten des Haushaltsnettoeinkommens oder der allgemeinen Wirtschaftslage teilweise stark entfernen (Brunner/Walz 1998, 242 ff).

Auch Wertorientierungen, bei denen man Sozialisationseinflüsse vermutet, unterliegen situativen Veränderungen. So könnte die Hochschätzung von Gleichheitswerten gleichzeitig und vielleicht verstärkt



Der „Trabbi“: Symbol der DDR

Galt der Trabant zu Zeiten der DDR als Zeichen eines bescheidenen Wohlstandes und einer gewissen beschränkten Bewegungsfreiheit, bemächtigte sich seiner bald nach der deutschen Vereinigung die Zeichen der neuen Zeit, so die Werbung für eine Videothek.

Foto: Helga Wöstheinrich

eine Konsequenz aus gegenwärtigen Ungleichheitserfahrungen sein (Pollack 1998, 305).

Für eine solche Einschätzung sprechen Ergebnisse einer neuen soziologischen Forschungsrichtung, der so genannten „Gerechtigkeitsforschung“

(Schmidt/Montada 1999). Sie liefert sehr differenzierte Methoden, um Ungerechtigkeitsverfahren auf persönlicher oder kollektiver Ebene zu analysieren. Dabei bezieht sie sich sowohl auf ordnungspolitische Gerechtigkeitsmodelle und -kriterien wie auf „Ergebnisgleichheit“. Sozialpolitische Orientierungen der Ost- und Westdeutschen zeigen hier Unterschiede im Blick auf die Extensität (Felder) und die Intensität (Leistungen) staatlicher Sozialpolitik. (Roller 1997). Dass unterschiedliche Beurteilungen der Effizienz von Sozialpolitik die Demokratiezufriedenheit beeinflusst, wusste man schon länger (Fuchs 1997).

Wie schwierig es ist, solche Einsichten umstandslos auf Ost- und Westdeutschland anzuwenden, zeigen Wegener und Liebig, indem sie zwei Befunde diskutieren. Die Gerechtigkeitsideologien in Ostdeutschland haben sich den westlichen angenähert. Da dieser Prozess aber von 1991 bis 1996 von einem tief greifenden Wandel der Gerechtigkeitsideologien in Westdeutschland begleitet wurde, sind Differenzen nach wie vor vorhanden:

„Zwar ist z. B. Egalitarismus in Ostdeutschland 1996 gegenüber 1991 in seiner Anhängerschaft stark reduziert worden, das gilt aber für Westdeutschland nicht weniger. Im Ergebnis bleibt es dabei, dass Ostdeutsche auch 1996 mehr egalitäre Gerechtigkeitsüberzeugungen als Westdeutsche haben. Der Unterschied ist jetzt lediglich auf einem niedrige-

ren Niveau angesiedelt“ (Wegener/Liebig 1998, 53).

Zum andern führt eine soziodemografische Kontrolle zu der Einsicht, „dass es keine genuin östlichen oder genuin westlichen Gerechtigkeitsideologien gibt, sondern nur Unterschiede, die sich an den sozialen Positionen der Betroffenen festmachen. Insofern existieren sowohl im Osten wie im Westen Deutschlands „innere Mauern“, aber keine, die entlang der früheren Demarkationslinie verläuft“ (Ebd. 54).

Nicht einfacher, sondern schwieriger wird die Forschungslage, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass trotz hoher Differenzwahrnehmungen besonders in Ostdeutschland die Unterschiede in den Werthaltungen minimal sind. Die Daten der Werteforscher Klages und Gensicke belegen, dass es hier nur relativ geringfügige Differenzen zwischen West und Ost gibt (mit der Ausnahme „an Gott glauben“) (Gensicke 1995 und 1998, Kuechler 1998, 296). Wer sich an diese Daten hält, stellt für den Prozess der inneren Vereinigung günstigere Prognosen als diejenigen, die direkt danach fragen, ob Ostdeutsche sich eher als Deutsche oder als Ostdeutsche definieren (Greiffenhagen 1997, 379) oder sich an den bemerkenswerten Befund halten, dass die Ostdeutschen 1995 die DDR auf sieben von neun Feldern der alten Bundesrepublik für überlegen hielten, im Unterschied zu 1990, wo die DDR nur auf drei von neun Gebieten für überlegen galt (Ebd. 377). – Aber auch innerhalb der Werthaltungen gibt es noch Unterscheidungen im Blick auf unterschiedliche Ursachenzusammenhänge:

„Während normative Werthaltungen einen historisch-traditionalen, d. h. kulturellen Ursprung haben, sind rationale

Werthaltungen strukturell bedingt. Auf der Suche nach einem empirischen Abgrenzungskriterium zwischen beiden Typen von Werthaltungen wird man daher auf die unterschiedliche kausale Genese beider Werthaltungen achten müssen: Eine kulturelle Verursachung erzeugt normative, eine strukturelle rationale Werthaltungen. Wenn wir also wissen wollen, wie es um die „innere Mauer“ in Deutschland bestellt ist und welche Aussichten für ihre Überwindung bestehen, müssen wir uns darüber verständigen, welche Werthaltungen normativ und welche rational sind“ (Wegener/Liebig 1998, 27).

Die Prognosen müssen unterschiedlich ausfallen

So verwickelt die Forschungsstrategien für eine Diagnose des Vereinigungsprozesses sind, so verschieden fallen die Prognosen aus. Das gilt für theoretische Versuchsanordnungen ebenso wie für politische Strategien. Ein sprechendes Beispiel für einen tief greifenden Unterschied im theoretischen Zugang beschreibt Hans W. Bierhoff. Die vergleichende Kulturpsychologie unterscheidet im Blick auf Ost- West-Vergleiche einen monokulturellen Ansatz, der universelle Gemeinsamkeiten betont und von einer gemeinsamen Grundgesamtheit ausgeht, von der Hypothese zweier unabhängiger Grundgesamtheiten, die sich strukturell prinzipiell unterscheiden (Bierhoff 1999, 45 f). Kein Wunder, dass die beiden Ansätze unterschiedliche Ergebnisse und Prognosen zur Folge haben.

Noch ein Beispiel dafür, dass eine gewählte Forschungsstrategie Gesamtdiagnosen und -prognosen des Vereinigungsprozesses stark akzentuieren kann: Bettina Westle hat Wahrnehmungen von Nation und Demokratie bei Ost- und Westdeutschen verglichen. Die Unterschiede, die sich im Blick auf das von ihr entwickelte Raster unterschiedlicher Nationalgefühle dabei ergeben, sind größer als zwischen europäischen Nationen:

„Im Blick auf Deutschland haben die vorangegangenen Analysen den Eindruck verdichtet, dass die kollektiven Identitätsstrukturen diversifizierter und polarisierter als im Durchschnitt der europäischen Nationen sein mögen. Einerseits scheinen ethnisch-kulturelle, andererseits postnationale Identitätselemente stärker vertreten. Angesichts der wechselvollen Geschichte der Deutschen und des Ereignisses der Vereinigung selbst ist dieser Befund auch durchaus plausibel“ (Westle 1999, 319).

Skepsis und Geduld sind gefragt

Die Folgerungen, welche die politische Kulturforschung ebenso wie die praktische Politik aus dieser so unsicheren diagnostischen Lage ziehen sollten, ist dieselbe: Offenheit gegenüber neuen Erkenntnissen bzw. neuen Strategien. Unterschiedliche Akkulturationsergebnisse führen zu unterschiedlichen „Anpassungsformen an die andere Kultur auf-

grund von eigener kultureller Identität einerseits und Interaktionspräferenz mit den Angehörigen der anderen Kultur oder Gruppe andererseits ...“ (Trommsdorff 1999, 316) Dabei empfiehlt sich eine Verstärkung des sich in den letzten Jahren ankündigenden „ethnologischen Umgangs“ miteinander. Die Ethnologie wusste immer schon zwischen endogenen und exogenen Effekten zu unterscheiden und Integrationsprozessen als solchen eigene ursächliche Wirkungen zuzuschreiben. Eine verstärkte Aufmerksamkeit dafür scheint sowohl theoretisch wie politisch geboten. Das bedeutet eine stärkere Berücksichtigung endogener ostdeutscher Prämissen und Eigenständigkeiten im Vereinigungsprozess selbst. Die Prävalenz Westdeutschlands hatte zu Dominanzen geführt, die im Theoretischen die Gefahr verengter Blickweisen und im Politischen dysfunktionale Resultate mit sich brachten. *Alexander Thumfart* tritt für eine solche Änderung des Blickwinkels ein:

„Endogenität als Selbstgestaltung von innen her ist im Gegenzug zur Außenlenkung und Dependenz von anderen für Ostdeutschland zu stärken, um Emanzipationsgewinne und eine Interdependenz zwischen Gleichberechtigten zu erzielen. Die Kontext- und Strukturvorgaben der westlichen Demokratie-Stärkung sind nunmehr eigenständiger zu nutzen und politisch-inhaltlich weiterzuentwickeln und mit eigenem interpretativen Sinnhandeln auszufüllen ... Ohne Endogenität ist die normative Integration nicht zu haben, werden die Normen und Werte weder ausreichend akzeptiert noch genügend internalisiert. Die monistische und zentralistische Außenbestimmung des DDR-Regimes ist abgeschüttelt, der Pluralismus und die offene Gesellschaft sind eingeführt. Jetzt müssen die endogenen Gestaltungschancen ergriffen und gesamtgesellschaftliche Verantwortungsoptionen wahrgenommen werden. Endogenität und Exogenität, das Eigene und das Fremde, sind gesamt-kulturell nicht als feindselig, sondern als komplementär zu begreifen. Dies erfordert verständnisorientiertes kommunikatives Handeln und einen überlappenden Grund- oder Minimalkonsens“ (Thumfart 2000, 865).

Diese Empfehlung erscheint uns realistisch. Wer das Ziel eines „Minimalkonsenses“ für zu resignativ hält, sollte an die vielen Rückschläge erinnert werden, durch die der Vereinigungsprozess belastet wurde. Da scheinen zwei Maximen eher zum Ziel zu führen, die sowohl in der Forschung wie in der Politik bewährt sind: Skepsis und Geduld.

Literaturhinweise:

- Altenhof, R./Jesse, E. (Hrsg.): Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven. München 1995.
- Auffermann, V.: Das kalte und das warme Herz. Eine Studie über „Deutsche Befindlichkeit im Ost-West-Vergleich“. In: Süddeutsche Zeitung 20.2.1995.
- Bertram, H. (Hrsg.): Ostdeutschland im Wandel. Lebensverhältnisse – politische Einstellungen. Opladen 1995.
- Bierhoff, H. W.: Zufriedenheit, Leistungsbereitschaft und Unfairness in Ost- und Westdeutschland. Zur psychosozialen Befindlichkeit nach der Wiedervereinigung. In: Schmitt, M./Montada, L. (Hrsg.): Gerechtigkeitsserleben im wieder vereinigten Deutschland. Opladen 1999, S. 45 ff.
- Brunner, W./Walz, D.: Selbstidentifikation der Ostdeutschen 1990–1997. Warum sich die Ostdeutschen zwar als Bürger zweiter Klasse fühlen, wir aber nicht auf eine „innere Mauer“ treffen. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen 1998, S. 229 ff.
- Bulmahn, Th.: Attribute einer lebenswerten Gesellschaft. Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit. In: Schriftenreihe des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung FS III 99–411.
- Fuchs, D.: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. In: Gabriel, O. W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen 1997, S. 81 ff.
- Gabriel, O. W.: Politische Einstellungen und politisches Verhalten. In: Gabriel, O. W./Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München/Wien 1997 (a), S. 381 ff.
- Gabriel, O. W.: Politische Kultur aus der Sicht der empirischen Sozialforschung. In: Niedermayer, O./Beyme, K. (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin 1994, S. 22 ff.
- Gabriel, O. W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen 1997.
- Gensicke, Th.: Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration. Opladen 1998.
- Gensicke, Th.: Pragmatisch und optimistisch. Über die Bewältigung des Umbruchs in den neuen Bundesländern. In: Bertram, H. (Hrsg.): Ostdeutschland im Wandel. Lebensverhältnisse – politische Einstellungen. Opladen 1995, S. 127 ff.
- Gensicke, Th.: Sind die Deutschen reformscheu? Potenziale der Eigenverantwortung in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/1998, S. 3 ff.
- Greiffenhagen, M.: Kulturen des Kompromisses. Opladen 1999.
- Greiffenhagen, M.: Politische Legitimität in Deutschland. Gütersloh 1997; Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 1998.
- Greiffenhagen, M. u. S.: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. München 1993.
- Greiffenhagen, M. u. S.: Politische Kultur. In: Grundwissen Politik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1997; Lizenzausgabe Frankfurt/New York 1997, S. 167 ff.
- Greiffenhagen, M. u. S. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2000.
- Häder, M.: Linear, zyklisch oder okkasional? Ein Indikator zur Ermittlung der individuell präferierten Form des Zeitbewusstseins. In: ZUMA-Nachrichten 39/1996, S. 17 ff.
- Hardtwig, W./Winkler, H. A. (Hrsg.): Deutsche Entfremdung. Zum Befinden in Ost und West. München 1994.
- Jerusalem, M.: Sozialer Wandel, Veränderungserfahrungen und Stressprozesse. In: Schmitt, M./Montada, L. (Hrsg.): Gerechtigkeitsserleben im wiedervereinigten Deutschland. Opladen 1999, S. 299 ff.
- Kaase, M.: Innere Einheit. In: Weidenfeld, W./Korte, K.-R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1993, S. 372 ff.
- Kaase, M./Bauer-Kaase, P.: Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990–1997. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen 1998, S. 251 ff.
- Kuechler, M.: Vereint und doch getrennt? In: Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen 1998, S. 291 ff.

- Liebig, S./Wegener, B.: Protest und Verweigerung. Die Folgen sozialer Ungerechtigkeit in Deutschland. In: Schmitt, M./Montada, L. (Hrsg.): Gerechtigkeitsserleben im wieder vereinigten Deutschland. Opladen 1999, S. 263 ff.
- Maaz, H.-J.: Zwischen Depression und Narzissmus. Die sozialpsychologischen Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 38/1991, S. 1095 ff.
- Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen 1998.
- Niedermayer, O./Beyme, K. (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin 1994.
- Noelle-Neumann, E.: Die deutsche Einheit gelingt – aber wann? In: FAZ 18.12.1996.
- Noelle-Neumann, E.: Die Jahre der Einheit. In: Die politische Meinung 12/1993.
- Pollack, D.: Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen 1998, S. 301.
- Rohe, K.: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. In: Historische Zeitschrift 250/1990.
- Rohe, K.: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Niedermayer, O./Beyme, K. (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin 1994, S. 1 ff.
- Roller, E.: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung. In: Gabriel, O. W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen 1997, S. 115 ff.
- Schmitt, M. u. a.: Ungerechtigkeitsserleben im Vereinigungsprozess. Folgen für das emotionale Befinden und die seelische Gesundheit. In: Schmitt, M./Montada, L. (Hrsg.): Gerechtigkeitsserleben im wieder vereinigten Deutschland. Opladen 1999, S. 169 ff.
- Schmitt, M./Montada, L.: Psychologische, soziologische und arbeitswissenschaftliche Analysen der Transformation nach der deutschen Wiedervereinigung. In: Schmitt, M./Montada, L. (Hrsg.): Gerechtigkeitsserleben im wieder vereinigten Deutschland. Opladen 1999, S. 7 ff.
- Schmitt, M./Montada, L. (Hrsg.): Gerechtigkeitsserleben im wieder vereinigten Deutschland. Opladen 1999.
- Schmitt, P.: Nationale Identität. Nationalismus und Patriotismus in einer Panelstudie 1993, 1995 und 1996. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen 1998, S. 269 ff.
- Semkat, U.: 500 Milliarden sollen in den Osten fließen. In: Stuttgarter Zeitung 30.3.2000.
- Sievers, H.: Zeitbewusstsein, Handlungsintentionen und Eigenverantwortung. Eine Analyse der Zusammenhänge zwischen handlungsbestimmenden Orientierungen. In: ZUMA-Nachrichten 42/1998, S. 144 ff.
- SPIEGEL 22/2000: Aufbau Ost. Sizilianisches Niveau.
- Sturm, R.: Nicht in einer Generation zu erreichen. Die Angleichung der Lebensverhältnisse. In: Altenhof, R./Jesse, E. (Hrsg.): Das wieder vereinte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven. München 1995, S. 191 ff.
- Thierse, W.: Wahrnehmungen zum deutschen Befinden in Ost und West. In: Hardtwig, W./Winkler, H. A. (Hrsg.): Deutsche Entfremdung. Zum Befinden in Ost und West. München 1994, S. 9 ff.
- Thumfart, A.: Normative Integration. Fallstudien zu Transformationsprozessen in Ostdeutschland. Noch unveröff. Habilitationsschrift Erfurt 2000.
- Trommsdorff, G.: Eine Dekade nach der Vereinigung. Auf dem Weg zur inneren Einheit? In: Schmitt, M./Montada, L. (Hrsg.): Gerechtigkeitsserleben im wieder vereinigten Deutschland, S. 313 ff.
- Veen, H.-J.: Die innere Einheit ist schon da. In: FAZ 22.7.1997.
- Veen, H.-J.: Innere Einheit – aber wo liegt sie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40-41/1997, S. 19 ff.
- Waschkuhn, A./Thumfart, A. (Hrsg.): Politik in Ostdeutschland. München/Wien 1999.
- Wegener, B./Liebig, S.: Gerechtigkeitsideologien 1991–1996. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen 1998, S. 25 ff.
- Weidenfeld, W./Korte, K.-R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1993.
- Westle, B.: Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen. Opladen 1999.

Die improvisierte Vereinigung

Die deutsche Vereinigung: Kaltstart oder Fehlstart?

Eine Bilanz des Vereinigungsprozesses

Von Gerhard Lehmbuch

Prof. Dr. Gerhard Lehmbuch ist emeritierter Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz.

Die deutsche Vereinigung war improvisiert: Niemand hatte sie überhaupt noch für möglich gehalten. Entsprechend gering war das Wissen über die DDR und ihre politischen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Strukturen. Die Bereitschaft, für die Vereinigung auch finanzielle Opfer zu bringen, hielt sich ebenfalls in Grenzen. Eventualplanungen gab es nicht. Doch es mangelte nicht nur an Wissen, sondern auch an Zeit: um den Kollaps der DDR aufzufangen, vor allem auch, um sie – angesichts der labilen Machtverhältnisse in der Sowjetunion – außenpolitisch möglich zu machen. Zudem fiel die deutsche Vereinigung in eine Zeit des Vorwahlkampfes. Das alles gilt es zu berücksichtigen, wenn man den Prozess der deutschen Vereinigung würdigen will. Red.

Die Beurteilung des Vereinigungsprozesses bleibt kontrovers

Die Entscheidungsprozesse im Zuge der deutschen Vereinigung werden später einmal zu den wichtigen Themen der Geschichtswissenschaft gehören, und es bedarf keiner Fantasie, um vorherzusagen, dass die Bilanz der Vereinigungspolitik kontrovers bleiben wird. Eine der zentralen Streitfragen wird sein, inwieweit der Übergang vom „real existierenden Sozialismus“ zur Marktwirtschaft als „Kaltstart“ (Sinn/Sinn 1991) oder gar „Fehlstart“ (Hickel/Priewe 1994) zu charakterisieren war und inwiefern diese frühen Weichenstellungen für Fehlentwicklungen wie die weitgehende De-Industrialisierung der ehemaligen DDR verantwortlich sind. Weit mehr als die Hälfte der früheren Arbeitsplätze ist ja verloren gegangen, und dieser Verlust wurde durch die Entstehung neuer Arbeitsplätze bei weitem nicht kompensiert. Das steht in starkem Kontrast zu den optimistischen Ankündigungen der Politik im Jahre 1990, die man leicht nachlesen kann, wenn man in den Zeitungen jenes Jahres blättert.

Es gibt recht unterschiedliche Erklärungsversuche für die Diskrepanz zwischen den frohgemuten Erwartungen von 1990 und der tatsächlichen Entwicklung des ostdeutschen Transformationsprozesses. Im Osten begegnet man nicht selten der Vorstellung, mächtige Interessen in der alten Bundesrepublik – insbesondere industri-

elle Konkurrenten – hätten die Wirtschaft der ehemaligen DDR „plattmachen“ wollen und dafür in der Treuhandanstalt eine willfährige Verbündete gefunden. Andere Kritiker haben argumentiert, dass man auf Anraten von ökonomischen Experten auf eine „Schocktherapie“ (vor allem durch die frühe Wirtschafts- und Währungsunion) gesetzt habe, die in einer Art von „Urknall“ (wie in der *big-bang*-Hypothese von der Entstehung des Universums) Energien freisetzen sollte, die dann zu einem selbsttragenden Aufschwung führen würden. Indes seien dabei Sozialingenieure am Werk gewesen, die mit ihrem Konzept des radikalen Neuanfangs eine im Ansatz verfehlte „holistische“ Strategie verfolgten.¹ Folgt man etwa der Sozialphilosophie Karl Poppers, dann hat *social engineering* nur als Stückwerktechnologie oder als „Durchwursteln“ (Lindblom) Sinn, insbesondere, weil es Korrekturen in einem Prozess von „Versuch und Irrtum“ erlaubt. Diese Chance sei aber durch die Schocktherapie verbaut worden.

Für jede dieser Positionen lassen sich plausible Argumente und empirische Beobachtungen ins Feld führen, aber gegen jede gibt es auch gravierende Einwände. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, sind die unbestreitbaren Fehlentwicklungen im Vereinigungsprozess daraus zu erklären, dass das Handeln der politischen Akteure in der Frühphase an empfindliche Schranken der Rationalität stieß. Wir haben aus der *Theorie der Organisationsentscheidungen* schon seit langem gelernt, dass schon unter Alltagsbedingungen die Rationalität von kollektiven Entscheidungsprozessen an kaum vermeidbare Grenzen stößt.² Und in außergewöhnlich krisenhaften Situationen ist die Rationalität kollektiven Handelns erst recht empfindlich begrenzt. Der Prozess der deutschen Vereinigung ist dafür ein herausragendes Beispiel. Hier gab es nicht nur *kognitive Schranken der Rationalität* – in dem Sinne, dass es diesen Akteuren ganz erheblich an Wissen mangelte. Es gab auch gravierende *Schranken der Konsensbildung* über politische Ziele und damit Rationalitätsschranken, wie sie in der ökonomischen Theorie der Politik diskutiert werden: Die Logik des politischen Wettbewerbs erschwerte nämlich über die Maßen, dass sachlich angemessene Entscheidungen getroffen wurden. Zwar war die Entwicklung zur De-Industrialisierung Ostdeutschlands vorhersehbar, und in einer langfristigen, „gradualistischen“ Perspektive hätte sich manches besser steuern lassen.³ Doch sie ließ sich nicht verhin-

dern, weil es keine Chance gab, solch eine gradualistische Perspektive politisch durchzuhalten. Man konnte zwar wissen, was geschehen würde, aber die Entwicklung ließ sich unter den gegebenen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht entscheidend korrigieren. Erst mit Verzögerung hat dann die deutsche Politik im Einigungsprozess allmählich Lernprozesse durchgemacht, aber sie konnten die getroffenen Weichenstellungen nicht mehr rückgängig machen, sondern nur noch die Folgen zu mildern suchen.

Die improvisierte Vereinigung

Die deutsche Vereinigung war zunächst durch ein hohes Maß an Improvisation charakterisiert, weil der Zusammenbruch der DDR die alte Bundesrepublik ganz unerwartet traf.⁴ Man vergisst heute gern, dass weder die Politik noch die öffentliche Meinung einen Zusammenbruch der DDR in ihr Kalkül zogen, bevor die Mauer fiel. Die deutsche Politik hatte seit langem nicht mehr ernsthaft mit einer deutschen Vereinigung gerechnet und auch nichts aktiv unternommen, um sie herbeizuführen. Dafür gab es natürlich gute Gründe. Seit dem Bau der Mauer im Jahr 1961 waren die Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung, wie sie das erste Nachkriegsjahrzehnt stark bestimmt hatten, zunehmend verfliegen. Man sah die deutsche Teilung immer deutlicher als ein integrales Moment des Ost-West-Konflikts, und war allgemein zu der Überzeugung gelangt, dass die Sowjetunion ihre vorgeschobene Bastion in Deutschland aus strategischem Interesse nicht aufgeben werde. Da aber die Sicherung des Friedens durch Stabilisierung der Beziehungen zwischen den Blöcken die unbedingte politische Priorität genoss, richteten sich Politik und Gesellschaft Westdeutschlands in der Teilung ein.

Das Thema Wiedervereinigung wurde über die Jahre hinweg allenfalls als symbolischer Merkmast beibehalten

Es trifft natürlich zu, dass der Westen die Stabilität der Sowjetunion überschätzt hat, wenn er davon ausging, es werde bei der Zerteilung Europas in zwei Blöcke bleiben. Aber für diese Annahme gab es manche guten Gründe, und weder die Politik noch ihre wissenschaftlichen Berater sind mit der Gabe historischer Prophetie ausgestattet. Die vorherrschende Einschätzung der Stabilität des Ostblocks



Wo, bitte, geht's in den Westen?

Ein freundlicher Volkspolizist weist am 10. November 1989 einer Gruppe von Menschen den Weg.
Foto: dpa-Bildarchiv

hatte jedenfalls wichtige Konsequenzen für den Umgang der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR. Hier dominierte eine Staatsräson, die zu gebieten schien, die innerdeutschen Machtverhältnisse zu stabilisieren – auch bei denen, die nicht der verführerischen Hoffnung auf einen „Wandel durch Annäherung“ unterlagen. Dafür gaben insbesondere außenpolitische Besorgnisse den Ausschlag, die nur vor dem Hintergrund des atomaren Gleichgewichts zu verstehen sind: Es musste auch im Interesse des Westens liegen, dass es nicht zu einem neuen 17. Juni käme, denn das hätte eine höchst explosive, politisch nur schwer beherrschbare Situation schaffen können, bis hin zu einem Waffengang zwischen den Supermächten. Die Wendung zu dieser Politik hatte zwar zuerst die sozial-liberale Koalition vollzogen, aber die Regierung Kohl trat deren Erbe mit ausgeprägtem Kontinuitätssinn an. Differenzen zwischen den Parteien gab es allenfalls in der Frage, inwieweit das traditionelle Postulat der Wiedervereinigung als symbolischer Merkposten beibehalten werden müsse. Volksparteien brauchen mitunter solche Proklamationen, um das Vertrauen der Parteibasis in die Kontinuität der Parteiführung zu stabilisieren. Aber kein urteilsfähiger Beobachter konnte dies als operative Handlungsanweisungen missverstehen.

Dementsprechend gab es längst keine Pläne für den Fall der Wiedervereinigung mehr

Unter diesen Umständen gab es natürlich auch keinerlei konkrete, alsbald umsetzbare Planung für den Vereinigungsfall. Das war ein markanter Kontrast zu den Fünfzigerjahren. Damals war die Wiedervereinigung nicht nur ein zentrales Postulat in den Programmen aller politischen Parteien gewesen, sondern dieses Postulat enthielt durchaus auch ein operatives Element. Man wusste zwar, dass es um die

absehbaren Realisierungschancen einstweilen nicht gut stand, aber man hielt sich offen für einen Tag X. Insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Fragen einer Wiedervereinigung hat es damals relativ detaillierte Eventualplanungen gegeben. Es gab einen *Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung*, der beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen angesiedelt war. Aufgabe dieses Beirats war es, die Veränderungsprozesse in der DDR zu beobachten und Überlegungen darüber anzustellen, welche Anpassungsschritte im Fall einer Wiedervereinigung nötig seien. In seinem 1961 veröffentlichten Bericht für den Zeitraum seit 1957 finden sich z.B. „Richtlinien für Übergangsmaßnahmen im Bereich der Industrie der Steine und Erden“, „Leitsätze für die Umstellung des Rechnungswesens der ‚volkseigenen‘ Industrie in der SBZ bei der Wiedervereinigung“, oder eine „Vorläufige Empfehlung für den gewerblichen Kredit in Mitteldeutschland nach der Wiedervereinigung“. Dieses Offenhalten für die Entwicklungen, und die Erwartung, man müsse die Wiedervereinigung planen, ist bis in die 60er Jahre nachzuweisen. 1968 hatte der *Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung* seinen letzten Bericht erstattet, und 1972 wurde er aufgelöst. Das resultierte vordergründig aus dem Kurswechsel in der Ost- und Deutschlandpolitik, den die sozialliberale Koalition vollzog, war aber doch nur eine Konsequenz der veränderten Erwartungen und längerfristigen Bewusstseinsveränderungen, die sich nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 mit seiner tiefgreifenden Wirkung auf das Bewusstsein der Öffentlichkeit vollzogen hatten. Er veränderte die historischen Perspektiven nicht nur der Ostdeutschen, sondern auch der Westdeutschen. Mehr und mehr fand man sich mit der Teilung als einer nicht umkehrbaren historischen Veränderung ab, und in den Achtzigerjahren hatte sich das so verfe-

stigt, dass der angesehene Historiker *Karl Dietrich Erdmann* sie als eine Parallele zu der Verselbständigung Österreichs als einer politischen Einheit mit eigenem Nationalbewusstsein darstellte. Diese These von einer Dreiteilung der einstigen deutschen Nation rief dann wiederum in Österreich einige Emotionen hervor, weil man sie als eine verkaptete „großdeutsche“ Ideologie interpretierte. Als nun die Kontroverse 1988 auf einer deutsch-österreichischen Historikertagung in Salzburg zur Sprache kamen, gingen ausweislich des Tagungsbandes die Diskussionsteilnehmer ziemlich unisono davon aus, es gebe jetzt als ein feststehendes historisches Faktum zwei deutsche Staaten – und die Meinungen gingen nur darüber auseinander, ob man das in Parallele zur Verselbständigung Österreichs setzen und sogar von drei „deutschen Staaten“ sprechen dürfe (*Botz/Sprengnagel* 1994). Das war kein Einzelfall. Der amerikanische Historiker *Charles S. Maier* berichtete zum Beispiel von einer Tagung in Harvard im Oktober 1989 aus Anlass des 40. Gründungstages der Bundesrepublik, bei der keiner der anwesenden führenden Vertreter der deutschen öffentlichen Meinung auch nur angedeutet habe, er rechne mit einer möglichen Auflösung der DDR.

Veränderungen in der DDR waren nur oberflächlich zur Kenntnis genommen worden

Diese Bewusstseinsveränderungen hatten nun zur Folge, dass man das, was sich seit 1961 als Wandel in der DDR abspielte, nur noch oberflächlich zur Kenntnis nahm. Es gab zwar eine offizielle Beobachtung dieser Vorgänge. Die Bundesregierung legte ja in Abständen von mehreren Jahren die *Berichte und Materialien zur Lage der Nation* vor. In dieser Veröffentlichung wurden die Wirtschaftsentwicklung, das Rechtssystem und die zentralen Herrschaftsmechanismen dargestellt. Die Sozialwissenschaft, hier speziell die Politikwissenschaft, hat sich in diesem Zusammenhang insbesondere mit den Lenkungsorganen beschäftigt: mit der Struktur der SED, dem Politbüro usw., und außerdem mit dem Komplex, den man die politische Kultur nennt: Da hat man etwa die DDR-Literatur und die Schulbücher genommen und hat versucht, daraus Schlüsse auf Bewusstseinsveränderungen zu ziehen. Aber man hatte wenig oder gar keine Kenntnisse über die mittlere institutionelle Ebene, und das wurde offenbar auch nicht als gravierendes Defizit empfunden. Man hatte nur oberflächliche Kenntnisse von der ostdeutschen Verwaltung, und nach dem Zusammenbruch der DDR wurde deutlich, dass Kenntnisse über die Entwicklung des Wissenschaftssystems der DDR weitgehend fehlten. Beispielsweise hat der Generalsekretär der *Kultusministerkonferenz (KMK)* eingeräumt, dass die KMK über die Entwicklung der Universitäten in der DDR im Augenblick der Vereinigung keinerlei Informationen gehabt habe. Wie sich das Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Forschung entwickelt hatte, darüber gab es bloß vage Mutmaßungen.

Kein Herzensanliegen, manchmal sogar Ängste

Ein Weiteres kam hinzu: Es wäre unredlich zu behaupten, dass nach vierzig Jahren deutscher Teilung die Wiedervereinigung noch ein tief gefühltes Herzensanliegen der Westdeutschen gewesen sei. In den 50er und frühen 60er-Jahren hatte es in der Öffentlichkeit immer wieder spekulative Diskussionen darüber gegeben, ob man nicht „die Zone freikaufen“ könne. Könnte man nicht, so diese Vorstellung, der Sowjetunion irgendwelche goldenen Berge versprechen und sie damit bewegen, die DDR freizugeben, weil sie ihr wirtschaftlich ja doch nicht so viel bringe? Später hat man dann zwar Häftlinge freigekauft, aber die Idee eines großen wirtschaftlichen Kraftakts zur Wiedervereinigung verblasste. Und parallel vollzog sich eine zunehmende mentale Entfremdung. Die DDR wurde zu einem „fernen Land“ (so, schon drei Jahre nach dem Bau der Mauer, der kritisch gemeinte Titel von *Dönhoff/Leonhardt/Sommer* 1964). Man konnte dann etwa – vor allem in der jüngeren Generation – hören, dass es doch sehr viel mehr Gemeinsamkeiten des Lebensgefühls mit den Österreichern und Franzosen gäbe als mit den Ostdeutschen. Mehr noch, man wird nicht um die Feststellung herumkommen, dass der Zusammenbruch der DDR und die Perspektive, damit werde jetzt die Bundesrepublik gewissermaßen in die Pflicht genommen – auch und gerade finanziell –, manche Sorgen vor der Gefährdung dessen geweckt haben, was man nun in den Jahrzehnten in Westdeutschland aufgebaut hatte. Diese Besorgnis, die relativen Verteilungspositionen der Westdeutschen könnten durch die Vereinigung in Mitleidenschaft gezogen werden, kam sehr deutlich zum Ausdruck, als im Sommer 1990 ein ehemaliger Spitzenbeamter aus dem *Bundesministerium für Finanzen* an meiner Universität (Konstanz) einen Vortrag hielt und in der Diskussion aus dem Publikum gefragt wurde, ob das alles nicht schrecklich teuer werde. Die ebenso bezeichnende Antwort lautete, darum brauche man sich keine Sorge zu haben, denn die Anpassungskosten würden ausschließlich im Osten getragen.

Finanzhilfen großen Stils an eine noch selbstständige DDR wären im Westen kaum hingenommen worden

Dies war neben dem außerordentlichen Informationsdefizit nun die zweite Rationalitätsschranke, an der die westdeutsche Politik aufblief: Sie konnte weder bei der Wirtschaft noch bei den Beschäftigten und der Wählerschaft eine ausgeprägte Bereitschaft voraussetzen, die „Anpassungskosten“ einer Wiedervereinigung auf sich zu nehmen. Es gab, anders ausgedrückt, ein *Konsensdefizit*. Erst recht hätte man mit erheblichen Widerständen gegen eine Strategie der graduellen Annäherung der zwei deutschen Staaten rechnen müssen. Denn eine längere Übergangsperiode, während der eine autonome DDR einen Anpassungsprozess an marktwirtschaftliche Bedingungen durchlaufen hätte, wäre

nur mit großen Finanzhilfen der Bundesrepublik vorstellbar gewesen – andernfalls hätte die DDR-Bevölkerung ihrer Regierung die Loyalität entzogen. Als die Regierung *Modrow* im Januar 1990 ihren ersten und letzten Staatsbesuch in Bonn machte, erwartete sie eben solche Finanzhilfen, die ihr den Anpassungsprozess erleichtert hätten. Dass die Bundesregierung ihr die kalte Schulter zeigte, konnte zumal unter den Bedingungen von Parteienkonkurrenz nicht überraschend kommen: Es musste ja sehr fraglich sein, ob man der westdeutschen Wählerschaft und der öffentlichen Meinung die massive Subventionierung eines immer noch sozialistisch orientierten zweiten deutschen Staates längerfristig hätte zumuten können. Auch eine Regierung *de Maizière* wäre, wenn eine demokratisierte DDR für längere Zeit weiterbestanden hätte, immer wieder dem Vorwurf „sozialistischer Experimente“ ausgesetzt gewesen, und unter solchen Bedingungen hätte die westdeutsche Öffentlichkeit vermutlich wenig Toleranz für einen nennenswerten Ressourcentransfer nach Osten aufgebracht.

Wollte man nicht nur den wirtschaftlichen Kollaps der DDR vermeiden, sondern auch den Abstand im Lebensstandard soweit verringern, dass die ostdeutsche Bevölkerung zum Bleiben bewegt werden könnte, dann war das letzten Endes nur auf der Basis einer raschen wirtschaftlichen und politischen Vereinigung möglich. Nur so ließ sich das Konsensdefizit überbrücken. Denn zum einen kann in modernen Industriegesellschaften bisher nur der Nationalstaat seine Bürger so binden, dass sie sozialstaatliche Umverteilungsprozesse zu ihren Lasten hinnehmen.⁵ Und zum anderen bot die staatliche Vereinigung auch die Chance, die *Sichtbarkeit* solcher Prozesse abzuschwächen. Denn die komplexe fiskalische Organisation des modernen Staates erlaubt es, innergesellschaftliche Umverteilungsprozesse so zu steuern, dass sie nicht allzu offensichtlich als Einbahnstraße von konkreten Zahlern zu konkreten Empfängern (und womöglich gar als „Nullsummenspiel“) erscheinen. Ressourcentransfers in eine selbstständige DDR wären demgegenüber viel transparenter gewesen und hätten viel stärkere Widerstände provoziert. Besonders ausgeprägt kam diese Technik des Verdeckens von Umverteilung zum Ausdruck, als sich die Bundesregierung mit den Ländern darüber verständigte, den *Aufbau Ost* weitgehend nicht aus Haushaltsmitteln zu finanzieren, sondern mittels des *Fonds deutsche Einheit*, der nicht aus Steuern gespeist wurde, sondern durch Kredite. Inzwischen wissen wir natürlich, dass – entgegen den Versicherungen des oben zitierten Bonner Spitzenbürokraten – die Anpassungskosten sehr wohl in ganz erheblichem Maße auch im Westen getragen werden, aber das geschieht über komplizierte Vermittlungsprozesse.⁶

Die deutsche Einigung traf die Bundesrepublik in der Zeit des Vorwahlkampfes

Wie sahen nun die strategischen Kalküle aus, die eine mit solchen Restriktionen

konfrontierte Politik nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes anstellte? Dieser Zusammenbruch hatte die alte Bundesrepublik ja nicht nur ganz unerwartet und schlecht informiert getroffen, sondern auch in einer Situation des Vorwahlkampfes für die *Bundestagswahl 1990*. Diejenigen, die zuerst zu reagieren hatten, waren in dieser Situation vorab politische Akteure im Parteiensystem. Hier war daher die Reaktion ganz stark geprägt von den Entscheidungskriterien des *Parteienwettbewerbs*: Es geht dabei um Machterwerb und um Machtbehauptung. Das bedeutet keinen moralischen Vorwurf, denn im demokratischen Parteienstaat sind dies notwendige *Nahziele* für den, der strategische *Fernziele* verfolgen will. Die Gefahr freilich ist dann immer die, dass die Nahziele sich verselbstständigen und dass Handlungsoptionen ausgeschlossen werden, die mit dem *Nahziel* nicht vereinbar sind. Vor allem können unpopuläre Alternativen, die der parteipolitische Gegner angreifen könnte, dann nur schwer in Erwägung gezogen werden. Der Parteienwettbewerb potenziert, mit anderen Worten, das Konsensdefizit: Man kann seinen Wählern nicht „Blut, Schweiß und Tränen“ in Aussicht stellen, wie dies *Winston Churchill* in seiner berühmten Unterhausrede von 1940 getan hatte.

In der Tat spricht vieles dafür, dass die strategischen Nahziele des Parteienwettbewerbs die westdeutsche Politik zwischen dem Fall der Mauer und der Neuwahl des Bundestages überaus stark dominiert haben. Das gilt insbesondere für die Strategie des damaligen Bundeskanzlers. Wir wissen, wie sehr gerade *Helmut Kohl*, der seine ganze Karriere als Parteipolitiker gemacht und seine Partei auch als seine „Heimat“ bezeichnet hat, in seinem Handeln immer von der Perspektive von Machterwerb und Machtbehauptung bestimmt war; dies war ein zentrales Element seiner politischen Durchsetzungsfähigkeit. Es konnte somit kaum anders sein, als dass die Kriterien der Machtbehauptung auch seine Politik nach dem Mauerfall bestimmten. Warum der berühmt gewordene *10-Punkte-Plan für eine deutsche Föderation* von Helmut Kohl am 4. Dezember 1989 sozusagen überfallartig im Bundestag verkündet wurde, hat *Horst Teltschik*, der damals als Berater des Kanzlers der Mitagierende war, in seinen Erinnerungen nicht im Verborgenen gelassen: Eine zentrale Erwägung war damals, was das gegenüber SPD und FDP in dieser Perspektive des Parteienwettbewerbs für Punkte bringen könnte (*Teltschik* 1991, 49).

Aber diese Dominanz der Rationalitätskriterien des Parteienwettbewerbs verengte natürlich auch den Handlungsspielraum der Regierung und der Opposition. Beide hatten mit der Restriktion zu kämpfen, dass im Jahre 1989/1990 – anders als etwa nach dem Zweiten Weltkrieg – das Bewusstsein einer tief greifenden nationalen Krisensituation, in der es nicht zuletzt auf einen möglichst breiten Konsens für unvermeidliche Einschnitte in eigene Besitzstände ankäme, weitgehend fehlte. Die politischen Führungskräfte Westdeutschlands wollten den Zusammenbruch der



Im Zeichen der deutschen Einheit

stand bereits der Wahlkampf zur einzigen frei gewählten Volkskammer in der DDR vom 18. März 1990. Wahlkampf magnet war so nicht zufällig Helmut Kohl, hier auf dem Bild mit Wolfgang Schnur vom Demokratischen Aufbruch (rechts) und im Hintergrund Lothar de Maiziere, der nach der Wahl der letzte Ministerpräsident der DDR wurde. Das Bild wurde aufgenommen auf einer Wahlveranstaltung in Karl-Marx-Stadt am 1. März 1990, zu der rund 200 000 Menschen gekommen waren.

Aufnahme: dpa-Bildarchiv

DDR nicht als eine krisenhafte nationale Herausforderung wahrnehmen, die womöglich unpopuläre Maßnahmen erfordert hätte. Deshalb kam eine Krisenstrategie, wie sie nicht nur *Winston Churchill* im Kriegsjahr 1940, sondern auch die Mehrzahl der westdeutschen Politiker in den ersten Nachkriegsjahren bevorzugt hatte – etwa die Bildung einer Großen Koalition – nicht in Frage.

Handeln unter außerordentlichem Zeitdruck

Der Optionsspielraum der westdeutschen Politik wurde dann noch zusätzlich durch den außerordentlichen Zeitdruck eingengt, der damals die Situationsdeutungen der westdeutschen Politik bestimmte. Schon Anfang 1990 gewann sie den Eindruck, dass die Autorität der Regierung *Modrow* zerfiel. Auch die Bildung der Regierung *de Maizière* konnte die Machtstrukturen der DDR nicht dauerhaft konsolidieren, sodass das Gefühl überhandnahm, es müsse jetzt schnell etwas geschehen. Hinzu kam der diplomatische Kalkül, dass man die Zukunft der DDR nur mit der Sowjetunion regeln könne, und die Unsicherheit über das, was dort nach *Gorbatschow* kommen könne, den man als äußerst gefährdet ansah, war sehr groß. Solange die sowjetische Politik noch berechenbar sei, müsse man agieren. Mit solchen Problemwahrnehmungen schuf sich die Politik ein enormes Zeitdefizit: Es mangelte nicht nur in außergewöhnlichem Maße an Wissen, sondern auch an Zeit für Reflexion, für Rückkopplungsprozesse und für Interessenausgleich.

Man musste deshalb Prozeduren oder Formen finden, um die Komplexität dieser Situation zu vereinfachen. Der plötzliche Rückgriff auf die Marktideologie ist ein ganz gutes Beispiel dafür. Hier kam in

der Tat diese Vorstellung von dem „Urknall“ herein, aber nicht etwa als ein großer Plan von Sozialingenieuren, sondern einfach als ein Ausweg aus der Komplexität der Situation über die man zu wenig wusste.⁷ Mit der Vorstellung, es würde zu selbstregulierenden Anpassungsprozessen kommen, wenn man die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft dem Markt überlasse, war die westdeutsche Politik entlastet. Der *Mythos der Währungsreform* spielte in diesem Zusammenhang eine ganz eigentümliche Rolle: Heute besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass die Vorstellung, die Währungsunion könne ähnliche Wirkungen wie die Währungsreform 1948 entfalten, auf ganz massiven Denkfehlern beruhte. Das konnte man damals schon genau so gut wissen. Aber damals wurde das eben gar nicht mehr systematisch analysiert, vielmehr griff man einfach auf einen Mythos der Währungsstabilisierung zurück, der in Deutschland seit der erfolgreichen währungspolitischen Stabilisierungsoperation 1923/24 tief verwurzelt ist. Besonders gravierend war natürlich das Ausblenden einer wichtigen Erfolgsbedingung der Währungsstabilisierungen von 1923 und 1948: In beiden Fällen handelte es sich um einen schmerzhaften Währungsschnitt, während 1990 die Umstellung der DM-Ost im Verhältnis 1 zu 1 (mit gewissen Einschränkungen für größere Guthaben) erfolgte. Eine politische Führung, die in Ostdeutschland Wahlen gewinnen wollte, konnte eben keine Entscheidung fällen, die wirtschaftspolitisch rational gewesen wäre.

Illusionen über den Zustand der DDR-Wirtschaft

Erleichtert wurde diese „weiche“ Vereinigungsstrategie durch die Illusionen, die man sich über den Zustand der DDR-Wirt-

schaft und über ihre Chancen auf den internationalen Märkten machte. Die Schutzbehauptung, diese Illusionen seien unvermeidbar gewesen, ist unhaltbar. Vielmehr wurden kritische Informationen nicht aufgenommen, weil sie die Orientierung der Politik am erstrebten Wahlerfolg behindert hätten. Zu den weit verbreiteten Illusionen gehörte zum Beispiel die Vorstellung, die Wiedergesundung der ostdeutschen Wirtschaft sei in ganz erheblichem Maße ein Managementproblem, und die Privatisierungsstrategie der Treuhandanstalt könne geeignet sein, enorme Produktivitätsreserven freizusetzen. Illusionäre Erwartungen richteten sich auch auf die führende Position der ostdeutschen Wirtschaft auf den osteuropäischen Märkten – nüchterne Reflexion konnte damals schon zu dem Schluss kommen, dass die DDR-Wirtschaft sich auf die Märkte des Westens umorientieren müsste, um bestehen zu können. Aber das hätte wiederum die deutsche Politik erheblich belastet, denn es hätte für die Zukunft einen intensiven Wettbewerb zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Produktionsstandorten bedeutet. Da die Märkte im Westen im wesentlichen besetzt waren, brauchte man im Grunde die DDR-Produkte nicht. Als die Treuhand später gelegentlich versuchte, in Westdeutschland ein aggressives Marketing für die ostdeutsche Wirtschaft zu betreiben, haben ihr die westdeutschen Verbände sehr schnell auf die Finger geklopft.

Schließlich gab es die *fiskalische Illusion*: Nach dem Regierungswechsel von 1982 hatte die konservativ-liberale Koalition mit dem Bundesfinanzminister *Gerhard Stoltenberg* eine relativ erfolgreiche Haushaltskonsolidierung betrieben, und infolgedessen war die Lage der Bundesfinanzen im Vergleich zu anderen Ländern nicht schlecht. Die Konjunkturdaten für 1989/90 sahen recht gut aus, und man erwartete weithin von der Vereinigung einen Boom. Da wurde dann mitunter von Leuten, die es besser wissen mussten, im Brustton der Überzeugung erklärt, man könne die Anpassungskosten alle aus der „Vereinigungsdividende“ bezahlen. Alle diese Illusionen waren vermeidbar – andererseits aber waren sie notwendig (*Seibel* 1992): Wenn man nämlich diese Illusionen nicht kultiviert hätte, dann wäre die Vereinigung für die westdeutsche Politik ein mit solchen Risiken besetzter Kraftakt gewesen, dass sie sich dazu möglicherweise gar nicht durchgerungen hätte.

Der problematische Einigungsvertrag

Was ich hier zur restringierten Rationalität der westdeutsche Politik ausgeführt habe, gilt nicht nur für die Frühphase der Vereinigung bis zur Wirtschafts- und Währungsunion, sondern charakterisiert auch noch die Verhandlungen über den Einigungsvertrag. Der westdeutsche Verhandlungsführer *Wolfgang Schäuble* hat daraus in seinem Rückblick – einer Fundgrube an Beobachtungen zu unserem Thema – kein Geheimnis gemacht (*Schäuble* 1991). Was diesen Prozess cha-

rakterisierte, war zum einen die Asymmetrie der Verhandlungsressourcen der östlichen im Verhältnis zur westlichen Seite, sodass die Rationalitätsdefizite der Vereinigung auch noch durch asymmetrische Interessenberücksichtigung verstärkt wurden. Die westliche Seite war eindeutig überlegen, und zwar nicht nur durch ihre finanziellen Ressourcen, sondern auch durch ihr Know-how im Verhandlungsprozess; dem ostdeutschen Partner fehlte vielfach schon die schlichte Verhandlungstechnologie.

Hinzu kam dann der enorme Zeitdruck, unter den gerade die Verhandlungen zum Einigungsvertrag gesetzt worden sind. Das bedeutete nämlich, dass die Entscheidungen in den Verhandlungen – schon zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, und dann zum Vereinigungsvertrag – weithin nicht nach dem typischen Muster der westdeutschen Aushandlungspolitik ablaufen konnten. Im Normalfall ist ja die Politik in Westdeutschland dadurch charakterisiert, dass über den Föderalismus und über das Verbändesystem unendlich viele Akteure in jeder Entscheidung einbezogen sind, wobei sie zwar nicht immer eine Entscheidung blockieren, wohl aber ihre Gesichtspunkte einbringen können. Insofern ist in diesem Verhandlungssystem sichergestellt, dass sehr viele Gesichtspunkte in den Prozess eingebracht werden. Das kann dann zu Verzögerungen und zu Blockierungen führen, aber es sorgt jedenfalls dafür, dass man nicht so leicht wichtige Aspekte übersieht. Das hat diesmal aber nur begrenzt funktioniert, weil es einer eigentümlichen Segmentierung der Aushandlungsprozesse kam. Die im Einigungsvertrag zu verhandelnden Materien wurden von den Fachressorts bearbeitet.

Das Beispiel Wissenschaftspolitik

Welche Auswirkungen das in einer sowohl fachlich als auch föderativ aufgegliederten Regierungsorganisation haben konnte, dafür ist die Wissenschaftspolitik ein besonders markantes Beispiel. Für die Forschungspolitik waren das *Bundesministerium für Forschung und Technologie* und auf der Seite der DDR das *Ostberliner Forschungsministerium* zuständig. Das *Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW)* war nicht zuständig für die Universitäten im westdeutschen System, denn die waren Ländersache, und kümmerte sich nur um die Anerkennung der Hochschulabschlüsse, die auch in Westdeutschland traditionell eine Koordinierungsfunktion des BMBW war. Die ostdeutschen Universitäten blieben schon deshalb ausgeklammert, weil es auf der Ostseite dafür anfangs gar keinen Verhandlungspartner gab, denn die neuen Länder waren zwar theoretisch gegründet und damit für die Universitäten zuständig, aber in der Praxis waren sie noch gar nicht da. Und da – wie schon gesagt – die *Kultusministerkonferenz* keinerlei Kenntnisse über die ostdeutschen Universitäten hatte, war auch sie nicht als Verhandlungspartner verfügbar. Das *Bundesministerium für Forschung und Technologie* hielt sich seinerseits in diesem Prozess

stark zurück und delegierte die Verantwortung für die Verhandlungen weitgehend an den Wissenschaftsrat. Der *Wissenschaftsrat* aber ist, obwohl die Verwaltungen von Bund und Ländern darin vertreten sind, insgesamt doch eher sozusagen das versammelte Eigeninteresse der westdeutschen Forschung. Dass unter diesen Umständen die Auflösung der *Akademie der Wissenschaften der DDR* beschlossen wurde, sollte sich in mancher Hinsicht als fatal erweisen, denn es erwies sich als ungemein schwierig, vertretbare Lösungen für die als erhaltenswert betrachteten Forschungskapazitäten zu finden.

Noch fataler erging es der *Industrieforschung*, die in den Kombinatensiedlungen angesiedelt war und von der Treuhandanstalt im Zuge der Entflechtung der Kombinate praktisch weitgehend liquidiert wurde. Insgesamt hat somit die segmentierte Problembearbeitung im Forschungsbereich zu einem erheblichen Verlust an wissenschaftlichem Potenzial geführt.

Die Krisensituation der Sozialpartner drängte auf eine Hochlohnpolitik

Ein letztes Beispiel für die Rationalitätsschranken im Vereinigungsprozess ist die Politik der westdeutschen Spitzenverbände des Arbeitsmarktes, als die Vereinigung in die erste Krise kam. Deren Auslöser war der Verfall der Illusionen über die Lebensfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft, der mit den großen Arbeitsplatzverlusten seit Ende 1990/Anfang 1991 einsetzte. Die Sorge vor dem möglichen sozialen Sprengstoff leitete einen Lernprozess ein, in dem die Verbände zunächst mit dem Rückgriff auf eine aus Westdeutschland vertraute Strategie reagierten. Es kam damals zu einer Krisenkoalition der Sozialpartner, und ein Element dieser Koalition war die Hochlohnpolitik der Stufentarifverträge vor allem in der *Metallindustrie*, die damals auch von der Spitze der Arbeitgeberverbände ebenso wie von namhaften Wirtschaftsjournalisten gerechtfertigt wurde und auffallend an das sozialdemokratische Schweden der Siebzigerjahre erinnerte (vgl. dazu *Lehmbruch* 1996). Man glaubte damals erklärtermaßen, dass eine Niedriglohnzone in Ostdeutschland keine Zukunft haben könne, ein wirtschaftlicher Aufschwung in den neuen Ländern vielmehr nur bei einem Strukturwandel hin zu Produktions- und Dienstleistungszweigen mit hoher Wertschöpfung denkbar sei, und dass für die Übergangs- und Anpassungsperiode den qualifizierten Arbeitskräften ein Anreiz zum Bleiben gegeben werden müsse. Da dies andererseits die Liquidierung nicht wettbewerbsfähiger Kapazitäten bedeutete, ergab sich ein deutlicher Zusammenhang mit den Sozialplanvereinbarungen der Treuhandanstalt und der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die von der *Bundesanstalt für Arbeit* jetzt eingeleitet wurde. Das Aktivitätsniveau der Arbeitsmarktpolitik während dieser Jahre war beispiellos und übertraf bei weitem den arbeitsmarktpolitischen Aktivismus auch der Schweden, die hier in der Vergangenheit Pioniere waren. Dem lag eine konsistente strategische Überlegung zu

grunde, die aus westdeutschen und westeuropäischen Erfahrungen übertragen worden war. Wenn man davon ausging, dass die neuen Länder nur über einen beschleunigten wirtschaftlichen Strukturwandel überleben würden, konnten hohe Löhne, weil sie den Strukturwandel erzwingen, als eine durchaus rationale Strategie erscheinen. Natürlich war allen Beteiligten völlig klar, dass das zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten führen musste. Das sollte dann die aktive Arbeitsmarktpolitik flankieren.⁸

Die Achillesferse dieser Politik lag aber darin, dass sie auf gravierenden Illusionen über die Wachstumschancen der ostdeutschen Industrie beruhte. Dass die *Chemiegewerkschaft* und die *Chemiearbeitgeber* sehr früh einen sehr viel vorsichtigeren Kurs fuhren, erklärt sich daraus, dass man dort solche Illusionen nicht gehabt hat. Die ostdeutsche Chemie beschäftigte zwar ein Viertel der Arbeitskräfte der westdeutschen Chemie, aber sie erwirtschaftete etwa 3 bis 4% von deren Umsatz, war also im vereinigten Deutschland vernachlässigenswert. Weil die *Chemiegewerkschaft* nicht solche arbeitsmarkt- und industriepolitischen Illusionen hatte wie sowohl *Gewerkschaft* als auch *Arbeitgeber* in der *Metallindustrie*, fuhr sie eine sehr viel vorsichtigeren Strategie, die vor allem auch auf den enormen umweltpolitischen Sanierungsbedarf der mitteldeutschen Chemieregion setzte, und dazu gehörten nicht zuletzt die großen Beschäftigungsgesellschaften nach dem neuen § 249h des Arbeitsförderungsge-



NEU

Die Größte Leistung der Nachkriegszeit.

Vorgeschichte.
Flucht und Verschleppung.
Terror und Vertreibung.
Vertriebenenorganisationen.

Erhältlich gegen Einsendung eines adressierten, mit Briefporto frankierten DIN-lang-Rückumschlags über:

LpB-Marketing
Staffenbergstraße 38
70184 Stuttgart
im Internet:
www.lpb.bwue.de

Vor 50 Jahren

CHARTA DER DEUTSCHEN
HEIMATVERTRIEBENEN



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

setzes, wohlgermerkt mit untertariflichen Löhnen.

Bei der Mehrheit der Akteure setzte die eigentliche Desillusionierung erst mit der fiskalpolitischen Krise im Jahr 1992 ein, die dann zu den Solidarpaktgesprächen führte. Die Politik schwenkte nun ganz und gar wieder auf das Normalmuster deutscher Politik ein, nämlich die Routinen der Problembearbeitung einer „Verhandlungsdemokratie“.

Literaturhinweise:

Berger, Ulrike, 1995: Engagement und Interessen der Wirtschaftsverbände in der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft: Interessenverbände im Spannungsfeld von Mitgliederinteressen und Gemeinwohl. In: Helmut Wiesenthal (Hrsg.), *Einheit als Interessenpolitik: Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands*. Frankfurt/M.: Campus, 95–125.

Botz, Gerhard/Gerald Sprengnagel (Hrsg.), 1994: *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte: verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Dönhoff, Marion Gräfin/Rudolf Walter Leonhardt/Theo Sommer, 1964: *Reise in ein fernes Land: Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR*. Hamburg: Nannen.

Hickel, Rudolf/Jan Prieue, 1994: *Nach dem Fehlstart: Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung*. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Lehmbruch, Gerhard, 1990: Die improvisierte Vereinigung: die Dritte deutsche Republik. In: *Leviathan* 18, 462–486.

Lehmbruch, Gerhard, 1994: The process of regime change in East Germany: an institutionalist scenario for German unification. In: *Journal of European Public Policy* 1 (1), 115–141.

Lehmbruch, Gerhard, 1996: Die Rolle der Spitzenverbände im Transformationsprozess: eine neo-institutionalistische Perspektive. In: Raj Kollmorgen/Rolf Reißig/Johannes Weiß (Hrsg.), *Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich, 117–146.

March, James G./Herbert Simon, 1958: *Organizations*. New York: Wiley.

Pickel, Andreas/Helmut Wiesenthal, 1997: *The grand experiment: Debating shock therapy, transition theory, and the East German experience*. Boulder, Colorado: Westview Press.

Schäuble, Wolfgang, 1991: *Der Vertrag: wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Seibel, Wolfgang, 1992: Necessary illusions: The transformation of governance structures in the new Germany. In: *The Tocqueville Review* – 13 (1), 177–197.

Sinn, Gerlinde/Hans-Werner Sinn, 1991: *Kaltstart: volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*. Tübingen: Mohr/Siebeck.

Teltschik, Horst, 1991: *329 Tage: Innenansichten der Einigung*. Berlin: Wolf Jobst Siedler Verlag.

¹ Die These von der „holistischen“ (allumfassenden) Reformintention findet sich insbesondere bei Pickel/Wiesenthal.

² Diese Einsicht verdanken wir vor allem den Arbeiten von Herbert Simon (Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft 1978) und seiner Schule (vgl. Marck/Simon 1985).

³ Dass sich die Entwicklung nicht habe vorhersehen lassen, ist eine erstaunliche Schutzbehauptung. Vor allem aus der Wirtschaftswissenschaft gab es seit dem Mauerfall mannigfache Warnungen, und mir sei hier der Hinweis erlaubt, dass auch ich im Frühjahr 1990 in Vorträgen an den Universitäten Princeton und Wisconsin-Madison sowie an der New School of Social Research (New

York) diese Entwicklung im wesentlichen zutreffend vorhergesagt habe (unveränderter Abdruck in: Lehmbruch 1994).

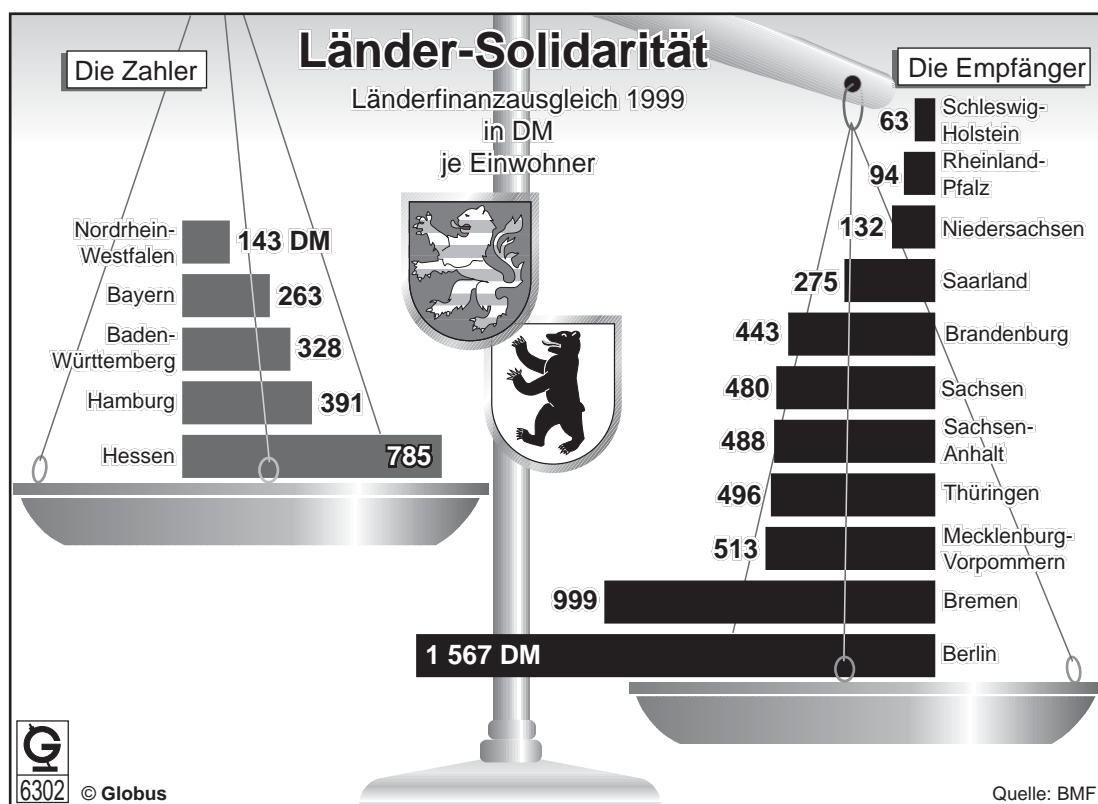
⁴ Auf diesen Aspekt habe ich – in Analogie zu Theodor Eschenburgs These vom improvisierten Charakter der Weimarer Demokratie – schon in einer frühen Analyse der Vereinigungspolitik hingewiesen (Lehmbruch 1990).

⁵ Die Renaissance des nationalen Gedankens in Deutschland wird vor diesem Hintergrund verständlich: Wie sollte man wohl den Westdeutschen die Vereinigungskosten zumuten, wenn nicht im Namen einer nationalen Schicksalsgemeinschaft?

⁶ Natürlich wurden sie in erheblichen Maße auch von den ausländischen Kapitalmärkten getragen, wir haben also die Kosten der Vereinigung über die Kreditfinanzierung des Aufbaus Ost mit den daraus resultierenden Zinsauftriebstendenzen in den kreditgewährenden Ländern auch ins Ausland exportiert.

⁷ Die schon erwähnte These von der „holistischen“ Reformstrategie lässt sich für einige osteuropäische Länder vertreten, die sich stark an den Empfehlungen westlicher Berater orientierten. Es gibt aber wenig empirische Belege dafür, dass die Vereinigungspolitik von solchen Überlegungen entscheidend bestimmt worden wäre.

⁸ Eine ganz andere Interpretation sah in den Stufenvertrag ein Bündnis der westdeutschen Unternehmer und der westdeutschen Gewerkschaften, die verhindern wollten, dass westdeutsche Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze durch ein Niedriglohngebiet Ostdeutschland verloren gehen (Sinn/Sinn 1991). Diese These ist aber nicht quellenmäßig belegt und ganz spekulativ – Quellenstudien haben vielmehr gezeigt, dass etwa im Maschinenbau auch die westdeutschen Metallarbeitgeber bis Ende 1991 durchaus noch an die Aufnahmefähigkeit der osteuropäischen Märkte glaubten und sich deshalb zunächst keine Sorgen vor einer ostdeutschen Konkurrenz machten (Berger 1995).



Berlin hängt am Tropf der Republik. 1567 Mark für jeden der 3,4 Millionen Einwohner zahlten die anderen Bundesländer im vergangenen Jahr – Berlin erhielt pro Kopf mehr Geld als alle anderen. Der Länderfinanzausgleich soll für Gerechtigkeit zwischen den Ländern sorgen und die unterschiedliche Ertragskraft ausgleichen. Fünf Bundesländer zahlen in den Ausgleichstopf ein: Ihre Steuereinnahmen liegen über dem Durchschnitt, daher müssen sie den ärmeren Ländern davon abgeben. Die Hessen zahlen 785 Mark je Einwohner, Baden-Württemberger und Hamburger 328 und 391 Mark; aus Nordrhein-Westfalen kommen 143 Mark und aus Bayern 263 Mark, jeweils pro Kopf gerechnet. Die anderen elf Bundesländer sind Empfänger-Länder.

Globus

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit

Versuch einer Zwischenbilanz

Von Jörn Mothes und Jochen Schmidt

Jörn Mothes, Dipl.-Theol., ist Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern. Er ist Mitherausgeber des Bandes „Beschädigte Seelen. DDR-Jugend und Staatssicherheit“ (Edition Temmen, Rostock/Bremen 1996). Jochen Schmidt, M.A., ist Stellvertreter des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern und Mitherausgeber von „Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick“ (Olzog Verlag, München 1998).

Wie soll umgegangen werden mit einer belasteten und belastenden Vergangenheit? 180 km Geheimakten zeugen von Wirken und Willkür der Stasi in der ehemaligen DDR. Vertrauen ist zerbrochen, materieller und psychisch-sozialer Schaden ist entstanden. Soll man einen „Schlussstrich“ ziehen? Es geht um Gerechtigkeit, aber auch um die Glaubwürdigkeit von Demokratie. Und es geht darum, mit der Aufarbeitung der Vergangenheit einen Beitrag zu einer neuen politischen Kultur zu leisten.

Red.

Die DDR hinterließ nicht nur wirtschaftlichen Schaden

Vierzig Jahre DDR hinterließen nicht nur große ökonomische Probleme, wenn gleich diese in der öffentlichen Diskussion der letzten zehn Jahre häufig im Vordergrund standen. Zu den Hinterlassenschaften der SED-Diktatur gehören auch die Folgen des vielfältig praktizierten, politisch motivierten Unrechts. Oppositionelles, widerständiges oder auch nur abweichendes Verhalten wurde kriminalisiert. Die Ereignisse von 1953 und 1968, dramatische Fluchtversuche über die innerdeutsche Grenze, später das Erstarken emanzipatorischer, politischer Gruppen unter dem Dach der Kirche oder der Freikauf politischer Häftlinge boten immer wieder Handlungsfelder für die Geheimpolizei der DDR, das *Ministerium für Staatssicherheit*. Hinzu kamen die Konflikte, die aus der Zunahme der Zahl der Ausreisearbeitnehmer einerseits und dem verstärkten Ringen der DDR um außenpolitische Anerkennung andererseits resultierten. Der Geheimdienst reagierte nach 1976 mit der Psychologisierung seiner Methoden und erklärte große Teile der eigenen Bevölkerung zum „Feind“.

Das Erzeugen von Angst und Misstrauen, der Missbrauch von Vertrauen insbesondere durch die Geheimpolizei der DDR hinterließ gravierende psychosoziale Folgen bei den Betroffenen von Unterdrückung und Überwachung. Darüber hinaus hatte die Diktatur auch Folgen für die politische Kultur. Das für eine Demo-

kratie essentielle bürgerschaftliche Engagement war in der DDR unerwünscht und ist deshalb auch heute noch schwach ausgeprägt.

Die Bemühungen um Aufarbeitung galten damit von Anfang an nicht allein der Aufklärung dessen, was in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR geschehen war und 40 Jahre lang nicht thematisiert werden durfte. Sie sollten auch dem Aufbau der Demokratie und der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements dienen.

Das erste Stasi-Unterlagengesetz wurde noch von der Volkskammer verabschiedet

Zu Recht stand die Frage, wie man im neuen und vereinten Deutschland mit den materiellen und geistigen Hinterlassenschaften des *Ministeriums für Staatssicherheit* umgehen sollte, zunächst im Mittelpunkt des Interesses bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Es lag in der Wirkungsgeschichte dieser DDR-Geheimpolizei mit ihren zuletzt etwa 94.000 hauptamtlichen Offizieren und ca. 174.000 Inoffiziellen Mitarbeitern (Spitzeln) begründet, dass zunächst dieses Joch stalinistischer Strukturen abzuschütteln war, bevor der aufrechte Gang in die selbstbestimmte Freiheit möglich werden konnte. Mehr als 6 Millionen ost- und westdeutsche Bürgerinnen und Bürger, von denen viele ihr Alltagsleben in der DDR auf die ständig mögliche Präsenz geheimdienstlicher Mächte eingerichtet hatten, waren in den Karteien des Geheimdienstes erfasst.

Die Forderungen nach Beendigung von Überwachung und Konspiration, die Ablehnung von Denunziation und politischer Diskriminierung, waren in der DDR latent zu jeder Zeit vorhanden. Das mit dem Aufbruch von 1989 unmittelbar verbundene Ziel der Auflösung der Staatssicherheit als dem Herrschaftssicherungsinstrument der regierenden Einheitspartei SED und die Forderung nach Offenlegung ihrer Strukturen und materiellen Hinterlassenschaften stellte somit eine konsequente Fortführung der Ziele der politischen Opposition in der DDR dar.

Die biografisch verfestigten Ohnmachtserfahrungen des Einzelnen vor der Allmacht des DDR-Geheimdienstes und die Revolutionsethik von 1989 bildeten für die nun beginnende Aufarbeitungsdebatte einen Schub, der über mehrere Etappen zumindest bis zur Verabschiedung des Stasi-Unterlagengesetzes durch den *Deutschen Bundestag* Ende 1991 und den folgenden Aufbau der Behörde des Bundesbeauftragten anhielt. Der Umgang mit der Geheimdienstvergangen-

heit wurde zum Symbol der Aufklärungsarbeit über die politischen Bedingungen einer Diktatur. Die Behörde des *Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen* steht seitdem in herausgehobener Weise im Mittelpunkt dieses gesellschaftspolitischen Transformationsprozesses.

Die erstmals frei gewählten Abgeordneten der Volkskammer beschlossen am 24. August 1990 den Vorläufer des heutigen Stasi-Unterlagengesetzes. Damit existierte in den letzten Monaten der DDR und vor der Vereinigung beider deutscher Staaten ein Rechtsrahmen für Erhalt und Weiternutzung der insgesamt 180 km Geheimdienstakten. Schon in diesem Gesetz sind die *vier wesentlichen Elemente* enthalten, die für das Tätigkeitsprofil der späteren Behörde des Bundesbeauftragten konstitutiv wurden:

- Jedermann soll das *Recht auf Akteneinsicht* in die zu seiner Person angelegten Unterlagen haben. Das Herrschaftswissen soll an die Menschen „zurückgegeben“ werden.
- Die Stasiakten sollen für die *juristische Aufarbeitung* des DDR-Unrechts zur Verfügung stehen. Darin sind sowohl ihre Verwendung durch Gerichte in Strafprozessen, als auch in künftigen politischen Rehabilitierungsfragen eingeschlossen.
- Die Stasiakten sollen innerhalb der politischen Aufarbeitung für *Überprüfungen* von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, von Abgeordneten und anderen Funktionsträgern, auf eine frühere hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das MfS der DDR genutzt werden können.
- Die Akten sollen im Rahmen der *historischen Forschung* für den Prozess der Herausbildung eines Geschichtsbildes und *Geschichtsbewusstseins* herangezogen werden können.

Diskussionen über einen Schlussstrich haben jeweils Folgen

Bis Ende Mai 1999 hatten insgesamt rund 1,5 Mio. Bürgerinnen und Bürger Anträge auf Akteneinsicht beim *Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen* gestellt. In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise wurden 1999 immer noch über 14.500 Neuanträge von Bürgern registriert.

Festzustellen war im Verlauf der vergangenen zehn Jahre, dass mit jeder Schlussstrich-, Amnestie- oder Behördenschließungsdebatte ein signifikanter Anstieg der Antragszahlen zu registrieren war. Der Bildung der SPD/PDS-Koalition im Jahr 1998 in Mecklenburg-Vorpommern folgten eine spontane Zunahme der Anträge auf Akteneinsicht in den Tagen nach der Wahl und eine ebenfalls signifikant an-

steigende Zahl der Anmeldungen zur *psychosozialen Konfliktberatung* in der Behörde des Schweriner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Dass der Antrag auf Akteneinsicht in den meisten Fällen *erst nach langen Vorüberlegungen* hinsichtlich aller denkbaren Konsequenzen gestellt wird, zeigt, dass dieser Schritt zu einem bewussten Akt der Wahrnehmung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung geworden ist. Damit folgen die Bürger dem Anspruch des Gesetzes, das durch den Geheimdienst zu Unrecht erworbene Herrschaftswissen nun selbst in Besitz zu nehmen.

In zahlreichen Einzelgesprächen ist festzustellen, dass neben den 1,5 Millionen bereits in Bearbeitung befindlichen Anträgen viele Bürgerinnen und Bürger bewusst zehn Jahre abwarten wollten, ehe sie einen Antrag stellen und sich mit ihrer Akte und damit den Erinnerungen an das Leben in der DDR auseinandersetzen wollten. Wieder andere fanden über etliche Jahre, während der Bewältigung tiefer Brüche im beruflichen und privaten Alltag, nicht die notwendige Muße, sich der Antragstellung zuzuwenden.

Der „Erfolg“ und die langfristigen Auswirkungen der in den vergangenen zehn Jahren ermöglichten Akteneinsichten ist heute noch nicht messbar. Niemand weiß, ob und wie sich Mentalitäten oder das Geschichtsbewusstsein entwickeln oder verändern, wenn in einigen hunderttausend Haushalten des wiedervereinigten Deutschlands neben dem Familienfotoalbum die Kopie einer Stasiakte steht, in der sich das Verhalten eines Familienmitglieds zwischen Widerstand und Anpassung widerspiegelt. In praktisch keinem Fall führte aber die Akteneinsicht zu den anfänglich befürchteten Racheefeldzügen gegen die Zuträger der Geheimpolizei.

„Wenigstens die Unterstützer der Stasi aus Amtsstuben und Parlamenten entfernen“

Bereits vor Inkrafttreten des Stasi-Unterlagengesetzes Ende 1991 übernahmen die Abgeordneten der Volkskammer den während der Revolution auf den Straßen skandierten Ruf „Stasi in die Produktion“ als Anspruch für die Umgestaltung und den beginnenden Neuaufbau der öffentlichen Verwaltung. Hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter (IM) des *Ministeriums für Staatssicherheit* sollten künftig nicht mehr in „Positionen der Begünstigung“ verbleiben:

„Diese Überprüfungen sollten stattfinden, weil hier in diesem Deutschland, wo seit 1933 Diktatoren an der Herrschaft waren, niemand jemals positive Erfahrungen gemacht hatte mit Vertretern der Staatsmacht, Parlamentariern, Richtern, Polizisten, Beamten. (...) Wir hatten als Abgeordnete die Vorstellung, dass eine Hilfe, Vertrauen in die neuen Strukturen der Demokratie zu gewinnen darin bestehen könnte, wenigstens die Unterstützer der Staatssicherheit aus den Amtsstuben und Parlamenten zu entfernen.“ (*Gauck* 1994: 10).

Mit dem Einigungsvertrag wurde diesem Anspruch Rechnung getragen. Hatte sich jemand freiwillig dem Unterdrückungsapparat des MfS der DDR zur Verfügung gestellt, so rechtfertigt dies die Annahme seiner mangelnden persönlichen Eignung für den öffentlichen Dienst und stellt einen *Sonderkündigungstatbestand* dar.

Wurde dieser Anspruch zunächst sehr pauschal umgesetzt und jeder Mitarbeiter einer öffentlichen Stelle mit nachgewiesenem Kontakt zum MfS sofort entlassen, so galt ab Ende 1993 ein Prüfverfahren mit Kriterien zur Feststellung von Zumutbarkeit oder Unzumutbarkeit einer Weiterbeschäftigung, die sogenannte *Einzelfallprüfung*. Zuständig dafür, wie auch für die Antragstellung auf Überprüfung beim Bundesbeauftragten war zu jeder Zeit die entsprechende personalführende Stelle. Der oftmals in der Öffentlichkeit erzeugte Eindruck, die „Gauck-Behörde“ hätte die Entlassungen vorgenommen und die MfS-Kontakte bewertet, ist falsch und durch das Stasi-Unterlagengesetz nicht gedeckt. Die Einzelfallprüfung räumt der betroffenen Person eine weitgehende Beteiligung ein. Die *Rechtsprechung* in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich nach 1994 sehr im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer und etablierte Prüfungskriterien, die den personalführenden Stellen Entlassungen wegen nachgewiesener MfS-Tätigkeit erschwerten. Zunehmend wurde auch der zeitliche Abstand zu dem praktizierten Unrecht und die Bewährung der Arbeitnehmer in der rechtsstaatlichen Verwaltung nach 1991 entscheidungsrelevant für eine Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers. Dies führte in der Folge zu einer Veränderung der Überprüfungspraxis in einzelnen Bundesländern und zu der immer wieder erhobenen Forderung, die Überprüfungen ganz zu beenden.

Viele ehemalige Inoffizielle Mitarbeiter und nahezu alle ehemaligen MfS-Offiziere hatten die öffentliche Verwaltung während ihres demokratischen Neuaufbaus bereits verlassen. Die von allen Neubewerbern und überführten Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes der neuen Länder abgenommene *schriftliche Erklärung*, zu keiner Zeit für das MfS der DDR tätig gewesen zu sein, wurde jedoch von relativ vielen Beschäftigten *wahrheitswidrig* unterzeichnet.

Eine Bilanz der Überprüfungen – das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Am Beispiel der Zahlen der Überprüfungen aller Mitarbeiter der Landesbehörden von Mecklenburg-Vorpommern soll dieser Prozess verdeutlicht werden: Insgesamt wurden bis 1999 82.953 Anträge auf Überprüfung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gestellt. Zum Jahresende 1999 waren davon 79.827 Anfragen beantwortet. Davon wiederum hatten 5.054 Beschäftigte ihren Arbeitgeber arglistig getäuscht. Sie hatten verschwiegen, als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter für das MfS tätig gewesen zu sein. Bei 2170 der 5054 Personen mit nunmehr nachgewiesenen Stasikontakten verlief die Einzelfallprüfung ohne Konsequenzen, sie konnten weiterhin als Angestellte

oder Beamte tätig sein. 999 Beschäftigte waren in der Zwischenzeit von selbst ausgeschieden, mit 857 Beschäftigten wurden nach der Überprüfung Auflösungsverträge geschlossen. Von den 5054 „belasteten“ Beschäftigten wurde letztlich 950 Personen wegen der MfS-Tätigkeit bzw. wegen arglistiger Täuschung des Arbeitgebers gekündigt.

Für den Aufbau der Demokratie und für die öffentliche Erscheinung der Verwaltung besonders bedeutsam sind die Lehrer und Polizisten. Diese beiden Berufsgruppen sind nicht nur die personalstärksten innerhalb der Landesverwaltungen, sondern auch diejenigen mit dem signifikant höchsten Anteil ehemaliger MfS-Mitarbeiter. Von den 29.900 abgeschlossenen *Lehrerüberprüfungen* in Mecklenburg-Vorpommern lag beispielsweise bis Ende 1996 in 1.621 Fällen eine Belastung vor. Davon sind wegen des Schweregrades der Tätigkeit für das MfS 368 aus dem öffentlichen Dienst des Landes ausgeschieden, 220 durch Kündigungen, durch Aufhebungsverträge 148. Etwa 600 Lehrerinnen und Lehrer hatten vor Eintreffen der Überprüfungsergebnisse den Schuldienst verlassen, 552 wurden nach erfolgter Einzelfallprüfung weiterbeschäftigt.

Bei der *Landespolizei* ergab die Überprüfung zum gleichen Zeitpunkt folgende Ergebnisse: Überprüft wurden bis dahin ca. 7.700 Polizisten, davon waren 1.727 als inoffizielle oder hauptamtliche Mitarbeiter des MfS tätig. 683 Kündigungen und 79 Auflösungsverträge standen zu diesem Zeitpunkt 873 Weiterbeschäftigungen gegenüber.

Diese Zahlen belegen den differenzierten Umgang mit den Mitteilungen des Bundesbeauftragten durch die öffentlichen Stellen. Sie zeigen auch, dass das immer noch starke Interesse der Öffentlichkeit an den Überprüfungsverfahren und -ergebnissen, gerade bei Lehrern und Polizei, berechtigt ist. Die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Verwaltung und das Erscheinungsbild des Rechtsstaates hängen in besonderer Weise von der Klarheit dieser Überprüfungsverfahren ab.

Es kam aber auch zu einem demokratieschädlichen Ost-West-Transfer „politischer Altlasten“

Auf einige *Defizite* in der Anwendung der Stasi-Überprüfungen als Akt politischer Säuberung der öffentlichen Verwaltung sei hier hingewiesen:

1. Die Überprüfungen sind zu einseitig auf die Aufdeckung der MfS-Kontakte orientiert. Diese Orientierung verkennt den eigenständigen Beitrag der Führungskader der SED bei der Absicherung der Parteidiktatur und ihre Rolle als Auftraggeber des MfS. Dies betrifft insbesondere die *Nomenklaturkader* der SED, die in besonderer Weise politische Verantwortung trugen. Die Entlassung eines kleinen „IM“ aus der öffentlichen Verwaltung steht in einem krassen Missverhältnis zur Weiterbeschäftigung nahezu aller Parteifunktionäre mit weitaus größerer politischer Belastung.
2. Von der Möglichkeit der Überprüfungen auf MfS-Tätigkeit haben fast aus-

schließlich *nur die neuen Länder* Gebrauch gemacht. Die Verweigerung der westdeutschen öffentlichen Stellen machte es vielen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern des MfS leicht möglich, sich unter Legenden in den dortigen Verwaltungen zu bewerben und anstellen zu lassen. Damit ist es zu einer Ungleichbehandlung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und zu einem demokatie-schädlichen Ost-West-Transfer der „politischen Altlasten“ der DDR gekommen.

3. *Mangelnde Sach- und Rechtskenntnis* der zumeist (ehemals) westdeutschen Personalchefs in den Verwaltungen der neuen Bundesländer bei der Bewertung der MfS-Zusammenhänge sowie die oft anzutreffende falsche Sichtweise, dass es sich bei dem Stasithema um ein rein ost-deutsches Problem handele, zu dem man als Westdeutscher keine Position beziehen dürfe, haben viele Überprüfungsverfahren und Arbeitsrechtsverfahren hinsichtlich ihres ursprünglichen Anspruchs negativ beeinflusst.

Die Überprüfungsverfahren von Abgeordneten der Parlamente, von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschulen und anderen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen folgten zum Teil einem anderen Reglement mit eigenen Gremien wie z.B. *Ehrenkommissionen*.

Strafrechtliche Aufarbeitung: Aufklärung ist das wertvollste Ergebnis

Schon Ende 1989 nahm auf massiven öffentlichen Druck hin die DDR-Justiz Ermittlungen wegen Amtsmissbrauch, Korruption und Wahlfälschung auf. Noch im Dezember wurden hohe Amtsinhaber vorübergehend verhaftet, bis zum Oktober 1990 ergingen rund 15 Urteile vor allem wegen Wahlfälschung.

Der Anspruch, das Systemunrecht strafrechtlich zu ahnden, wurde auch nach dem 3. Oktober 1990 aufrechterhalten. Insbesondere die von diesem Unrecht Betroffenen erhofften sich von Strafprozessen *rückwirkende Gerechtigkeit*. Mit einiger zeitlicher Verzögerung wurden deshalb in den Jahren von 1991 bis 1994 in Berlin und den neuen Ländern *Schwerpunktstaatsanwaltschaften* zur Verfolgung des DDR-Unrechts eingerichtet. Die eingeleiteten Verfahren bezogen sich auf Gewalttaten an der Grenze, Justizunrecht (Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung), Wirtschaftsdelikte, Entführung und Auftragstötung (MfS-Straftaten), Wahlfälschung und Doping.

Die Bilanz der strafrechtlichen Aufarbeitung zeigt jedoch deutlich die Schwierigkeiten der rechtsstaatlichen Justiz, DDR-Unrecht zu ahnden. Von über 20.000 Ermittlungsverfahren, die die Staatsanwaltschaft allein in Berlin bis 1999 eingeleitet hatte, wurden letztlich nur rund 200 mit einer Verurteilung abgeschlossen, die meisten davon mit Bewährungsstrafen. Das Rückwirkungsverbot von Gesetzen (*nulla poene sine lege*) konnte nur in Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen aufgehoben werden, sodass meist nur Taten, die schon in der DDR strafbar waren, verfolgt werden konnten. Der Ein-

gangsvertrag legte außerdem fest, dass bei Straftatbeständen jeweils das „mildere“ Recht anzuwenden ist.

Der Versuch, das in der DDR verübte Unrecht durch die rechtsstaatliche Justiz aufzuarbeiten, geriet in der öffentlichen Debatte schnell von zwei Seiten in die Kritik. Ehemalige Systemträger wie *Egon Krenz* sprachen von „Siegerjustiz“ und verwiesen auf die Souveränität der DDR einerseits, andererseits aber auf die Abhängigkeit von den Vorgaben der UdSSR beispielsweise beim Grenzregime der DDR. Für die Opfer der Diktatur endeten jedoch viele Verfahren mit einer Enttäuschung, die *Bärbel Bohley* zum Ausdruck brachte: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“. So wurden zwar noch Ende 1999 Mitglieder des Politbüros wie *Krenz* oder *Schabowski* nach ihrer rechtskräftigen Verurteilung für die Mitverantwortung am Schießbefehl inhaftiert. Viele andere entgingen jedoch einer Bestrafung. Am Beispiel des ehemaligen Ministers für Staatssicherheit *Erich Mielke*, gesamtverantwortlich für die perfiden Methoden der Geheimpolizei wie physische und psychische Folter, wird das ganze Dilemma der strafrechtlichen Aufarbeitung deutlich: *Mielke* wurde zunächst nicht etwa wegen seiner Verantwortung als Chef der Staatssicherheit angeklagt, sondern für einen Mord aus dem Jahr 1931. 1993 wurde er dafür zu sechs Jahren Haft verurteilt, 1995 aus der Haft entlassen. Die weiteren Verfahren wurden wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt und *Mielke* erhielt für eine dreimonatige Untersuchungshaft eine Haftentschädigung, die höher lag als die Entschädigung, die einem ehemaligen Stasi-Häftling zu diesem Zeitpunkt für drei Monate Haft aufgrund der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zustand.

Die Aufarbeitung durch die Justiz blieb damit weit hinter den zum Teil viel zu hoch gesteckten Erwartungen zurück. Der Justiz wurden Aufgaben aberlangt, die nur die Gesellschaft insgesamt erbringen kann. Die Kritik an der strafrechtlichen Aufarbeitung verkennt außerdem die Möglichkeiten des Rechtsstaates, dem glücklicherweise sehr viel engere Grenzen gesetzt sind als der politischen Justiz der Diktatur. Der Vorwurf der „Siegerjustiz“ ist damit ebenso unberechtigt wie Forderungen nach einer Amnestie, die angesichts der genannten Zahlen an der Realität vorbeigehen. Was bleibt, ist vor allem die Aufklärung, die mit diesen Prozessen z.T. verbunden war. Von umso größerer Bedeutung sind angesichts dieser Bilanz andere Formen der Aufarbeitung, wie die Entschädigung der Opfer, die öffentliche Diskussion und die politische Bildungsarbeit zu diesen Themen.

Statt öffentlichem Tribunal Enquete-Kommissionen

Die schon früh erkennbaren Probleme im Zusammenhang mit der strafrechtlichen Aufarbeitung, die Verkürzung der öffentlichen Debatte auf die IM-Problematik und die spürbare Ernüchterung und Demokratieskepsis, die an die Stelle der Einheitseuphorie getreten war, führten 1991

zu Forderungen nach einem öffentlichen Tribunal zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Ähnlich wie die südafrikanische Wahrheitskommission sollte ein solches Tribunal ohne Strafantrohung der öffentlichen Diskussion um Verantwortung und Schuld in der DDR neue Impulse verleihen und der Festigung der Demokratie in den neuen Ländern dienen. Wenngleich diese Idee nicht verwirklicht wurde, so ging aus der Diskussion um das Tribunal doch die Initiative für die Enquete-Kommission *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland* des Bundestages hervor. Im März 1992 wurde diese Kommission gebildet, in der folgenden Legislaturperiode schloss sich die Enquete-Kommission *Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit* an. Die Materialienbände beider Kommissionen stellen zwar eine Fundgrube für die weitere Forschung dar, die Ausstrahlung der Debatten und Anhörungen auf die Öffentlichkeit blieb aber eher gering. Ein wichtiges Ergebnis dieser zweiten Enquete-Kommission war aber der Beschluss des Bundestages, eine *Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* einzurichten, die in Zukunft historische Forschungsprojekte, Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen fördern soll. Der *Landtag von Mecklenburg-Vorpommern* folgte dem Beispiel des Bundestages und setzte als einziges Landesparlament im Jahr 1996 die Enquete-Kommission *Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung* ein. Trotz einiger interessanter wissenschaftlicher Expertisen scheiterte diese Kommission nicht nur mit dem Anspruch der „Versöhnung“. Dieser Begriff stieß vor allem bei ehemals politisch Verfolgten auf Widerspruch, da Versöhnung zumindest das Eingeständnis von Schuld von Seiten des Täters voraussetzt. Letztlich wurde an der Arbeit dieser Kommission deutlich, dass Aufarbeitung mit dem Ziel, eine „gültige“ Interpretation der Geschichte zu liefern, die für ganz unterschiedliche Gruppen konsensfähig ist, zwangsläufig scheitern muss.

Alle drei Kommissionen gaben allerdings der Geschichtswissenschaft durch die Vergabe von Forschungsaufträgen wichtige Impulse. Die meist ausgezeichnete Quellenlage bietet Historikern hervorragende Bedingungen für eine Bearbeitung der DDR-Geschichte. So sind nicht nur die noch vorhandenen Akten der Staatssicherheit weitgehend verfügbar, auch Partei- und Verwaltungsakten können von der Forschung genutzt werden. Diese Möglichkeiten führten dann auch nach 1989 zu einem regelrechten „Boom“ der DDR-Forschung. Zur universitären Forschung an Lehrstühlen für Zeitgeschichte kommen einige wissenschaftliche Einrichtungen hinzu, die sich besonders der DDR-Geschichte widmen. Zu nennen sind hier u.a. das Hannah-Arendt-Institut in Dresden, das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin und die Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Die beeindruckende Zahl von über 700 Forschungsprojekten zur DDR-Ge-

schichte, die bei einer Umfrage im Auftrag der ersten Enquete-Kommission des Bundestages ermittelt wurde, dürfte heute noch wesentlich höher liegen. Defizite zeigen sich jedoch insbesondere bei der Beschäftigung mit regionalen Aspekten der DDR-Geschichte, die häufig nur durch regionale und lokale Aufarbeitungsinitiativen thematisiert werden.

Zivilcourage würdigen: durch Rehabilitation und Entschädigung der Opfer

Die Forderungen, die Opfer politischer Verfolgung in der DDR zu rehabilitieren und zu entschädigen, reicht ebenso bis in die Endphase der DDR zurück wie die Geschichte des Stasi-Unterlagengesetzes oder der strafrechtlichen Aufarbeitung. Alle politischen Akteure unterstützten zumindest verbal den Anspruch, Gerechtigkeit wenigstens in Ansätzen wiederherzustellen und Benachteiligungen, die aus der Verfolgung entstanden waren, aufzufangen. Gleichzeitig sollte ein Signal gesetzt werden, dass Zivilcourage, widerständiges Verhalten in der Diktatur und dadurch erlittenes Leid von der Demokratie gewürdigt wird. In der Folge zeigte sich jedoch, dass auch die moralischen Ansprüche und Interessen der Opfer auf politischer Ebene nur mit fortwährender *Lobbyarbeit* durchzusetzen sind.

Noch die letzte DDR-Volkskammer beschloss im September 1990 ein Rehabilitierungsgesetz. Der Deutsche Bundestag verabschiedete in der Folge 1992 und 1994 zwei SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zur strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitation. Die Aufhebung rechtsstaatswidriger Urteile bereitete die geringsten Schwierigkeiten, wesentlich problematischer gestaltete sich für die Betroffenen der Nachweis rechtsstaatswidriger Verwaltungsmaßnahmen, z.B. im Rahmen der Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze in den Jahren 1952 und 1961. Aufgrund der in den verfügbaren Akten oftmals anzutreffenden Verschleierung lassen sich auch die politischen Hintergründe einer Nichtzulassung zu Abitur oder Studium häufig nur schwer nachweisen. Oftmals sind es gerade die Stasi-Akten, die hier die entscheidenden Belege liefern und so helfen, Nachteile bei der Rentenberechnung auszugleichen. Dennoch müssen die Betroffenen, um das an ihnen begangene Unrecht nachzuweisen, einen langen Archiv- und Verwaltungsmarathon auf sich nehmen.

Zu den heftigsten Kontroversen führte aber die Frage der finanziellen Entschädigung für politisch motivierte Inhaftierungen und der Ausgleich haftbedingter Gesundheitsschäden. Mit einer Gesetzesnovelle von 1999 erfolgte zwar eine Anhebung der Entschädigung auf 600 DM pro Haftmonat für alle Betroffenen, um wenigstens die Gleichstellung mit den aktuell geltenden Regelungen für in der Bundesrepublik zu Unrecht Inhaftierte zu er-

reichen. Für viele ist aber auch dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sind sie doch immer noch besonders bei der Rente im Vergleich mit ehemaligen Systemträgern eindeutig schlechter gestellt. Die Anerkennungquote von Gesundheitsschäden durch Haft und Verfolgung liegt nach wie vor bei nur rund 5%, wobei die Versorgungssämer neue wissenschaftliche Erkenntnisse beispielsweise zu posttraumatischen Belastungsstörungen häufig nicht zur Kenntnis nehmen.

Eine Ehrenpension?

Die Forderung nach Einrichtung einer Ehrenpension für Opfer politischen Unrechts ist bis heute unerfüllt geblieben. Eine Form wirklicher moralischer Rehabilitation ist bis heute nicht gefunden und rechtlich nur schwer umsetzbar. Die Berechtigung dieser Forderungen der Betroffenen ist immer noch nicht ins öffentliche Bewusstsein gelangt. Deshalb ist eine weitere Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die diesem Umstand Rechnung trägt, herbeizuführen. Den Menschen, die ihr Leben und ihre Karriere nachweisbar den Werten von Freiheit und Demokratie in den Zeiten der Diktatur geopfert haben, muss zumindest dieses Mindestmaß an Gerechtigkeit und Genugtuung zugestanden werden. Sie müssen von den vielfach verwaltungstechnisch überhöhten und seelisch aufreibenden Antragstellungs- und Nachweisverfahren entbunden werden. Auch wenn in Rechnung gestellt wird, dass eine echte und umfassende Wiedergutmachung grundsätzlich kaum möglich ist, so bleibt doch festzuhalten, dass der aktuelle Umgang mit den Opfern politischer Willkür den Ansprüchen an die Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft kaum gerecht wird.

Die Betroffenen versammeln sich in Vereinen und Verbänden weitgehend unter ihresgleichen. In der Öffentlichkeit finden sie wenig Gehör, häufig gelten sie jetzt schon wieder als Störenfriede. Zu den wenigen Anlaufstellen gehören die in den neuen Ländern (mit Ausnahme von Brandenburg) existierenden Behörden der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Die seelische Betreuung von Verfolgten und Inhaftierten, der Einsatz für deren politische Rehabilitation und materielle Wiedergutmachung, die Moderation von *Täter-Opfer-Gesprächen* unter Anwesenheit der früheren Spitzel, die ruhige Lektüre und Erläuterung der Kopie der Stasiakte, die Auslösung aufklärender Recherchen in anderen Archiven oder die Aufbereitung einzelner Schicksale in einer Publikation gehören ebenso zu dem Beratungsangebot der Landesbeauftragten, wie Gespräche über DDR-Erfahrungen.

Ein Auftrag auch für die politische Bildung

Zehn Jahre nach dem Ende der DDR werden vielfach Forderungen laut, einen

Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dieser Vergangenheit zu ziehen. Dieser Meinung sind Umfragen zufolge schon seit längerer Zeit rund zwei Drittel aller Deutschen, mit nur geringfügigen Unterschieden zwischen Ost und West. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass Schlussstriche in einer offenen Gesellschaft nicht verordnet werden können, zeigt eine nüchterne Bilanzierung zum einen die immer noch vorhandenen Defizite des Aufarbeitungsprozesses auf. Zum anderen sind mit der Aufarbeitung politische und ethische Ansprüche verbunden, die nicht von Stimmungslagen abhängig gemacht werden sollten.

Die entscheidende Frage der Aufarbeitungsdiskussion weist nicht in die Vergangenheit sondern in die Zukunft: Inwieweit können die individuellen Schicksale und die Erkenntnisse der historisch-wissenschaftlichen Aufarbeitung, vermittelt durch innovative Methoden politischer Bildungsarbeit zu einer neuen Qualität staatsbürgerlichen Bewusstseins führen? Den Trägern politischer Erwachsenen- und Jugendbildung und den Schulen kommt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Bedeutung zu. Dieser Prozess wird aber nur möglich sein, wenn Eltern und Lehrer ihre vielfach festzustellende Verweigerungshaltung gegenüber einer kritischen Vergangenheitsaufarbeitung überwinden.

Literaturhinweise

- Bock, Petra/Edgar Wolfrum (Hrsg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, Göttingen 1999
- Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: *Vierter Tätigkeitsbericht*, Berlin 1999
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, 9 Bde., Frankfurt am Main/Baden-Baden 1995
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, 8 Bde., Frankfurt am Main/Baden-Baden 1999
- Faulenbach, Bernd/Markus Meckel/Hermann Weber (Hrsg.): *Die Partei hatte immer recht – Aufarbeitung von Geschichte und Folgen des SED-Diktatur*, Essen 1994
- Gauck, Joachim: *Akten und Gerechtigkeit. Gedanken zum Umgang mit der Vergangenheit*, in: *Rostocker Philosophische Manuskripte N.F. Heft 1 (1994)*, S. 7-26
- Jesse, Eckhard/Konrad Löw (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung*, Berlin 1997
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern: *Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung. Zur Arbeit der Enquete-Kommission*, 10 Bde., Schwerin 1996-98
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern: *Unterrichtung durch den Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Dritter Tätigkeitsbericht*, 3. Wahlperiode, Drs. 3/367 vom 10.08.1999
- Marxen, Klaus/Gerhard Werle: *Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Eine Bilanz*, Berlin/New York 1999
- Sühl, Klaus (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989. Ein unmöglicher Vergleich? Eine Diskussion*, Berlin 1994
- Widmaier, Christian: *Häftlingshilfegesetz, DDR-Rehabilitierungsgesetz, SED-Unrechtsbereinigungsgesetze: Rehabilitation und Wiedergutmachung von SBZ/DDR-Unrecht?* Frankfurt am Main u.a. 1999

Ein demokratischer Konsens in Ost und West?

Demokratie und Extremismus im Spiegel von Umfragen

Von Oscar W. Gabriel

Prof. Dr. Oscar W. Gabriel lehrt Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart.

Wie gefestigt ist die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zehn Jahre nach der Vereinigung, wie selbstverständlich sind zentrale Wertvorstellungen verinnerlicht? Welchen Anklang findet rechtsextrems, aber auch linksextrimes Gedankengut? Fragen, die nicht nur in Deutschland gestellt werden. Die empirische Sozialforschung vermag darauf recht genaue Antworten zu geben, und das nicht nur als Momentaufnahmen, sondern auch im Zeitvergleich. Da sind allerdings deutliche Unterschiede zwischen Deutschland Ost und Deutschland West auszumachen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand, fehlte doch den Menschen im Bereich der DDR über Jahrzehnte hinweg der konkrete Umgang und die Erfahrung mit der Demokratie, schwierige ökonomische Rahmenbedingungen kommen hinzu. Doch ein Verweis auf „Weimar“ wäre abwegig – gibt es doch eine deutliche Mehrheit von Menschen, die den Wert einer demokratischen Ordnung zu schätzen weiß, gerade auch im Bewusstsein um die Schwächen demokratischer Praxis. Red.

Schatten der Vergangenheit?

Im zehnten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands vermittelt die politische Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen ein beunruhigendes Bild der politischen Verhältnisse. Kaum eine Woche vergeht, in der die Schlagzeilen der Zeitungen und die Nachrichtensendungen des Fernsehens nicht über Gewaltaktionen gegen Ausländer oder Randgruppen berichten. Demonstrationen von Neonazis am Brandenburger Tor rufen fatale Erinnerungen an die Endphase der Weimarer Republik wach. Auch wenn rechtsextrime Parteien bei Wahlen bisher keinen Durchbruch auf breiter Front erzielten, haben die Aktivitäten der Rechtsextrimen nach der Vereinigung eine neue Qualität gewonnen. Vor allem in den neuen Bundesländern weisen die Statistiken des Bundesamtes für Verfassungsschutz eine große und wachsende Gewaltbereitschaft der rechtsextrimen Szene aus¹. Auch die westdeutsche Bevölkerung erweist sich keineswegs als immun gegen rechtsextrimes Gedankengut, jedoch treten rechtsextrime Ausschreitungen seltener auf als im Osten und lassen auch kein vergleichbar starkes Gewaltpotential erkennen.

Antidemokratische Tendenzen bleiben keineswegs auf das rechtsextrime Spektrum beschränkt. Große Teile der PDS,

die sich in den ostdeutschen Ländern mittlerweile fest als Regionalpartei zu etablieren vermochte, stehen der bundesdeutschen bzw. westlich-liberalen Variante der Demokratie ebenfalls distanziert gegenüber. Im Vergleich mit den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung sind die Bindungen der ostdeutschen Bevölkerung an die ehemalige DDR und an den Sozialismus als Legitimationsbasis des untergegangenen DDR-Regimes nicht zurückgegangen². Auch diese Facette des organisierten antidemokratischen Potentials findet sich fast ausschließlich in Ostdeutschland.

Dieses düstere Szenario der aktuellen politischen Lage der Bundesrepublik steht im Gegensatz zur optimistischen Grundstimmung zur Zeit der Vereinigung Deutschlands. Die demokratische Revolution des Herbstes 1989 und der damit verbundene Sturz des scheinbar stabilen SED-Regimes hinterließen zunächst deutliche Spuren in den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der neuen Bundesbürger. Die erste demokratische Wahl der Volkskammer im März 1990 brachte ein klares Votum der Bevölkerung für die Parteien, die für eine Demokratie nach westdeutschem Muster eintraten. Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1990 bestätigte dies noch eindrucksvoller. Nur auf Grund einer Sonderregelung des Bundeswahlgesetzes gelang der PDS der Einzug in den Bundestag. Rechtsextrime Parteien spielten in den frühen 90er Jahren keine Rolle im politischen Kräftespektrum der Bundesrepublik.

Ebenso deutlich und zur Überraschung aller Beobachter manifestierte sich in den ersten, im Frühjahr 1990 in der noch existierenden DDR durchgeführten Umfragen eine breite Unterstützung einer Demokratie westlich-liberaler Provenienz durch die Bevölkerung. Wie in der Bundesrepublik bekundeten neun von zehn Befragten ihre Zustimmung zur Demokratie als Staatsform und zu den tragenden Prinzipien einer Demokratie. Soweit die Umfragen kritische Einstellungen zu Tage förderten, galten diese der politischen Realität in der Übergangsphase von der DDR zur Bundesrepublik, aber nicht den Grundsätzen der demokratischen Ordnung³.

Ein antidemokratischer Stimmungsumschwung seit der deutschen Vereinigung

Bei einem Vergleich der aktuellen Situation mit jener unmittelbar nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes drängt sich die Frage auf, ob sich in Ostdeutschland seit der Wende ein antidemokratischer Stimmungsumschwung voll-

zog und – falls dies nachweisbar sein sollte – wie eine solche Entwicklung zustande kam. Bereits seit dem Systemwechsel in der DDR erwiesen sich die politischen Grundüberzeugungen der ostdeutschen Bevölkerung als ein beliebtes Objekt von Spekulationen. Mit guten Gründen zogen Sozialforscher die Verlässlichkeit der in der Wendezeit erhobenen Einstellungsdaten in Frage und brachten die Metapher von den ostdeutschen *Fragebogendemokraten* in Umlauf⁴. Die Annahme, bereits zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung könnten in Ostdeutschland gefestigte demokratische Überzeugungen vorhanden gewesen und die für die DDR typischen Ordnungsvorstellungen verschwunden sein, widerspricht allen Befunden der *Sozialisationsforschung*⁵. Verweise auf den in der Zeit der nationalen Teilung fortbestehenden Kommunikationszusammenhang zwischen West- und Ostdeutschen oder auf die große Anziehungskraft des Westens auf die ostdeutsche Bevölkerung⁶ vermögen als Erklärungen von Sozialisationsprozessen nur bedingt zu überzeugen. Die Relevanz mittelbarer Erfahrungen mit der Wirklichkeit eines demokratischen Regimes für den Erwerb demokratischer Orientierungen ist überaus fraglich, und das direkte Erleben der Strukturen und Prozesse einer Demokratie blieb der DDR-Bevölkerung bis 1990 versagt. Selbst wenn die von vielen behauptete Nischengesellschaft in der DDR existiert haben sollte, könnte ihr Vorhandensein allenfalls die Ablehnung der von der DDR-Führung propagierten Ordnungsvorstellungen, aber nicht die Unterstützung einer liberalpluralistischen Demokratie westdeutscher Prägung erklären. Wie hätten denn in einer Gesellschaft, die keinerlei demokratische Tradition aufwies, demokratische Überzeugungen entstehen sollen?

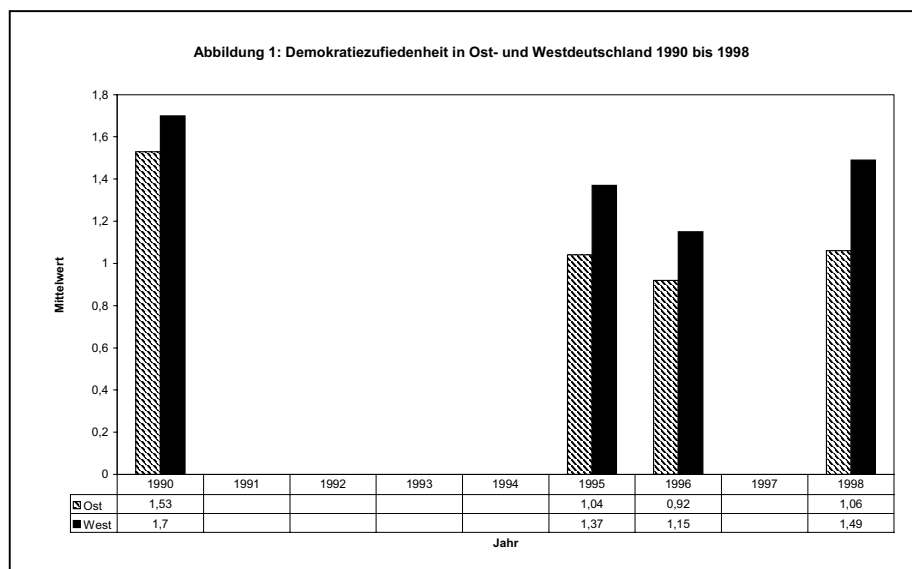
Aus sozialisationstheoretischer Perspektive wäre das Aufkommen antidemokratischer Tendenzen in Ostdeutschland seit 1990 leicht zu erklären. Der demokratische Konsens der frühen 90er Jahre erwies sich als vorübergehendes *Produkt der spezifischen politischen Bedingungen der Wendezeit*. Weder zum Zeitpunkt der Vereinigung noch später hätten in Ostdeutschland gefestigte demokratische Wertvorstellungen existiert. Dementsprechend wären die aktuellen anomischen Tendenzen in der ostdeutschen Gesellschaft ein sichtbares Indiz einer Übergangsphase, in der das sozialistische Regime und seine Leitwerte zwar verschwunden sind, aber noch nicht durch neue, demokratische Ordnungsvorstellungen ersetzt wurden.

Verlässliche Erkenntnisse über den Erfolg der DDR-Sozialisation fehlen

Jedoch findet die theoretisch plausible Interpretation der zwischen 1990 und 1991 gemessenen politischen Einstellungen der Ostdeutschen als Reflex der politischen Euphorie der Wendezeit in den vorliegenden Daten keinen uneingeschränkten Rückhalt. Einige der bereits 1990 vorhandenen demokratischen Überzeugungen der Ostdeutschen blieben nämlich in der Folgezeit bestehen und waren keineswegs instabiler als im westlichen Landesteil. Wenn aber bereits kurz nach dem Systemwechsel in der ehemaligen DDR demokratische Überzeugungen vorhanden waren, steht die Frage nach ihren Entstehungsbedingungen auf der Tagesordnung: Hatten die während der Zeit der Teilung Deutschlands fortbestehenden Kommunikationsbeziehungen zwischen West- und Ostdeutschen die Bevölkerung der DDR tatsächlich zu einer Übernahme westlicher Ordnungsvorstellungen veranlaßt? Oder gehörte die demokratische Revolution in der DDR zu jenen einschneidenden Ereignissen in der Geschichte eines Volkes, die einen Umbruch gesellschaftlicher und politischer Wertorientierungen mit sich bringen? Oder waren gar die im Wertesystem des Sozialismus angelegten demokratischen Potentiale durch die repressive Praxis des DDR-Regimes nicht gänzlich neutralisiert worden und verschafften sich nach dem Kollaps des Herrschaftsapparates der SED Geltung? Wegen des Fehlens verlässlicher Erkenntnisse über den Erfolg der in der DDR-Zeit abgelaufenen Sozialisationsprozesse werden sich diese Fragen niemals eindeutig beantworten lassen. Dies erschwert zwar Aussagen über den Wandel politischer Einstellungen in der Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands, macht sie aber nicht unmöglich. Da seit 1990 kontinuierlich Daten über die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen zur Demokratie erhoben wurden, besteht die Möglichkeit, die auf dem Weg zu einem demokratischen Konsens im vereinigten Deutschland bisher erzielten Fortschritte zu bilanzieren, noch vorhandene Integrationsdefizite aufzuzeigen und einige Bedingungen von Demokratiedefiziten zu identifizieren. Aus aktuellem Anlass gilt die besondere Aufmerksamkeit der Entwicklung antidemokratischer Tendenzen im vereinigten Deutschland.

Die Unwägbarkeiten des politischen Umbruchs spiegeln sich in den Einstellungen wider

Im Hinblick auf den Verlauf der neueren deutschen Geschichte ist es nicht erstaunlich, dass sich die Umfrageforschung seit ihrer Institutionalisierung in Deutschland intensiv mit dem Verhältnis der Deutschen zur Demokratie beschäftigte. Bereits vor der Gründung der Bundesrepublik gaben die amerikanischen Besatzungsbehörden Umfragen in Auftrag, deren Zweck darin bestand, die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zu ermitteln und die geplanten Maßnahmen zur politischen Umerzie-



lung der Deutschen wissenschaftlich zu begleiten. Nach der Staatsgründung setzten die neu gegründeten Umfrageinstitute diese Erhebungen fort und dokumentierten eine zwischen 1950 und dem Ende der Ära Adenauer stetig wachsende Unterstützung der Demokratie durch die Bundesbürger⁷. Bis zur Vereinigung Deutschlands zeichneten sich die Bürger der alten Bundesrepublik durch eine besonders nachdrückliche Zustimmung zur Idee und Realität der Demokratie aus, nicht zuletzt im Vergleich mit der Bevölkerung anderer demokratischer Staaten⁸. Die kulturellen Grundlagen der Institutionalisierung eines demokratischen Herrschaftssystems im postkommunistischen Ostdeutschland fand ebenfalls von Anfang an das Interesse der empirischen Sozialforschung. Drei Aspekte der Einstellungen zur Demokratie wurden im Zeitraum 1990 bis 1998 mehrfach durch Umfragen erhoben:

- die Unterstützung der Idee der Demokratie,
- die Befürwortung einzelner demokratischer Prinzipien und
- die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik. Zusätzliche Daten für
- die Ablehnung einer Diktatur

liegen für die Jahre 1994 und 1998 vor. Da sich diese Orientierungen im untersuchten Zeitraum nicht völlig gleichförmig entwickelten, ist es sinnvoll, sie getrennt darzustellen.

Die ersten Umfragen über das Verhältnis der Ostdeutschen zur Demokratie fanden noch vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl statt. Manche Ergebnisse entsprachen den Erwartungen, andere erwiesen sich als Überraschung. Vermutlich bedingt durch die Ungewissheit der Übergangssituation zwischen dem Zusammenbruch der DDR und der von der breiten Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung gewünschten, aber noch nicht vollzogenen Wiedervereinigung Deutschlands herrschte 1990 in der ostdeutschen Bevölkerung eine große Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie vor. Eine gänzlich andere Situation war in der alten Bundesrepublik gegeben, in der die Demokratiezufriedenheit den höchsten Wert seit der Ein-

führung der entsprechenden Frage durch die Umfrageforschung erreichte⁹. In den alten Ländern hatte die Öffnung der innerdeutschen Grenze allem Anschein nach bereits Spuren in der politischen Stimmungslage hinterlassen. Dagegen spiegelten die Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung die Unwägbarkeiten des politischen Umbruchs wider (Abbildung 1).

Nicht nur graduelle, auch qualitative Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Demokratie

Nicht zuletzt bedingt durch die unterschiedliche Ausgangslage entwickelte sich die Demokratiezufriedenheit in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung unterschiedlich. In den neuen Bundesländern verbesserte sich nach der großen Skepsis der Wendejahre bis zum Jahr 1992 die Stimmungslage. Seither fluktuierte die Zufriedenheit mit der Demokratie auf einem relativ niedrigen Niveau, war aber stets größer als vor der Vereinigung. Im Westen dagegen folgte der Euphorie des Jahres 1990 eine Phase der Ernüchterung. Zwischen 1990 und 1996 zeigte sich ein in der bisherigen Geschichte der deutschen Umfrageforschung nur in wenigen Fällen beobachteter Zerfall der Demokratiezufriedenheit, der vermutlich eine massive Kritik an der Verteilung der Folgekosten der DDR-Vergangenheit zum Ausdruck brachte. Wie schon in früheren Krisen erwies sich die beschriebene Verschlechterung der Stimmungslage jedoch als eine vorübergehende Erscheinung. Obgleich nach dem Stimmungsumschwung zwischen 1997 und 1998 die außerordentlich hohe Systemzufriedenheit des Jahres 1990 noch nicht wieder erreicht wurde, waren die Westdeutschen 1998 mit der Demokratie etwas zufriedener als 1994 und nur unwesentlich unzufriedener als 1992.

Abgesehen von den relativ großen Schwankungen der Demokratiezufriedenheit fiel die Bewertung des Zustandes der Demokratie in der Bundesrepublik durch die Ost- und Westdeutschen sehr unterschiedlich, zeitweise sogar gegensätzlich, aus. Die Bevölkerung Ostdeutschlands beurteilte das aktuelle Erscheinungsbild der Demokratie stets

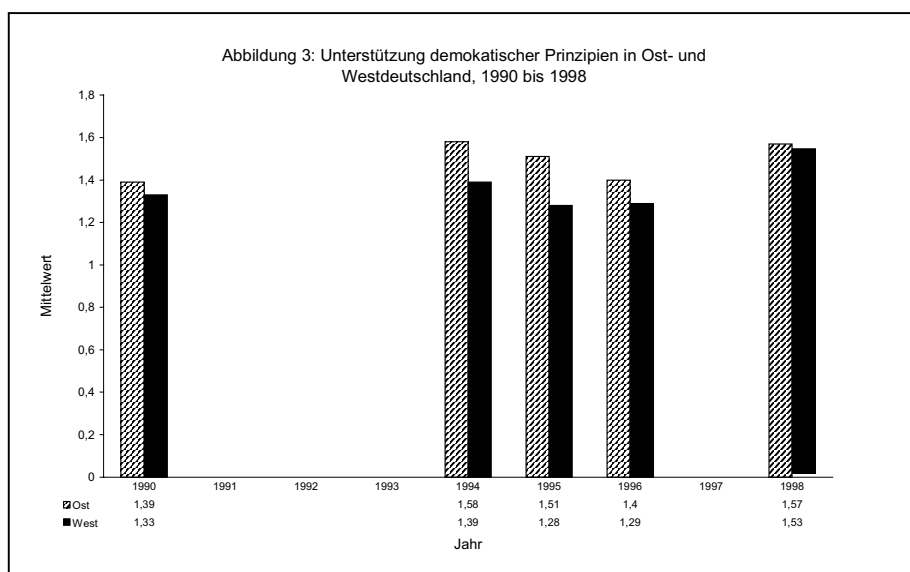
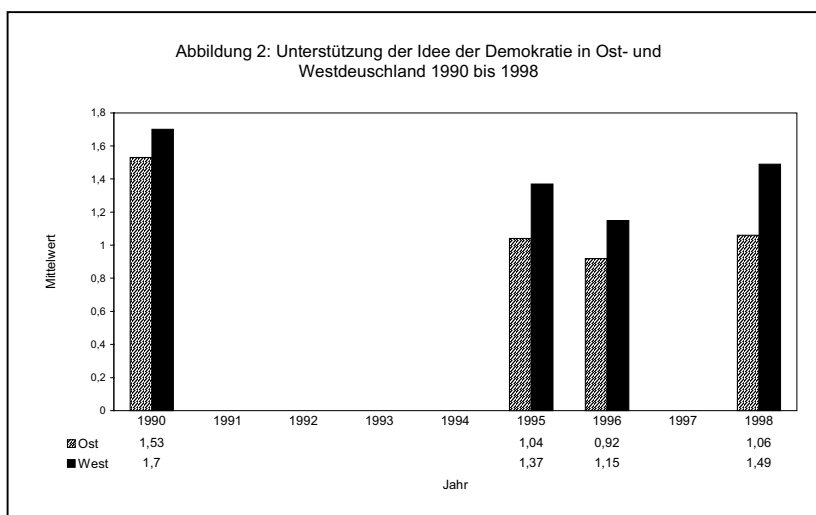
wesentlich kritischer als es im Westen der Fall war. Selbst in den Jahren, in denen in den neuen Ländern mehr Zustimmung als Kritik gemessen wurde, herrschte keine auch nur annähernd euphorische Stimmung vor. Deutlich anders stellte sich die Sachlage in den alten Bundesländern dar, in denen es – außer im Jahr 1997 – seit der Wiedervereinigung stets mehr Unterstützung der Demokratie als Kritik an ihr gab¹⁰. In der Demokratiezufriedenheit bestehen demnach nicht bloß graduelle, sondern qualitative Unterschiede zwischen den Bürgern der alten und neuen Bundesländer.

Da die Einstellung zur demokratischen Praxis relativ stark von situationsspezifischen Faktoren, z.B. von der parteipolitischen Konstellation oder von der Bewertung der sozio-ökonomischen Verhältnisse abhängt, geben die Schwankungen der Demokratiezufriedenheit weniger Anlass zur Besorgnis als die doch beträchtlichen Ost-West-Unterschiede. Konjunkturen dieser Art waren in der Entwicklung der Bundesrepublik mehrfach zu beobachten und zeigen sich auch in anderen Demokratien¹¹. Eine problematische Situation ergibt sich vor allem dann, wenn die Kritik an den aktuellen Verhältnissen die Unterstützung der Idee der Demokratie und ihrer konstitutiven Prinzipien schwächt.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Legitimität von Opposition

Im Gegensatz zur Demokratiezufriedenheit bestand zwischen den Bürgerinnen und Bürgern Ost- und Westdeutschlands bereits 1990 eine große Übereinstimmung in der Zustimmung zur Idee der *Demokratie im allgemeinen* und zu den für eine Demokratie wichtigen Prinzipien des Rechts zur freien Meinungsäußerung und zur Legitimität der Opposition (Abbildungen 2 und 3). Während die in Westdeutschland erhobenen Daten mit jenen früherer Erhebungen übereinstimmen und die langfristige Stabilität der demokratischen Grundüberzeugungen der Bürgerschaft der alten Bundesrepublik dokumentieren, war in Ostdeutschland nicht unbedingt mit einer breiten Unterstützung der Prinzipien einer liberal-pluralistischen Demokratie zu rechnen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die DDR-Propaganda Demokratie und Sozialismus als zwei Seiten einer Medaille dargestellt hatte, unterscheidet sich das sozialistische Demokratiekonzept vom westlichen durch eine eindeutig antipluralistische Ausrichtung. Vor diesem Hintergrund dürfte das Bekenntnis der Ostdeutschen zu dem liberal-pluralistischen Prinzip der Legitimität von Opposition eine Reaktion auf die erfolgreiche demokratische Revolution in der DDR darstellen.

Wie die Demokratiezufriedenheit war auch die Unterstützung der Idee der Demokratie und die Zustimmung zu den demokratischen Prinzipien der Meinungsfreiheit und der Legitimität von Opposition seit 1990 gewissen Schwankungen ausgesetzt. Bis zum Jahr 1996 ging die Unterstützung der Demokratie



leicht zurück, doch gab es zu keinem Zeitpunkt Hinweise auf eine Abkehr der Bevölkerung von demokratischen Ordnungsvorstellungen. Analog zur Demokratiezufriedenheit stieg das Einverständnis der Bevölkerung mit den Prinzipien einer Demokratie zwischen 1996 und 1998 wieder deutlich an. In Westdeutschland erreichte die Unterstützung einzelner Merkmale eines demokratischen Regimes 1998 das höchste Niveau seit der Wiedervereinigung. Im Osten wurden nur einmal, nämlich 1994, geringfügig höhere Werte gemessen als 1998. Alle vorliegenden Daten scheinen für die Annahme zu sprechen, dass die Demokratie als Ordnungsmodell zehn Jahre nach der Vereinigung fest in den politischen Überzeugungen der Bevölkerung verankert ist und antidemokratische Tendenzen nur bei einer kleinen Minderheit der Befragten auftreten.

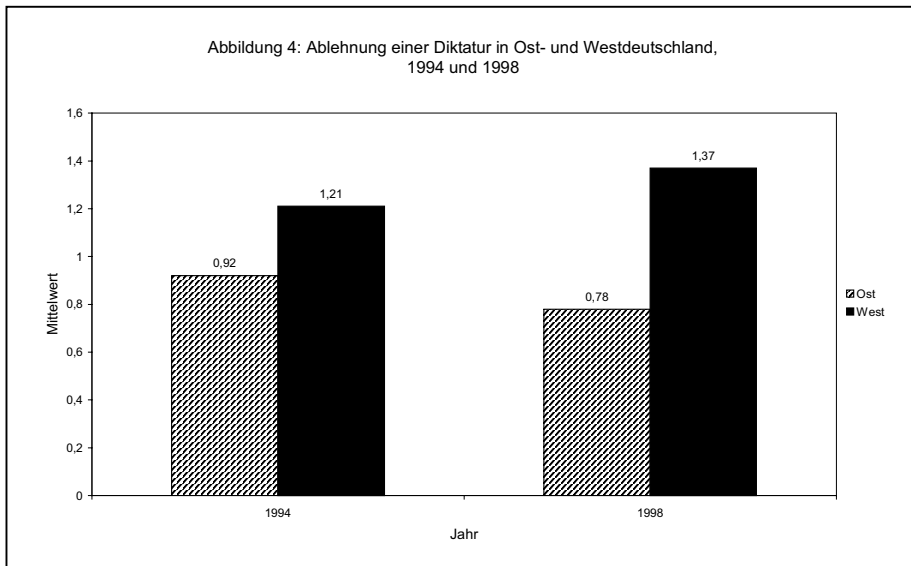
Der prinzipielle Widerstand gegen eine Diktatur fällt im Osten wesentlich schwächer aus

Allerdings werden gewisse Abstriche an diesem positiven Bild erforderlich, wenn man die Ablehnung eines autoritären Regimes durch die Bevölkerung beleuchtet (Abbildung 4). Ungeachtet der mehrheitlichen Ablehnung einer Diktatur durch die

ost- und westdeutschen Befragten fällt der Widerstand gegen eine Diktatur wesentlich schwächer aus als es nach den jahrzehntelangen Erfahrungen mit einem autoritären Herrschaftssystem und im Hinblick auf die breite Unterstützung demokratischer Prinzipien zu erwarten wäre. Lediglich 60% der ostdeutschen Befragten widersprachen 1994 der Auffassung, unter Umständen sei eine Diktatur die bessere Staatsform (Westen: 73%), 1998 war dieser Anteil sogar auf 55% gesunken (Westen: 76%, tabellarisch nicht im Detail ausgewiesen).

Welche Feststellungen über die Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Deutschen zur Demokratie lassen die bisher präsentierten Ergebnisse zu? Auf den ersten Blick scheint sich in Deutschland bereits unmittelbar nach der Wiedervereinigung ein demokratischer Konsens herausgebildet zu haben. Im Osten schließt er primär die Unterstützung einzelner demokratischer Rechte, Struktur- und Verfahrensprinzipien ein, im Westen bezieht er sich darüber hinaus auch auf die Idee der Demokratie. Diese Konstellation hat sich seit 1990 nicht grundlegend verändert und deutet auf das Entstehen eines demokratischen Konsens zwischen West- und Ostdeutschen hin. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieser Konsens aber als fragwürdig, da die ost-

Abbildung 4: Ablehnung einer Diktatur in Ost- und Westdeutschland, 1994 und 1998



deutsche Bevölkerung, anders als die westdeutsche, der abstrakten Idee der Demokratie deutlich weniger Unterstützung entgegenbringt als einzelnen demokratischen Prinzipien, sich einer Diktatur nicht entschlossen widersetzt und der Realität der bundesdeutschen Demokratie ziemlich distanziert gegenübersteht. Die von *Fuchs* nachgewiesenen Unterschiede in der Ausformung des Demokratieverständnisses¹² der Bürger der beiden Teile Deutschlands runden das ambivalente Bild von der Entwicklung des Verhältnisses der Deutschen zur Demokratie ab.

Widersprüchliche demokratische Überzeugungen

Das Verhältnis der Bevölkerung zur demokratischen Ordnung lässt sich nicht ausschließlich am Ausmaß der Zustimmung zu einzelnen Merkmalen eines demokratischen Regierungssystems und zum System insgesamt festmachen. Ebenso wichtig ist, die Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Elementen eines demokratischen Überzeugungssystems zu beleuchten. Bei der Auseinandersetzung mit diesem Problem muss man nicht von der anspruchsvollen Vorstellung einer völlig widerspruchsfreien Verknüpfung der Elemente ausgehen, jedoch sollten grundlegende politische Orientierungen wie die Einstellungen zur Demokratie ein Mindestmaß an Kohärenz aufweisen, weil sie anderenfalls nicht die Funktion erfüllen können, den Bürgern in Konfliktsituationen Orientierungs- und Verhaltenssicherheit zu vermitteln¹³. Die folgenden Teile des Beitrages greifen dieses in der Analyse politischer Kultur bisher vernachlässigte Problem der Verflechtung zwischen den Elementen eines demokratischen Überzeugungssystems auf und beschäftigen sich mit der Frage, in welchem Maße die Bundesbürger einen systematischen Zusammenhang zwischen der Idee der Demokratie und einzelnen demokratischen Prinzipien herstellen, ob sie Demokratie und Diktatur als einander ausschließende Ordnungsmodelle betrachten, in welche Beziehung sie die Zustimmung zur Idee und Praxis der Demokratie set-

zen und in welchem Maße demokratische Orientierungen mit der Unterstützung links- und rechtsextremer Ideen einher gehen.

Da die Einstellungen zur Demokratie als Ordnungsmodell in unseren Umfragen durch mehrere Indikatoren repräsentiert waren, besteht die Möglichkeit, die Stimmigkeit bzw. Widersprüchlichkeit demokratischer Grundüberzeugungen in Ost- und Westdeutschland vergleichend zu untersuchen. Diese Analyse basiert auf der Annahme, dass demokratische Orientierungen in einer konsolidierten Demokratie widerspruchsfrei sind als in einer jungen Demokratie, weil Prozesse der Primär- und Sekundärsozialisation mit dem Alter der Demokratie wirksamer werden.

Wie die folgenden Ergebnisse zeigen, trifft diese Vermutung zu. Die Form der Verknüpfung einzelner Elemente eines demokratischen Überzeugungssystems weist darauf hin, dass die Demokratie als Ordnungsmodell im Osten nicht so fest verankert ist wie im Westen. Allerdings gilt dies nicht für alle Einstellungen zur Demokratie.

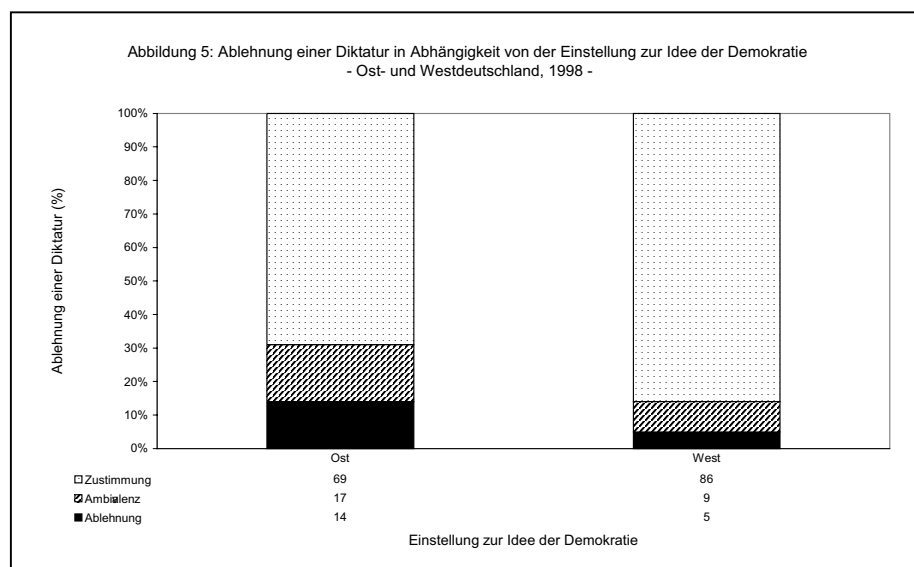
Relative geringe Unterschiede zwischen den Bürgern der alten und neuen Bundesländer treten bei der Verbindung zwischen der Unterstützung der Idee der De-

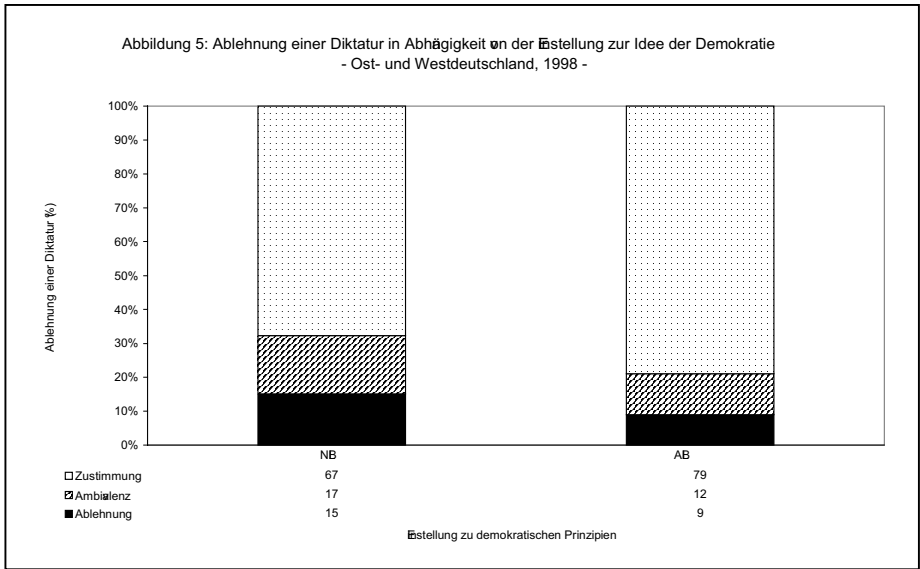
mokratie und einzelnen demokratischen Prinzipien auf: In beiden Teilen Deutschlands befürworten nahezu alle Befragten mit einer positiven Einstellung zur Idee der Demokratie zugleich die demokratischen Prinzipien der Meinungsfreiheit und der Legitimität der Opposition. Selbst Personen mit generell demokratiekritischen Einstellungen sprechen sich mit einer großen Mehrheit für die demokratischen Grundrechte aus, von denen sie natürlich auch profitieren (tabellarisch nicht ausgewiesen)¹⁴.

Deutlich anders stellt sich der Zusammenhang zwischen der Unterstützung der Idee der Demokratie und der Ablehnung einer Diktatur dar. Von den wenigen erklärten Gegnern der Demokratie in Deutschland spricht sich konsequenterweise nur ein kleiner Teil gegen eine Diktatur aus (Westdeutschland: 5%, Ostdeutschland: 14%). Größere Aufmerksamkeit als dieses triviale Ergebnis verdient das Antwortverhalten der Befragten mit einer ambivalenten oder positiven Einstellung zur Idee der Demokratie. Nur jeder fünfte Bürger Ostdeutschlands mit einer teils ambivalenten Einstellung zur Idee der Demokratie lehnt eine Diktatur konsequent ab, im Westen gilt dies für jeden zehnten Befragten. Selbst unter den strikten Befürwortern der Demokratie wäre eine starke Minderheit von 31% in Ostdeutschland und 14% im Westen gegebenenfalls dazu bereit, eine Diktatur zu akzeptieren (Abbildung 5). Nahezu dieselben Strukturen zeigen sich, wenn man den Zusammenhang zwischen der Befürwortung der Meinungsfreiheit und der positiven Funktion der Opposition in der Demokratie untersucht (Abbildung 6).

Für eine zahlenmäßig nicht einmal kleine Minderheit in der westdeutschen – vor allem aber in der ostdeutschen – Gesellschaft, besteht zwischen einer Demokratie und einer Diktatur kein unüberbrückbarer Gegensatz. Auch wenn diese Konstellation vermutlich kein Spezifikum der deutschen Demokratie darstellt, hat sie in einer Übergangsgesellschaft einen anderen Stellenwert als in einer gefestigten demokratischen Gemeinschaft.

Abbildung 5: Ablehnung einer Diktatur in Abhängigkeit von der Einstellung zur Idee der Demokratie - Ost- und Westdeutschland, 1998 -





Anzustreben ist eine produktive Verbindung von Loyalität und Kritikbereitschaft

Im Gegensatz zu allen anderen Herrschaftsordnungen lässt die Demokratie Kritik und Opposition nicht nur zu, sondern gibt den Bürgern das Recht, ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen Verhältnissen in institutionalisierten und nichtinstitutionalisierten Formen zum Ausdruck zu bringen. Da sich diese Kritik auch auf das praktische Funktionieren der Demokratie richten kann, sind die zuvor beschriebenen Schwankungen der Demokratiezufriedenheit für sich genommen nicht als Krisenerscheinung zu werten. Dies gilt insbesondere, wenn die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie nicht in eine Ablehnung der Demokratie als Ordnungsmodell umschlägt, sondern als Antriebskraft politischer Reformen wirkt¹⁵. Als das einer Demokratie angemessene Muster politischer Orientierungen gilt nicht eine bedingungslose Identifikation mit den bestehenden politischen Verhältnissen, sondern eine produktive Verbindung von Loyalität und Kritikbereitschaft¹⁶. Allerdings sei dahingestellt, ob dies für eine Übergangsgesellschaft ebenso gilt wie für eine konsolidierte Demokratie.

Im vereinigten Deutschland fallen die Beziehungen der Bürger zum Ideal und zur Realität der Demokratie diesseits und jenseits der ehemaligen innerdeutschen Grenze sehr unterschiedlich aus. In den alten Bundesländern bewertet die große Mehrheit der Bevölkerung nicht nur die Demokratie als Ordnungsmodell positiv, sondern begegnet auch der Wirklichkeit der bundesdeutschen Demokratie eher mit Zustimmung als mit Kritik. Im Osten zeigt sich dagegen während des gesamten Zeitraumes seit der Wiedervereinigung ein starkes Spannungsverhältnis zwischen der Einstellung zum Modell und zur Realität der Demokratie. Gemessen an den Idealvorstellungen der Demokratie beurteilt die Bevölkerung die realen politischen Verhältnisse außerordentlich kritisch.

Spielarten des Demokratieverständnisses

Wie verbinden sich diese beiden Aspekte der Einstellung zur Demokratie im Überzeugungssystem der Bundesbürger miteinander und zwischen welchen Typen demokratischer Einstellungen kann man auf dieser Grundlage unterscheiden? In Ablehnung an entsprechende Vorarbeiten werden im folgenden Teil dieser Untersuchung fünf Spielarten des Demokratieverständnisses voneinander unterschieden:

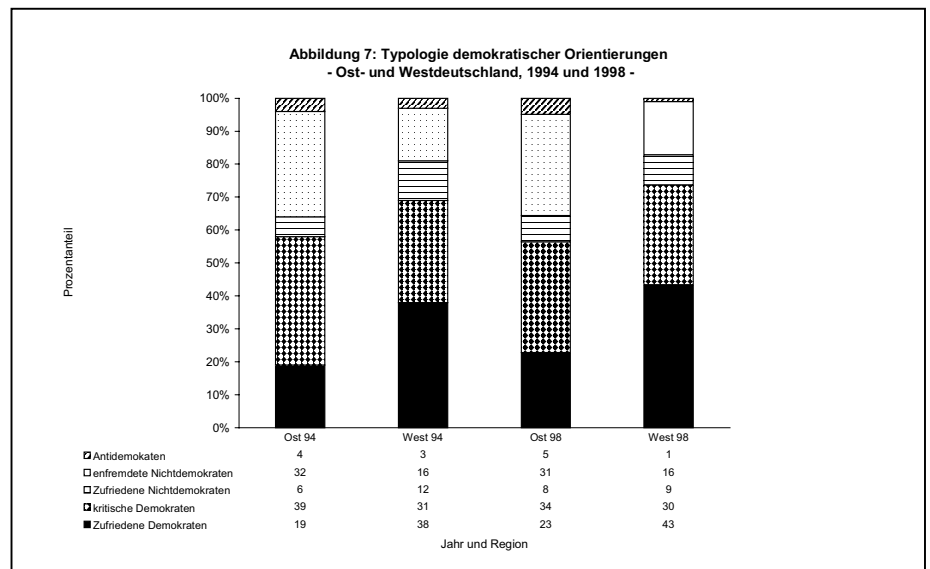
- Die *loyalen Demokraten* befürworten demokratische Prinzipien und lehnen eine Diktatur ab, zugleich sind sie mit der in der Bundesrepublik bestehenden Form der Demokratie zufrieden.
- Die *kritischen Demokraten* verbinden demokratische Überzeugungen mit einer skeptischen, d.h. ambivalenten oder negativen, Bewertung des Zustandes der bundesdeutschen Demokratie.
- Die *Nichtdemokraten* lehnen die demokratischen Ordnungsvorstellungen zwar nicht rundum ab, befürworten sie aber auch nicht. Unter dem Gesichtspunkt der Zufriedenheit mit den bestehenden politischen Verhältnissen kann

man innerhalb dieser Gruppe zwischen *zufriedenen* und *entfremdete Nichtdemokraten* differenzieren.

- Zu den *Antidemokraten* schließlich werden alle Personen gezählt, die demokratische Prinzipien ablehnen und eine Diktatur befürworten.

Abbildung 7 gibt die Verteilung dieser Formen demokratischer Einstellungen wieder, wobei die bereits konstatierten Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland noch viel deutlicher hervortreten als bei einer Betrachtung einzelner Merkmale des demokratischen Überzeugungssystems. Die Stabilität der westdeutschen Demokratie findet ihren Niederschlag in einem extrem kleinen, zwischen 1994 und 1998 sinkenden Anteil von Personen mit explizit antidemokratischen Überzeugungen. Auch die zweite für die Stabilität einer Demokratie problematische Gruppe, die der entfremdeten Nichtdemokraten, ist zwischen 1994 und 1998 nicht gewachsen und umfasst 16 Prozent der Befragten in den alten Bundesländern. Die weitaus größte Gruppe der westdeutschen Bürgerinnen und Bürger unterstützt alle relevanten Aspekte eines demokratischen Systems. Die zufriedenen Demokraten bilden die stärkste Gruppe unter den westdeutschen Befragten, zudem ist diese Gruppe zwischen 1994 und 1998 nochmals deutlich gewachsen.

In den neuen Bundesländern weist die Demokratie eine weniger stabile kulturelle Basis auf. Der gemeinsame Anteil von Antidemokraten und entfremdeten Nichtdemokraten umfasst mehr als ein Drittel der Befragten, vier bzw. fünf Prozent gehören zum harten antidemokratischen Potential. Auch der demokratisch eingestellte Bevölkerungsteil weicht in seiner Zusammensetzung von dem für die alten Bundesländer typischen Muster ab. Mit einem Anteil von nicht einmal einem Viertel der Befragten sind die zufriedenen Demokraten zahlenmäßig wesentlich schwächer vertreten als die kritischen Demokraten. Allerdings hat die Zahl der zufriedenen Demokraten in den neuen Bundesländern zwischen 1994 und 1998 ungefähr so stark zugenommen wie in den alten. Gleichwohl ist das gegen die Demokratie mobili-



sierbare Potential in Ostdeutschland doppelt so groß wie im Westen.

Die unterschiedliche Nähe zu rechts- und linksextremem Gedankengut

Auch wenn diese Daten eine mögliche Erklärung der Ausbreitung antidemokratischer Strömungen in den neuen Bundesländern liefern, sollte man keine Zusammenhänge zwischen verschiedenen Spielarten des politischen Extremismus und der Verbreitung anti- bzw. nichtdemokratischer Orientierungen behaupten, bevor man sich Klarheit über die Details der Beziehung zwischen demokratischen und extremistischen Einstellungen verschafft hat. Aus verschiedenen Gründen werden extremistische Orientierungen in den folgenden Teilen dieses Beitrages nicht an der Wahlabsicht der Befragten, sondern an ihrer Nähe zu links- und rechtsextremem Gedankengut festgemacht. Die Befürwortung rechtsextremer Vorstellungsbilder wurde über die Dimensionen *Fremdenfeindlichkeit/Antisemitismus und Rechtfertigung des Nationalsozialismus* erhoben¹⁷, linkssozialistische Orientierungen wurden über *die gefühlsmäßigen Bindungen an die DDR und den Sozialismus* sowie eine positive Einstellung zur *Verstaatlichung von Großunternehmen* erfasst.

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen Demokratiekritik und Extremismus basiert auf zwei *Annahmen*:

- (1) Die Verbundenheit mit der ehemaligen DDR und den ideologischen Grundlagen des DDR-Regimes begünstigt negative Einstellungen zu der in der Bundesrepublik praktizierten Form der Demokratie. Dementsprechend dürfte der Anteil kritischer Demokraten und entfremdeter Nichtdemokraten mit einer zunehmenden Affinität zu linkssozialistischen Orientierungen steigen. Ob dies mit einer Ablehnung demokratischer Ordnungsvorstellungen einhergeht, muss der Klärung durch die empirische Analyse überlassen bleiben.
- (2) Anders als der Kommunismus ist der Rechtsextremismus eine dezidiert antidemokratische Ideologie. Deshalb ist zu erwarten, dass antidemokratische Tendenzen mit der Zustimmung zu rechtsextremen Prinzipien wachsen und die Antidemokraten und die entfremdeten Nichtdemokraten unter den Personen mit rechtsextremen Überzeugungen besonders häufig zu finden sind.

Wie Abbildung 8 zeigt, stimmen die Befunde aus den neuen Bundesländern weitgehend mit unseren Erwartungen über-

ein. Rechtsextreme Einstellungen begünstigen negative Einstellungen zur Demokratie. Im Durchschnitt der Jahre 1994/1998 war der Anteil der Antidemokraten in der Gruppe mit starken rechtsextremen Dispositionen doppelt so groß wie unter den Befragten, die keine rechtsextremen Positionen vertraten. Der Anteil der entfremdeten Nichtdemokraten steigt ebenfalls mit der Affinität zu rechtsextremen Überzeugungen: Deutlich mehr als die Hälfte der harten Rechtsextremen gehören zur Gruppe der Antidemokraten bzw. entfremdeten Nichtdemokraten. Demgegenüber sind kritische Demokraten unter den Rechtsextremen erwartungsgemäß stark unterrepräsentiert. In den alten Bundesländern ist das dezidiert antidemokratische Potential generell kleiner als in Ostdeutschland, und dies gilt auch für die Rechtsextremen. Von diesen zählt jeder dritte zur Gruppe der Antidemokraten oder entfremdeten Nichtdemokraten.

Die Wertschätzung der Demokratie hängt nicht nur von deren Leistungsfähigkeit ab, sondern auch von den eigenen Einflussmöglichkeiten

Ungeachtet der demokratischen Aspirationen des DDR-Sozialismus ist auch im linksextremen Spektrum eine beträchtliche Demokratieferne auszumachen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Unterstützung der in der Bundesrepublik praktizierten Form der Demokratie, sondern auch im Hinblick auf das Verhältnis zur Demokratie als Form politischer Ordnung (Abbildung 9). Jeder zehnte ostdeutsche Befragte mit antidemokratischen Orientierungen weist extrem linkssozialistische Orientierungen auf (alte Länder: 4%), der Anteil der entfremdeten Nichtdemokraten beläuft sich in dieser Gruppe auf fast 50% (alte Länder: 40%). Die Ablehnung der Demokratie oder eine ambivalente Einstellung zu einer demokratischen Herrschaftsordnung erweist sich somit nicht als ein Spezifikum der extremen Rechten, vielmehr finden sich auch im linken Lager starke antidemokratische Affekte. Auch wenn die rechtsextremen Gruppen auf Grund ihrer derzeit hohen Sichtbarkeit und Gewaltbereitschaft eine größere öffentliche Aufmerksamkeit finden, bedeutet dies keineswegs, dass von linksextremen Gruppen keine latente Bedrohung der Demokratie in der Bundesrepublik ausginge.

Über die Hintergründe demokratischer Orientierungen im vereinigten Deutschland – und in Demokratien im allgemeinen – liegen umfangreiche und detaillierte Erkenntnisse vor, die hier nur kurz zusammengefasst werden sollen. Als wichtig für die Demokratiezufriedenheit erwiesen sich in mehreren Untersuchungen eine positive Bewertung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage, das Vertrauen zu parteienstaatlichen Institutionen und eine Bindung an die Regierungsparteien. Eine wichtige Rolle spielt im Deutschland der 90er Jahre darüber hinaus die Überzeugung, im Bedarfsfall Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben zu können sowie die Bereitschaft, die vorhandenen

Abbildung 8: Demokratiekritische Einstellungen und rechtsextreme Orientierung in den neuen und alten Bundesländern, 1994 / 1998

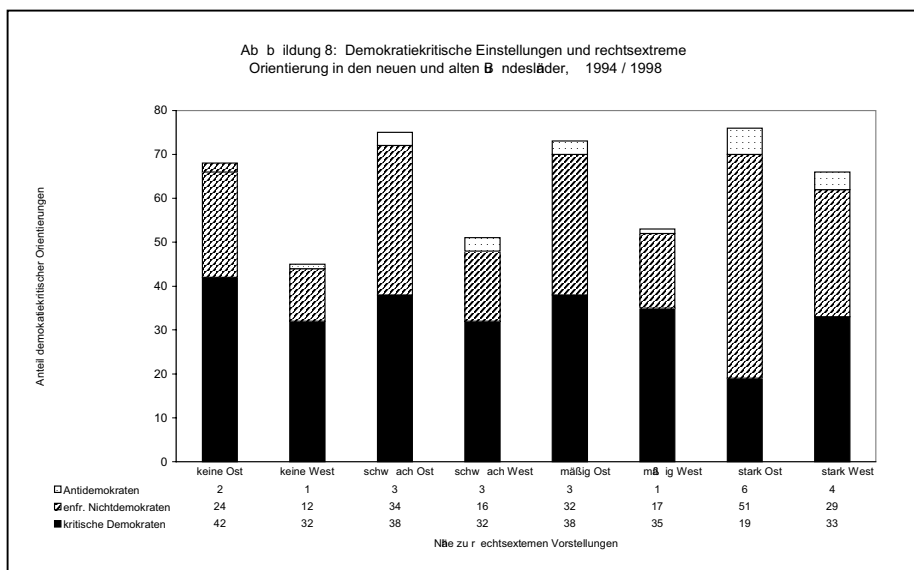
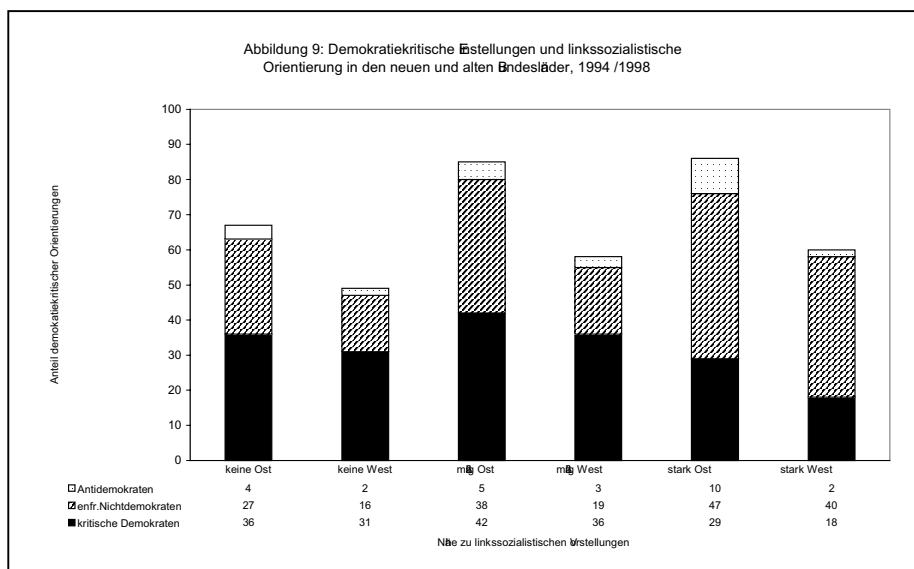


Abbildung 9: Demokratiekritische Einstellungen und linkssozialistische Orientierung in den neuen und alten Bundesländern, 1994 / 1998



Einflussmöglichkeiten zu nutzen. Die Unterstützung der Demokratie als Ordnungsprinzip ist dagegen weitgehend unabhängig von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, jedoch wird auch sie von den wahrgenommenen Chancen zur politischen Beteiligung beeinflusst¹⁸. Anders als in der Bundesrepublik der 50er Jahre hängt das Verhältnis der Bürger des vereinigten Deutschlands zum politischen System und seinen tragenden Prinzipien nicht ausschließlich von der Bewertung politischer Leistungen, sondern auch von partizipativen Werten und Einstellungen ab.

Fazit. Der gesellschaftlich-politische Umbruch ist in den neuen Bundesländern längst noch nicht abgeschlossen

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands zeigen sich die Probleme beim Aufbau eines demokratischen Grundkonsenses wesentlich klarer als in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung. In der Zeit seit der Wende sind in Ostdeutschland demokratische Überzeugungen nicht kontinuierlich gewachsen. Vor allem die Zufriedenheit mit der Demokratie ließ die für Transitionsgesellschaften charakteristische Instabilität und Output-Abhängigkeit erkennen. Im Westen war die Zufriedenheit mit der Demokratie zwar noch größeren Schwankungen unterworfen, allerdings auf einem wesentlich höheren Akzeptanzniveau. Die Einstellungen der Bevölkerung zum Zustand der Demokratie waren seit 1990 im Westen niemals auch nur annähernd so kritisch wie im Osten.

Für das Selbstverständnis und für die Stabilität einer Demokratie kommt der Unterstützung demokratischer Prinzipien eine weitaus größere Bedeutung zu als der Demokratiezufriedenheit. Ungeachtet positiver Entwicklungstendenzen fällt die Bilanz der politischen Verhältnisse seit der Wiedervereinigung auch in dieser Hinsicht im Osten problematischer aus als im Westen. Zwar scheinen die Menschen in den neuen Ländern die Vorzüge einer demokratischen Ordnung, insbesondere die Möglichkeiten zur freien Entfaltung und zur Artikulation von Dissens zu goutieren. Sie bringen diese Werte und Normen aber nur bedingt mit der Idee der Demokratie im allgemeinen und noch weniger mit der bestehenden Form der Demokratie in Verbindung. Anders als die Unterstützung spezifischer demokratischer Prinzipien, die sich seit dem Beginn der 90er Jahre auf hohem Niveau stabilisierte, nahm die Zustimmung zur Idee der Demokratie im Laufe der Jahre ab, die Bereitschaft, eine Diktatur zu akzeptieren, stieg mit der zeitlichen Distanz vom Zusammenbruch des SED-Regimes. Ganz offenkundig verbindet die ostdeutsche Bevölkerung mit dem abs-

trakten Prinzip der Demokratie nicht die gleichen positiven Gefühle wie mit einzelnen demokratischen Errungenschaften.

Ein demokratischer Grundkonsens ist in Deutschland zehn Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch nicht entstanden. In Anbetracht des Fehlens demokratischer Traditionen in Ostdeutschland und der schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen wäre es auch erstaunlich, wenn sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb von nur zehn Jahren an ein neues politisches Regime gewöhnt hätte. Selbst unter ungleich günstigeren Bedingungen der 50er Jahre konstatierten Beobachter in der alten Bundesrepublik zehn Jahre nach der Staatsgründung noch große Demokratiedefizite. Auf dem langwierigen Weg zur Übernahme neuer politischer Wertvorstellungen in Ostdeutschland stehen noch einige Barrieren, die auf absehbare Zeit wohl schwer zu überwinden sein werden. Vor dem Hintergrund des fundamental unterschiedlichen Verlaufs der Geschichte der alten Bundesrepublik und der DDR seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist es abwegig, die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen mit „mentale(n) Unterschiede(n) zwischen rheinischen Katholiken, norddeutschen Lutheranern und schwäbischen Pietisten“ zu vergleichen¹⁹. Was auch immer diese Gruppen voneinander trennen mag, im Unterschied zur ostdeutschen Bevölkerung haben sie ihre politischen Erfahrungen seit 1949 in einer funktionsfähigen Demokratie gemacht. Die jüngsten antidemokratischen Entwicklungen in Ostdeutschland lassen sich unter anderem als Ausdruck eines immer noch un abgeschlossenen gesellschaftlich-politischen Umbruchs interpretieren, in dem Teile der Bevölkerung Unsicherheit und Zukunftsangst verspüren und diese in antidemokratische Ressentiments und Aggression gegen Randgruppen umsetzen. So ist die Demokratie in der Bundesrepublik gegenwärtig zwei Arten von Anfechtungen ausgesetzt: Der Kritik von DDR-Nostalgikern, die sich nicht mit den neuen Verhältnissen arrangieren mögen, und den Herausforderungen durch eine hochgradig militante rechtsextreme Szene, die offenkundig einmal mit der rechten Variante eines totalitären Regimes experimentieren möchte. Anders als in den 30er Jahren steht diesen Minderheiten jedoch eine weitaus größere Gruppe von Bürgern entgegen, die den Wert einer demokratischen Ordnung zu schätzen weiß, gerade im Bewusstsein um die Schwächen der demokratischen Praxis.

Literaturhinweise

¹ Laut FAZ vom 15.8.2000 war die Zahl von Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund je 100.000 Einwohner in den neuen Bundesländern erheblich höher als in den alten Bundesländern.

² Vgl. Thomas Gensicke: Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration. Opladen 1998, S. 170ff.

³ Vgl. Petra Bauer: Politische Orientierungen im Übergang. Eine Analyse politischer Einstellungen der Bürger in West- und Ostdeutschland 1990/91, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, 1991, S. 433-453; Dieter Fuchs: The Democratic Culture of Unified Germany, in: Pippa Norris, (Hrsg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. Oxford 1999, S. 123-145; Oscar W. Gabriel: Demokratie in der Vereinigungskrise? in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 3, 1999, S. 827-861.

⁴ Wilhelm P. Bürklin: Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Eine Zwischenbilanz, in: Gerhard Lehmbuch, (Hrsg.): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. 19. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen 1995, S. 11-24.

⁵ Vgl. Paul M. Sniderman: Personality and Democratic Politics. Berkeley u.a. 1975. Zur Anwendung sozialisationstheoretischer Überlegungen auf Ostdeutschland: Robert Rohrschneider: Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany. Oxford 1999.

⁶ Eckard Jesse: Zwei verschiedene politische Kulturen in Deutschland, in: Hartmut Jäckel, (Hrsg.): Die neue Bundesrepublik. Baden-Baden 1994, S. 97-125; Erwin K. und Ute Scheuch: Wie deutsch sind die Deutschen? Eine Nation wandelt ihr Gesicht. Bergisch Gladbach 1991.

⁷ Ausführlich: Kendall L. Baker, Russell J. Dalton und Kai Hildebrandt: Germany Transformed: Political Culture and the New Politics. Cambridge, Mass. 1981; Dieter Fuchs: Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1989.

⁸ Dieter Fuchs, Giovanna Guidorossi und Palle Hansson: Support for the Democratic System, in: Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs, (Hrsg.): Citizen and the State. Beliefs in Government, Volume 1. Oxford 1995, S. 323-353; Oscar W. Gabriel: Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Oscar W. Gabriel und Frank Bretschneider, (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. 2. erweiterte und überarbeitete Auflage. Opladen 1994, S. 96-133.

⁹ Ebda.

¹⁰ 1997 lag die Zufriedenheit mit der Demokratie erstmals seit dem Anfang der 80er Jahre wieder unter der 50-Prozent-Marke (tabellarisch nicht ausgewiesen, entsprechende Daten finden sich u.a. im Eurobarometer 47).

¹¹ Vgl. die Belege in der in den Anmerkungen 3, 7 und 8 angegebenen Literatur.

¹² Dieter Fuchs: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel, (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen 1997, S. 81-113.

¹³ Stanley Feldman: Structure and Consistency in Public Opinion: The Role of Core Beliefs and Values, in: American Journal of Political Science 32, 1988, S. 416-440; Paul M. Sniderman, Richard E. Brody, und Philip E. Tetlock: Reasoning and Choice. Explorations in Social Psychology. Neuaufl. Cambridge u.a. 1994.

¹⁴ 89% der ostdeutschen Befragten mit einer negativen Einstellung zur Idee der Demokratie und 79% der betreffenden Personengruppe in Westdeutschland befürworteten das Recht zur freien Meinungsäußerung und die Legitimität der Opposition. Bei den Personen mit einer positiven Einstellung zur Idee der Demokratie betragen die betreffenden Anteile im Osten 97% und im Westen 94%.

¹⁵ Jack Citrin: Comment: The Political Relevance of Trust in Government, in: American Political Science Review 68, 1974, S. 973-988. Wie die Eurobarometer-Umfragen seit 1973 dokumentieren, dominiert in den Mitgliedsstaaten der EU tatsächlich eine reformistische Grundstimmung.

¹⁶ Pippa Norris, (Hrsg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. Oxford 1999, S. 1-27; Susan J. Pharr und Robert D. Putnam, (Hrsg.): Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries? Princeton 2000; Paul M. Sniderman: A Question of Loyalty. Berkeley et al. 1981.

¹⁷ Hinweise auf die Relevanz dieser beiden Grunddimensionen in einem rechtsextremen Überzeugungssystem bei: Jürgen W. Falter: Wer wählt rechts? Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München 1994.

¹⁸ Ausführlicher hierzu: Gabriel, Oscar W.: Demokratie in der Vereinigungskrise, a.a.O.

¹⁹ So Hans Joachim Veen: Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B40-41/97, 26. September 1997, S. 21.

Elite West – Elite Ost?

Eliten in den alten und den neuen Bundesländern*

Von Ursula Hoffmann-Lange

Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bamberg.

Wie in einer Gesellschaft Macht erworben, ausgeübt und in politischen Einfluss umgesetzt wird, ist Thema der Elitenforschung. Sie interessiert sich dabei nicht für die "Besten", sondern für diejenigen, die tatsächlich gesellschaftliche Führungspositionen innehaben – in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft: in Politik, Verwaltung, Rechtsprechung, Militär, Parteien, Verbänden, Kirchen, Wirtschaft. Als Fragen stehen im Mittelpunkt: Wie und woher rekrutieren sich die Eliten, welche Einstellungen weisen sie auf im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, wie sind die Beziehungen zwischen den Eliten der verschiedenen Sektoren? Welche Folgen hat das für die Gesellschaft insgesamt? Und für den deutschen Fall: Was bedeutet es, dass die Eliten in Deutschland West und Deutschland Ost so ganz anders aussahen? Red.

Jeder Regimewechsel hat Folgen für die Elitestruktur

Die Verwerfungen in der politischen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert blieben nicht ohne Rückwirkung auf die Struktur der deutschen Elite. Jeder politische Regimewechsel zog über kürzer oder länger auch eine grundlegende Eliten-Transformation nach sich. Denn unterschiedliche politische Regimetypern beeinflussen über die Regeln für den Erwerb und die Ausübung politischer Herrschaft hinaus auch die Art und Weise, wie in einer Gesellschaft Macht erworben, ausgeübt und in politischen Einfluss umgesetzt werden kann. Dementsprechend bildeten sich nach der 1945 erfolgten Teilung Deutschlands in der alten Bundesrepublik und in der DDR sehr unterschiedliche Eliteformationen heraus. In der alten Bundesrepublik entstand eine demokratische und pluralistische Elitestruktur, in der die Inhaber politischer Herrschaftspositionen mit den Repräsentanten der politischen Parteien, der Unternehmen, der unabhängigen Medien sowie der zahlreichen frei gebildeten Interessengruppen zusammenwirkten. Gleichzeitig entwickelte sich im Verlauf der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg auch ein breiter Elitenkonsens über die demokratischen Spielregeln. Verschiedene Eliteuntersuchungen (vgl. Hoffmann-Lange 1992) ergaben dementsprechend, dass die Eliteformation der alten Bundesrepublik dem Typus einer *konsensuellen Elite* mit einem hohen Maß an Elitenintegration entspricht. Die DDR war demgegenüber ein monokratisches Regime, in dem die SED die gesellschaftliche Führungsrolle bean-

spruchte, der sich alle anderen gesellschaftlichen Bereiche unterzuordnen hatten. Auch wenn die staatliche Repression über die Jahre abnahm und die DDR-Bürger durchaus ein gewisses Maß an bürgerlichen Freiheiten und Rechtssicherheit besaßen, war politische und gesellschaftliche Macht doch in hohem Maße bei der Parteiführung konzentriert, während die übrigen Institutionen nur über beschränkte eigenständige Handlungsspielräume verfügten. Der Aufstieg in Führungspositionen erfolgte nach einem zentralisierten und formalisierten Normenklatursystem, in dem bestenfalls die Kirchen ein gewisses Maß an Autonomie bei der Rekrutierung ihres Führungspersonals besaßen. In allen anderen Bereichen waren die Mitgliedschaft in der SED und die Anerkennung der Verbindlichkeit des Marxismus-Leninismus wesentliche Voraussetzungen für eine weiterführende Karriere. Insofern entsprach die DDR-Elite dem Typus einer *ideokratischen Elite* (vgl. Higley/Burton 2000). Mit dem Fall der Mauer, dem zunächst eigenständigen Demokratisierungsprozess in der DDR und dem anschließenden Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik ging daher zwangsläufig ein tiefgreifender Elitenwandel einher.

Bei der Analyse von Eliten sind zwei grundlegende Dimensionen gesellschaftlicher Integration zu berücksichtigen, horizontale und vertikale Integration. *Vertikale* Integration wird über die Repräsentation der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen im politischen Willensbildungsprozess gewährleistet. *Horizontale* Integration betrifft dagegen das Zusammenwirken der Repräsentanten der verschiedenen Interessen bzw. der sie repräsentierenden Organisationen und die vorherrschende Art der Konfliktregulierung zwischen diesen. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Dimensionen und die daraus resultierenden Elitestrukturen lassen sich vereinfacht mittels einer Kreuztabellierung darstellen. Hieraus ergeben sich mehrere *Forschungsfragen* im Hinblick auf die Elitestruktur und -transformation im vereinten Deutschland. Einmal ist das *Ausmaß* der personellen Umwälzungen in der ostdeutschen Elite als Folge des Zusammenbruchs der DDR von Interesse. Angesichts der Übernahme des politischen Institutionen-

systems der Bundesrepublik, der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft und der Fusion ost- und westdeutscher Organisationen der Interessenvermittlung ist weiterhin zu fragen, wie gut Personen aus den neuen Bundesländern in den Eliten des vereinten Deutschlands *vertreten* sind. Schließlich soll noch der Frage nachgegangen werden, in welcher Weise sich die heutigen Eliten in den neuen Bundesländern von denen der früheren DDR wie auch von denen der alten Bundesländer *unterscheiden*.

In der alten Bundesrepublik hatte sich trotz zunächst hoher personeller Kontinuität eine demokratisch-konsensorientierte Elite herausgebildet

Nach der militärischen Kapitulation des Dritten Reichs, das seinem totalitären Charakter entsprechend eine ideologisch homogene ausgerichtete Machtelite aufwies, wurden mit der Gründung der Bundesrepublik die institutionellen Voraussetzungen für einen demokratischen Wandel der Elitestruktur geschaffen. Gleichzeitig hatte die Erfahrung mit nationalsozialistischem Totalitarismus, Krieg und Niederlage bessere Voraussetzungen für die Unterstützung demokratischer Institutionen und für einen Konsens über demokratische Spielregeln geschaffen als dies zu Beginn der Weimarer Republik der Fall gewesen war. Allerdings vollzog sich dieser Wandel in der Elitestruktur ohne umfassende Elitenzirkulation, d.h. die personelle Kontinuität war relativ hoch. Eine fundamentale organisatorische Umstrukturierung und personelle Erneuerung gab es lediglich bei den politischen *Parteien* und in den *Medien*. Von daher fanden sich in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik noch sehr viele Personen in den Eliten, die schon während der Zeit des Nationalsozialismus herausgehobene Funktionen wahrgenommen hatten. Vielfach wurde von Kritikern auf die politischen Belastungen hingewiesen, die sich aus dieser personellen Kontinuität ergaben, und es wurden dementsprechend Zweifel an der demokratischen Zuverlässigkeit mancher Gruppen innerhalb der westdeutschen Elite geäußert. Spätestens mit dem Regierungswechsel von 1969 war jedoch offenkun-

	Elitenintegration	
Repräsentation	hoch	niedrig
hoch	demokratisch-konsensorientierte Elite	pluralistisch-polarisierte Elite
niedrig	kohäsive Machtelite	desintegrierte Elite

dig, dass sich über die Jahre eine demokratisch-konsensorientierte Elite entwickelt und sich dementsprechend die Demokratie in der Bundesrepublik konsolidiert hatte.

Für die meisten Aspekte der deutschen Elitestruktur lässt sich schon vorab feststellen, dass sich hieran *durch die deutsche Vereinigung nur wenig geändert* hat. Dies ist schon aus dem Grunde nicht weiter verwunderlich, als diese bekanntermaßen keine Vereinigung in etwa gleich starker Partner war, sondern ein Anschluss der von Territorium und Bevölkerungszahl sehr viel kleineren und zudem wirtschaftlich sehr viel schwächeren neuen Bundesländer war.¹ Dennoch gibt es aber vor allem im Hinblick auf grundlegende politische Wertorientierungen Unterschiede zwischen den aus den alten und den neuen Bundesländern stammenden Eliten, auf die später noch genauer eingegangen wird. Zunächst stehen jedoch die säkularen Entwicklungen im Vordergrund, die durch die deutsche Vereinigung nicht tangiert worden sind.

Ein gehobener, aber kein exklusiver familiärer Hintergrund

Seit 1968 wurde eine Reihe von *Eliteuntersuchungen* in der alten Bundesrepublik durchgeführt, die es erlauben, die Wandlungen in der sozialen Zusammensetzung, den Karrierewegen, den Wertorientierungen und den politischen Konfliktlinien innerhalb der westdeutschen Eliten nachzuzeichnen. Es handelt sich dabei um die *Mannheimer Elitestudien* von 1968 (n = 808), 1972 (n = 1.825) und 1981 (n = 1.744). 1995 wurde diese Tradition mit der ersten gesamtdeutschen *Potsdamer Elitestudie* (n = 2.341) fortgesetzt. In alle vier Umfragen wurden die Inhaber von Führungspositionen in verschiedenen Sektoren einbezogen, d.h. in Politik, Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Massenmedien, Wissenschaft, Militär und einer Reihe kleinerer Sektoren (u. a. Kirchen, Berufsverbände).² Die Veränderungen in den soziodemographischen Merkmalen der Eliten, die sich dank der Studie von *Zapf* (1965) sogar bis in das Kaiserreich zurückverfolgen lassen, zeigen einen Wandel von einer sozial exklusiven Eliteformation, die zunächst noch stark durch den *Adel* dominiert war, zu einer sozial relativ offenen Elite, deren Angehörige sich überwiegend aus der Mittelklasse rekrutieren. 1981 gehörten nur noch 78 von 3.164 (2,5%) führenden Positionsinhabern in der alten Bundesrepublik dem *Adel* an. Heute stammt fast die Hälfte der Eliten aus Familien gehobener Angestellten oder Beamten und ein weiteres Fünftel aus Selbstständigenhaushalten. Im Vergleich zur Bevölkerung der Bundesrepublik weisen die Eliten damit einen gehobenen, aber keinen exklusiven familiären Hintergrund auf.

Bei der sozialen Herkunft existieren allerdings deutliche *Unterschiede* zwischen den verschiedenen *sektoralen* Eliten. Traditionell haben die SPD und die Gewerkschaften auch aus der Arbeiterschaft stammenden Personen Aufstiegschancen

in Führungspositionen eröffnet. Dies hat sich jedoch bei der SPD in den letzten Jahrzehnten beträchtlich gewandelt. Die heutige Führungsgruppe der SPD stammt wie die der übrigen Parteien überwiegend aus dem Neuen Mittelstand der Beamten und Angestellten. Dieser Wandel steht wiederum in engem Zusammenhang mit einem zweiten Merkmal, hinsichtlich dessen sich die Eliten deutlich vom Bevölkerungsdurchschnitt unterscheiden, nämlich ihrem sehr hohen *formalen Bildungsniveau*. Da ein relativ ausgeprägter Zusammenhang zwischen Elternhaus und Bildungschancen besteht, haben die gestiegenen Bildungsanforderungen in der Politik dieser *Verbürgerlichung* der SPD-Politiker Vorschub geleistet. Lediglich die Mitglieder der Gewerkschaftsführungen haben auch heute noch mehrheitlich nur einen Hauptschulabschluss vorzuweisen, und nach wie vor stammt ein beträchtlicher Teil von ihnen aus der Arbeiterschaft. Selbst für diese Gruppe ist allerdings ein Trend hin zu einer stärkeren Akademisierung zu konstatieren. Im Hinblick auf die soziale Rekrutierung der Eliten und das Bildungsniveau haben sich auch durch die Vereinigung Deutschlands kaum Veränderungen ergeben.

Unterschiede in den Wertorientierungen

Die Mannheimer Elitestudien enthielten neben Fragen zu den soziodemographischen Merkmalen auch solche zu allgemeinen politischen Wertorientierungen und erhoben zudem auch Einstellungen zu aktuellen politischen Streitfragen, die die traditionellen Konfliktlinien zwischen den politischen Parteien betreffen.³ Die diesbezüglichen Ergebnisse zeigen durchweg ein hohes Maß an Konsens über die politischen Institutionen, verbunden mit ausgeprägten Meinungsdivergenzen über politische Streitfragen, v.a. über *sozioökonomische Verteilungsfragen*. In diesen Fragen stehen die eher konservativ-marktwirtschaftlich orientierten Gruppen (Unionspolitiker, Wirtschaftseliten) den eher umverteilungsorientierten Gruppen (SPD-Politiker, Gewerkschaften, kulturelle Eliten) gegenüber. Vergleichbar ausgeprägte Unterschiede lassen sich auch für eine zweite Konfliktdimension feststellen, die *religiös-traditionalistische* vs. *säkular-individualistische Wertorientierung* betrifft (vgl. *Jagodzinski/Kühnel* 1997). Auf der ersten Konfliktdimension stand die FDP zunächst eher rechts von der Union, rückte dann Ende der sechziger Jahre in die Mitte zwischen den beiden großen Parteien und in den achtziger Jahren schließlich wieder stärker nach rechts. Im Hinblick auf ihre Wertorientierungen standen die FDP-Politiker und FDP-Anhänger in den Eliten dagegen von Anbeginn der säkular-individualistischen Haltung der SPD und der Grünen näher.

Ein hohes Maß an parteipolitischer Durchdringung

Die Parteienkonkurrenz um die Besetzung politischer Herrschaftspositionen ist zweifellos ein zentrales Merkmal von De-

mokratien. Von daher muss das Verhältnis der verschiedenen sektoralen Eliten zu den politischen Parteien als ein wesentlicher Aspekt der Elitestruktur betrachtet werden. Die alte – und auch die neue – Bundesrepublik, die ja vielfach auch als *Parteienstaat* bezeichnet wird, zeichnet sich im internationalen Vergleich durch eine hohe gegenseitige Durchdringung von Staat, Gesellschaft und politischen Parteien aus. Dies lässt sich einmal daran ablesen, dass ein relativ hoher Prozentsatz der Eliten einer politischen Partei angehört. Auch hier existieren jedoch wieder deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Sektoren. Der Anteil der Parteimitglieder ist besonders hoch in der Ministerialbürokratie (1995: 47,4%) und in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (1995: 43,7% in der ARD und 24,3% im ZDF), wo er allerdings mit der Etablierung privater Sender zurückgegangen ist (vgl. *Bürklin* 1997). Ein noch höherer Anteil findet sich allerdings in den Gewerkschaftsführungen (1995: DGB 88,9%, DAG 75,0%). Auch in den Unternehmerverbänden ist der Anteil der Parteimitglieder relativ hoch, während die Repräsentanten von Industrie und privaten Medien eine größere Distanz zu den Parteien wahren.

Die empirischen Ergebnisse stützen also die Annahme, dass sich in der Bundesrepublik eine pluralistische Eliteformation entwickelt hat, wie sie für eine funktionierende Demokratie charakteristisch ist. Unterschiede in den Karrieremustern der verschiedenen sektoralen Eliten unterstreichen deren weitgehende *Rekrutierungsautonomie*. Zudem sind die beträchtlichen Interessen- und Einstellungsdivergenzen ein weiterer Indikator für den pluralistischen Charakter der Eliten.

Der Elitenaustausch nach 1945 hatte die DDR in Probleme gestürzt

Mit der Gründung der DDR wurde die nationalsozialistische Machtelite durch die ebenfalls ideokratische SED-Elite abgelöst. Die Elitenzirkulation war dabei erheblich tiefgreifender als in der alten Bundesrepublik, vor allem in der öffentlichen Verwaltung und der Justiz. Aufgrund des umfassenden Machtanspruchs des staatssozialistischen Systems erstreckte sie sich zunehmend auch auf den Bereich der Wirtschaft, wo durch Enteignungen und Verstaatlichung von Unternehmen eine Zentralverwaltungswirtschaft etabliert wurde. Da die ehemalige KPD kein Personal hatte, das über hinreichende Erfahrungen verfügte, führte die rasche Ablösung der alten Eliten zu Problemen beim Wiederaufbau einer funktionstüchtigen Staatsverwaltung, was die durch stärkere Belastung mit Reparationsleistungen an die Sowjetunion ohnehin geringere Leistungskraft der ostdeutschen Wirtschaft noch weiter beeinträchtigte. Die zunehmende Unzufriedenheit der Bürger, eine daraus resultierende anhaltende Fluchtbewegung in den Westen, sowie interne Machtkämpfe trugen dazu bei, dass die Legitimität des SED-Regimes gering blieb. Nachdem mit dem *Mauerbau* 1961 die Option der Flucht in den Westen wegge-

fallen war, erlebte die DDR eine Phase der äußeren und inneren *Stabilisierung*. Das Regime bemühte sich um eine innere Konsolidierung durch Reformen des Wirtschaftssystems im Sinne einer stärkeren Dezentralisierung der Leitungsverantwortung. Dies hatte auch Rückwirkungen auf die Struktur der DDR-Elite. Mitte der sechziger Jahre konstatierte *Peter Christian Ludz* (1968) einen sich anbahnenden Generationswandel in der DDR-Elite, der sich in der Ablösung von Altkommunisten (*strategische Clique*) durch jüngere, bereits in der DDR ausgebildete Fachleute (*institutionalisierte Gegenelite*) niederschlug. Ludz erwartete, dass sich die totalitären Strukturen daher in Richtung eines *konsultativen Autoritarismus* verändern würden. Allerdings unterschätzte *Ludz* dabei das Beharrungsvermögen der Altkommunisten, die die Kontrolle über die strategischen Machtpositionen in der SED-Führung und im Staatsrat behielten, so dass die jüngeren Fachleuten lediglich im nachgeordneten Staatsapparat Fuß fassen konnten. Gleichzeitig überschätzte *Ludz* die politischen Konsequenzen der Steigerung des Ausbildungsniveaus, die keineswegs automatisch zu einer verstärkten Berücksichtigung technokratischer Effizienzkriterien führte, da der Aufstieg in zentrale Führungspositionen auch weiterhin von einer Anpassung an die ideologischen Vorgaben der Parteiführung abhing.

Empirische Studien der *Generationszugehörigkeit* der DDR-Elite zeigen ein für ideologisch-totalitäre Systeme typisches Muster, nämlich ein bei Etablierung relativ niedriges und dann fortlaufend *steigendes Durchschnittsalter*. Dieses nahm von den sechziger bis Ende der achtziger Jahre im Zentralkomitee der SED von 46 auf 61 Jahre zu, im Politbüro sogar von 52 auf 65 Jahre (*Wehling* 1988: 55f.; *Meyer* 1991: 151ff.; *Schneider* 1994: 78f.). Gleichzeitig nahm aber auch das formale Bildungsniveau weiter zu, was nicht zuletzt durch ständige Fortbildungsmaßnahmen, v.a. den Besuch der Parteihochschule erreicht wurde, aber auch dadurch, dass die jüngeren Kader von vornherein über eine Hochschulausbildung verfügten. Insofern stand die DDR-Elite beim Zusammenbruch des Regimes im Hinblick auf ihr formal hohes Bildungsniveau den westdeutschen Eliten in nichts nach, im Vergleich zu ihren Pendanten in der Bundesrepublik waren die Inhaber von Führungspositionen jedoch deutlich älter.

Mit dem Fall der Mauer und der Demokratisierung der DDR ab Ende 1989 setzte dann eine umfassende Transformation der DDR-Elite ein. Diese bestand nicht nur in einem Austausch der Parteiführungen in der SED und den Blockparteien, sondern in einer Umstrukturierung des gesamten Institutionensystems. Dieses neue System stellte grundlegend andere Qualifikationsanforderungen an die Inhaber von Führungspositionen, bei denen jetzt nicht mehr ideologische Linientreue gefragt war, sondern die Fähigkeit, die Transformation des politischen Systems und den Aufbau intermediärer Strukturen zu organisieren.

Ein grundlegender Unterschied zum Transformationsprozess in den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks

Die Regimetransformation, die der *Impllosion* der DDR (vgl. *Derlien* 1997: 331) folgte, unterschied sich grundlegend von der in den anderen mitteleuropäischen Ländern, da sie durch die Zweistaatlichkeit Deutschlands geprägt wurde. Es war sehr schnell klar, dass die DDR nicht als eigenständiger Staat würde weiterbestehen können, sondern dass angesichts der anhaltenden Migrationsbewegung von Ost nach West und der desolaten Situation der DDR-Wirtschaft eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten unvermeidlich war. Das im Hinblick auf Territorium, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft größere Gewicht der alten Bundesrepublik setzte der Erhaltung autonomer Strukturen in Ostdeutschland Grenzen. Es führte letztlich dazu, dass die deutsche Vereinigung in Form eines Anschlusses der neuen Bundesländer nach Art. 23 GG erfolgte, was bedeutete, dass die neuen Bundesländer nicht nur das Grundgesetz und das politische Institutionensystem übernahmen, sondern auch das Wirtschaftssystem und weitgehend auch das intermediäre System der Parteien und Interessengruppen.

Die Transformation der DDR-Elite begann im Oktober 1989 in mehreren Schüben. Der erste reichte von Oktober bis Dezember 1989. Insgesamt schieden in diesem kurzen Zeitraum bereits 57% der ehemaligen Inhaber von Top-Positionen (454 von 793) aus ihren Ämtern aus. Der zweite Schub unter der Regierung *Modrow*

betrifft vor allem die Exekutive. Der dritte erfolgte schließlich nach den Volkskammerwahlen vom März 1990 und der Bildung der ersten demokratisch gewählten Regierung unter *Lothar de Maizière*. Dieser dritte Schub umfasste nun auch die ehemaligen Kombinatdirektoren (vgl. *Derlien* 1997: 343ff.). Diesen Abgängen aus der Elite standen allerdings nur wenige Neuzugänge gegenüber, so dass in dieser Phase eine deutliche Reduktion in der Zahl der Elitepositionen erfolgte.

Die neuen Elitemitglieder wurden zunächst aus der *systemkonformen Gegenelite*, vor allem aus dem zweiten Glied der SED und der Blockparteien (z.B. *Gregor Gysi*, *Lothar de Maizière*, *Hans Modrow*) rekrutiert, ab März 1990 auch aus der *systemkritischen Gegenelite* der Bürgerrechtsbewegung (z.B. *Rainer Eppelmann*, *Joachim Gauck*, *Manfred Stolpe*, *Wolfgang Thierse*). Durch die Ablösung der alten Top-Eliten und die Neurekrutierungen sank das Durchschnittsalter von fast 62 auf 52 Jahre.

Der vierte und letzte Schub der Eliten-Transformation erfolgte schließlich nach der deutschen Vereinigung. Nur einer sehr kleinen Zahl der ehemaligen DDR-Eliten gelang es, im vereinigten Deutschland in Führungspositionen zu verbleiben. Dies betrifft nicht nur Mitglieder der alten DDR- und der systemkonformen Gegenelite, sondern auch die systemkritische Gegenelite.

Elitentransfer aus dem Westen

Die Elitentransformation war vor allem aus drei Gründen sehr tiefgreifend. Der



„Eigengewächs“ und „Westimport“

auch in der politischen Elite der „neuen Bundesländer“. Hier der Ministerpräsident von Brandenburg, *Manfred Stolpe* (SPD), und Professor *Kurt Biedenkopf* (CDU) als Ministerpräsident von Sachsen. Beide hier zu sehen nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags zur Sorbenstiftung am 28. Januar 1998 im sächsischen Schleife. Die Frau in sorbischer Tracht verkörpert jene Minderheit in Brandenburg und Sachsen, die schätzungsweise rund 70 000 Menschen umfasst, von denen rund zwei Drittel in Sachsen und ein Drittel in Brandenburg leben.

Foto: dpa-Bildarchiv

erste ist in der *gerontokratischen* Natur der DDR-Elite zu suchen, die es ermöglichte, die Mitglieder der ehemaligen DDR-Elite schnell in den Ruhestand zu verabschieden. Zweitens wurden durch die deutsche Vereinigung nur in geringem Umfang neue Elitepositionen geschaffen, während gleichzeitig das Gros der bereits existierenden Elitepositionen bereits durch Westdeutsche besetzt war. Und drittens bestand aufgrund der Besonderheit der deutschen Situation die Möglichkeit des *Elitentransfers* aus den alten Bundesländern (vgl. *Derlien* 1997). Damit stand ein Reservoir an potenziellen Führungskräften zur Verfügung, die das die erforderlichen Qualifikationen und Berufserfahrungen aufwiesen und die durch die Transformation des Institutionensystems freiwerdenden bzw. neu entstehenden Führungspositionen in den neuen Bundesländern übernehmen konnten. Von einem solchen Elitentransfer wurde vor allem in denjenigen Bereichen Gebrauch gemacht, die in der DDR am stärksten politisiert waren und daher grundlegend umstrukturiert werden mussten, also in der öffentlichen Verwaltung, dem Militär und der Justiz. Dies impliziert, dass heute selbst in den neuen Bundesländern ein beträchtlicher Anteil von Führungspositionen von Personen wahrgenommen wird, die aus dem Westen stammen.

Die Herkunft aus Deutschland Ost oder Deutschland West ist nach Elitensektoren sehr unterschiedlich

Die Ergebnisse der *Potsdamer Elitestudie* von 1995 in Tabelle 1 weisen das Ausmaß der Unterrepräsentation von Personen aus, die vor 1989 in der DDR gelebt haben (vgl. Tabelle 1). Sie zeigen jedoch auch, dass das Ausmaß der Unterrepräsentation sektorspezifisch sehr unterschiedlich ausfällt. Zunächst ist festzustellen, dass im Sektor *Politik* ehemalige DDR-Bürger⁴ nicht unter-, sondern sogar deutlich überrepräsentiert sind. Dies ist darauf zurückzuführen, dass mit der deutschen Einigung fünf neue Bundesländer und mit der PDS eine zusätzliche Bundestagspartei hinzugetreten sind. Diese nehmen die Repräsentation der

Tabelle 1: Ost- und Westdeutsche in den deutschen Eliten 1995 (Zeilenprozent)

Sektor	Insgesamt n	West		Ost	
		n	%	n	%
<i>Politik: CDU/CSU</i>	119	86	72,3	33	27,7
<i>Politik: SPD</i>	141	98	69,5	43	30,5
<i>Politik: FDP</i>	63	49	77,8	14	22,2
<i>Politik: Bündnis 90/Grüne</i>	116	86	74,1	30	25,9
<i>Politik: PDS</i>	44	7	15,9	37	84,1
<i>Politik insgesamt¹</i>	498	338	67,9	160	32,1
<i>Verwaltung</i>	474	462	97,5	12	2,5
<i>Großunternehmen</i>	249	248	99,6	1	0,4
<i>Wirtschaftsverbände</i>	173	159	91,9	14	8,1
<i>Gewerkschaften</i>	97	85	87,6	12	12,4
<i>Massenmedien</i>	281	248	88,3	33	11,7
<i>Kultur</i>	101	88	87,1	13	12,9
<i>Wissenschaft</i>	164	152	92,7	12	7,3
<i>Militär</i>	135	135	100,0	0	0,0
<i>Nichtpolitische Eliten insgesamt</i>	1843	1731	93,9	112	6,1
<i>Insgesamt</i>	2341	2069	88,4	272	11,6

Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995

¹ Einschließlich von 15 Politikern ohne Parteimitgliedschaft.

Interessen der neuen Bundesländer wahr. In den *Medien*, der *Wissenschaft* und dem *Verbandssektor* (Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften) sind ehemalige DDR-Bürger zwar unterrepräsentiert, aber immerhin nehmen sie noch etwa ein Zehntel der Führungspositionen ein. Vor allem in den der Politik nachgeordneten Sektoren, also in der *öffentlichen Verwaltung* und im *Militär*, aber auch bei den *Bundesgerichten* sind die obersten Führungspositionen dagegen fast durchgängig mit Westdeutschen besetzt. Die Bundeswehr hat zwar viele Soldaten und Offiziere der NVA übernommen, nicht jedoch die Angehörigen der obersten Führungsebene, die aufgrund ihrer Nähe zum DDR-Regime für Führungsaufgaben in einem demokratischen Militär nicht tragbar waren. Aus demselben Grunde finden sich auch unter den Richtern der Obersten Bundesgerichte keine ehemaligen DDR-Bürger. In der öffentlichen Verwaltung sprachen neben der

Nähe der alten Leitungskader zum DDR-Regime – *Derlien* (1997: 376) kennzeichnete den Staatsdienst der DDR als *politisierte Inkompetenz* – vor allem die mangelnden Laufbahnvoraussetzungen und die unzureichende Erfahrung mit den neuen rechtlichen Gegebenheiten für eine Neubesetzung der Führungspositionen mit erfahrenerem Verwaltungspersonal aus den alten Bundesländern.

Selbst in den neuen Bundesländern stammen die Verwaltungsspitzen aus dem Westen

Dass Bürger aus den neuen Bundesländern in der Bundespolitik ungefähr entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sind, zeigt Tabelle 2. Und obwohl einige prominente westdeutsche Politiker in die neuen Länder gewechselt und dort als Ministerpräsidenten oder Minister tätig sind (u.a. *Kurt Biedenkopf*, *Bernhard Vogel*), stammt die große Mehrheit der

Tabelle 2: Rekrutierung des Führungspersonals in Bund und Ländern aus den neuen und alten Bundesländern sowie Häufigkeit des Kontakts mit dem Führungspersonal der neuen/alten Bundesländer (Spaltenprozent)

	Tätigkeitsbereich und Einsatzort ¹						Andere Sektoren ABL	Andere Sektoren NBL
	Politik Bund	Landes- politik ABL	Landes- politik NBL	Verwal- tung Bund	Verwal- tung ABL	Verwal- tung NBL		
Regionale Herkunft								
<i>West</i>	77,7	98,4	13,1	98,4	100,0	87,3	98,6	46,8
<i>Ost</i>	22,3	1,6	85,9	1,6	0,0	12,7	1,4	53,2
Häufigkeit des Kontakts mit dem Führungspersonal in den alten/neuen Bundesländern²								
<i>oft</i>	68,5	37,6	58,0	51,3	50,0	85,2	43,0	73,0
<i>selten/nie</i>	31,5	62,4	42,0	48,7	50,0	14,8	57,0	27,0

Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995

¹ 27 Befragte mit Einsatzort im Ausland (z.B. EU-Verwaltung, NATO) nicht berücksichtigt.

² Politik und Verwaltung Bund bzw. Einsatzort ABL: Kontakt mit NBL; Einsatzort NBL: Kontakt mit ABL.

Politiker in den neuen Bundesländern auch von dort. In der Verwaltung ist dies dagegen deutlich anders. Die Bundesverwaltung ist bislang noch fest in westdeutscher Hand, und selbst die Inhaber von Spitzenpositionen in den Verwaltungen der neuen Bundesländer kommen überwiegend aus dem Westen.

Eine Symbiose aus westlichen Eigentümern und ostdeutschen Managern

Auch im Wirtschaftssektor liegt die Repräsentation ehemaliger DDR-Bürger nahe Null. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass im Zuge der Privatisierung der ehemaligen Staatswirtschaft durch die Treuhandanstalt aufgrund ihrer größeren Kapitalkraft fast nur westdeutsche und ausländische Bieter zum Zuge kamen. Insofern befinden sich die meisten in den neuen Bundesländern ansässigen Unternehmen heute im Besitz westdeutscher Unternehmen. Zudem gehören nur wenige dieser Unternehmen zur Gruppe der größten deutschen Unternehmen, die in der Positionenauswahl für die Potsdamer Elitestudie berücksichtigt wurden. Allerdings ist die Repräsentationslücke in der Wirtschaft nicht so hoch wie die Zahlen in Tabelle 1 dies nahelegen, da 85% der Manager der in den neuen Bundesländern ansässigen Unternehmen aus der ehemaligen DDR stammen (*Windolf et al.* 1999: 65). Die Unternehmensstruktur in den neuen Bundesländern zeichnet sich also durch eine Symbiose aus westlichen Eigentümern (meist Unternehmen) und östlichen Managern aus, die überwiegend schon vor der Wende in leitenden Positionen tätig waren. Während die westlichen Besitzer eine grundlegende organisatorische Umstrukturierung der Produktion und dadurch wirtschaftliche Produktivität sicherstellten, hatte die Kontinuität des Führungspersonals eine *legitimationsstiftende Wirkung* und trug dazu bei, dass der von seiner Größenordnung her revolutionäre Umstrukturierungsprozess, in dessen Verlauf etwa 80% der Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz vorübergehend oder auf Dauer verloren, relativ konfliktfrei verlaufen ist (*Windolf et al.* 1999: 80f.).

Es wäre aber dennoch falsch, aufgrund des hohen Anteils der aus den neuen Bundesländern stammenden Manager auf ein hohes Maß an Elitenkontinuität im wirtschaftlichen Sektor zu schließen, denn auch auf der Führungsebene war der Anteil derjenigen, die ihren ursprünglichen Arbeitsplatz verloren oder den Betrieb wechselten ebenso hoch wie bei der Gesamtheit der Erwerbstätigen (*Windolf et al.* 1999: 293). Ebenso wenig darf man aus dem weitgehend konfliktfreien Verlauf des Umstrukturierungsprozesses auf eine hohe Akzeptanz dieses Prozesses schließen. Zahlreiche Umfragen bestätigen eher, dass dieser sehr viel Unzufriedenheit erzeugt hat. Schließlich darf man auch nicht vergessen, dass ganze Produktionszweige in den neuen Bundesländern stillgelegt wurden und dort kaum mehr Großunternehmen von nationaler Bedeutung ihren Sitz haben.

Der Vorrang der Effizienz

Generell ist zu konstatieren, dass bei der Umgestaltung des Institutionensystems in den neuen Bundesländern für diejenigen Positionen, für die spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind, Effizienzgesichtspunkte Vorrang vor Repräsentationsgesichtspunkten genossen. Sofern keine eigenen Fachleute zur Verfügung standen, wurden solche aus dem Westen berufen. Dies war vor allem dort der Fall, wo westliches Institutionenwissen bzw. juristische Fachkenntnisse gefragt sind. In diesen Sektoren entstand eine *Repräsentationslücke*. In den *Delegationseliten* jedoch, also denjenigen Sektoren, in denen es mehr auf Vertrautheit mit den regionalen Gegebenheiten ankommt (Politik, Medien, Verbände), in denen also eher Generalistenwissen gefordert ist, hatten ehemaligen DDR-Bürger bessere Chancen (vgl. *Welzel* 1997: 15; *Derlien* 1997: 396). Tabelle 2 gibt auch Auskunft über die Ost-West-Kontakte der befragten Eliten. Sie zeigt ein hohes Maß an *Elitenkontakten zwischen beiden Regionen*. Auch wenn bei den Landespolitikern und den führenden Beamten in den Länderverwaltungen eine Asymmetrie zwischen den alten und den neuen Bundesländern in dem Sinne zu konstatieren ist, dass Vertreter der alten Länder seltener Kontakte mit denen der neuen Länder haben als umgekehrt, liegen die Anteilswerte doch auch bei ihnen recht hoch und zeigen, dass die föderative Struktur der Bundesrepublik eine enge Verflechtung auch auf Länderebene mit sich bringt. Dies hat zweifellos die Chancen für eine schnelle Integration der neuen Bundesländer erhöht, andererseits jedoch auch die Chancen für Ressourcenkonflikte, wie man an den Auseinandersetzungen um die finanzielle Förderung der neuen Bundesländer im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs, aber auch an der Konkurrenz zwischen neuen und alten Ländern um Bundeszuschüsse sehen kann.

Auf der zweiten Führungsebene ein höheres Maß an Kontinuität

Unter elitetheoretischem Aspekt ist neben der Frage der Repräsentation vor allem die Frage der Elitenreproduktion bedeutsam. Inwiefern konnten sich Repräsentanten des DDR-Regimes an der Macht halten, ähnlich wie dies in der alten Bundesrepublik nach 1945 der Fall war? Alle vorliegenden Untersuchungen bestätigen, dass mit dem Zusammenbruch der DDR und der deutschen Vereinigung ein erheblich größerer Bruch erfolgte und das Ausmaß der Elitenzirkulation sehr groß war. Dieses Urteil hängt jedoch nicht zuletzt davon ab, wie man Kontinuität operationalisiert. Beschränkt man diese lediglich auf die Spitzenpositionen, so kann an der These des Elitenwandels kein Zweifel bestehen, gerade im Vergleich mit der weit höheren Kontinuität in Westdeutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs. Allerdings muss man auch konstatieren, dass die meisten der neuen ostdeutschen Führungskräfte in der DDR nicht zur Opposition gehört hatten, son-

dern als Fachleute bereits herausgehobene Führungspositionen der zweiten Ebene erreicht hatten, also zur *Subelite* gehörten. Dies gilt vor allem für den Unternehmensbereich und die technischen Bereiche der öffentlichen Verwaltung (vgl. *Derlien* 1997: 379). Insofern gibt es also auf der zweiten Führungsebene ein höheres Maß an Kontinuität und eine bessere Repräsentation ehemaliger DDR-Bürger.

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass die Subelite bzw. die gesamte Dienstklasse der höheren Angestellten und Staatsbeamten durch Regimewechsel kaum je negativ tangiert wird, da jedes Regime auf ihre loyale Mitarbeit angewiesen ist. Die Angehörigen dieser Gruppe profitieren sogar von der Elitenzirkulation bei Regimewechseln, da hierdurch Elitepositionen frei werden, in sie nachrücken können. In der neueren elitetheoretischen Literatur wird dieses Muster auch als *vertikale Elitenreproduktion* bezeichnet, um es von der *einfachen Elitenreproduktion*, also Elitenkontinuität zu unterscheiden. Ausgewiesene Regimegegner, deren Karrierechancen im alten Regime aufgrund ihrer »*politischen Unzuverlässigkeit*« stark beeinträchtigt waren, haben demgegenüber nach dem Fall eines Regimes lediglich Karrierechancen in der Politik und anderen Delegationseliten. Insofern gilt die Feststellung, die *Edinger* für die Eliten der frühen Bundesrepublik machte, auch für die neuen ostdeutschen Eliten, soweit sie aus der DDR stammen, nämlich dass es sich bei der Mehrzahl von ihnen um Mitläufer und nicht um Gegner des Regimes handelte (1960: 76): »Keine Generalite, sondern eher eine politisch tendenziell indifferente Führungsgruppe, die auf Problemlösung unter widrigen Umständen orientiert war und nicht selten am Rand der Legalität agierte, ohne jedoch das politische System in Frage zu stellen.« (*Hornbostel* 2000: 127)

Zwar stammen die präsentierten Daten aus Mitte der neunziger Jahre und sind damit schon fünf Jahre alt, aber vieles spricht dafür, dass seitdem keine fundamentalen Veränderungen stattgefunden haben. Trotz des inzwischen erfolgten Umzugs von Bundestag, Bundesrat und obersten Bundesbehörden ist auch nicht damit zu rechnen, dass sich in unmittelbarer Zukunft viel an der erdrückenden Dominanz des aus den alten Bundesländern stammenden Elitepersonals ändern wird.

Unterschiedliche Einstellungen zur Demokratie

Im Zentrum der *Potsdamer Elitestudie* von 1995 stand - ähnlich wie in vielen Bevölkerungsumfragen - die Frage nach Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen den aus den alten und den neuen Bundesländern stammenden Eliten.

Normalerweise ist die regionale und soziale Herkunft der Inhaber von Elitepositionen von nur untergeordneter Bedeutung dafür, wie sie die ihnen übertragenen Aufgaben wahrnehmen. Denn die Einstellungen und das Verhalten von Eli-

ten werden letztlich stärker durch *Rollen-erwartungen* an die Positionsinhaber als durch ihre Herkunft geprägt (vgl. *Hoffmann-Lange 1992: 178ff.*). Dies gilt aber lediglich unter stabilen politischen Bedingungen. Im Falle der deutschen Situation, in der vermutet werden kann, dass die mehr als vier Jahrzehnte dauernde Existenz fundamentale unterschiedlicher politischer Regime Spuren in der politischen Kultur der beiden deutschen Staaten hinterlassen hat, kann dagegen ein Einfluss der regionalen Herkunft – und damit der unterschiedlichen politischen Sozialisationsbedingungen – nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Zudem zeigen zahlreiche *Bevölkerungsumfragen* die fortdauernde Existenz beträchtlicher, nur zum Teil durch die objektiv schlechteren Lebensbedingungen im Osten begründeter Einstellungsunterschiede zwischen den Bürgern in den alten und den neuen Bundesländern, die von einer geringeren Lebenszufriedenheit bis hin zu einem sehr viel stärker sozialstaatlich geprägten Demokratieverständnis reichen (vgl. u.a. die Beiträge in *Gabriel 1997; Roller 2000; Zapf 2000*; für landespolitische Eliten vgl. auch *Rohrschneider 1999*).

Die Daten der *Potsdamer Elitestudie* bestätigen, dass sich vergleichbare Unterschiede auch auf Elitenebene feststellen lassen (vgl. *Welzel 1997*). Hierbei sind allerdings zwei *Einschränkungen* zu machen. Einmal wurden in der Studie nicht »ostdeutsche« Eliten befragt, sondern nur solche Ostdeutschen, die Führungspositionen im vereinigten Deutschland einnehmen. Wie zuvor gezeigt wurde, ist deren absolute Anzahl relativ gering. Zum anderen stellen diese Personen, - in der Potsdamer Elitestudie 1995 waren dies lediglich 272 Befragte, - eine sowohl im Hinblick auf ihre Sektorzugehörigkeit, als auch im Hinblick auf ihre Parteizugehörigkeit bzw. -präferenz besondere Gruppe dar. Es handelt sich dabei mehrheitlich (160 von 272, d.h. 58,8%) um Politiker, und unter diesen dominieren wiederum Politiker von SPD, Bündnis 90/Grünen und PDS (110 von 160). Auch die anderen aus Ostdeutschland stammenden Befragten stehen mehrheitlich einer dieser drei Parteien nahe (71 von 112, d.h. 63,4%). Da die Parteipräferenz wiederum eng mit den politischen Einstellungen zusammenhängt, vermischen sich bei einem einfachen Ost-West-Vergleich Einflüsse von Region und Parteipräferenz. Insofern muss die letztere bei jedem Vergleich berücksichtigt werden.

Die wichtigste Frage betrifft zunächst die Unterstützung für die Demokratie in der Bundesrepublik. Denn wie Bevölkerungsumfragen gezeigt haben, hat die geringere Lebenszufriedenheit der Bürger in den neuen Bundesländern beträchtliche Rückwirkungen auf deren Glauben an die Funktionstüchtigkeit des politischen Systems, was wiederum die Systemunterstützung negativ beeinflussen kann. Da im Rahmen der Potsdamer Elitestudie auch eine *Bevölkerungsumfrage* durchgeführt wurde, lässt sich die Bevölkerung in die Betrachtung mit einbeziehen. Eine einfache Ost-West-Unterteilung bestätigt zunächst die deutlich geringere System-

zufriedenheit der Bürger in den neuen Bundesländern. Während im Westen über zwei Drittel der Bürger (68,4%) der Meinung sind, dass das politische System gut funktioniert und bestenfalls kleinerer Veränderungen bedarf, wird diese Meinung nur von knapp über der Hälfte (50,1%) der ostdeutschen Befragten geteilt. Für die Eliten ergeben sich sogar noch sehr viel deutlichere Unterschiede, wenn auch auf insgesamt höheren Niveau. Fast neun Zehntel (87,1%) der aus dem Westen, aber nur etwas über zwei Drittel (67,2%) der aus dem Osten stammenden Eliten beurteilen das politische System der Bundesrepublik als funktionstüchtig.

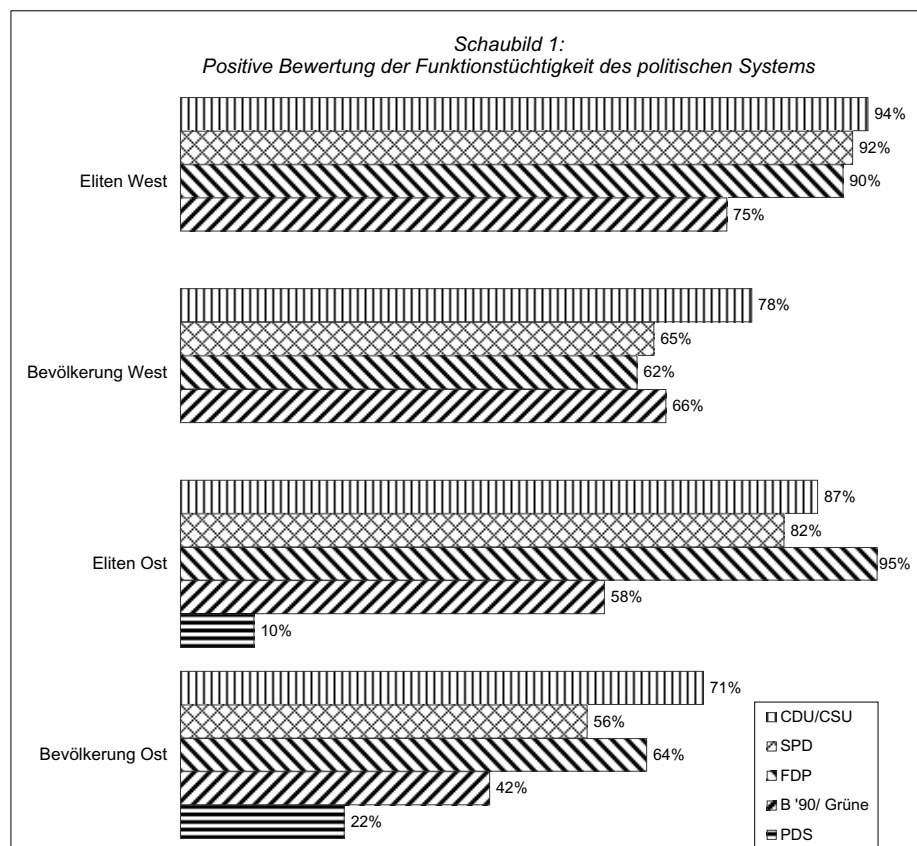
Wie man in Schaubild 1 sehen kann, verschwinden die Ost-West-Unterschiede jedoch weitgehend, wenn man statistisch für die Parteipräferenz kontrolliert. Sie sind also primär weitgehend ein *Kompositionseffekt*, der nicht zuletzt mit der Stärke der PDS in den neuen Bundesländern zusammenhängt. In den alten Bundesländern verfügt die PDS dagegen über keine nennenswerte Unterstützung. Dementsprechend sind die Fallzahlen für die PDS so gering ($n < 15$), so dass für diese noch nicht einmal Anteilswerte ausgewiesen werden können. Dabei zeigt sich, dass im Westen bei Eliten und Bevölkerung gleichermaßen nur geringe Unterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien existieren. Allerdings liegen

die Werte für die Bevölkerung durchweg etwas niedriger, d.h. ein höherer Anteil der Bürger als der Eliten hält das politische System für reformbedürftig.

Auch in den neuen Bundesländern sind bei den Eliten die Unterschiede zwischen den Anhängern von Union, SPD und FDP nicht besonders groß. Etwa zwei Fünftel der Anhänger von Bündnis 90/Grünen sehen dagegen einen größeren Reformbedarf, und die große Mehrheit der PDS steht dem politischen System sogar außerordentlich kritisch gegenüber und hält weitgehende Veränderungen für erforderlich. Erneut liegen die Werte der Bevölkerung etwas unter denen der Eliten, wobei im Vergleich zum Westen auch die Differenzen zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien größer sind.

Die starke Stellung der PDS beruht auch darauf, dass sie die "Gerechtigkeitslücke" artikuliert

Auch bei der Beurteilung der Frage, inwieweit soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik verwirklicht ist, existieren beträchtliche Unterschiede nach Partei, nach Region, sowie zwischen Eliten und Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle 3). Dieses Thema betrifft einen klassischen Konflikt im Parteiensystem zwischen der eher umverteilungsorientierten SPD und den bürgerlichen Parteien (Union und FDP), wobei die Grünen in ihrer Einschätzung sogar



Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995 und Potsdamer Bevölkerungsumfrage 1995

Frage: Alles in allem gesehen, was denken Sie, wie gut oder wie schlecht funktioniert unser politisches System heute? Anteilswerte für die Antwortvorgaben "Es funktioniert gut und muß nicht verändert werden" und "Es funktioniert im großen und ganzen gut, muß aber in einigen Punkten verändert werden".

Parteipräferenz: Erster Sympathierang auf dem Parteienskalometer.

Befragte ohne ersten Sympathierang, mit erstem Sympathierang für die Republikaner sowie Anteilswerte für Gruppen mit unter 15 Befragten nicht ausgewiesen.

Tabelle 3: Beurteilung der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und gleicher Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands (Spaltenprozent)

	Parteipräferenz ¹				PDS	Gesamt
	CDU/CSU	SPD	FDP	B '90/ Grüne		
Soziale Gerechtigkeit verwirklicht						
<i>West</i>						
Eliten	82,7	40,0	76,3	26,2	-.2	61,6
Bevölkerung	52,3	35,3	53,6	30,2	-.2	40,6
<i>Ost</i>						
Eliten	65,6	17,7	65,0	4,7	2,5	26,9
Bevölkerung	22,2	15,6	18,2	13,9	3,4	14,4
Gleiche Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands verwirklicht						
<i>West</i>						
Eliten	23,1	9,8	17,6	8,3	-.2	16,5
Bevölkerung	43,7	34,9	25,0	23,9	-.2	35,4
<i>Ost</i>						
Eliten	21,3	6,3	5,3	3,1	2,5	8,4
Bevölkerung	12,2	8,6	9,1	8,4	2,7	7,5

Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995 und Potsdamer Bevölkerungsumfrage 1995

Frage: Wieweit sind bestimmte politische Ziele oder Wertvorstellungen heute in Deutschland verwirklicht?

Skalenwerte 5 – 7 auf einer Skala von 1 = »gar nicht« bis 7 = »voll verwirklicht«.

¹ Parteipräferenz: Erster Sympathierang auf dem Parteienskalometer.

Befragte ohne ersten Sympathierang sowie mit erstem Sympathierang für die Republikaner nicht ausgewiesen

² Fallzahl unter 15, Anteilswert daher nicht ausgewiesen.

noch kritischer sind als die der SPD nahestehenden Eliten. Auch bei Kontrolle für die Parteipräferenz sind die aus den neuen Bundesländern stammenden Eliten seltener der Meinung, die Realisierung sozialer Gerechtigkeit sei in Deutschland realisiert, wobei die Ost-West-Unterschiede bei den bürgerlichen Parteien jedoch nicht sehr ausgeprägt sind. Dagegen nehmen insbesondere die Repräsentanten und Anhänger von PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne eine sehr kritische Haltung ein.

Im Westen spiegeln sich die parteipolitischen Unterschiede in den Eliten auch bei den Bürgern wider, wobei letztere aber soziale Gerechtigkeit durchweg seltener für verwirklicht halten. Die auch aus anderen Studien bekannte größere Unzufriedenheit der Bürger in den neuen Bundesländern schlägt sich schließlich in extrem niedrigen Anteilswerten nieder, und zwar weitgehend unabhängig von der persönlichen Parteipräferenz.

Ordnet man die Anteilswerte für die verschiedenen Gruppen nach Größe, so zeigt sich, in welchem Maß diese Frage die Deutschen spaltet. Zugleich macht eine solche Rangordnung auch deutlich, warum die PDS so viel Zustimmung bei den Bürgern in den neuen Bundesländern findet. Denn während die PDS den Unmut der Bürger über die Gerechtigkeitslücke artikuliert, wird diese Wahrnehmung von den Eliten, die den bürgerlichen Parteien angehören bzw. ihnen nahestehen, offensichtlich nicht geteilt. Dies dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass diese Eliten sich in erster Linie am Machbaren und nicht am Wünschbaren orientieren und von daher das bisher Erreichte für sozial hinreichend ausgewogen halten.

Tabelle 3 enthält auch noch die Einschätzung, in welchem Ausmaß *gleiche Lebensbedingungen* in beiden Regionen

verwirklicht sind. Hier zeigt sich, dass die Eliten eine relativ nüchterne Wahrnehmung des bisher erreichten Standes der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West haben. Selbst die aus den alten Bundesländern stammenden Eliten sind (1995) mehrheitlich der Meinung, dies sei nicht der Fall. Dagegen sieht mehr als ein Drittel der westdeutschen Bürger eine Angleichung schon als erreicht an. Nicht verwunderlich ist es schließlich, dass nur sehr wenige Bürger aus den neuen Bundesländern diese Meinung teilen.

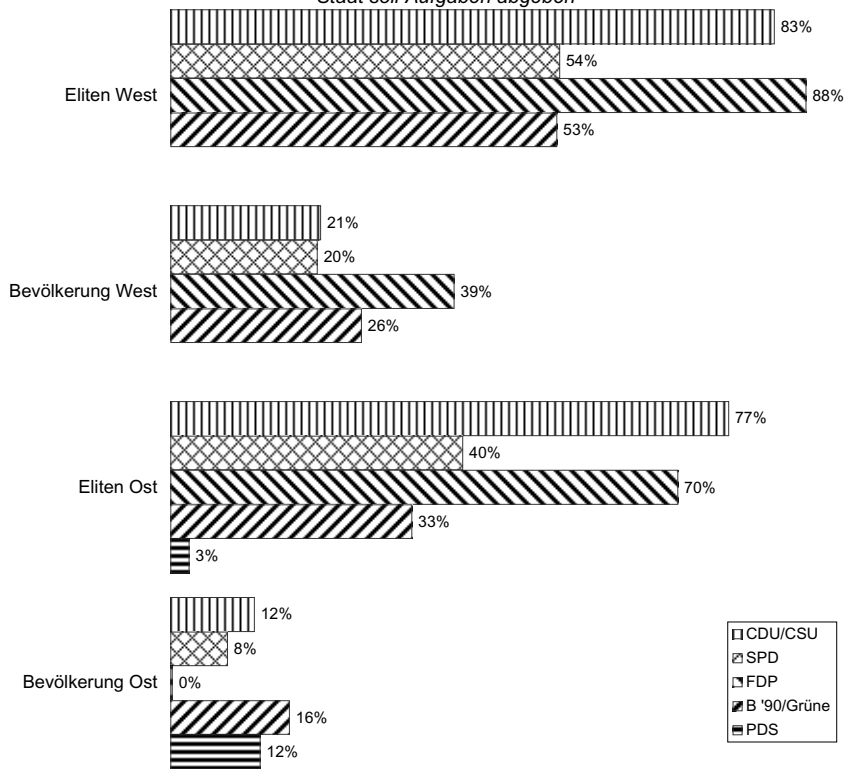
Der Umfang der Staatstätigkeit als ideologische Trennlinie

Eine weitere Frage, in der sich in Bevölkerungsumfragen immer deutliche Ost-West-Unterschiede zeigen, betrifft den Umfang der Staatstätigkeit. Während die bisher betrachteten Einstellungsunterschiede zwischen Ost und West direkt mit der unterschiedlichen materiellen Situation in den alten und den neuen Bundesländern zusammenhängen, betrifft die stärkere Befürwortung einer weitgehenden Verantwortung des Staates für das Wohlergehen der Bürger eher eine politisch-ideologische Grundhaltung. Die Unterstützung für eine Reduzierung der Staatsaufgaben ist entsprechend der marktwirtschaftlichen Tradition im Westen durchweg höher. Noch deutlicher als die Ost-West-Unterschiede sind in dieser Frage allerdings diejenigen zwischen Eliten und Bevölkerung (vgl. Schaubild 2). Während eine große Mehrheit der Bürger in beiden Regionen für eine Beibehaltung des gegenwärtigen Umfangs der Staatstätigkeit eintritt, befürwortet ein wesentlich höherer Anteil der Eliten in beiden Regionen eine Verringerung der Staatsaufgaben. Lediglich die der PDS nahestehenden

Eliten lehnen dies zu fast 100 Prozent ab.

In allen betrachteten Fragen wird die Einstellung der Befragten also neben der Region durch die Parteinähe und den politischen Status (Elite-Bürger) beeinflusst. Anders als bei den Bürgern, bei denen die Region der wichtigere Einflussfaktor ist, spielt auf Elitenebene aber die Parteizugehörigkeit bzw. -nähe eine größere Rolle. Die Vertreter von Union und FDP, die zum Zeitpunkt der Befragung noch die Bundesregierung stellten, sind grundsätzlich mit der Funktionsfähigkeit des politischen Systems zufrieden und treten für einen Abbau des Sozialstaates ein. Sie konstatieren zwar Defizite im Hinblick auf die Angleichung der Lebensbedingungen in beiden Regionen, sehen soziale Gerechtigkeit in Deutschland jedoch als weitgehend verwirklicht an. SPD und Grüne treten in Übereinstimmung mit ihrer grundsätzlichen politischen Linie stärker sozialstaatliche Positionen, bewerten die Funktionsfähigkeit des politischen Systems jedoch grundsätzlich ebenfalls positiv. Die PDS-Vertreter schließlich, die allerdings innerhalb der Eliten eine verschwindende Minderheit stellen, stehen dem politischen System äußerst kritisch gegenüber und treten für einen umfassenden Sozialstaat ein. In allen drei Fragen nehmen sie eine Position deutlich links von SPD und Bündnis 90/Grünen ein. Insofern hat sich durch die deutsche Vereinigung das politische Spektrum in Deutschland deutlich verbreitert und die sozio-ökonomische Konfliktlinie hat sich vertieft. Auch wenn man die PDS nicht unbedingt für eine extremistische Partei halten muss, ist aus diesen Ergebnissen doch offenkundig, dass sie den Elitenkonsens, der die Eliten der alten Bundesrepublik auszeichnete, aufgebrochen hat. Andererseits ist ihre Bedeutung im gesamt-

Schaubild 2:
Staat soll Aufgaben abgeben



Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995 und Potsdamer Bevölkerungsumfrage 1995

Frage: Seit einiger Zeit wird in der Öffentlichkeit über den Umfang und die Art der staatlichen Aufgaben diskutiert. Was meinen Sie: Soll der Staat Aufgaben abgeben, mehr Aufgaben übernehmen, einen Teil seiner Aufgaben abgeben, dafür aber andere übernehmen, oder soll es so bleiben wie bisher? Anteilswerte für "Aufgaben abgeben".
Parteipräferenz: Erster Sympathierang auf dem Parteienskalometer.
Befragte ohne ersten Sympathierang, mit erstem Sympathierang für die Republikaner sowie Anteilswerte für Gruppen mit unter 15 Befragten nicht ausgewiesen.

1994. In: Helmut Wollmann et al., *Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich: 329-415.
Deutsch, Karl W., Lewis Edinger, 1959: *Germany Rejoins the Powers*. Stanford: Stanford University Press.
Deutsch, Karl W., Lewis J. Edinger, Roy C. Macridis, Richard L. Merritt, 1967: *France, Germany and the Western Alliance*. New York: Scribner's.
Edinger, Lewis J., 1960: Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic, *American Political Science Review*, Vol. 54, 58-82.
Gabriel, Oscar W. (Hrsg.), 1977: *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
Higley, John, Michael Burton, 2000: Elite Transformations in Democratization's Three Waves. Paper prepared for the XVIII World Congress of the International Political Science Association, Quebec City.
Hoffmann-Lange, Ursula, 1992: *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske + Budrich.
Hornbostel, Stefan, 2000: Von Überlebenden, Kolonisten und Newcomern. Neue und alte Eliten in Ostdeutschland. In: *Kursbuch* 139: 123-134.
Jagodzinski, Wolfgang, Steffen M. Kühnel, 1997: Werte, Ideologien und Wahlverhalten. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich: 449-471.
Ludiz, Peter Christian, 1968: *Parteielite im Wandel*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Meyer, Gerd, 1991: *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker*. Tübingen: A. Francke Verlag.
Rohrschneider, Robert, 1999: *Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany*. Oxford: Oxford University Press.
Roller, Edeltraud, Ende des sozialstaatlichen Konsenses? Zum Aufbrechen traditioneller und zur Entstehung neuer Konfliktstrukturen in Deutschland. In: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hrsg.), *Demokratie und Partizipation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 2000: 88-114.
Schneider, Eberhard, 1994: *Die politische Funktionselite der DDR*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Wehling, Hans-Georg, 1988: "Sozialistische Demokratie" – Sozialismus ohne Demokratie? In: Gerd Meyer, Jürgen Schröder (Hrsg.): *DDR heute*. Tübingen: Gunter Narr Verlag: 52 – 66
Welzel, Christian, 1997: *Demokratischer Elitenwandel*. Opladen: Leske + Budrich.
Windolf, Paul, Ulrich Brinkmann, Dieter Kulke, 1999: *Warum blüht der Osten nicht? Zur Transformation der ostdeutschen Betriebe*. Berlin: edition sigma.
Zapf, Wolfgang, 1965: *Wandlungen der deutschen Elite*. München: Piper.
Zapf, Wolfgang, 2000: wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren? In: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hrsg.), *Demokratie und Partizipation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 2000: 160-174.

deutschen Rahmen aber zu gering, als dass man von einer nachhaltigen Störung dieses Konsenses sprechen könnte. Aufgrund ihrer Verankerung ausschließlich in den neuen Bundesländern repräsentiert sie jedoch die soziopolitische Spannungslinie zwischen Ost und West im vereinten Deutschland.

Ein Resümee

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat bisher nur wenig Rückwirkungen auf die Zusammensetzung und Struktur der Elite gehabt. Vertreter der neuen Bundesländer spielen in der gesamtdeutschen Elite noch keine ihrer Bevölkerungszahl entsprechende Rolle. Dies unterstreicht, dass die Vereinigung ein Anschluss der neuen Bundesländer an die alte Bundesrepublik war, in dessen Verlauf die neuen Bundesländer die westlichen Strukturen übernahmen. Angesichts der langen Dauer, die ein Aufstieg in Elitepositionen in Anspruch nimmt, ist auch nicht damit zu rechnen, dass in denjenigen Elitesektoren, in denen Ostdeutsche bislang kaum vertreten sind, ihr Anteil schnell

steigen wird. Elitestrukturen wandeln sich unter stabilen politischen Bedingungen nur langsam, vor allem in gesellschaftlichen Bereichen, die über Rekrutierungsautonomie verfügen und in bei denen politische Proporzriterien keine Rolle spielen. Der Umzug von Bundestag und obersten Bundesbehörden von Bonn nach Berlin, der wiederum den Umzug von Verbänden und Presseorganen nach sich zieht, dürfte jedoch jenseits seiner symbolischen Bedeutung zumindest mittelfristig auch Auswirkungen auf die Elitenrekrutierung haben, da er rein räumlich gesehen die Gelegenheitsstrukturen zugunsten ostdeutscher Nachwuchskräfte verbessern wird.

Literaturhinweise

Bürklin, Wilhelm, 1997: Politische Eliten in der Mediendemokratie. In: Karl Rohe (Hrsg.), *Politik und Demokratie in der Informationsgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos: 55-78.
Bürklin, Wilhelm, Hilke Rebenstorf et al., 1997: *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Opladen: Leske + Budrich.
Derlien, Hans-Ulrich, 1997: Elitezirkulation zwischen Impllosion und Integration. Abgang, Rekrutierung und Zusammensetzung ostdeutscher Funktionseleiten 1989-

Anmerkungen

* Die im vorliegenden Beitrag enthaltenen Tabellen und Schaubilder basieren auf einer Sekundäranalyse der Daten der Potsdamer Elitestudie von 1995 (vgl. Bürklin/Rebenstorf et al. 1997). Prof. Dr. Wilhelm Bürklin hat freundlicherweise der Verwendung der Daten für diesen Beitrag zugestimmt, wofür ich ihm an dieser Stelle sehr herzlich danken möchte.

¹ Von daher wird auch schon in diesem Teil auf die Ergebnisse der Potsdamer Elitestudie von 1995 zurückgegriffen (vgl. Bürklin/Rebenstorf et al. 1997), auf die später noch näher eingegangen wird, wenn es um Unterschiede zwischen den aus den alten und den neuen Bundesländern stammenden Eliten geht.

² Die folgende Zusammenfassung stützt sich auf die zusammenfassenden Publikationen über die Ergebnisse dieser Projekte, in erster Linie auf Hoffmann-Lange (1992) und Bürklin/Rebenstorf et al. (1997).

³ Die ersten Elitebefragungen wurden in der alten Bundesrepublik schon vorher, nämlich bereits Mitte der fünfziger Jahre durchgeführt, allerdings waren die Fallzahlen dieser Studien sehr klein. Zudem dienten diese primär der Erhebung von Einstellungen zu aktuellen, v.a. außenpolitischen Fragen (Deutsch/Edinger 1959; Deutsch et al. 1967).

⁴ Der Begriff *Bürger der ehemaligen DDR* ist präziser als der vielfach verwendete Begriff *Ostdeutsche*, da aufgrund der starken Migrationsbewegungen zwischen Ost und West seit 1989 inzwischen viele ehemalige DDR-Bürger in den alten Bundesländern leben, viele ehemalige Bewohner der alten Bundesrepublik dagegen in den neuen. Im folgenden wird jedoch gelegentlich auch das Kürzel *Ostdeutsche* verwendet.

Politisch zweigeteilt?

Wählerverhalten und Parteiensystem zehn Jahre nach der Einheit

Von Ulrich Eith

Dr. Ulrich Eith ist Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg i. B.

Auch zehn Jahre nach der deutschen Einigung fällt ein unterschiedliches Parteiensystem in Deutschland Ost und Deutschland West ins Auge. Auch das Wählerverhalten erscheint im Osten Deutschlands weniger stabil, stärker an Sachfragen und Kandidaten orientiert. Die Erwartungen an den Staat unterscheiden sich, insbesondere was soziale Sicherheit und Gerechtigkeit angeht. Auf der anderen Seite sind die politischen Beteiligungsmodelle aus dem Westen voll akzeptiert. Erklärungsbedürftig sind das Ausmaß, die Ursachen sowie die Folgen unterschiedlicher politischer Einstellungen und Verhaltensweisen in Deutschland Ost und Deutschland West.

Red.

Dauerhaft eigenständige politische Muster bedürfen der sozialen Fundierung

Die Ergebnisse der Volkskammerwahl 1990, der ersten freien Wahl der DDR, stellten die aus Westdeutschland vertrauten Muster auf den Kopf. Die von der CDU angeführte *Allianz für Deutschland* erzielte in den einstigen Hochburgen linker Parteien einen überragenden Wahlsieg und überflügelte zudem die Sozialdemokraten selbst in der Arbeiterschaft, deren bislang verlässlichster Wählerklientel. Hinzu kamen neue Frontstellungen. CDU und PDS bildeten die entgegengesetzten Pole des politischen Wettbewerbs, während sich die Sozialdemokraten in einer bislang ungewohnten Mittellage wieder fanden. Die regionalen und überregionalen Wahlen Mitte der 90er-Jahre bestätigten diese ostdeutschen Besonderheiten.

Gleichwohl hat die Vereinigung und die damit einher gehende Vergrößerung der Anzahl der Wahlberechtigten um etwa 25 % die gesamtdeutschen Kräfteverhältnisse kaum verändert. Die Bundestagswahlen von 1990 und insbesondere 1994 unterschieden sich im Ergebnis substantiell nicht von denjenigen der 80er-Jahre. Eine gewisse Angleichung zwischen Ost und West erfolgte dann allerdings bei der Bundestagswahl 1998, die der amtierende Kanzler *Helmut Kohl* und die CDU in beiden Landesteilen gleichermaßen verloren haben. Die SPD lag jeweils vor der Union und schnitt zudem auch in der ostdeutschen Arbeiterschaft als stärkste Partei ab. Hat sich somit das Wählerverhalten in Ost- und Westdeutschland trotz unterschiedlicher Sozialisierungserfahrungen innerhalb von nur zehn Jahren weitgehend an-

geglichen? Ist damit der politische Transformationsprozess zu einem gewissen Abschluss gekommen und besteht das Erbe der DDR in erster Linie in der weiteren Existenz der PDS?

Dauerhaft eigenständige politische Muster bedürfen einer sozialen Fundierung. So muss eine Diskussion ostdeutscher Besonderheiten des Wählerverhaltens sowohl die politische und gesellschaftliche Entwicklung der DDR als auch die Erfahrungen der Menschen während der Wende und im sich anschließenden Transformationsprozess adäquat berücksichtigen. Hierzu stellt die Wahlforschung als theoretisch und methodisch sehr weit entwickeltes Teilgebiet der Politikwissenschaft etablierte Erklärungsmodelle bereit, die das individuelle Abstimmungsverhalten in seinen unterschiedlichen Facetten beleuchten und in einen interpretatorischen Zusammenhang stellen.¹ Der *soziologische* Erklärungsansatz verweist auf die verhaltensrelevante Bedeutung des sozialen Umfelds und eventueller Gruppenzugehörigkeiten. Wählerverhalten unterscheidet sich im allgemeinen je nach sozialem Status, der Kirchenbindung oder auch der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Der *individualpsychologische* Erklärungsansatz betont die Auswirkungen und die Bedeutung längerfristig stabiler Parteibindungen. Die Identifikation mit einer Partei beeinflusst nachweislich die politischen Maßstäbe und wirkt als Wahrnehmungs- und BeurteilungsfILTER bei der Analyse und Bewertung aktueller politischer Probleme und Kandidaten. Zudem ist die Frage nach der Ausprägung und Verteilung von Parteibindungen auch unter Gesichtspunkten der Legitimation und Stabilität des politischen Systems von Interesse. Das Modell des *rationalen* Wählerverhaltens schließlich stellt die Bedeutung von politischen Sachfragen und entsprechenden Kompetenzvermutungen in den Vordergrund. Ein rationaler Wähler orientiert sich bei seiner Entscheidung vor allem an dem für ihn maximal zu erzielenden Nutzen. Die drei Erklärungsansätze ergänzen sich durch ihre unterschiedliche Schwerpunktsetzung und bilden das theoretische Fundament der nachfolgenden Ausführungen.

Zunächst stellt sich die Frage nach den Gründen, dem Ausmaß und den Auswirkungen eines spezifisch ostdeutschen Wählerverhaltens seit 1990. Einen weiteren Schwerpunkt bilden dann entsprechende Differenzen zwischen Ost und West bei der Bundestagswahl 1998, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Fragen nach der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Reichweite des Wohlfahrtsstaats. Eine Dis-

kussion der Entwicklungsperspektiven des politischen Wettbewerbs im vereinten Deutschland beschließt diesen Beitrag.

Die ersten Wahlen nach der Wende signalisierten einen völligen Umbruch der politischen Landschaft

Die in den Wahlen des Jahres 1990 zutage tretenden Mehrheitsverhältnisse in Ostdeutschland widersprachen den längerfristigen Erwartungen professioneller Beobachter und Kommentatoren. Zu Zeiten der Weimarer Republik galt insbesondere der Süden der späteren DDR als Kernland der Arbeiterbewegung. Bei der Reichstagswahl 1928 erzielten SPD und KPD im Gebiet der späteren DDR gemeinsam 49 % der Stimmen gegenüber 35 % im Gebiet der späteren Bundesrepublik.² Und auch bei den halbwegs freien Landtagswahlen in der Sowjetischen Besatzungszone 1946 erreichte die SED mit 47,6 % einen vergleichbaren Stimmenanteil. Entsprechende Übereinstimmungen finden sich bei den liberalen und bürgerlichen Parteien. Zudem lässt sich zwischen beiden Wahlen eine hohe Kontinuität der territorialen Verteilungsstrukturen nachweisen. Demgegenüber signalisierten die Ergebnisse der Volkskammerwahl 1990 einen völligen Umbruch der politischen Landschaft. Die von der CDU gegründete *Allianz für Deutschland* gewann mit großem Abstand vor den linken Parteien, und die regionale Stimmenverteilung der Parteien wies überdies keine strukturellen Ähnlichkeiten mit dem Wählerverhalten von 1946 und 1928 auf. Vierzig Jahre real existierender Sozialismus haben im Osten Deutschlands die traditionellen Milieus nachhaltig verändert und alte Parteibindungen weitgehend aufgelöst.

Ein Drei-Parteien-System aus CDU, SPD und PDS hat sich etabliert

Der Protest gegen den Staatssozialismus der DDR hatte sich im Verlaufe des Jahres 1989 durch die Aktivitäten der Bürgerbewegungen, die massenhaften Fluchtbewegungen in den Westen sowie die einsetzenden wöchentlichen Großdemonstrationen mehr und mehr verstärkt. Im Herbst 1989 kollabierte die SED-Herrschaft und gab den Weg frei für die Herausbildung eines pluralistischen Parteiensystems. Dessen Etappen und Rahmenbedingungen sowie insbesondere auch die Bedeutung westdeutscher Kooperationspartner nach der Jahreswende 89/90 sind in der Literatur inzwischen detailliert untersucht worden.³ In den Wahlen der frühen 90er-Jahre verfestigte sich zunächst ein eigenständiges ostdeutsches

Wahlverhalten und Parteiensystem. Während sich der politische Wettbewerb im Westen auch weiterhin auf die gewohnten Auseinandersetzungen zwischen den vier Berliner Parteien konzentrierte, konnte sich im Osten – mit gewisser Ausnahme der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg – in kurzer Zeit ein bis heute Bestand habendes Dreiparteiensystem aus CDU, SPD und PDS etablieren (Tabelle 1).⁴ In Sachsen-Anhalt gelangten 1994 *Bündnis 90/Grüne* mit 5,1 % und 1998 die rechtsextreme *Deutsche Volksunion* (DVU) mit überraschenden 12,9 % in den Magdeburger Landtag, in Brandenburg erzielte die DVU bei der Landtagswahl 1999 einen Stimmenanteil von 5,3 %. Die Stabilität dieser für westdeutsche Verhältnisse ungewöhnlichen Dreiparteienkonstellation liegt in der besonderen Situation Ostdeutschlands begründet. Empirische Studien belegen, dass die dort maßgebliche politisch-ideologische Konfliktlinie zwischen CDU und PDS von Beginn an eine sozialstrukturelle Fundierung aufweist,⁵ die sich im Verlauf der 90er-Jahre allerdings in einigen Punkten verschoben hat.

Themenwahl, aber als Ausdruck eines Zentrum-Peripherie-Konflikts

Ein theoretisch adäquates Erklärungsmodell muss an den politischen Strukturen der DDR und den damit verbundenen gesellschaftlichen Konfliktlagen anknüpfen. Unbestritten waren die Wahlen von 1990 letztlich vor allem Referenden über die umfassende und zentralistisch organisierte Herrschaft der SED. Die alles entscheidende politische Sachfrage war die nach der zukünftigen gesellschaftlichen und staatlichen Organisationsform. So gesehen kann die Volkskammerwahl 1990 als reine Themenwahl im Sinne des Modells rationaler Wählerentscheidung angesehen werden,⁶ wobei CDU und PDS die entgegengesetzten Optionen einer schnellstmöglichen Einheit oder aber einer fortwährenden Eigenständigkeit repräsentierten. Die Sozialdemokraten befanden sich bereits zu diesem frühen Zeitpunkt



Der „Kanzler der deutschen Einheit“ auf Wahlkampftournee

Helmut Kohl genoss nicht zuletzt in den „neuen Bundesländern“ ein hohes Maß an Popularität, weil er die Chance zur deutschen Vereinigung geschickt und erfolgreich genutzt hatte. Das Bild zeigt ihn bei seinem letzten Wahlkampf, in Heiligenstadt in Thüringen am 5. September 1998. Hier im Eichsfeld hatte sich über die Jahrzehnte der DDR hinweg ein katholisches Milieu erhalten, das auch 1998 in hohem Maße der CDU zu gute kam.

Foto: dpa-Bildarchiv

aufgrund ihrer zögerlichen Haltung in der Frage der deutschen Einheit in einer eher indifferenten, mittleren Position zwischen den beiden Alternativen CDU und PDS. Allerdings suggeriert die These von der rationalen Themenwahl eine „Stunde Null“ im Jahr 1990 und vernachlässigt die Auswirkungen der gesellschaftlichen Struktur der DDR. Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Stadt und Land, verschiedenen Berufsgruppen sowie Christen und Nichtchristen legen es nahe, die Wahlen von 1990 und insbesondere die Volkskammerwahl im März aus soziologischer Perspektive als Ausdruck eines mehrdimensionalen Zentrum-Peripherie-Konflikts anzusehen: Die unterschiedlichen Einstellungen der Wählerinnen und Wähler zur deutschen Einheit resultierten aus ihren individuellen und gruppenspezifischen Er-

fahrungen mit der DDR, in erster Linie aus dem Ausmaß ihrer politischen und ökonomischen Frustrationen mit dem sozialistischen System.⁷ Mit zunehmender Distanz zum Zentrum der Herrschaftsausübung in der DDR oder auch zur sozialistischen Ideologie stieg bei den jeweiligen Bevölkerungsgruppen der Anteil derer, die dem westlichen Gesellschaftsmodell den Vorzug gaben und umgekehrt. Entsprechend erfolgten dann die Wahlentscheidungen. Die überragende Vormachtstellung der Union in Ostdeutschland in den frühen 90er-Jahren gründete zunächst auf einer stabilen Verankerung in ländlich-kleinstädtischen Kontexten und christlich orientierten Bevölkerungsgruppen. Katholiken und Protestanten hatten sich selbst in der sozialistischen DDR eine gewisse Sonderrolle mit weitgehend autonomen Milieustrukturen bewahren können, deren Organisationen in der Endphase der DDR zum Sammelbecken der Systemopposition wurden. Darüber hinaus erfuhren die Christdemokraten zunächst einen enormen Zuspruch durch die ostdeutsche Arbeiterschaft. Politisch trotz gegenteiliger Staatsrhetorik eher machtlos und unzufrieden mit dem wirtschaftlichen Lebensstandard in der DDR, versprachen sie sich von *Helmut Kohl* eine rasche Einheit und Angleichung der Lebensverhältnisse.

Tabelle 1: Volkskammer- und Bundestagswahlergebnisse in Ostdeutschland (in %)

	CDU	SPD	PDS	FDP	B90/Grüne	Sonst.
Volkskammerwahl 1990 *)	48,0	21,9	16,4	5,7	4,9	3,1
Bundestagswahl 1990	41,8	24,3	11,1	12,9	6,0	3,9
Bundestagswahl 1994	38,5	31,5	19,8	3,5	3,5	3,2
Bundestagswahl 1998	27,3	35,1	21,6	3,3	3,3	9,4

*) CDU = Allianz für Deutschland; FDP = BDF+NDPD, B90/Grüne = Bündnis 90 (2,9 %) + Grüne/Frauen; Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 2: Wahlverhalten von Arbeitern in Ostdeutschland bei Volkskammer- und Bundestagswahlen 1990–1998 (in %)

		1990*)	1990	1994	1998
Arbeiter	CDU	55	50	41	27
	SPD	22	25	35	39
insgesamt	CDU	48	42	39	27
	SPD	22	24	32	35

*) Volkskammerwahl: CDU = Allianz für Deutschland; Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (1998): Bundestagswahl 1998, Mannheim, S. 11, 22; entspr. Bundestagswahl 1994, S. 22; Bundestagswahl 1990, S. 35; Wahl in der DDR (Volkskammerwahl 1990), S. 7, 14.

Mit ihrer zunehmenden Desillusionierung schmolz die Unterstützung der CDU durch die ostdeutsche Arbeiterschaft

Allerdings ist es der CDU im Osten letztlich nicht gelungen, diese Wählergruppe durch eine entsprechend erfolgreiche Vertretung ihrer politischen Interessen dauerhaft an sich zu binden. Mit zunehmender Desillusionierung durch die Probleme und Härten des Einigungsprozesses

schmolz die Unterstützung durch die Arbeiterschaft im Verlaufe der 90er-Jahre kontinuierlich ab (Tabelle 2). Stabil hingegen blieb die starke Position der CDU in ländlichen Gebieten und unter christlich orientierten Bevölkerungsgruppen. Die PDS repräsentierte direkt nach der Wende das noch weitgehend intakte sozialistische Milieu. Als einzig maßgebliche Partei mit einer klaren Pro-DDR-Ausrichtung fand sie vor allem auch die Unterstützung derer, die sich vom Fortbestand der DDR die Sicherung bisheriger Privilegien erhofften. Ihre besten Ergebnisse erzielte die PDS dementsprechend in den größeren Verwaltungsstädten – in Ost-Berlin und den ehemaligen Bezirkshauptstädten –, bei Personen mit höherer formaler Bildung oder Leitungsfunktion sowie bei Konfessionslosen. Inzwischen finden sich unter ihren Wählern neben ehemaligen Funktionseleiten und überzeugten Sozialisten aber auch etliche DDR-Nostalgiker und vor allem auch Protestwähler, die mit dem Verlauf des Vereinigungsprozesses und der Angleichung der Lebensverhältnisse äußerst unzufrieden sind.⁸ Nach dem eher misslungenen Start der neuen rot-grünen Bundesregierung 1998 waren es insbesondere Letztere, auf die der weitere Aufschwung der PDS in den ostdeutschen Landtagswahlen 1999 zurückzuführen ist. Als regionale, ostdeutsche Milieupartei bleiben die weiteren Expansionschancen der PDS jedoch begrenzt.

Die Handikaps der SPD im Osten Deutschlands

Die unentschlossene *deutschlandpolitische Haltung* der SPD im Jahr 1990 verhinderte für sie zunächst ein besseres Wahlergebnis. Als Neugründung befanden sich die Sozialdemokraten zudem aber auch *organisatorisch* von Beginn an im Nachteil. Anders als CDU und PDS, die zur flächendeckenden Repräsentanz auf die trotz etlicher Parteiaustritte weitgehend intakten Strukturen der alten DDR-Parteien CDU und SED zurückgreifen konnten, stehen die Sozialdemokraten wie auch die Liberalen und *Bündnis 90/Grüne* bis heute vor weitaus größeren Problemen, wenn es um personelle Ressourcen für kommunale politische Mandate und Ämter, für eine leistungsfähige Infrastruktur der eigenen Partei oder auch für Mobilisierungsaktionen im Wahlkampf geht. Zu Beginn der 90er-Jahre hatte die CDU etwa viermal so viel, die PDS sogar über sechsmal soviel Mitglieder wie die SPD.⁹ Bis heute haben sich entsprechende Ungleichheiten in allerdings abgemilderter Form erhalten. An den Wahlen konnte die SPD dann bei den überregionalen Wahlen der 90er-Jahre kontinuierlich zulegen, als die Modalitäten des Einigungsprozesses und vor allem die damit verbundenen Probleme in den öffentlichen Diskussionen einen zunehmend breiteren Raum einnahmen. 1998 gelang es erstmals, die CDU im östlichen Wahlgebiet zu überflügeln und auch in der dortigen Arbeiterschaft als stärkste Partei abzuschneiden. Dennoch lässt sich im Osten bis heute eine *sozialstrukturell identifizier-*

bare Kernwählerschaft der SPD nur in Ansätzen ausmachen. Quer durch die unterschiedlichen sozialen Gruppen und Milieus erzielt die SPD im Vergleich zu CDU und PDS die ausgeglichene Wahlergebnisse. Zudem beruht ihre derzeitige starke Position bei der ostdeutschen Arbeiterschaft kaum auf gewachsenen, längerfristigen Parteibindungen.

Ungünstige Rahmenbedingungen für FDP und „Grüne“

Lediglich geringe Unterstützung erfahren bislang FDP und *Bündnis 90/Grüne*, die sich in Westdeutschland vor allem auf Teile der gehobenen Mittelschichten stützen. Für beide Parteien stellten nicht zuletzt die großen ökonomischen Probleme des Transformationsprozesses ungünstige Rahmenbedingungen für den Aufbau einer stabilen Stammwählerschaft dar. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit finden die wirtschaftsliberalen Positionen der FDP wie auch die ökologischen Politikangebote von *Bündnis 90/Grüne* im Osten derzeit nur geringe Resonanz. Zudem liegt der Anteil der Selbstständigen – der traditionellen FDP-Wählerklientel – noch deutlich unter dem westdeutschen Wert von etwa 10%. Die hohen Wahlergebnisse der Liberalen bei der Bundestagswahl 1990 müssen als Ausnahme angesehen werden und verdankten sich zum größten Teil dem hohen Ansehen des in Halle geborenen damaligen Außenministers *Hans-Dietrich Genscher*. Die oppositionellen Bürgerbewegungen wiederum hatten in der Wende einen großen Anteil an der gewaltfreien Beendigung der SED-Herrschaft. Allerdings standen ihre auf Kommunikation und Konsens basierenden Demokratie- und Politikvorstellungen, ihre dezentralen Organisationsstrukturen und ihr Selbstverständnis als gewaltfreie Oppositionsgruppen einer klaren Machtorientierung entgegen.¹⁰ Nur geringe Teile überwinden schrittweise ihre Skepsis gegen die parteientorientierten Verfahrensweisen der re-

präsentativen Demokratie und verbanden sich letztlich mit den Grünen in Ost (1990) und West (1993). Heute konkurriert *Bündnis 90/Grüne* vor allem mit der PDS um die Unterstützung von alternativen Milieus und neuen sozialen Bewegungen, und auch die sind im Osten in geringerem Ausmaß vorzufinden als im Westen. Weitere im Prozess der Wende zunächst entstandene Parteien und Gruppierungen konnten sich letztlich nicht dauerhaft etablieren.¹¹ Erst Ende der 90er-Jahre zeigten sich Aufweichungen der Dreiparteiensysteme. Die bei der Landtagswahl 1998 zum ersten Mal in Sachsen-Anhalt kandidierende rechtsextreme Splitterpartei DVU konnte auf Anhieb 12,9 % der Zweitstimmen erzielen.¹² Gewählt wurde diese Partei überdurchschnittlich von jungen Menschen mit niedrigerem sozialen Status. Bei den unter 35-Jährigen Männern und den unter 25-Jährigen Frauen schnitt die DVU mit 32% bzw. 26% der Zweitstimmen sogar mit Abstand als stärkste Partei ab. 61% aller DVU-Wähler waren männlich. Ähnliches wiederholte sich in Brandenburg bei der Landtagswahl 1999, allerdings kam die DVU dort auf lediglich 5,3%, und junge Männer waren weitaus stärker überrepräsentiert. Anders als bei bisherigen rechtsextremen Wahlerfolgen spielten in beiden Fällen die Themen Ausländer oder Asyl keine besondere Rolle. Von zentraler Bedeutung war die Unzufriedenheit mit der ökonomischen Situation. Der Protestcharakter dieser rechtsextremen Wahlerfolge ist unübersehbar, zumal die DVU bei der zeitlich nahe gelegenen Bundestagswahl 1998 nur geringe Stimmenanteile verbuchen konnte.

Ostdeutsche stärker an Sachfragen und Kandidaten orientiert

Neben der spezifisch ostdeutschen Parteienkonkurrenz von CDU, SPD und PDS sowie der im Vergleich zum Westen zeitweilig unterschiedlichen Zusammensetzung der Parteiwählerschaften kennzeichnet eine weitere Besonderheit den ostdeut-

Tabelle 3: Politische Partizipationsformen in Ost- und Westdeutschland 1998 (in %)

„Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollen: Welche der Möglichkeiten würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage? / Was davon haben Sie selbst schon gemacht, woran waren Sie schon einmal beteiligt?“

(Mehrfachnennungen)	Würde ich tun		Habe ich getan	
	Ost	West	Ost	West
Teilnahme an Wahlen	78	89	78	86
Aus Protest nicht an Wahlen teilnehmen	16	18	7	8
Aus Protest einmal eine andere Partei wählen	21	23	7	10
Mitarbeit in einer Partei	6	12	3	5
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	21	31	6	10
Seine Meinung sagen, im Bekanntenkreis, an der Arbeitsstelle	78	83	67	73
Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	34	38	26	23
Beteiligung an einer Unterschriftenaktion	58	57	37	40
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	34	34	16	16
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	7	10	2	4

Quelle: eigene Berechnungen auf der Basis der Allbus-Daten 1998; N=1003 (Ost) /2037 (West).

schen politischen Wettbewerb: Die Wählerinnen und Wähler weisen im Durchschnitt eine geringere Bindung an die Parteien und eine größere Skepsis gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik auf. Im Westen wurden die Parteiidentifikationen über mehrere Jahrzehnte durch Sozialisationsprozesse erworben und regelmäßig aktualisiert. Im Osten liegen sowohl der Anteil der Personen mit einer Parteiidentifikation als auch die Stärke der Bindungen schon aufgrund der erst zehn Jahre andauernden demokratischen Entwicklung unter dem westdeutschen Niveau.¹³ Viele ostdeutsche Wähler orientieren sich bei ihrer Wahlentscheidung bislang stärker an Sachfragen und Kandidaten als an Parteibindungen. Hinzu kommen im Vergleich zum Westen ein insgesamt geringeres Vertrauen in rechtsstaatliche und demokratische Institutionen sowie eine größere Unzufriedenheit mit dem Erscheinungsbild der deutschen Demokratie. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass diese Unzufriedenheit vor allem mit einer negativen Bewertung der Wirtschaftslage und einer kritischen Einstellung zur Gerechtigkeit der deutschen Gesellschaft einhergeht.¹⁴

Eine vergleichsweise ähnliche Einschätzung der Partizipationsmöglichkeiten

Dennoch stellt die Beteiligung an Wahlen in beiden Landesteilen heute mit Abstand die häufigste politische Partizipationsform dar. Trotz völlig unterschiedlicher Erfahrungen mit politischer Teilhabe in der Vergangenheit bestehen 1998 hinsichtlich der Akzeptanz verschiedener Formen politischer Partizipation generell nur geringe Unterschiede zwischen Ost und West (Tabelle 3). Den Umfragedaten nach diskutieren jeweils etwa 70 % der Wahlberechtigten im Bekanntenkreis oder an der Arbeitsstelle über Politik, jeweils 40 % haben sich bereits an Unterschriftenaktionen beteiligt. Zudem zeigen weitere Analysen, dass Wahlen von jeweils etwa 45 % der Wahlberechtigten als sehr effektive Möglichkeit angesehen werden, persönlich Einfluss auf die Politik nehmen zu können. Als weit weniger effektiv werden hingegen die Partizipationsformen Beteiligung an einer Unterschriftenaktion, Mitarbeit in Parteien oder Bürgerinitiativen oder auch Teilnahme an Demonstrationen angesehen. Ganz grundsätzlich stehen die Ostdeutschen jedoch plebiszitären Entscheidungsstrukturen etwas positiver gegenüber, was allerdings in erster Linie die Unzufriedenheit über die westlich geprägten Strukturen der politischen Interessenvermittlung widerspiegelt.¹⁵

Unzufriedenheit führt im Osten schnell zu Wechselwahl oder extremeren Protesten

Die insgesamt distanziertere Haltung gegenüber den politischen Parteien hat Konsequenzen für die Parteienkonkurrenz in den ostdeutschen Ländern. Zunächst kommt bei Wahlen aufgrund der schwächeren Parteibindungen den kurzfristigen politischen Stimmungen

und Kandidatenimages eine größere Bedeutung zu. Entsprechend fallen auch die Ausschläge bei den Gewinnen und Verlusten der Parteien im Osten regelmäßig höher aus, die Stabilität der Wahlentscheidungen von einer Wahl zur nächsten ist deutlich geringer. Die erkennbaren regionalspezifischen Ausdifferenzierungen zeigen, dass hierbei bei den Ländern eine zunehmende Bedeutung als eigenständiger politischer Handlungsrahmen zuwächst.¹⁶ Sodann sind die Parteien gezwungen, die fehlenden traditionellen Loyalitäten durch eine strikte Ausrichtung ihrer Arbeit an den Interessen ihrer Wählerschaft auszugleichen. Die gerade bei Christ- und Sozialdemokraten jedoch immer wieder aufbrechenden innerparteilichen Konflikte verdeutlichen die Schwierigkeiten, den unterschiedlichen Anforderungen in Ost und West trotz intensiver demoskopischer Unterstützung und perfektionierter medialer Selbstdarstellung gleichermaßen gerecht zu werden. Zu starken Diskussionen führten und führen insbesondere das Ausmaß sozialstaatlicher Absicherung, die Haltung gegenüber der PDS, der Umgang mit den Stasi-Akten, oder auch der im Osten mehrheitlich abgelehnte militärische Einsatz im Kosovo. Übersteigt schließlich der Unmut über die häufig als „West“-Parteien angesehenen Sozial- und Christdemokraten ein gewis-

ses Maß, so stehen den Wählern im Osten mit den rechtsextremen Parteien und der PDS gleich zwei Optionen zur Artikulation ihres Protests zur Verfügung. Die überraschenden rechtsextremen Wahlerfolge in den beiden strukturschwachen Ländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg haben nachdrücklich demonstriert, wie schnell sich ökonomische Unzufriedenheiten in antidemokratische Proteststimmen ummünzen können. Sicherlich haben auch in westdeutschen Bundesländern rechtsextreme Parteien immer wieder den Einzug in Landesparlamente geschafft, etwa die Republikaner in Baden-Württemberg oder die DVU in Bremen. Hierin unterscheidet sich der Osten nur wenig vom Westen, Deutschland nur wenig von Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden oder auch Österreich. Allerdings bestimmt im Osten inzwischen vielerorts eine dezidiert rechte Jugendkultur das öffentliche Straßenbild und stabilisierende Parteibindungen sind auf einem niedrigen Niveau. Es liegt ganz entscheidend an den demokratischen Parteien, die Statusängste von geringer qualifizierten, meist jüngeren Männern ernst zu nehmen und entsprechende ökonomische Perspektiven zu entwickeln. Andernfalls verfestigt sich möglicherweise die Stimmenabgabe für extremistische Parteien zum antidemokratischen Ritual.

Tabelle 4: Gewinne und Verluste der Parteien bei der Bundestagswahl 1998 im Vergleich zu 1994 nach Berufsgruppen in Ost- und Westdeutschland (in Prozentpunkten)

	Ostdeutschland			Westdeutschland			
	CDU	SPD	PDS	CDU	SPD	FDP	Grüne
Un/angelernte Arb. / einf. Ang./Bea.	-17,2	+4,4	+3,6	-7,0	+13,1	-0,4	-4,6
Facharbeiter / qual. Arbeiter	-20,5	+9,6	+5,7	-3,2	+5,1	-0,9	-3,3
Mittlere Angestellte u. Beamte	-8,3	+13,2	-0,8	-7,9	+9,3	+0,9	-2,2
Qual. Angestellte u. geh. Beamte	+1,6	+1,0	-8,1	-2,4	+3,2	+2,8	-4,0
Leit. Angestellte u. höh. Beamte	-13,5	-6,5	+16,0	-1,5	+4,9	-2,9	-0,6
Selbst. / Landwirte / Freiberufler	-14,0	-1,0	+2,0	-1,1	-0,3	+5,2	-2,8

Quelle: eigene Berechnungen; gepoolte Vor- und Nachwahlbefragungen der von der DFG geförderten Deutschen Nationalen Wahlstudie 1998 (N: West = 2230, Ost = 1197) und 1994 (N: West = 2033, Ost = 2081).

Tabelle 5: Einstellungen zur Arbeitsmarktpolitik und zur sozialen Gerechtigkeit in Ost- und Westdeutschland 1998 (in %)

	Ost	West
Verantwortlichkeit des Staates:		
„Einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will“		
nicht verantwortlich	5	11
teilweise verantwortlich	29	47
auf jeden Fall verantwortlich	66	42
Zufriedenheit mit der Aufgabenerfüllung des Staates:		
„Einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der Arbeiten will“		
völlig unzufrieden	48	25
eher unzufrieden	34	36
teils / teils	15	29
zufrieden	3	10
Gesellschaftsordnung in Deutschland:		
eher ungerecht	40	26
teils / teils	53	55
eher gerecht	7	19
Demokratiezufriedenheit:		
„Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht“		
unzufrieden	27	12
teils / teils	43	36
zufrieden	30	52

Quelle: Deutsche Nationale Wahlstudie 1998: N = 1107 (Ost) / 2230 (West).

Bei der Bundestagswahl 1998 hat sich die soziale Frage in neuer Form zu Wort gemeldet

Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte wurde bei der Bundestagswahl 1998 eine amtierende Bundesregierung abgewählt. Mit großem Vorsprung entschied *Gerhard Schröder* das Duell der Spitzenkandidaten für sich. Verkörperte er hierbei in seiner Person den programmatischen Wandel der SPD und eine gewisse Offenheit für neoliberale Politikelemente, so garantierte der Parteivorsitzende *Oskar Lafontaine* in den Augen vieler traditioneller SPD-Wähler weiterhin die Gültigkeit der sozialdemokratischen Tugenden Solidarität und Gerechtigkeit. Dennoch greift eine Interpretation der Wahlentscheidung als Personalplebiszit zu kurz.

Die Bundestagswahl 1998 markiert gerade vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Zielsetzung staatlicher Wirtschaftspolitik und die Reichweite des Wohlfahrtsstaats einen wichtigen Einschnitt.¹⁷ Die in den 90er-Jahren ganz auf Geldwertstabilität und Deregulierung setzende Wirtschaftspolitik der Regierung *Kohl* hat die hohe Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland letztlich nicht in den Griff bekommen. Bis weit in bürgerliche Mittelschichten hinein hatte sich eine Grundstimmung von Unzufriedenheit und diffuser Bedrohung breit gemacht. Mit einem Befreiungsschlag wandten sich mittlere und untere Schichten der Arbeitnehmerschaft in Ost und West von der Union ab und verhalfen der SPD zum Wahlsieg (Tabelle 4). Die CDU musste selbst in klassischen Stammwählerschaften – etwa bei älteren Frauen – dramatische Einbußen hinnehmen. Mehrheitlich wurde den Sozialdemokraten eine größere Kompetenz bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Lösung zukünftiger Probleme zugeschrieben.¹⁸ Mit Macht hat sich bei dieser Wahl die soziale Frage in neuer Form zurückgemeldet.

Die Propagierung einer „Neuen Mitte“ war ein taktisch gelungener Schachzug der SPD, um im Wahlkampf die beanspruchte Rolle als Vertreter der Mittelschichten auch gegen die „Linksbündnis“-Kampagne der Union erfolgreich durchsetzen zu können. Gewonnen hat die SPD die Bundestagswahl 1998 durch eine erfolgreiche Mobilisierung ihrer traditionellen Wählerklientele in der unteren Hälfte der Gesellschaft und kräftigen Zuwächsen bei ungebundenen Wählergruppen in Ost und West. Entgegen weitverbreiteter Annahmen sind unter den potenziellen Wechselwählern ebenfalls Arbeiter und kleinere Angestellte überrepräsentiert, und gerade in dieser Gruppe haben sozialstaatliche Erwartungen einen hohen Verbreitungsgrad.

Im Osten deutlich höhere Ansprüche an soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarktpolitik

Ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Einstellungen und eine sensible Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten haben in Deutschland eine lange Tradition. Weder die deut-

sche Einheit noch die in den letzten Jahren sprunghaft angewachsene Zahl neoliberaler Kritiker des Wohlfahrtsstaats haben hieran bislang Entscheidendes geändert. Gerade die deutsche Einheit verstärkte die in der westdeutschen Gesellschaft eher zwischen „oben“ und „unten“ verlaufende Konfliktlinie um eine territoriale Komponente. Im Osten finden sich als Erbe des Sozialismus deutlich höhere Ansprüche an Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit als im Westen. Anders als die Westdeutschen betrachten die meisten Ostdeutschen einen umfassender Wohlfahrtsstaat als essentiellen Bestandteil der Demokratie. Die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Transformation haben diese Unterschiede bis heute konserviert.¹⁹ Entsprechend größer ist im Osten auch die Unzufriedenheit über nicht erfüllte Erwartungen. So ist etwa jeder zweite Ostdeutsche „völlig unzufrieden“ mit der staatlichen Arbeitsmarktpolitik, während dies in Westdeutschland nur auf jeden Vierten zutrifft (Tabelle 5).

Empirische Analysen zeigen, dass die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit die Wählerschaft bei der Bundestagswahl 1998 in beiden Landesteilen in gleicher Weise polarisierten.²⁰ Auf der einen Seite befinden sich die Stammwähler der CDU, die die politische und ökonomische Situation weitaus positiver einschätzen. Auf der anderen Seite stehen mit nur geringen Differenzen die überzeugten Anhänger von SPD, PDS (Ost) und *Bündnis 90/Grüne* (West) sowie der größte Teil der potenziellen Wechselwähler. Sie alle sind deutlich unzufriedener mit der staatlichen Arbeitsmarktpolitik und halten auch die Gesellschaftsordnung für eher ungerecht. Die Strukturmuster gleichen sich in Ost- und Westdeutschland, ungeachtet der Niveauunterschiede, also der insgesamt größeren Unzufriedenheit im Osten.

Trotz der nachweisbaren Polarisierung der Wählerschaft in diesen zentralen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen hat die SPD die Bundestagswahl 1998 über das Versprechen von Konsens und einer gewissen Kontinuität gewonnen. *Schröder* versprach im Wahlkampf, „nicht alles anders, aber vieles besser“ machen zu wollen. Der überraschende Rückzug von *Oskar Lafontaine* und die hohen sozialdemokratischen Verluste bei den Landtagswahlen 1999 und 2000²¹ – Brandenburg (landesweit –14,8 Prozentpunkte), Thüringen (–11,1), Sachsen (–5,9), Saarland (–5,0) oder auch Nordrhein-Westfalen (–3,2) – haben dann die große Bedeutung des Themas soziale Gerechtigkeit für die SPD und ihre Wählerklientel auch öffentlich deutlich werden lassen. Die SPD verlor insbesondere bei Arbeitern und kleinen Angestellten massiv an Unterstützung, PDS und rechts-extreme Parteien konnten Teile dieser Unzufriedenen hinzugewinnen. Die Sozialdemokraten sind gefordert, gerade auch angesichts der hohen wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen und der nur schwach ausgeprägten Parteibindungen in Ostdeutschland. Möglicherweise gelingt es mit der derzeitigen Konsens- und Umarmungsstrategie von Bundeskanzler



Unterschiede auch im Parteiensystem
Während in den „alten Bundesländern“ SPD, CDU/CSU, FDP und GRÜNE das Parteienspektrum bilden, besteht es in den „neuen Bundesländern“ aus SPD, CDU und PDS. Nicht nur die PDS, als ostdeutsche Regionalpartei, weist Kontinuitätslinien zur alten DDR auf, auch das „Neue Deutschland“, das einstige Zentralorgan der SED. Gregor Gysi kann hier lesen, dass PDS-Chef Bisky nicht mehr für das Amt des Parteivorsitzenden kandidieren wird. Die Aufnahme entstand auf dem Parteitag der PDS in Münster, am 8. April 2000. Doch alle Versuche, auch im Westen Fuß zu fassen, sind bislang fehl geschlagen.

Foto: dpa-Bildarchiv

Schröder, notwendige wirtschafts- und sozialpolitische Reformen durchzusetzen, ohne in der öffentlichen Wahrnehmung zugleich das traditionelle Profil einer auf den sozialen Ausgleich achtenden Partei zu verlieren. Der nach der Regierungsübernahme medienwirksam inszenierte Schulterchluss mit *New Labour* in Großbritannien hat zunächst vor allem der PDS im Osten weitere Profilierungsmöglichkeiten eröffnet.

Die Zweiteilung des politischen Wettbewerbs ist bis heute geblieben

Zehn Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR unterscheidet sich das politische Verhalten in Ost- und Westdeutschland geringer, als es die unterschiedliche Sozialisierung hätte vermuten lassen. Weitaus schneller als seinerzeit die Westdeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Ostdeutschen mit dem gesamten Repertoire politischer Partizipationsmöglichkeiten in demokratischen Systemen vertraut gemacht. Die zunächst ungewöhnlichen, aber durch die spezifische Situation der Ostdeutschen zu erklärenden Zuordnungen von Sozialstruktur und Wählerverhalten haben sich inzwischen angenähert, den Gravitationskräften des westdeutschen Systems konnten sie auf Dauer nicht standhalten. Ge-

blieben ist mit Blick auf das Parteiensystem vor allem die Zweiteilung des politischen Wettbewerbs aufgrund der Existenz dreier Regionalparteien, der PDS im Osten sowie Bündnis 90/Grüne und FDP im Westen.

In Ostdeutschland wird die Dreieckskonstellation zwischen CDU, SPD und PDS auf absehbare Zeit den politischen Wettbewerb auch weiter entscheidend bestimmen. Die SPD verbleibt in ihrer ambivalenten Position zwischen CDU und PDS und wird somit zur politischen Auseinandersetzung an zwei entgegengesetzten Fronten gezwungen. Zum einen besitzen die Sozialdemokraten heute im Vergleich zu 1990 den strategischen Vorteil, als einzige Partei derzeit zwei potenzielle Koalitionspartner zur Auswahl zu haben. Zum anderen lässt sie aber als Berliner Regierungspartei mit einer auf die Mitte hin ausgerichteten Politik den Parteien am linken und rechten Rand geradezu zwangsläufig genügend Raum, sich mit sozialpopulistischen Forderungen als Anwalt der unteren Hälfte der Gesellschaft zu stilisieren.

Die PDS bleibt insbesondere nach der Niederlage der Reformkräfte auf dem Parteitag in Münster im April 2000 und dem Abgang ihrer prominenten Führungspersönlichkeiten Gregor Gysi und Lothar Bisky auch weiterhin auf den Osten Deutschlands beschränkt. Der 1998 erstmals erfolgte offizielle Eintritt in die Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern schafft allerdings auch für sie eine neue Situation in den ostdeutschen Bundesländern. Zum einen bietet die Beteiligung an der politischen Macht bessere Chancen zur gezielten Klientelpolitik, zum anderen birgt sie allerdings auch die Gefahr der Desillusionierung bisheriger Wählergruppen. Nicht unbeträchtliche Teile der Partei und ihrer Anhängerschaft lehnen Regierungsbeteiligungen ab und sympathisieren mit der Rolle einer Fundamentalopposition. Gerade angesichts ihrer heterogenen Wählerschaft und ihrer schillernden Programmatik, die von sozialdemokratischen bis hin zu kommunistischen Positionen ein weites Spektrum umfasst, wird die PDS daher auf ihren Anspruch, als einzige Partei die ostdeutschen Interessen zu vertreten, auch weiterhin de facto nicht verzichten wollen.

Eine ernst zu nehmende Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie

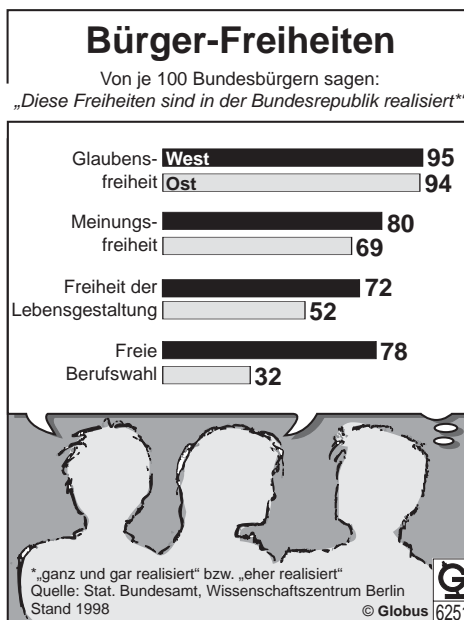
Die rasche Übernahme und erfolgreiche Handhabung der demokratischen Spielregeln in Ostdeutschland verdeckt jedoch die Tatsache, das das politische System der Bundesrepublik Deutschland im Osten nach wie vor mit großer Distanz betrachtet wird. Als bedeutendes Erbe des DDR-Sozialismus haben Ostdeutsche weitaus höhere Ansprüche an den Sozialstaat entwickelt als Westdeutsche, und die schlechtere ökonomische Situation in den ostdeutschen Ländern stabilisiert fortwährend diese Unterschiede zwischen Ost und West. Der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung muss es gelingen, die Arbeitslosigkeit und die

empfundene Benachteiligungen spürbar abzubauen. Mit einem weiteren Anstieg der Unzufriedenheit über die Ergebnisse staatlichen Handelns steigt in den ostdeutschen Ländern angesichts der schwachen Parteibindungen auch die Wahrscheinlichkeit ernsthafter Legitimationsprobleme. Es ist nun keineswegs auszuschließen, das ein länger anhaltender Wirtschaftsaufschwung in den nächsten Jahren ein weiteres Mal maßgeblich zur Stabilisierung und Legitimierung des bundesdeutschen politischen Systems beiträgt. Dennoch erscheint eine grundsätzliche Klärung der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen moderner Sozialstaatlichkeit notwendig.

Von Ostdeutschland könnte der Anstoß zur Modernisierung der Parteien ausgehen

Die Anforderungen an die Integrationskapazitäten der beiden großen Parteien CDU und SPD sind mit der Einheit nochmals gewachsen. Gerade das bislang geringe Ausmaß stabiler Parteibindungen in Ostdeutschland muss ein Anstoß für eine weitere Reformierung überholter Parteistrukturen sein. Die in den letzten Jahren zu beobachtende verstärkte Konzentration der Parteien auf die Spitzenkandidaten und eine konsequente Ausrichtung an den Grundsätzen der Stimmenmaximierung waren erste notwendige Modernisierungsschritte im Zeitalter medialer Politikvermittlung. Eine zukünftig immer wichtigere Aufgabe besteht nun darin, durch die Bereitstellung vielfältiger Beteiligungsmöglichkeiten Anreize für politisches Engagement

zu schaffen und die gesellschaftliche Verwurzelung zu vertiefen. Zu denken ist hierbei etwa an projektbezogene Mitgliedschaften, an überparteiliche Diskussionsforen oder auch an die derzeit von den Parteien erprobten Vorwahlen zur Rekrutierung des Führungspersonals. Politik gehört in den Bereich der Dienstleistungen, politische Partizipation muss von den Parteien weitaus stärker als bisher stimuliert werden. Artikulierte Unzufriedenheit findet Ansprechpartner und lässt sich abbauen, stummer Protest führt zur Entfremdung und in letzter Konsequenz möglicherweise zu eruptiven Ausbrüchen. Allein die Tatsache, dass bei den Kommunalwahlen im Juni 1999 in einer Reihe von ostdeutschen Gemeinden mangels Kandidaten keine Bürgermeister gewählt werden konnten, sollte die politisch Verantwortlichen in Alarmstimmung versetzen. Letztlich könnte sogar das politische Verhalten der Ostdeutschen den entscheidenden Impuls zur überfälligen Modernisierung westdeutscher Parteistrukturen darstellen. Politische Unterstützung und Legitimation kann sowohl durch eine mehrheitsfähige und effiziente Bearbeitung der politischen Probleme (*Output-Leistungen*) als auch durch verantwortungsbewusste Interessenartikulation und die Bereitstellung umfassender Partizipationsmöglichkeiten (*Input-Leistungen*) gesichert werden. Zehn Jahre nach der erlangten Einheit drückt das politische Verhalten vieler Ostdeutscher jedoch eine ernst zu nehmende Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie in Deutschland aus.



Wer keine Arbeit findet, kann über das Recht auf freie Berufswahl nur lachen. So beurteilen viele Ostdeutsche die Verfassungsideale im Alltag. Zwei Drittel der Ostdeutschen meinen, dass dieses Freiheitsrecht nicht garantiert ist. Ähnlich düster schätzen sie die Möglichkeiten zur freien Lebensgestaltung ein. Dass in Deutschland jeder so leben kann, wie er oder sie es für richtig hält, das meinen nur 52 Prozent. Viele Ostdeutsche sind enttäuscht von der (west)deutschen Gesellschaft, die ihrer Meinung nach wenig soziale Sicherheit und wenig Chancengleichheit bietet. Doch nicht alle Grundgesetz-Freiheiten werden als schlecht realisiert eingestuft: Bei der Glaubens- und Meinungsfreiheit sind sich Ost- und Westdeutsche weitgehend einig. Fast alle sagen, dass Glaubensfreiheit gegeben ist, und 70 Prozent im Osten und 80 Prozent im Westen stimmen der Aussage zu: „Hier darf jeder seine Meinung frei sagen“.

Literaturhinweise

¹ Jürgen W. Falter, Siegfried Schumann, Jürgen Winkler (1990): Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40. Jg. B 37-38, S. 3-13; Rainer-Olaf Schultze (1991): Wählerverhalten und Parteiensystem, in: Hans-Georg Wehling (Hg.): Wählerverhalten, Stuttgart, S. 11-43; Wilhelm Bürklin, Markus Klein (1998): Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, Opladen; Karl-Rudolf Korte (1999): Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bonn; Ulrich Eith, Gerd Mielke (2000): Wahlforschung: Zur Bedeutung und Methodik empirischer Sozialforschung in der Politikwissenschaft, in: Manfred Mols u.a. (Hg.): Politikwissenschaft: Eine Einführung, 3. Aufl., Paderborn, S. 278-306.

² Karl Schmitt (1993): Politische Landschaften im Umbruch: Das Gebiet der ehemaligen DDR 1928-1990, in: Oscar W. Gabriel, Klaus W. Troitzsch (Hg.): Wahlen in Zeiten des Umbruchs, Frankfurt/M., S. 403-441.

³ Wolfgang Jäger in Zusammenarbeit mit Michael Walter (1998): Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90, Stuttgart; Oskar Niedermayer, Richard Stöss (1994) (Hg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern, Opladen; Carola Wuttke, Berndt Musiolek (1991) (Hg.): Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR, Berlin.

⁴ Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke, Ulrich Eith (1994): In den Siegesbechern der Parteien finden sich Wermutstropfen. Abschleifungen der Wählerhochburgen im Westen und Verfestigung von Gegensätzen im Osten, in: Frankfurter Rundschau Nr. 245 v. 21.10.1994, S. 16; Russel J. Dalton, Wilhelm Bürklin (1995): The Two German Electorates, in: Russel J. Dalton (Hg.): Germans Divided. The 1994 Bundestag Elections and the Evolution of the German Party System, Oxford, S. 183-207.

⁵ Karl Schmitt (Anm. 2) S. 433-438; Rainer-Olaf Schultze (Anm. 1), S. 32-41; Ulrich Eith (1997): Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994, Berlin, S. 138-145.

⁶ Dieter Roth (1990): Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung, in: Politische Vierteljahresschrift, 31. Jg., S. 369-393.

⁷ Ulrich Eith (Anm. 5) S. 85-89.

⁸ Jürgen W. Falter, Markus Klein (1994): Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 44. Jg., B 51-52, S. 22-34; Gero Neugebauer, Richard Stöss (1996): Die PDS. Geschichte Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen, S. 238-252; dies. (1999): Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage?, in: Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen, S. 119-140.

⁹ Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer (1997): Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften, in: dies., Richard Stöss (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, S. 281-282.

¹⁰ Hubertus Knabe (1990): Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40. Jg., B 1-2, S. 21-32.

¹¹ Ulrich Eith (1999): Parteien, in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit, 1949 - 1989 - 1999, Bonn, S. 617-631.

¹² Forschungsgruppe Wahlen (1998): Wahl in Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. April 1998, Mannheim, 55-57.

¹³ Kai Arzheimer, Jürgen W. Falter (1998): „Annäherung durch Wandel?“ Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 48. Jg., B 52, S. 33-43; Uwe W. Gehring, Jürgen R. Winkler (1997): Parteiidentifikation, Kandidaten- und Issueorientierungen als Determinanten des Wahlverhaltens in Ost- und Westdeutschland, in: Oscar W. Gabriel (Hg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 473-506.

¹⁴ Oscar W. Gabriel (1996): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen, in: Max Kaase u.a.: Politisches System, Opladen, bes. S. 253-278; Ulrich Rosar (1998): Policy-Orientierung und Systemlegitimität 1991-1995. Die Bedeutung der politischen Agenda für das Vertrauen in rechtsstaatliche und demokratische Institutionen, in: Heiner Meulemann (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Opladen, S. 129-154.

¹⁵ Markus Klein (1998): Was bleibt von der friedlichen Revolution? Plebiszitäre Orientierungen im vereinten Deutschland, in: Heiner Meulemann (Anm. 14), S. 155-176.

¹⁶ Karl Schmitt (2000): Wählt der Osten anders? Eine Zwischenbilanz nach der deutschen Vereinigung, in: Gerd Mielke, Ulrich Eith (Hg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Opladen (i. E.).

¹⁷ Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke, Ulrich Eith (1998): Der Befreiungsschlag. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: Frankfurter Rundschau Nr. 229 v. 2.10.1998, S. 12; andere Aspekte betonen Oscar W. Gabriel, Frank Brettschneider (1998): Die Bundestagswahl 1998. Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl?; Hans Rattinger, Jürgen Maier (1998): Der Einfluss der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998, jeweils in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48. Jg., B 52; Kai Arzheimer, Jürgen W. Falter (Anm. 13).

¹⁸ Forschungsgruppe Wahlen (1998): Bundestagswahl 1998. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 1998, Mannheim, 71-78.

¹⁹ Edeltraud Roller (1997): Sozialpolitische Orientierung nach der deutschen Vereinigung, in: Oscar W. Gabriel (Anm. 13), S. 115-146; Heinz-Herbert Noll (1998): Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991-1996, in: Heiner Meulemann (Anm. 14), S. 61-84.

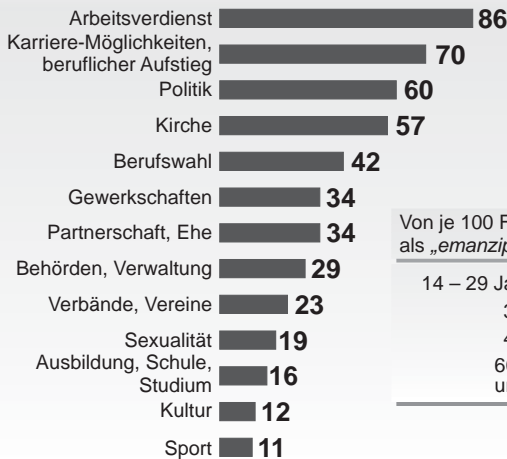
²⁰ Ulrich Eith, Gerd Mielke (2000): Die soziale Frage als „neue“ Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998, in: Hans Rattinger u.a. (Hg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen (i. E.).

²¹ Zu den Landtagswahlen Karl Schmitt (Brandenburg, Thüringen), Eckhard Jesse (Sachsen), Jürgen R. Winkler (Saarland), Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Berlin), Rüdiger Schmitt-Beck (Hessen) und Reinhold Roth (Bremen) in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31. Jg., Heft 1/2000; Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke, Ulrich Eith (2000): Der Kampf um die nächste Bundestagswahl hat begonnen. Das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen eröffnet Perspektiven jenseits von Misstrauen und Lagergrenzen, in: Frankfurter Rundschau Nr. 116 v. 19.5.2000, S. 9.

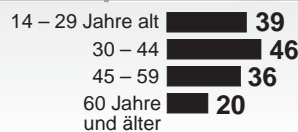
Emanzipiert und selbstbewusst

Von je 100 Frauen sagen:

„In diesen Bereichen ist die Gleichberechtigung noch nicht verwirklicht, hier gibt es Probleme“



Von je 100 Frauen bezeichnen sich als „emanzipiert und selbstbewusst“



Quelle: BMFSFJ, Allensbach Stand 2000

© Globus 6452

Die Frauenbewegung wurde schon oft totgesagt. Doch die Hälfte der Frauen sagt: „Wir brauchen eine Frauenbewegung“. Denn in vielen Bereichen sind Frauen benachteiligt – vor allem beim Verdienst: Dort sehen 86 Prozent der Frauen, die das Allensbach-Institut in diesem Frühjahr im Auftrag des Familienministeriums befragte, Probleme mit der Gleichberechtigung. Nicht immer wird gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt, auf Top-Positionen (mit Top-Gehältern) gelangen Frauen nur selten, und an ihnen bleibt es zumeist hängen, Beruf und Familie zu vereinbaren. – Dennoch, die Frauen lassen sich nicht unterkriegen. 34 Prozent beschreiben sich heute als emanzipiert und selbstbewusst – unter den Frauen mit höherer Schulbildung ist es sogar mehr als die Hälfte.

Globus

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Siegfried Schiele

Schriftleiter: Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77.

Herstellung: Schwabenverlag AG Ruit, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06-0, Telefax (07 11) 44 23 49

Vertrieb: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,

Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 7 00 1 53 10.

Preis der Einzelnummer: 6,50 DM, Jahresabonnement 25,- DM Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Kirche und Kirchlichkeit

Zur Situation von Kirchen und Religion zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung

Von Martin Sterr

Dr. Martin Sterr lehrt Politikwissenschaft an der Universität Freiburg i. Br.

Am auffälligsten unterscheiden sich Deutschland Ost und Deutschland West in Hinblick auf die Kirchlichkeit: In den alten Bundesländern sind rund 70% der Menschen Mitglied in einer christlichen Kirche, in den neuen Bundesländern jedoch nur 24%. Zwar spielten die Kirchen für die Opposition in der DDR eine zentrale Rolle, doch mehr als ein schützendes Dach denn als Heimat des Glaubens. Kirchenferne war schon für die Gesellschaft der DDR ein Charakteristikum, erfolgreich konnten offiziell angebotene Ersatz-Riten sich behaupten, wie beispielsweise die Jugendweihe. Bei kirchlich Gebunden finden wir jedoch Ähnlichkeiten im Verhalten, auch bei politischen Präferenzen – in Ost wie in West. Durch die deutsche Vereinigung ist Deutschland nicht protestantischer geworden, sondern konfessionsloser – wenn man Bindung an und die Mitgliedschaft in Kirchen zum Maßstab nimmt. Red.

Beim Zusammenbruch der DDR waren die Kirchen die einzige intakte Institution

Wem sind die Friedensfeier und die Gedenkgottesdienste mit Tausenden von Mitwirkenden in der Leipziger Kirchen 1989 nicht noch in Erinnerung. Aus den Kirchen und in den Kirchen formierte sich der Protest und die politischen Forderungen von Hunderttausenden. Die Mahnwachen und die friedlichen Prozessionen dieser Jahre haben die Grundlage für die friedliche Revolution in der DDR gelegt und letztlich den raschen Übergang vom „Wir sind das Volk“ zum „Wir sind ein Volk“ möglich gemacht. Pfarrer und ihre Sprengel wurden zu Helden und zu unverzichtbaren politisch Handelnden, die das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten und den Prozess des gesellschaftlichen Wandels maßgeblich begleitet haben.

Aus dem Zusammenbruch der DDR schien nur eine Institution als Siegerin hervorgegangen zu sein: die Kirchen. Nach Jahren der Stagnation und des Lavierens am gesellschaftspolitischen Rand, betraut mit der Interessenvertretung der Schwachen und Bedürftigen, schienen die Kirchen durch die Wiedervereinigung ins Zentrum des gesellschaftlichen Lebens zurückgekehrt. Niklas Luhmanns Überlegung, dass man wohl individuell auf Religion verzichten könne, nicht aber eine Gesellschaft als Ganzes, schien sich im Falle des wiedervereinigten Deutschland zu bewahrheiten. Immerhin gehörten Ende 1997 mehr als zwei Drittel der Bevölkerung entweder

der evangelischen oder der katholischen Kirche an. Das Statistische Bundesamt verzeichnete 27 398 000 evangelische Kirchenmitglieder. Die katholische Kirche erreicht nur um Tausende weniger 27 383.000 Gläubige.¹ Während in der alten Bundesrepublik 70% einer christlichen Glaubensgemeinschaft angehören, sind in den neuen Bundesländern die Kirchen in der Minderheit. Lediglich 24% der Bürger gehören dort der evangelischen Kirche und 6% der katholischen Kirche an. Der vorliegende Artikel will sich mit folgenden Fragen beschäftigen: Welche Umgestaltung hat die religiöse Landschaft in Deutschland zehn Jahre nach der Wiedervereinigung erfahren? Haben die Kirchen ihren Platz am runden Tisch der Politik behaupten können? Ist es zu einem Wiedererstarken der Kirche und der Religiosität in den neuen Bundesländern gekommen? Beeinflussen religiöse Überzeugungen oder die Mitgliedschaft in einer Kirche weiterhin politisches Abstimmungsverhalten?

Doch auch in der alten Bundesrepublik erlahmte die Integrationskraft der Kirchen

Anfang der 50er bis Mitte der 60er Jahre sind die Kirchen in Westdeutschland und mit ihnen die ausgeübte Religiosität der Deutschen nicht voneinander zu trennen. Religiosität wurde als kirchennahe Religionsausübung verstanden und praktiziert. Mehr als 90% waren damals Mitglied in einer der beiden großen christlichen Konfessionen. Kirchengaustritte gingen erstmals seit 1918 auf eine historisch niedrige Rate zurück.² Insgesamt orientierten sich nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen an der hohen Integrationskraft der Kirchen. Zudem wirkten die Kirchen mit ihren Wertvorstellungen, wie Selbstbeherrschung, Selbstlosigkeit, Enthaltensamkeit aber auch Disziplin und Treue weit in die Gesellschaft hinein.

Ab der zweiten Hälfte der 60er Jahre erlahmte die Integrationskraft der Kirchen. Nicht nur die neuen sozialen Bewegungen forderten die Wertvorstellungen von Gesellschaft und Amtskirche heraus, sondern auch die moralische Leitfunktion der Kirchen in der Gesellschaft verlor an Plausibilität und Akzeptanz. Die Kirchen büßten ihre Rolle als Führer und Schlichter im täglichen Leben ein und zugleich wurde die Kirchenbezogene Religiosität immer weiter ausdifferenziert. Kirchengaustritt und der nachlassende sonntägliche Kirchenbesuch der jüngeren Generation waren in erster Linie kein politisches Protestsignal, sondern eher eine Chiffre für eine beginnende Gleichgültigkeit gegenüber kirchlichen und religiösen Belangen. Wirtschaft

und Politik, Wissenschaft und Kultur befreiten sich immer mehr aus der Bevormundung durch Staat und Kirche.

Unter dem Eindruck der sich verändernden Rahmenbedingungen betonten die Kirchen, gleichsam als Ersatz, immer stärker Positionen und Interessen des Sozialen, Bedürftigen und des Mildtätigen. Dies taten sie so konsequent, dass sie die bundesdeutsche Gesellschaft seit Mitte der 70er Jahre auf Sozialanstalten mit einem Monopol auf Riten wie Taufe, Konfirmation und Beerdigung reduzierte.

Die zunehmende Distanzierung zu den Kirchen ließ sich auch an der wachsenden Zustimmung zu dem Satz: „Ich fühle mich als Christ, aber die Kirche bedeutet mir nicht viel“ ablesen. Bereits 1975 stimmten dem immerhin 29% der Katholiken und 52% der Protestanten zu.³ Die individuelle Religiosität wurde zwar immer noch als eine vornehmlich christliche verstanden, aber diese persönliche Religiosität wurde nun nicht mehr im kirchlichen Rahmen und in Verbindung mit kirchlichen Traditionen praktiziert. Die Kirchenbezogene Religiosität wurde in diesen Jahren unsichtbarer, vielschichtiger, mehrdeutiger und konfessionell unspezifischer.

Die Kirchen versuchten, diesem gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen. Sie veränderten ihre ideologische Basis von der Heils- zur Sozialkirche, ihre Organisationsform von der institutionellen zur organisierenden Kirche und entabuisierten Kirchengaustritte und übertritt. Hinzu kam, dass sie, selbst gegen innerkirchlichen Widerstand, ihre verbindlichen Glaubensregeln und ihre Sanktionsmöglichkeiten abschwächten und die Leitidee von Kirche als Gemeinde stark aufwerteten.

Auf der Suche nach der „Kirche light“: schonend und gut bekömmlich

In den 80er Jahren erlitten die Kirchen und die von ihnen geprägte Religiosität weitere Einbußen, sowohl als soziale und normative Integrationsanstalten, als auch hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft. Die Kirchengaustritte stiegen an. 1989 verließen 93 000 Katholiken ihre Kirche und 148 000 Protestanten kehrten ihren Gemeinden den Rücken. Besonders Besorgnis erregend waren die Verluste bei den unter 40-jährigen, die bei den Austritten deutlich überrepräsentiert waren.⁴ Zudem verloren die kirchlichen Jugendorganisationen mehr und mehr an Attraktivität, obwohl der Organisationsgrad der Jugendlichen angestiegen war, wobei die Profiteure dieser Entwicklung die Sportvereine waren. Da die Jugendlichen und jüngeren Jahrgänge die Kirchen mehr und mehr meiden, kündigte sich ein zunehmender Pro-

zess der Verweiblichung und Vergreisung der Gottesdienstgemeinden an. Den kirchlichen Gemeinden wurden nach und nach die nachwachsenden Generationen entzogen, so dass sie zum Einen von extremer Überalterung gekennzeichnet sind und zum Anderen atypisch in ihrer Bildungs- und Berufsstruktur wurden. Junge, gut ausgebildete und mobile Großstädter ließen die Gotteshäuser links liegen.

Trotz der nachlassenden Gottesdienstbeteiligung bleibt auch unter jungen Menschen die selektive Teilhabe an kirchlichen Riten oder an kollektiven Lebenswenden hoch. Taufe und Konfirmation, Weihnachten und Ostern bleiben weiterhin Ereignisse, die durchaus im kirchlichen Rahmen stattfinden und nichts von ihrer Attraktivität verloren haben. Die kirchlichen Bestattungsriten erreichen immer noch eine hohe Zustimmung (1989 wollten 97% der Katholiken und 93% der Evangelischen kirchlich bestattet werden), während die Anzahl der Ehen, die kirchlich geschlossen werden weiter rückläufig ist (von 65% 1979 auf 57,6% 1989).

Die Folgen dieser Entwicklung sind eine schwere Bürde für die Kirchen. Im Verständnis der Gesellschaft sind sie für die Alten und Schwachen zuständig, organisieren Riten und geben Familienereignissen einen mystischen Rahmen, der aber seiner ursprünglichen Normen und Werten entkleidet wird. Eine „Kirche light“, schonend und gut bekömmlich, aber ohne weitere Verpflichtungen wird erwartet und in Dienst genommen.

Betrachtet man die Ergebnisse der demoskopischen Einstellungserhebungen, wird dieser Befund noch deutlicher. Kein Lebensbereich wird als so unwichtig angesehen wie der religiöse und ebenso wird kein Lebensbereich von so wenigen Menschen (den Religiösen) als der wichtigste angesehen. Kirchenbezogene Religiosität scheint heute je nach sozialer Gruppe oder Altersgruppe nicht nur informeller und individueller, sondern auch irrelevant zu werden. Die Kirche ist als Institution nicht mehr gefragt. Ihre Botschaft wird bestenfalls als auswählbares Angebot akzeptiert.

„Kirche im Sozialismus“: von den Oppositionellen als Schutzraum genutzt

Die Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 und der DDR am 07.10.49 stellte auch die Kirchen vor völlig neue Herausforderungen. Während in der Bundesrepublik der Ausbau der Kirchen zügig voranschritt, sahen sich die kirchlichen Amtsbrüder in der DDR in eine grundlegende Auseinandersetzung mit der SED-Führung verstrickt.⁵ Die Kirchen wurden gezielt von ihren gesellschaftlichen Wurzeln abgeschnitten. Die Trennung von Schule und Kirche wurde erzwungen, die Staatsleistungen wurden beendet und es kam zu folgenreichen Eingriffen in die Arbeit der kirchlichen Jugendorganisationen und ihrer Sozialwerke. Nach *Stalins* Tod nahmen die Konflikte zwar an Schärfe ab, grundsätzlich mussten die Kirchen jedoch erkennen, dass sie im autoritären SED-Staat dem Zugriff der kommunistischen

Eliten weitgehend schutzlos ausgeliefert waren. Die Einführung der Jugendweihe im November 1954 markierte eine Wende und eine Vorentscheidung in der Kirchenpolitik der DDR. Gegen den Widerstand der Eltern und Kirchen gelang es der politischen Führung der DDR diese Jugendfeiern durchzusetzen und letztlich die Entkirchlichung der sozialistischen Gesellschaft entscheidend voranzutreiben.⁶ Erst in den 70er Jahren schlossen Staat und Kirchen in der DDR eine Art Burgfrieden. Die Kirche versuchte ihre Stellung als „Kirche im Sozialismus“ neu zu definieren und die SED-Führung suchte im politischen Tauwetter und der Annäherung der ideologischen Blöcke nach einem *Modus vivendi* mit den Vertretern der Amtskirchen – Koexistenz statt Kalter Krieg. Schließlich fanden Kirchenvertreter und politische Führung sogar zu einem Krisenmanagement zusammen. Die Verständigung und sachliche Atmosphäre auf den oberen Leitungsebenen konnte jedoch nicht die Kluft überbrücken, die sich zur Kirchenba-

sis aufgetan hatte. Immer mehr Gruppen und Basisinitiativen nutzen den Schutz der Kirchen, um auf die Erfüllung der KSZE-Schlussakte zu pochen. Die Verweigerung des Wehrdienstes junger, kirchlich gebundener Menschen in der Nationalen Volksarmee (NVA) und die Einführung eines waffenlosen Dienstes in Baueinheiten seit Anfang der 60er Jahre trugen diesen inneren Konflikt über den Raum der Kirche hinaus in die politische Arena. Die politischen Kader der DDR, denen es gelungen war, die kirchlichen Würdenträger mehr oder weniger in ihr System einzubinden, standen den sich entwickelten Friedens- und Oppositionsgruppen unter dem Dach der Kirche weitgehend unentschlossen gegenüber. Paradoxerweise hatten sich diese Gruppen innerhalb des christlichen Milieus entwickelt und ausgebreitet, zugleich kritisierten sie den institutionellen Rahmen der Amtskirche und waren durch die Kirchenführung nicht steuerbar. In der Folge weitete sich die innerkirchliche Emanzipationsbewegung auf immer



Das Bild trägt

Mit der deutschen Vereinigung ist Deutschland nicht protestantischer, sondern konfessionsloser geworden: 70 Prozent der Bevölkerung in den neuen Bundesländern sind nicht Mitglied in einer Kirche, gegenüber 24 Prozent in den alten Bundesländern. Doch im Eichsfeld in Thüringen ist alles anders: Die Menschen hier sind gut katholisch und gehen in hohem Maße zur Sonntagsmesse. Das katholische Milieu konnte auch durch die SED nicht in seinem Bestand gefährdet werden. So fand denn auch während der ganzen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ununterbrochen alljährlich die Palmsonntags-Prozession in Heiligenstadt, unter großer Beteiligung der Bevölkerung, statt. Foto: KNA

mehr außerkirchliche Themen aus und suchte zudem den Schulterchluss mit Kirchen fremden, Regime kritischen Kräften auch jenseits der Grenzen der DDR. Die SED-Führung, die Dank ihres Spitzelsystems über die Entwicklung wohl informiert war, konnte sich nicht zum entschlossenen Handeln durchringen. Zum Einen galt es die außenpolitische Reputation der DDR nicht durch gross angelegte Verhaftungen zu gefährden, zum Anderen registrierte sie einen zunehmenden Bedeutungsverlust der Kirchen im Arbeiter und Bauernstaat.

Doch der Bedeutungsverlust der Kirchen in der DDR ging unaufhaltsam weiter

Gehörten 1949 noch über 90% der ostdeutschen Bevölkerung einer der beiden Kirchen an, so betrug der Anteil im Jahr des Untergangs der DDR kaum mehr als 30%. Die größte Gruppe bildeten die Konfessionslosen, deren Anteil sich auf fast 70% ausgeweitet hatte.⁷

Obwohl der religiöse Glauben und die religiösen Praktiken vom SED-Staat nicht gut geheißten wurden, so wurde die Ausübung letzten Endes auch nicht aktiv unterdrückt. Es war verpönt, sich religiös zu engagieren, doch boten die Kirchen, neben den Gartenlauben, die letzten autonomen Freiräume in Ostdeutschland. Die ideologische und Macht orientierte Indoktrination durch die SED hatte trotz der Abkehr von einer Politik der völligen Unterdrückung von Religion unerwarteten Erfolg mit ihrer staatlich finanzierten Säkularisierungspolitik. Die Entfernung der Kirchen aus dem öffentlichen Raum, aus den Schulen und Jugendverbänden war dabei nur eine Seite der Medaille. Mitbestimmend für die Säkularisierung der Gesellschaft war der Tausch von kirchlichen Riten in säkulare Riten. Sozialistische Moral statt Religionsunterricht, staatliche Zeremonien für Hochzeiten, Taufen und Beerdigung, staatliche Jugendgruppen statt kirchlichen, Jugendweihe an der Stelle von Konfirmation grenzten die Kirchen aus dem täglichen Leben aus und schufen zugleich neue Identifikationsmöglichkeiten. Diejenigen, die religiös blieben, wurden vom Staat marginalisiert. Diejenigen, die sich z.B. für die traditionelle Konfirmation entschieden, wurden mit geringeren Bildungs- und Berufschancen konfrontiert. Der Protestanten-Anteil an der Gesamtbevölkerung Ostdeutschland sank danach kontinuierlich von ca. 95% 1946 auf ca. 68% 1964 und fiel schließlich auf unter 30%.⁸

Allerdings führte der Minderheitenstatus der Kirchen im Osten Deutschlands zu einem höheren Grad an Religiosität und Kirchlichkeit derjenigen, die den Kirchen treu geblieben sind. Evangelische Gläubige im Osten glauben weit mehr als im Westen an die kirchlichen Lehren und sehen sich in viel stärkerem Maße religiös geprägt, als die Glaubensbrüder in der alten Bundesrepublik. Dieses Ergebnis lässt sich so interpretieren, dass Religiosität im Osten viel mehr eine individuelle Entscheidung darstellt und weniger, wie im Westen, von Tradition und sozialer Kontrolle bestimmt wird.⁹

Das Sozialprofil der kirchlich Gebundenen in Ost und West gleicht sich an

Betrachtet man das Sozialprofil der Kirchenmitglieder mit einer starken Kirchenbindung (Tabellen 1 und 2) lässt sich die

überproportionale Zugehörigkeit zur Kirche durch die älteren Generationen damit erklären, dass Kirche und Religion bei diesen einen traditionell geprägten Hintergrund darstellen, den diese nicht missen möchten. In Ostdeutschland zeigt sich,

Tabelle 1: Kirchenbindung und sozialstrukturelle Merkmale 1998 West (Anteile in Zeilenprozent)

	Kirchenbindung					N
	kath. stark	kath. schwach	evang. stark	evang. schwach	keine Religion	
West						
Insgesamt	17	27	18	23	14	2040
Frauen	20	27	21	22	11	1038
Männer	15	28	16	25	17	1002
Alter						
18–29 Jahre	8	39	10	26	17	340
30–44 Jahre	13	29	15	25	18	561
45–59 Jahre	16	26	21	21	16	569
60–74 Jahre	27	20	24	23	7	441
75 Jahre und älter	33	17	25	22	3	129
Durchschnittsalter in Jahren	54,9	44,0	52,4	46,9	42,4	2040
Bildung						
Kein Schulabschluss	30	25	9	26	9	56
Volks-/Hauptschulabschluss	21	28	20	24	8	961
Realschulabschluss/Mittlere Reife	16	29	17	21	18	540
Abitur/Fachhochschulreife	11	28	15	23	24	201
Hochschul-/Fachhochschulstudium	9	20	22	25	24	246
Beruf (jetzige oder letzte berufliche Stellung)						
Selbstständige, Landwirte	23	18	25	17	17	219
Beamte	18	22	27	26	7	115
Angestellte	14	29	18	24	16	904
Arbeiter	21	28	15	25	12	541

Daten: ALLBUS 1998. Daten wurden proportional zur reduzierten Haushaltsgröße gewichtet (Transformationsgewichtung) Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg

Tabelle 2: Kirchenbindung und sozialstrukturelle Merkmale 1998 Ost (Anteile in Zeilenprozent)

	Kirchenbindung					N
	kath. stark	kath. schwach	evang. stark	evang. schwach	keine Religion	
Ost						
Insgesamt	2	2	9	16	71	973
Frauen	2	2	10	18	68	521
Männer	2	2	7	14	74	451
Alter						
18–29 Jahre	2	3	6	15	75	142
30–44 Jahre	3	1	5	10	80	318
45–59 Jahre	2	2	5	18	73	261
60–74 Jahre	2	2	18	19	60	202
75 Jahre und älter	2	4	24	35	35	51
Durchschnittsalter in Jahren	46,4	49,3	55,7	51,6	45,1	973
Bildung						
Kein Schulabschluss	0	0	18	14	68	12
Volks-/Hauptschulabschluss	3	4	15	22	57	311
Realschulabschluss/Mittlere Reife	2	1	5	13	80	436
Abitur/Fachhochschulreife	2	5	14	11	68	59
Hochschul-/Fachhochschulstudium	3	1	5	15	76	144
Beruf (jetzige oder letzte berufliche Stellung)						
Selbstständige, Landwirte	6	0	13	24	58	84
Beamte	0	0	8	13	79	13
Angestellte	2	1	6	17	74	424
Arbeiter	2	3	11	13	71	405

Daten: ALLBUS 1998. Daten wurden proportional zur reduzierten Haushaltsgröße gewichtet (Transformationsgewichtung) Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg

dass für die jüngeren und mittleren Generationen, bedingt durch die Kirchensituation in der DDR, Religion und religiöse Praktiken nur noch eine nachgeordnete Rolle spielen.

In ihrer soziostrukturellen Zusammensetzung sind jedoch die Kirchgänger in Ost- und Westdeutschland nahezu identisch. Zahlenmäßig gehen in Ostdeutschland deutlich weniger Menschen in die Kirche, unabhängig davon gehen in beiden Landesteilen Frauen häufiger in die Kirche, mit höherem Alter nimmt die Kirchgängerschaft zu, mit der Größe des Wohnorts¹⁰ wieder ab. Letztlich scheint sich das Klischee zu bestätigen, dass nur alte Omas vom Dorf sich Sonntags in die Kirche aufmachen.¹¹

Der Anschein einer „Pastoren-Republik“ hatte getrogen

Im Herbst 1989 fiel den Kirchen beim Sturz des SED-Regimes eine führende Rolle in den Schoß. Aus den Friedensgebeten und Mahnwachen entwickelte sich, trotz amtskirchlicher Vorbehalte, ein ziviler, öffentlicher Protest. Entgegen dem von Tag zu Tag wachsenden Autoritätsverlust des Politbüro erwuchs den Kirchen über Nacht eine unbestrittene moralische Führungsrolle zu. Geradezu zwangsläufig wurden kirchliche Amtsträger und Mitarbeiter in der Übergangszeit bis zur deutschen Wiedervereinigung auf vielfache Weise in die politische Verantwortung genommen. Die französische Zeitung *Le Monde* schrieb damals überspitzt von der „Pastoren-Republik“.¹²

Doch in der Stunde des Triumphes blieb unbemerkt, dass die Interessenkoalition von Oppositionsbewegung und Kirchen in dem Moment zerbrach, als der gemeinsame Gegner überwunden war. Die Kontinuität der Personen und die „Runden Tische“ verdeckten die Tatsache, dass die politische Opposition sich von ihrem kirchlichen Asyl emanzipierte. Der bundesdeutsche Interessenpluralismus und die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie bestimmten von nun an das Tagesgeschehen. Schnell zeigte sich, dass der politische Aufbruch innerhalb der Kirchen nicht von einem geistigen Aufbruch begleitet wurde. Die Händel um Kirchensteuer, Religionsunterricht, Regelung der Militärseelsorge und die Diskussion um eine Zusammenführung der evangelischen Landeskirchen in Ost und West irritierten die Öffentlichkeit. Weiteres Befremden und Verunsicherung löste zudem die mitunter enge Verstrickung führender Kirchenvertreter in konspirative Tätigkeiten von Stasi und SED-Dienststellen aus. Die Folge dieser Schwierigkeiten war, dass die Kirchen im Prozess der inneren Vereinigung Deutschland nahezu gelähmt wirkten.

Die Katerstimmung hielt auch nach einem Blick auf die soziostrukturellen Gegebenheiten des neuen Deutschlands an. Nach der deutschen Wiedervereinigung ist der Bevölkerungsanteil der Christen auf einen Schlag auf rund 72% der Gesamtbevölkerungen gesunken, obwohl die absolute Zahl der Kirchenmitglieder angestiegen ist und sich die Anteile zu Gunsten der Pro-

testanten verschoben haben. Dennoch ist das vereinigte Deutschland weder protestantischer noch östlicher geworden. Stattdessen ist es konfessionsloser geworden.

Die Austrittszahlen waren im Osten in den 70er und 80er Jahren stetig zurückgegangen und näherten sich Ende der achtziger Jahre sogar den Eintrittszahlen an. Erst mit der Einführung der DM und der deutschen Wiedervereinigung stiegen die Zahlen wieder an. Als Gründe werden von den Ausgetreten selbst an erster Stelle die Einführung der Kirchensteuer angegeben, wobei dieser Grund an der Spitze aller Nennungen in Ost und West liegt.

Die Kirchaustrittszahlen erreichten im Jahr 1992 ihre Spitzenwerte mit 193.000 bei der römisch-katholischen Kirche und mit 361.000 bei den evangelischen Landeskirchen. Seitdem verharren sie auf einem relativ hohen Niveau, welches deutlich über dem der achtziger Jahre liegt.¹³ Die Konfessionslosen oder die religiös Nichtorganisierten machen fast 70% in Ostdeutschland und 12% der westdeutschen Bevölkerung aus. Sie bilden keinen homogenen Block, sondern sie unterscheiden sich durchaus soziokulturell und in ihren jeweiligen Wertschätzungen.

Konfessionslosigkeit im Osten vielfach Familientradition, im Westen ein emanzipatorischer Schritt

Konfessionslosigkeit als Massenphänomen gibt es bereits seit Beginn des Jahrhunderts. Der Nationalsozialismus hat sie erheblich gefördert und die Politik der SED hat diese Entwicklung nochmals verstärkt. Wenn Konfessionslosigkeit ursprünglich eine aus der individuellen Biographie abgeleitete persönliche Entscheidung war, so ist sie in Ostdeutschland zu einer selbstverständlichen über mehrere Generationen zurückreichenden gewohnheitsmäßigen Einstellung geworden. Kirche kommt bei jenen in ihrem Leben nicht mehr vor, und sie vermissen sie auch nicht. Sie ist entbehrlich geworden. Während in der ehemaligen DDR Konfessionslosigkeit oft schon zum „Familienerbe“ gehört, ist bei den Austrittswilligen im Westen der Austritt ein emanzipatorischer Schritt, weg von Konformität und familiärer Tradition. Umgekehrt lässt sich die Renaissance der Jugendweihe¹⁴ als Kristallisationspunkt ostdeutscher Familienidentität begreifen, während im Westen die oben beschriebene Konformität und familiäre Tradition als Hauptgründe für eine Kirchenmitgliedschaft genannt werden.¹⁵ Die Jahre nach der Wiedervereinigung zeigen, dass die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung relativ Kirchenresistent, ja religionsresistent geblieben ist. Eine weitere Folge dieser Tatsache ist, dass der hohe Anteil von religiös nicht Organisierten den demographischen Rückhalt der christlichen Kirchen auf Dauer reduziert und somit ihre Stellung als integrierende Institution untergräbt.

Zwar bedauert eine Mehrzahl der Deutschen, dass sich immer mehr Menschen von der Kirche abwenden, doch unter den besser Gebildeten und den unter 29-jährigen ist diese Auffassung am wenigsten

verbreitet. Hinzu kommt, dass das Vertrauenskapital, welches die Bevölkerung den Kirchen einräumt weiter zusammengeschmolzen ist.

Kaum noch Einfluss auf die jüngere Generation – im Osten wie im Westen

Die Tabellen 1 und 2 belegen das gerade die jungen, besser Gebildeten der Kirche Lebewohl sagen, wobei im Osten allein die nackten Zahlen das ganze Ausmaß der Entkonfessionalisierung verdeutlichen. Lediglich die Älteren, die noch vor der Gründung der DDR sozialisiert wurden, sind einigermaßen resistent geblieben. Nochmalige Bestätigung erfahren die Befunde durch die *13. Shell-Jugendstudie*, die zum Einen kaum noch Merkmalsunterschiede bei katholischen oder evangelischen Jugendlichen feststellen kann, und zum Anderen eine Entwicklung konstatiert, „die den (christlichen) Kirchen wenig Chancen belässt, unter den derzeitigen Bedingungen und in den bisherigen Formen Einfluss auf die junge Generation zu gewinnen.“¹⁶

Insbesondere als „moralische Instanz“ scheinen die Kirchen an Bedeutung unter den jüngeren Generationen verloren zu haben, wobei die gesamtgesellschaftliche Distanzierung von den Kirchen ihnen gleichgültiger zu sein scheint als den Älteren.

Kirchen bezogene Religiosität scheint nicht nur unverbindlicher und individueller, sondern vor allem in der Generationenabfolge immer irrelevanter zu werden. Die Lebenswirklichkeit und die Lebensführung der nachgeborenen Generationen werden von Religion und Kirche immer weniger beeinflusst. Im Vergleich mit älteren Befragten schätzen sie die Hilfe der Religion und Kirche bei moralischen und persönlichen Problemen weit niedriger ein und weisen dem Lebensgenuss als Lebensziel eine wachsende Bedeutung zu. Die Bindung an die Kirchen ist insgesamt bei einem Großteil der Bevölkerung gelockert, in Teilen Ostdeutschlands und bei der Jugend ist sie zerbrochen.

Wirft der Kirchturm noch Schatten? – Entkonfessionalisierung und Wahlen

Seitdem sich Deutschland zu einer parlamentarischen Demokratie entwickelt hat, in der Parteien und Regierung auf die Massenunterstützung und Partizipation in Wahlen angewiesen sind, stellt sich für politisch Handelnde und Politik Analysierende die Frage, wie sich bestimmte Wertmuster und Einstellungen von Gruppen im politischen Prozess kanalisieren und durchsetzen können.

Dabei fiel der Blick recht bald auf die konfessionelle Prägung der Bürger und auch heute bleibt interessant, welches politische Gewicht dem Faktor Konfession zukommt, und ob und wie sich dieses Gewicht in der Nachkriegszeit und speziell nach der deutschen Wiedervereinigung verändert hat. Oder amerikanisch pointierter: *do religion matter?*

Die Konfessionszugehörigkeit hat sich über Jahrzehnte als eine der wichtigsten

Grundlagen politischer Loyalitäten, Werten und Präferenzen erwiesen. So war zum Beispiel die Stimmabgabe der Katholiken für die Zentrumsparterie in der Weimarer Republik nicht bloßer Wahlakt, sondern fast Teil ihres Glaubensbekenntnisses. Auch heute noch sind in den Eliten der CDU/CSU Katholiken überproportional vertreten.¹⁷ In ihrer Wählerschaft sind sowohl Katholiken mit mäßiger als auch solche mit starker Kirchenbindung im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil überrepräsentiert. Indessen erodiert das religiöse Milieu nach und nach durch das Ausscheiden der älteren Jahrgänge aus der Wählerschaft. Hinzu kommt, dass kirchliche Bindung und eine Anerkennung der kirchlichen Autorität, als wichtigste Faktoren für eine religiöse Wahlnorm, in den jüngeren Generationen nur noch im geringen Ausmaß vorhanden sind.¹⁸ Diese Entwicklung wirkt sich erst mit Verzögerung, gleichsam phasenverschoben in der wahlsoziologischen Arena aus. „Katholiken, die im Laufe ihres Lebens aufhören, Katholiken zu sein, bleiben es mit großer Wahrscheinlichkeit im wahlsoziologischen Sinne.“¹⁹ In den neuen Bundesländern hat sich inzwischen ein konfessionell ähnliches Wahlverhalten wie im Westen herausgebildet, nur mit dem Unterschied, dass hier die CDU bei bekennenden Katholiken und Protestanten überdurchschnittliche Stimmenanteile verbuchen kann, die anderen Parteien dagegen bei den Konfessionslosen. Wobei zu beachten bleibt, dass der Katholikenanteil in Ostdeutschland lediglich bei 6% liegt. Der Erfolg der CDU in dieser Wählergruppe half ihr im Gesamtwahlergebnis von 1998 also kaum weiter. Auf der anderen Seite konnte die CDU bei den Konfessionslosen in Ostdeutschland (immerhin zwei Drittel der Bevölkerung) nur 21% erreichen, während die PDS auf 26% sich vereinigen konnte. Generell lässt sich jedoch formulieren: je stärker die Bindung an eine der beiden christlichen Kirchen, desto erfolgreicher ist die CDU/CSU; und je schwächer die Bindung um so stärker ist die SPD.²⁰

Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit

Auch in den vergangenen Bundestagswahlen von 1994 und 1998 hat des „Kirchturms langer Schatten“ seine Wahl bedeutende Relevanz angezeigt. Gerade bei der Abwahl von *Helmut Kohl* haben die Katholiken gegen den Trend in ihrer Mehrheit erneut für die CDU/CSU gestimmt. Auch hier wurde wieder deutlich, dass überwiegend die Katholiken (aber auch Protestanten) mit einer starken bis mäßigen Kirchenbindung für die CDU/CSU votiert haben. Allerdings muss man für die neuen Bundesländer generell von einem unschärferen christlichen Milieu ausgehen, da sich die Entkirchlichung nicht nur im Austritt manifestiert, sondern generell in einer deutlich geringeren Ausübung der kirchlichen Riten. Das heißt, im vereinigten Deutschland wirft der Faktor Religion weiterhin seinen Schatten, jedoch, wie bereits seit den 70er Jahren bekannt, in eine andere Richtung. Die Konfliktlinie verläuft zwischen praktizierenden Gläubigen auf der einen und

Nichtgläubigen auf der anderen Seite. Bereits im vorpolitischen Raum lässt sich diese Linie an zwei emotionalen gesellschaftlichen Streitfragen, wie soziale Gerechtigkeit und Abtreibung aufzeigen. In Tabelle 3 zeigt sich, dass stark und schwach religiös Gebundene in West und Ost soziale Unterschiede in der Regel akzeptabel finden. Immerhin 46% der stark katholisch eingestuften Befragten in der alten Bundesrepublik sehen soziale Unterschiede als gerecht an. (Vergl. Tabelle 4) Im Osten sind es bei der gleichen Gruppe zwar nur 20%,

doch dies ist zugleich der höchste Wert im Osten. Insgesamt sehen jedoch die Konfessionslosen in West und Ost sowohl Einkommensdifferenzen als auch Rangunterschiede und damit soziale Unterschiede als weniger akzeptabel an. Offensichtlich sind für die ehemaligen DDR-Bürger andere demokratische Inhalte wichtig als im Westen der Republik. In den neuen Bundesländern werden in einem weitaus größerem Maße soziale Unterschiede als ungerecht empfunden und in zweiter Konsequenz Parteien bevorzugt die soziale Gerechtigkeit propagieren.

Tabelle 3: Wahlbefragung Bundestagswahl am 27. September 1998 (West)
Wahlentscheidung der Urnenwähler in sozialen Gruppen (Zeilenwerte in %)

	Wahl 1998: Zweitstimme					
	SPD	CDU-CSU	GRÜNE	FDP	PDS	ANDERE
West						
Gesamt	42.4	37.2	7.1	7.0	1.1	5.2
Konfession						
katholisch	36	47	6	6	1	5
evangelisch	48	32	7	8	1	5
Keine	47	22	13	7	4	8
Kirchgang						
jeden Sonntag	21	66	4	6	0	3
ab und zu	40	43	5	8	0	4
selten, nie	47	31	8	7	1	6
Konfession und Kirchgang						
kath.: jeden Sonntag	20	70	3	5	0	3
kath.: ab und zu	36	50	4	6	0	4
kath.: selten, nie	43	35	8	7	1	6
evang.: jeden Sonntag	28	48	9	9	2	5
evang.: ab und zu	45	36	6	9	1	4
evang.: selten, nie	50	29	8	7	1	6

Daten: Forschungsgruppe Wahlen. Bundestagswahl 1998. Berichte der FGW, Mannheim. Nr. 91. 30.09.1998, S.29
Forschungsgruppe Wahlen Mannheim

Tabelle 4: Kirchenbindung und Einstellungen zur sozialen Gleichheit 1998 (Zustimmung in %; *Stimme voll zu* und *stimme eher zu* wurden zusammengefasst)²¹

	Kirchenbindung						Cramer's V
	Insgesamt	kath. stark	kath. schwach	evang. stark	evang. schwach	keine Religion	
West							
Einkommensdiff. erhöht Motivation	64	70	61	62	66	61	0.06*
Rangunterschiede sind akzeptabel	52	58	49	56	49	50	0.07*
Soziale Unterschiede sind gerecht	34	46	31	35	30	33	0.09*
N	2040	354	554	372	473	286	
Ost							
Einkommensdiff. erhöht Motivation	45	68	39	49	49	43	n.s.
Rangunterschiede sind akzeptabel	27	44	27	31	27	26	n.s.
Soziale Unterschiede sind gerecht	10	20	3	12	6	10	n.s.
N	973	24	19	85	155	690	

*=p<0.05
*=p<0.01

Daten: ALLBUS 1998. Daten wurden proportional zur reduzierten Haushaltsgröße gewichtet (Transformationsgewichtung)
Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg

Unterschiede in der Abtreibungsfrage

Ein ähnliches Bild offenbart der Blick auf die Einstellungen zur Abtreibungsproblematik. (Vergl. Tabelle 5)

Im Westen wollen nur 16% der „starken“ Katholiken einer Frau die Entscheidung zur Abtreibung überlassen. Im Osten ist der Wert mit 27% Zustimmung zwar höher, aber „starke Katholiken“ erreichen damit auch im Osten den niedrigsten Zustimmungsfaktor. Nicht überraschend ist, dass Katholiken in Ost und West am wenigsten den Fragen zur Abtreibung zustimmen und Protestanten hier durchweg höhere Zustimmungswerte erzielen (96% der westdeutschen „starken“ Protestanten würden einer Abtreibung bei einem Schaden des Babys zustimmen).

Beide Sachverhalte verdeutlichen, dass in West und Ost Kirchengangshäufigkeit und die Zugehörigkeit zu einem christlichen Milieu Einstellungen prägen, die sich deutlich von dem Konfessionsloser und deren sozialen Milieu unterscheiden lassen. In Ostdeutschland ist zudem, unabhängig von der Konfession, die Zugehörigkeit zu einer Kirche bereits als Ausdruck einer religiösen Orientierung zu werten, die sich in der Folge zu einer überproportionalen Unterstützung der Union als Vertreter und Wahrer christlich, konservativer Werte niederschlägt.

Das Monopol auf religiöse Zuständigkeiten ist den Kirchen abhanden gekommen – im Osten mehr als im Westen

Nachdem sich der Pulverdampf auf dem friedlichen Schlachtfeld der Wiedervereinigung verzogen hat, werden die religiösen und kirchlichen Verhältnisse der deutschen Republik klarer in ihren Konturen. Zunächst wird deutlich, dass sich die Kirchen in Deutschland während der Wiedervereinigung in einer Ausnahmesituation

befunden haben. Sie wurden unausweichlich in eine Position gedrängt, die ihren tatsächlichen Zustand übertünchte, sowie ihre soziostrukturellen Verhältnisse verdeckte. Heute ist die zunehmende Minorisierung der Kirchen auch auf ihre finanziellen und personellen Ressourcen und Zwänge bestimmt. Mitgliederverlust und zurückgehende Einnahmen erzwingen in großem Umfang Einsparungen, Stellenabbau und Gehaltskürzungen. Eine umfassende kirchliche „Grundversorgung“ vor Ort, insbesondere in ländlichen Regionen, ist heute kaum noch abzuschätzen.

Die langfristigen, strukturellen Grundmuster beginnen sich durchzusetzen. Vorsichtig ausgedrückt sind Religion und Kirchen immer noch wichtige Faktoren, wenn auch nicht im täglichen Leben, so weiterhin bei Normen- und Werteinstellungen und bei Wahlentscheidungen. Allerdings bei einer immer kleiner werdenden Gruppe der Bevölkerung.

Die neuen Bundesländer haben die Situation verschärft. Deutschland ist mit Wittenberg und Eisenach mitnichten protestantischer geworden, sondern konfessionsloser. Diese Entwicklung ist zum großen Teil der Sondersituation in der DDR geschuldet. Die Daten belegen, dass die Kirchen- und Religionspolitik der SED gerade in den jüngeren Generationen späten Erfolg gezeigt hat. Kirchen und Religion haben dort ihre identitätsstiftende und führende Position wahrscheinlich auf Dauer eingebüßt. Mitunter ist man versucht, in den neuen Bundesländern ein konfessionsloses Milieu der zweiten oder dritten Generation auszumachen, welches durchaus auf eigenen Normen und Wertvorstellungen aufbaut, identitätsstiftende Riten, wie die Jugendweihe besitzt, und auch in der Lage ist, familiäre und nostalgische Wünsche zu befriedigen. Ostdeutsche Jugendliche scheinen für die Kirchen verloren.

Die tendenzielle Abkehr vom „verpflichtenden Modell“ der Religion und Kirche



Schützendes Dach, nicht Heimat
waren die Kirchen in der ehemaligen DDR. Eine besondere Rolle spielte in der „Wendezeit“ die Nikolai-Kirche in Leipzig als Ort der Friedensgebete und Ausgangspunkt der berühmten „Montagsdemonstrationen“. Foto: dpa-Bildarchiv

hat aber trotz aller Befürchtungen zu keiner nennenswerten Anbindung an andere Formen von Religion, wie etwa Sekten geführt. Inzwischen wird vermutet, die Ostdeutschen lehnen diese neuen Gurus und deren Ideologien aus einer „Instinktsicherheit“ gegenüber geschlossenen Weltbildern heraus ab. Offensichtlich empfinden die Bürger der ehemaligen DDR kein Bedürfnis, das entstandene ideologische Vakuum mit neuen, klaren Orientierungen gleich welcher Couleur zu füllen.²³ Heute wird die religiöse Landschaft in Deutschland von gesellschaftlichen Großprozessen umgepflügt. Auf der einen Seite werden Lebens- und Arbeitswelt rationalisiert, globalisiert und weiter ausdifferenziert, während auf der anderen Seite eine individuelle Pluralisierung den Zwang zur Privatheit und zur Kombinatorik vorantreibt. Religion unterliegt mehr und mehr den Spielregeln dieses Marktes, wobei kollektiven Vereinnahmungsprozessen eine Absage erteilt wird. Die Kirchen haben zudem das Monopol auf religiöse Zuständigkeiten, auf die Definitionshoheit des Religiösen in modernen Gesellschaften verloren und damit zwangsläufig auch an Integrationskraft in der Bevölkerung. Überkommene Glaubensvorstellungen und –praktiken sind ins „Rutschen geraten“, zumal sich die Modernisierungsprozesse bis in die Kirchen hinein ausgedehnt haben. Die Reaktion der Kirchen mag ambivalent ausfallen. Sollen sie versuchen, zwischen Gott und der Welt zu lavieren, oder sollen sie den Konflikt aushalten und versuchen, den persönlichen Glauben des Einzelnen wieder mit dem in Deckung zu bringen was die Kirche vorgibt? Zehn Jahre nach der deutschen Einheit ist die Position der Kirchen in der modernen Gesellschaft unsicherer geworden. Viel-

Tabelle 5: Kirchenbindung und Einstellungen zur Abtreibung 1996 (Zustimmung in %)22

	Kirchenbindung						Cramer's V
	Insgesamt	kath. stark	kath. schwach	evang. stark	evang. schwach	keine Religion	
West							
Abtreibung sollte möglich sein:							
bei Schaden des Babys	95	85	95	96	98	95	0,18**
bei geringem Einkommen	53	32	52	51	57	68	0,20**
wenn es die Frau will	38	16	35	36	40	59	0,24**
N	2234	311	621	345	625	332	
Ost							
Abtreibung sollte möglich sein:							
bei Schaden des Babys	98	86	100	90	98	99	0,18**
bei geringem Einkommen	79	38	70	58	77	84	0,24**
wenn es die Frau will	68	27	54	45	66	73	0,21**
N	1087	18	41	104	196	728	

**=p<0.01

Daten: ALLBUS 1996

Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg

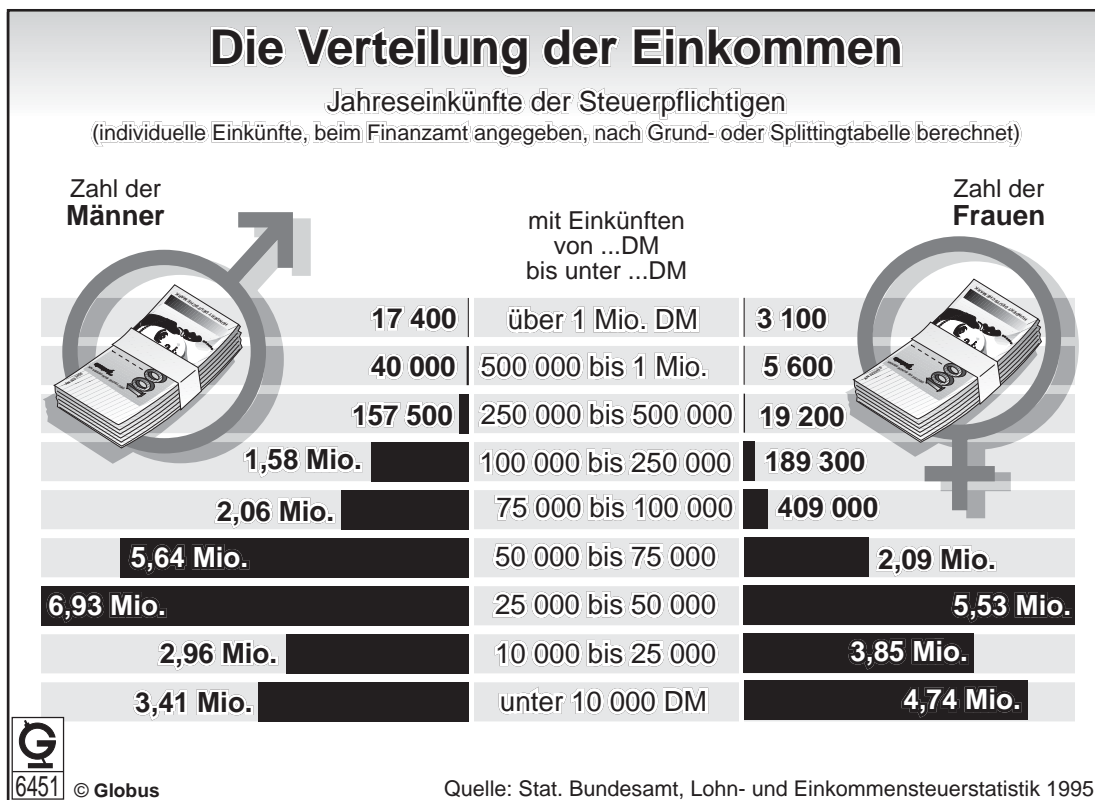
leicht mögen sich die Verantwortlichen damit trösten dass Reiche kommen und gehen, die Kirche aber das Auf und Ab der Jahrtausende immer überstanden hat. Ihre Türme sind immer noch markante Bauwerke, die weit über ihre Gemeinden hinausragen. Aus der Nähe betrachtet sind sie inzwischen nicht nur im baulichen Sinne brüchiger geworden.

Literaturhinweise

- ¹ Vgl. Zahlen des Statistischen Bundesamt 2000
² Vgl. Michael N. Ebertz. Erosion der Gnadenanstalt? Frankfurt 1998, S.73ff
³ Vgl. Ebertz 1998, S.83
⁴ Vgl. Ebertz 1998, S.90
⁵ Für eine übersichtliche und zugleich knappe Darstellung der Situation der Kirchen im Sozialismus vgl. Stichwort: „Kirchen“. in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hgg.) Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Bonn 1999. Die Situation der katholischen Kirche in der DDR schildert Bernd Schäfer in: Staat und katholische Kirche in der DDR. Köln u.a. 1998. Die Auseinandersetzung der evangelischen Kirchen mit der SED werden im Sammelband: Herbergen der Christenheit. Jahrbuch für deutsche Kirchengeschichte 20 (1996) geschildert.
⁶ Die DDR knüpfte bei der Einführung der Jugendweihe an einen seit dem 19. Jahrhundert virulenten Kampf um die Jugend zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus auf der einen Seite und der Kirchen auf der anderen Seite an. Vgl. Albrecht Döhnert: „Jugendweihe zwischen Familie, Politik und Religion.“, in: Religiöser und kirchlicher Wandel in Ostdeutschland 1989-1999 (Hgg.) Detlef Pollack/Gert Pickel. Opladen 2000, S.236-258, S.237f
⁷ Vgl. Detlef Pollack: „Der Wandel der religiösen-kirchlichen Lage in Ostdeutschland nach 1989.“, in: Religiöser und kirchlicher Wandel in Ostdeutschland 1989-1999 (Hgg.) Detlef Pollack/Gert Pickel. Opladen 2000, S.18-47, S.19

- ⁸ Vgl. Detlef Pollack: „Artikel: Deutschland – Gesellschaft, Kultur, Religion, Kirchen in der Gegenwart.“, in: RGG, Bd. 2 (Hg.) H.D. Betz u.a. Tübingen 1999, S.717-772, S.749
⁹ Vgl. Hermann Denz: „Postmodernisierung von Religion in Deutschland.“, in: Pollack 2000, S.70-86
¹⁰ In der Tabelle nicht aufgeführt.
¹¹ Vgl. Jörg Jacobs: „Die konfessionell-religiöse Spannungslinie am Beispiel der Bundestagswahlen 1994 und 1998.“, in: Pollack 2000, S.165-185, S.177
¹² Vgl. Gerd Mielke: „Des Kirchturms langer Schatten.“, in: Der Bürger im Staat 40 (1990), 3, S.157-165, S.165
¹³ Vgl. Ebertz 1998, S.101; Vgl. Klaus Engelhardt (Hg.) Fremde Heimat Kirche: die dritte EKD Erhebung über Kirchenmitgliedschaft. Gütersloh 1997, S.306ff. Vgl. Liste der Austrittsgründe, S.326. Allerdings widerspricht Matthias Hoof der Einschätzung, dass vorwiegend ökonomische Gründe den Austritt motivieren. Seiner Ansicht nach gilt es zwischen Motiv und Anlass zu unterscheiden. Hoof führt an, dass die Befragten immer auch auf ihr Verhältnis zur Kirche verweisen. Immerhin 53% im Westen und 56% im Osten nennen Gleichgültigkeit oder Christ sein ohne Kirche als Motive ihres Austritts. Dies deutet an, dass eine Kirchenbindung kaum noch vorhanden war. Vgl. Matthias Hoof. Der Kirchenaustritt. Neukirchen-Vluyn 1999, S.193ff.
¹⁴ Jahr für Jahr steigen die Teilnehmerzahlen an der von Interesservereinigung Jugendarbeit und Jugendweihe e.V. organisierten Feier in den neuen Bundesländern. Fast 100.000 Jugendliche haben 1998 teilgenommen, seit 1990 sollen es über eine Million gewesen sein. Die Akzeptanz der Jugendweihe liegt damit weit über der der christlichen Konfirmation. In Ostberlin gab es 1992 ganze 800 Konfirmanden, demgegenüber nahmen 6500 Jugendliche an Jugendfeiern teil. Vgl. Heiner Barz: „Jugend und Religion in den neuen Bundesländern.“, in: APUZ B38/94 (1994), S.21-31; Albrecht Döhnert: „Jugendweihe zwischen Familie, Politik und Religion.“, in: Pollack 2000, S.236-258
¹⁵ Aus dem unterschiedlichen sozialen Kontext in Ost und West ergeben sich unterschiedliche spezifischen Bedingungen für die Kirchenmitgliedschaft. Die Kirchenbindung ist im pluralistisch geprägten Westen eine Bindung unter vielen geworden. Der Osten erlebte nach den Erfahrungen des Sozialismus eine Befreiung von institutionellen Zwängen und verordnetem Engagement und zugleich eine weitverbreitete

- Scheu vor neuen formalisierten Bindungen und Mitgliedschaften. Vgl. Klaus Engelhardt (Hg.) Fremde Heimat Kirche: die dritte EKD Erhebung über Kirchenmitgliedschaft. Gütersloh 1997, S.346; Vgl. Die Ergebnisse zur Frage nach den Mitgliedschaftsgründen. Engelhardt 1997, S.294ff
¹⁶ Vgl. Deutsche Shell (Hg.) Jugend 2000. Die 13. Shell-Jugendstudie. Opladen 2000, Bd. 1, S.21; Dabei sind die Jugendlichen jedoch nur in einer Minderheit „religionsfeindlich“. Ihre Religiosität ist vielfältig und jenseits aller kirchlichen Dogmatik, nicht aber unbedingt gegen sie. Hans Georg Ziebertz befragte 1744 Mittelstufenschüler über Religion und stellte fest, dass die Mehrzahl von ihnen zwar kirchendistanziert sind, jedoch „der befragten Jugendlichen eine Beschäftigung mit Fragen der Religion nicht ablehnen. Vgl. Hans Georg Ziebertz: „Was glauben Schüler?“, in: Kirche Intern 11 (1999) o.S.
¹⁷ Die andere langfristige Gruppenbindung ist die der Arbeiter an die SPD.
¹⁸ Vgl. Karl Schmitt. Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1989
¹⁹ Vgl. Schmitt 1989, S.302
²⁰ Vgl. Mielke 1990, S.158
²¹ Folgende Fragen wurden gestellt: „Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen.“; „Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.“; „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Lande im Großen und Ganzen gerecht.“
²² Folgende Fragen wurden gestellt: Bitte sagen Sie mir, ob es Ihrer Meinung nach einer Frau gesetzlich möglich sein sollte oder nicht, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen ...“; „... wenn das Baby mit hoher Wahrscheinlichkeit eine ernsthafte Schädigung haben wird.“; „... wenn die Familie nur über ein geringes Einkommen verfügt und sich keine Kinder mehr leisten kann.“; „... wenn die Frau es will, unabhängig davon, welches Grund sie dafür hat.“
²³ Vgl. Frank Usarski: „Alternative Religiosität“ in Ostdeutschland im Kontinuum zwischen cult-movements und Esoterik-Angeboten.“, in: Pollack 2000, S.310-327



Herr und Frau Mustermann haben steuerpflichtige Einkünfte von rund 60 000 Mark pro Jahr. Das geht aus den Zahlen über die Einkommensverteilung im Jahr 1995 hervor, die das Statistische Bundesamt vorgelegt hat. Zwei Drittel der Steuerpflichtigen hatten allerdings nur Einkünfte unter 50 000 Mark. Etwa jeder vierte Verdiener verbuchte ein mittleres Einkommen, das zwischen 50 000 und 100 000 Mark lag. 20 500 Steuerpflichtige mussten Einkünfte von über einer Million Mark versteuern. – Die Ergebnisse aus dem Jahr 1995 sind die zuletzt verfügbaren der Lohn- und Einkommensteuerstatistik, die alle drei Jahre nach Abschluss der Veranlagungsarbeiten in den Finanzämtern durchgeführt wird. Die Auswertung wurde im Dezember 1999 vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

Globus

Die Wende: auch ein radikaler lebensgeschichtlicher Einschnitt

Opfer, Verliererinnen, ungleiche Schwestern?

Zur Situation der Frauen in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung

Von Beate Rosenzweig

Dr. Beate Rosenzweig ist Studienleiterin am Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V. und Lehrbeauftragte am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg.

Sind die Frauen in den Neuen Bundesländern die eigentlichen Verliererinnen der deutschen Vereinigung? Ganz offensichtlich sind sie stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als Männer, was u. a. damit zusammenhängt, dass Branchen mit hohem Frauenanteil wie etwa die Textilindustrie sich als weniger lebensfähig erwiesen haben. Hinzu kommt, dass die Erwerbsquote von Frauen in der ehemaligen DDR deutlich höher war als im Westen. Der Wunsch nach Erwerbsfähigkeit ist entsprechend hoch geblieben. Frauen in Deutschland Ost unterscheiden sich von Frauen in Deutschland West immer noch darin, dass Vollerwerbstätigkeit in ihrer Lebensplanung, verbunden mit gleichzeitiger Mutterschaft, eine stärkere Rolle spielt. Gegen das traditionelle „westdeutsche Familienmodell“ mit dem Mann als Hauptnährer und der Frau als Zuverdienerin mit familienbedingten Auszeiten und Teilzeitbeschäftigung sind die Frauen in Deutschland Ost bislang weitgehend resistent geblieben. Red.

Von der deutschen Vereinigung stärker betroffen

„Frauen sind die Verliererinnen der Einheit“, dieses Diktum war spätestens zwei Jahre nach der deutschen Vereinigung quer durch alle politischen Lager zu hören. Selbst diejenigen, die ansonsten die Erfolge des Vereinigungsprozesses oder genauer des System- und Strukturwandels in den neuen Bundesländern hervorhoben, kamen um die Erkenntnis nicht herum, dass die Frauen in den neuen Bundesländern die Hauptlast der Veränderungen zu tragen hatten. Kaum ein Thema des deutschen Vereinigungsprozesses wurde zunächst so ausgiebig erforscht und bei kaum einem anderen herrschte in der Beurteilung scheinbar so weitgehend Einigkeit. Im Zuge des ökonomischen Transformationsprozesses waren und sind Frauen noch wesentlich stärker als ihre männlichen Kollegen von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht und betroffen. Für viele Frauen folgte auf die von ihnen mehrheitlich begrüßte deutsche Einheit die Konfrontation mit dem Verlust des Arbeitsplatzes und damit einhergehend wichtiger sozialer Kontakte, mit beruflicher Dequalifizierung, mit dem Abbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Verlust sozialer Sicherheit. Sie erlebten,

dass das in der DDR propagierte und von ihnen praktizierte Frauenleitbild einer vollzeiterwerbstätigen Mutter nicht der gängigen Praxis des westdeutschen Markt- und Gesellschaftsmodells entsprach. Kurz, Frauen in den neuen Bundesländern erfuhren in noch größerem Ausmaß als Männer das Jahr 1990 als einen massiven Einschnitt in ihr Erwerbs- und Privatleben.

Heute, zehn Jahre nach der Vereinigung, ist es zwar in Öffentlichkeit und Forschung ruhiger geworden um die ostdeutschen Frauen, ihre Situation hat sich jedoch noch keineswegs entspannt: Sie stellen nach wie vor den überwiegenden Teil der Arbeitslosen, sind stärker von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht als Männer und müssen sich in vielen Fällen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen zufriedengeben.

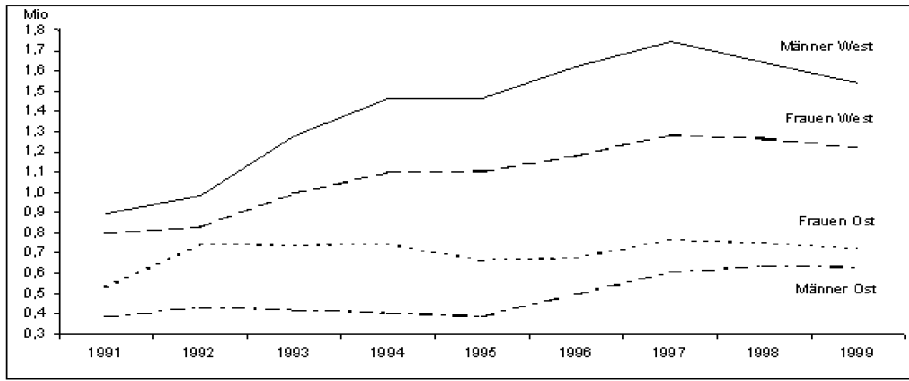
Der Rückgriff auf die Opfer- und Verliererinnenthese reicht nicht länger aus

Zur Erklärung dieser anhaltenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt reicht allerdings, wie neuere feministische Forschungen zeigen, der Rückgriff auf die Opfer- und Verliererinnenthese nicht länger aus.¹ Diese greift erstens zu kurz, weil sie die Frauen, ganz in traditionell patriarchalischer Manier, pauschal als Opfer abstempelt. Sie haben entweder das Glück oder Pech gehabt, ein trockenes (Arbeits-)Plätzchen im Zuge der Umstrukturierung zu ergattern, oder nicht. Schicksal, Glück oder Pech, die dieser These zugrunde liegenden Kriterien, verweisen Frauen in den Status der Passivität. Sie können von den Eruptionen im Zuge der Transformationsprozesses bestenfalls überrollt oder beflügelt werden, all dies ohne ihr Zutun. Den komplexen und differnten Lebens- und Berufslagen von Frauen und ihren vielfältigen, individuellen und kollektiven Anstrengungen, die „Wende“ in ihrem persönlichen Leben zu bearbeiten, wird dies keineswegs gerecht. Frauen und Männer waren und sind nicht nur Opfer, sondern auch Akteure der „Wende“ und des gesellschaftlichen Wandels. Das so genannte „Glück“ auf dem Arbeitsmarkt hängt neben strukturellen Gegebenheiten auch von handfesten persönlichen Startvoraussetzungen und Anpassungsanstrengungen ab. Die ostdeutschen Frauen haben dies in den letzten zehn Jahren eindrücklich unter Beweis gestellt. Der vielfach prognostizierte Rückzug von Frauen aus dem Arbeitsleben hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil, die ostdeutschen Frauen sind, vor allem aus Gründen der Existenzsicherung, auch weiterhin in hohem Maße erwerbsorientiert.

Zweitens verstellt die Opferperspektive den Blick auf die zehn Jahre nach der Wiedervereinigung virulente Frage nach dem langfristigen Strukturwandel der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Bieten die strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, verbunden mit dem Umbau des Sozialstaates, auch in Zukunft Chancen für die Verwirklichung eines gleichberechtigten Geschlechtermodells, oder führen die sich verschärfende Konkurrenz um immer knapper werdende Arbeitsplätze und der Abbau sozialer Sicherung unweigerlich auch zu einer Ausgrenzung von Frauen und damit zu einer „Retraditionalisierung“ der Geschlechterrollen? Ist die in den letzten zehn Jahren in den neuen Bundesländern zu beobachtende Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt als ein Effekt eines längerfristigen Transformationsprozesses zu werten und damit in Zukunft auch für Westdeutschland zu erwarten?² Eine eindeutige Antwort auf diese Fragen steht es bislang noch aus. Sie wird wesentlich davon abhängen, ob sich Frauen und Männer in Ost- und Westdeutschland für ein verändertes, gleichberechtigtes Geschlechtermodell engagieren oder nicht. Der Rückblick auf zehn Jahre deutsche Vereinigung und die damit verbundenen Veränderungen für die Frauen stimmt indes wenig optimistisch. Er lässt vielmehr eindeutige Rückschlüsse auf geschlechtsspezifische Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt und auf das immer noch vorherrschende traditionelle Geschlechtermodell zu. Das für die Umstrukturierung in Ostdeutschland beispielhafte westdeutsche Modell basiert nach wie vor auf einer eindeutigen Geschlechterhierarchie zuungunsten der Frauen. Diese begrenzt die privaten und beruflichen Entscheidungsfreiheiten von Frauen und Männern in Ost- und Westdeutschland bis heute nachhaltig.

Im Folgenden sollen zunächst die Veränderungen für die ostdeutschen Frauen auf dem Arbeitsmarkt seit der Wende dargestellt und aufgezeigt werden, welche Unterschiede es nach wie vor zwischen den ost- und westdeutschen Frauen in Bezug auf Erwerbstätigkeit und Familie gibt. In einem zweiten Schritt wird dann nach den Gründen für diese anhaltenden Differenzen sowie nach den Bearbeitungs- und Anpassungsstrategien von Frauen in Ostdeutschland gefragt. Die Frage, ob sich in Zukunft die Lebens- und Erwerbslagen von Frauen in Ost- und Westdeutschland stärker angleichen werden und damit aus den ungleichen Schwestern in Ost- und Westdeutschland in Zukunft möglicherweise Zwillinge werden, soll abschließend thesenhaft diskutiert werden.

Arbeitslose Frauen und Männer 1991–1999 (Jahresdurchschnittliche Bestände)



Quelle: Geschäftsstatistik der BA, aus: Arbeitsmarkt für Frauen. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Überblick, Sonderdruck der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 4/2000, S. 401.

Deutlich höhere Arbeitslosigkeit bei den Frauen in den neuen Bundesländern

Für die überwiegende Mehrheit der Frauen in den neuen Bundesländern brachte die „Wende“ sehr schnell einen radikalen lebensgeschichtlichen Einschnitt mit sich. Die Umstrukturierung von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft bedeutete für viele das Ende ihrer bis dahin selbstverständlichen Einbindung in das Berufsleben. Erstmals in ihrer (Lebens-)Geschichte wurden Frauen wie Männer mit dem Problem der offenen Arbeitslosigkeit konfrontiert. Die Beschäftigungseinbrüche im Zuge des ökonomischen Strukturwandels wirkten sich für die Frauen noch dramatischer aus als für die Männer. Waren sie zunächst bis Mitte 1990 aufgrund vermehrter Entlassungen in den Männerdomänen, wie Militär-, Staats- und Parteiapparat, proportional genauso stark von Arbeitslosigkeit betroffen wie die Männer, so änderte sich dieses Bild schon im Herbst 1990. Vor allem Wirtschaftszweige mit traditionell hohem Frauenanteil, wie beispielsweise die Textil- und Bekleidungsindustrie, oder die Leicht- und Lebensmittelindustrie erwiesen sich im Zuge der Strukturkrise als nicht überlebensfähig. Die Konsequenz war ein überproportionaler Anstieg der Frauenerwerbslosigkeit. In der Textilindustrie, in der zu DDR-Zeiten zwei Drittel der Beschäftigten Frauen waren, ging beispielsweise zwischen Herbst 1989 und Ende 1990 jeder 3. Arbeitsplatz verloren. Im April 1991 kamen insgesamt auf eine offene Stelle 37 Arbeitslose, während in der Textil- und Bekleidungsbranche das Verhältnis bei 1:231 lag.³ Der stetige Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit erreichte im Jahre 1994 mit einer Quote von 21,5% (Männer 10,9%) seinen ersten Höhepunkt.⁴ Bis 1995 blieb die Arbeitslosenquote der Frauen annähernd doppelt so hoch wie die der Männer. Erst seit 1998 ist ein langsamer Rückgang zu beobachten. Nach wie vor liegt aber die Arbeitslosenquote der ostdeutschen Frauen noch erheblich über der der Männer (1999: Männer 15,5%, Frauen 20%). Dies entspricht nicht dem westdeutschen Bild. Zwar nahm auch hier die Frauenerwerbslosigkeit zwischen 1991 und 1997 zu,

sie stieg nicht so stark an wie die der Männer. 1999 sind in den alten Bundesländern bei beiden Geschlechtern annähernd gleiche Arbeitslosenquoten zu verzeichnen (Männer 9,9%, Frauen 9,8%). Dies liegt u.a. auch daran, dass sich westdeutsche Frauen weniger arbeitslos melden und einen Ausstieg aus dem Erwerbsleben tendenziell eher in ihre Lebensplanung miteinbeziehen können als ostdeutsche Frauen. Allerdings lässt sich auch in den alten Ländern in letzter Zeit das beobachten, was in den neuen Ländern schon zum Alltag gehört: die Arbeitslosigkeit von Frauen wird spürbar langsamer abgebaut als die der Männer. Setzte sich dieses Muster fort, so spräche das für eine zunehmende Geschlechterkonkurrenz auch um geringer bezahlte und weniger qualifizierte Arbeiten. In beiden Teilen Deutschlands können Männer nach wie vor ihre Arbeitslosigkeit schneller beenden als Frauen. Am längsten dauert die Arbeitslosigkeit für die ostdeutschen Frauen. Sie liegt durchschnittlich bei 36 Wochen, während die der ostdeutschen Männer mit 24,6 Wochen deutlich darun-

ter liegt. Die Vergleichszahlen in den alten Bundesländern folgen einem ähnlichen Muster: Frauen sind im Durchschnitt 30,8 Wochen ohne Arbeit, Männer dagegen 27,8 Wochen.⁵ Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind in West- und Ostdeutschland ältere Frauen, Frauen ohne Ausbildung und allein erziehende Frauen mit Kindern.⁶

Nach wie vor ist der Wunsch nach Arbeit bei den ostdeutschen Frauen höher

Die hohe Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern hat bis heute nicht zu einem, teilweise auch offen herbeigewünschten Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt geführt.⁷ Zwar ging aufgrund der hohen Beschäftigungseinbrüche die Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen insgesamt zurück, ihre Erwerbsquote, das heißt die Zahl derer, die arbeitslos gemeldet oder erwerbstätig ist, liegt mit 74% jedoch noch deutlich über der der Frauen in den alten Bundesländern (55,3%).

Diese hohe Zahl darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die *aktive Beschäftigung* bei den ostdeutschen Frauen spürbar abgenommen hat. Betrachtet man die Zahl derer, die tatsächlich erwerbstätig sind, so kann man nahezu von einer Angleichung des Frauenanteils an den Erwerbstätigen in beiden Teilen Deutschlands seit 1991 sprechen. Trotz anfänglich rückläufiger Zahlen verbleibt die Erwerbsbeteiligung von ostdeutschen Frauen insgesamt auf konstant hohem Niveau, während gleichzeitig die Erwerbsquote der westdeutschen Frauen kontinuierlich ansteigt. Mit einem Rückzug der Frauen in Ost und West vom Arbeitsmarkt ist somit auch in Zukunft nicht zu rechnen, im Gegenteil, alle Prognosen deuten auf eine weitere Zunahme der Frauenerwerbsarbeit hin.⁸



Ein erster kritischer Blick in den Westen: Was bringt der Fall der Mauer den Frauen?

Foto: dpa-Bildarchiv

Männer konnten sich wesentlich besser am Arbeitsmarkt behaupten

Die Frage muss deshalb lauten, ob Frauen im Konkurrenzkampf um die knapper werdende Ressource Arbeit zunehmend ihren männlichen Mitkonkurrenten unterliegen, oder in unterwertige Beschäftigungen abgedrängt werden. Die Verdrängung von Frauen aus dem ostdeutschen Arbeitsmarkt deutet ebenso in diese Richtung, wie die seit der Vereinigung zu beobachtenden frauenspezifischen Dequalifizierungsprozesse. So hat sich der Anteil der Frauen an der Facharbeiterschaft nach der Wende halbiert, ihr Anteil an den höheren Angestelltenpositionen ist ebenfalls drastisch gesunken.⁹ Wie aus einer Längsschnittsuntersuchung der Erwerbsverläufe von Frauen und Männern zwischen 1990 und 1994 hervorgeht, hatte die Wende für Frauen stärker als für Männer beruflich dequalifizierende Konsequenzen. Männer konnten sich wesentlich besser am Arbeitsmarkt behaupten als Frauen. Insbesondere bei den geringer bewerteten Tätigkeiten mussten Frauen überdurchschnittliche Verluste hinnehmen. Frauen in qualifizierten Tätigkeiten konnten zwar in diesem Zeitraum ihren Berufsstatus noch häufiger erhalten als Männer, hingegen vollzogen Männer in weit größerem Umfang einen beruflichen Aufstieg.¹⁰ Auch bei einem Arbeitsplatzwechsel mussten Frauen öfter als Männer Verschlechterungen in Kauf nehmen. Dies bezieht sich auf die Art der Tätigkeit, die Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes.¹¹ Die Abdrängungs- und Schließungsprozesse zeigten sich in den neuen Bundesländern insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor. Beschäftigungsgewinne gab es hier nahezu ausschließlich für Männer. So ging der Frauenanteil im Verarbeitenden Gewerbe von 32% 1991 auf 21% 1997 zurück.¹² Auch im Dienstleistungsbereich, in dem heute sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland der überwiegende Teil der Frauen beschäftigt ist, konnten sich Männer in den neuen Bundesländern besser durchsetzen als Frauen.

Je besser die Berufsausbildung, desto günstiger die Aussichten – auch bei Frauen

In Westdeutschland ist demgegenüber in den letzten Jahren eine umgekehrte Entwicklung auszumachen. Hier konnten Frauen von den Beschäftigungsgewinnen im Dienstleistungssektor, insbesondere im Handel und Gastgewerbe, stärker profitieren als Männer.¹³ In beiden Teilen Deutschlands gilt: je besser die Berufsausbildung der Frauen, um so günstiger sind die Aussichten auf einen Arbeitsplatz. So konnten in Ost- und Westdeutschland in den letzten Jahren eine zunehmende Zahl von gut ausgebildeten Akademikerinnen einen Arbeitsplatz finden, jedoch oftmals durch die Aufnahme einer unterwertigen Beschäftigung. „Das Risiko unterwertig beschäftigt zu werden, ist bei Frauen nicht nur deutlich größer als bei Männern, sondern es nahm“, so das Ergebnis einer Stu-

die der Technischen Universität Berlin, „im Zeitverlauf noch zu.“¹⁴

Die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes zeigt sich u.a. auch am unterschiedlichen *Arbeitsvolumen*. Die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ost und West hat nicht in gleichem Maße zu einer Zunahme des Arbeitsvolumens geführt. So ist die Zahl der vollzeiterwerbstätigen Frauen in Ost- und Westdeutschland rückläufig. Während in Westdeutschland die *Teilzeitquote* bei den Frauen auf 40% angestiegen ist, liegt sie derzeit in Ostdeutschland bei 22%. Damit spielt Teilzeitarbeit in Ostdeutschland immer noch eine deutlich untergeordnete Rolle. Für die Mehrheit der ostdeutschen Frauen hat eine Vollzeitarbeitsstelle nach wie vor einen höheren Stellenwert. Die Hälfte der teilzeitbeschäftigten Frauen arbeitet nach eigenen Angaben nur deshalb teilzeit, weil ein Vollzeitarbeitsplatz fehlt. Wie aus einer Längsschnittsuntersuchung über die Arbeitszeitpräferenzen in Ost- und Westdeutschland hervorgeht, bevorzugten die Frauen in beiden Teilen Deutschlands bis heute *unterschiedliche Erwerbsmodelle*. Während in Westdeutschland über 30% der befragten Frauen einer Teilzeitarbeit von einer bis dreißig Stunden pro Woche nachgehen wollen, liegt dieser Anteil bei den ostdeutschen Frauen bei nur 10%. Die überwiegende Mehrzahl wünscht sich hier eine Vollzeitarbeitsstelle zwischen 35 und 40 Stunden.¹⁵ Das für Westdeutschland lange Zeit typische Modell des männlichen Alleinernährers und der allenfalls hinzuverdienenden Ehefrau entspricht nach wie vor weder den Wünschen noch den existenziellen Bedürfnissen der ostdeutschen Frauen. Auch für Westdeutschland wird dieses Modell zunehmend brüchig. Inzwischen sind auch hier immer mehr Familien auf den „Zuverdienst“ der Frauen angewiesen. Die überwiegend von Frauen ausgeübte Teilzeitarbeit – die Teilzeitquoten liegen bei Männern im Westen bei 4,5% im Osten bei 3,3%¹⁶ – besitzt jedoch nach wie vor gravierende Nachteile. Teilzeitarbeit ist in den meisten Fällen immer noch mit geringer qualifizierter Arbeit gleichzusetzen, die weder die Existenz oder eine ausreichende Altersvorsorge sichert. Die Abhängigkeit der Frauen von einem männlichen „Haupternährer“ und die Reproduktion eines traditionellen Geschlechtermodells bleiben damit erhalten. Frauen behalten die Hauptverantwortung für Familie, Haushalt und Kinder. Die Zunahme von Teilzeitangeboten, von denen Frauen in erster Linie profitieren, ist somit nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten, insbesondere auch dann nicht, wenn Teilzeitbeschäftigung immer häufiger mit „geringfügiger Beschäftigung“ gleichzusetzen ist. In Ost- und Westdeutschland stellen Frauen heute den überwiegenden Teil (75%) der geringfügig Beschäftigten.

Der hohe Stellenwert der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Fasst man die Ergebnisse der Arbeitsmarktentwicklung für die Frauen zehn Jahre nach der Wende zusammen, so las-

sen sich neben strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland auch erhebliche Unterschiede ausmachen. In beiden Teilen Deutschlands ist der Arbeitsmarkt nach wie vor geschlechtsspezifisch segregiert, das heißt Frauen sind, was Arbeits-, Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten angeht, eindeutig benachteiligt. Diese Benachteiligungen treffen jedoch nicht auf alle Frauen in gleichem Maße zu. Vielmehr schwächen sie sich insbesondere mit dem Anstieg der beruflichen Qualifikation deutlich ab.

In Ost- und Westdeutschland folgen die Erwerbsverläufe von Frauen auch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung unterschiedlichen Mustern. So haben sich die ostdeutschen Frauen gegen die Übernahme des traditionellen westlichen Familienmodells eines vollzeiterwerbstätigen Mannes und einer teilzeiterwerbstätigen Frau bis heute gesperrt. Trotz aller Schwierigkeiten und Benachteiligungen im Transformationsprozess präferieren sie nach wie vor das DDR-Zeiten dominante Modell einer kontinuierlichen Vollzeiterwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Mutterschaft. Nur ein Viertel der Ostdeutschen – gegenüber der Hälfte der Westdeutschen – hält es für besser „wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert.“¹⁷ Das anfänglich von westdeutscher Seite erwartete „Befreiungsgefühl“ der ostdeutschen Frauen im Sinne eines „frei sein von Erwerbsarbeit“ hat sich nicht eingestellt. Die Frauen reklamieren vielmehr, deutlich stärker noch als ihre westdeutschen Geschlechtsgenossinnen, für sich das Recht, sich für Familie und Beruf gleichzeitig entscheiden zu können. Dies wird auch an den bis heute unterschiedlichen Einstellungen zur *Kindererziehung* deutlich. Während über 60% der westdeutschen Frauen und Männer meinen, eine außerhäusliche Betreuung schade der Entwicklung des Kindes, sind im Osten Deutschlands nur 39% der Männer und 40% der Frauen dieser Ansicht.¹⁸ Dementsprechend ist die Versorgungsquote mit Kinderkrippen und Schulhorten in den neuen Bundesländern trotz massivem Abbau der staatlich finanzierten *Kinderbetreuungseinrichtungen* heute noch 20-mal so hoch wie im Westen.¹⁹ Dass sich die Frauen in Ostdeutschland dennoch mehr Sorgen um die Zukunft der Kinderbetreuung machen als die westdeutschen Frauen verweist einerseits auf ihre schon gemachten schlechten Erfahrungen und andererseits auf den anhaltend hohen Stellenwert einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der persönlichen Lebensplanung.

Gleichstellungsvorsprung in der DDR?

Die unterschiedliche Bedeutung, die der Frauenerwerbsarbeit in den neuen Bundesländern zukommt, lässt sich als ein „Erfolg“ der DDR-Frauenpolitik werten. In konsequenter Umsetzung der klassischen sozialistischen Emanzipationstheorie, die die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage definiert, hatte die DDR von Anfang auf die Gleichberechtigung der Frauen im Er-

werbsleben gesetzt. Der auch von westdeutschen Sozialwissenschaftlern konstatierte „Gleichstellungsvorsprung der DDR“ basierte auf einer staatlichen Frauenpolitik, die die Erwerbsarbeit von Frauen einforderte und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderte.

Die Befreiung der Frau „durch und in der befreiten Arbeit“ war eng verknüpft mit bevölkerungs- und arbeitsmarktpolitischen Erwägungen. Als Folge des Zweiten Weltkrieges und der bis zum Bau der Mauer 1961 anhaltenden Fluchtbewegung bestand ein erheblicher Arbeitskräftemangel, der nur durch die verstärkte Integration von Frauen in den Produktionsprozess ausgeglichen werden konnte. Durch die gezielte Förderung von Frauen im Beruf stieg die weibliche Erwerbsquote von 52,5% im Jahre 1955 auf 91,2 % 1989 an.²⁰ Die gleiche Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter bedeutete jedoch auch zu DDR-Zeiten kein Aufbrechen der traditionellen geschlechtsspezifischen Gliederung des Arbeitsmarktes. Die im Juli 1990 von *Gunnar Winkler* herausgegebene Studie „Frauenreport '90“ lieferte erstmals umfassendes Datenmaterial zur Beschäftigungs- und Lohnstruktur in der DDR. Die Daten, die regelmäßig in der DDR erhoben worden waren und unveröffentlicht blieben, belegen die anhaltende geschlechtsspezifische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. So arbeitete die Mehrzahl der in der Industrie beschäftigten Frauen in den traditionell frauendominierten Zweigen der Leicht- und Textilindustrie. 60% der Arbeit für un- bzw. angelernte Arbeiter wurden von Frauen ausgeführt, ein wesentlicher Grund für die überproportionalen Entlassungen nach der Wende.²¹ In den traditionell männlich bestimmten Wirtschaftsbereichen, wie dem Handwerk oder der Bauwirtschaft, blieben Frauen, trotz anderslautender Verlautbarungen, unterrepräsentiert. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede spiegelten sich auch in den starken Lohn- und Einkommensdifferenzierungen wider. Das in der DDR-Verfassung in Art. 24 garantierte Recht auf „gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung“ wurde durch die Überrepräsentanz von Frauen in den Leichtlohngruppen de facto ausgehöhlt. So arbeiteten in den unteren Lohngruppen (500–800 Mark monatlich) bis zu 77% Frauen, während der Frauenanteil in den höheren Lohngruppen kontinuierlich abnahm und in der Gruppe der Spitzenverdiener (1700 Mark und mehr) nur noch 15,7% betrug.²² Der quantitativen Angleichung folgte keine qualitative Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Das patriarchale Sozialisationskonzept, propagandistisch von der SED ad acta gelegt, lebte sowohl im Erwerbsleben als auch in noch stärkerem Maße im Familienbereich vor. In der Familienpolitik der SED wurde die grundlegende Problematik von Familie und Beruf von Anfang an einseitig auf die Frauen verlagert. Die weitgehende Übertragung der Kindererziehung auf staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen

sowie die Schaffung von Dienstleistungsbetrieben für anfallende Hausarbeiten sollten die Vereinbarkeit von Mutter-schaft und Erwerbstätigkeit gewährleisten. Zur Entlastung erwerbstätiger Mütter wurden zahlreiche familienpolitische Maßnahmen ergriffen. Finanzielle Fördermaßnahmen für Familien und arbeitszeitliche Regelungen für Mütter standen im Vordergrund. Anfang der 70er-Jahre wurde für Mütter von drei und mehr Kindern die 40-Stunden-Woche eingeführt, die staatliche Geburtshilfe auf 1000 Mark angehoben und die Gewährung von zinslosen Darlehen an junge Ehepaare erweitert.²³ Die Mütter- und Familienschutzregelungen wurden bis Ende der 80er-Jahre kontinuierlich ausgebaut. Parallel zu diesen familienpolitischen Leistungen, die zum Teil auch als Gegenmaßnahmen zur staatlichen Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs seit März 1972 zu bewerten sind, erfolgte der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorten. Bis 1989 konnten 80,2% aller Kinder der entsprechenden Altersgruppe einen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Alle Kinder, deren Eltern es wünschten, konnten darüber hinaus in Ganztageskindergärten betreut werden.²⁴

Ein Aufbrechen traditioneller Rollenzuweisungen?

Die weitgehende Vergesellschaftung und Kollektivierung der Kindererziehung führte allerdings nicht zu einem Aufbrechen der traditionellen Rollenzuweisungen. Trotz der weitgehenden Integration von Frauen in den Erwerbsprozess blieben die traditionellen Familienstrukturen und die geschlechtsspezifische Aufgabenverteilung erhalten. Die erste, 1992 vom *Bundesministerium für Frauen und Jugend* in Auftrag gegebene vergleichende Umfrage zur Gleichberechtigung in Deutschland belegte eindrücklich die eindeutige Akzeptanz traditioneller Rollenvorstellungen im Osten wie im Westen Deutschlands. Die Haushaltsführung blieb und bleibt bis heute weiterhin die Domäne der Frauen.²⁵ Diese Rollenverteilung änderte sich in der DDR trotz Berufstätigkeit der Frauen nicht. Die einseitige staatliche Propagierung des homogenisierten Ideals einer vollzeiterwerbstätigen Mutter, oder wie dies *Christiane Ochs* einmal formuliert hat, „der unbegrenzt belastungsfähigen Multifunktionsfrau“²⁶ ließ die traditionellen Rollenbilder weitgehend unangestastet. Während der Tätigkeitsbereich

der Frauen erweitert wurde, blieb der Aktionsradius der Männer auf die Erwerbsarbeit beschränkt. In dieser Hinsicht lassen sich stärkere Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen den Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern im Osten und im Westen Deutschlands auch nach vierzigjähriger „geteilter“ Sozialisation feststellen. Dennoch, und dies zeigt sich bis heute an den unterschiedlichen Einstellungen der Frauen in Ost und West zu Erwerbsarbeit und Kindererziehung, bedingte die DDR-Frauenpolitik mit ihrer starken Betonung der Erwerbstätigkeit ein verändertes Selbstverständnis der ostdeutschen Frauen. Die lebenslange Berufstätigkeit ist ein fester Bestandteil ihrer Lebensplanung geblieben. Sie bedeutet für die ostdeutschen Frauen nicht nur Existenzsicherung und finanzielle Unabhängigkeit von ihrem Mann, sondern auch Selbstbestätigung und Lebenssinn. Dies hat sich in den letzten zehn Jahren nicht verändert, im Gegenteil die hohe Qualifikations- und Mobilitätsbereitschaft der ostdeutschen Frauen hat eindrücklich unter Beweis gestellt, dass sie bereit sind, ihre angestammte Erwerbsposition auch unter widrigen Bedingungen zu verteidigen. Die Soziologin *Hildegard Maria Nickel* spricht in diesem Zusammenhang von der „Widerständigkeit“ der ostdeutschen Frauen gegen ihre Abdrängung vom Arbeitsmarkt.²⁷

Unterschiedliche frauenpolitische Standpunkte

Die Hoffnung vieler ostdeutscher Frauen, ihre Lebens- und Berufsvorstellungen unter den Bedingungen einer freiheitlichen gesellschaftlichen und politischen Ordnung kontinuierlich weiter umsetzen zu können, hat sich in vielen Fällen nicht erfüllt. Auch die Hoffnung, zumindest Elemente der sozialistischen Geschlechterordnung in das neue Gesellschaftssystem überführen zu können, erwies sich als Illusion. Die Übertragung des westdeutschen Modells erfolgte weitgehend ungebrochen, das heißt auch die von westdeutschen Frauen als positiv eingestuftem „Erwünschenschaften der DDR-Frauenpolitik“ konnten nicht in das vereinte Deutschland hinübergerettet werden. Für viele ostdeutsche aber auch westdeutsche Frauen folgte auf die Anfangseuphorie eine Phase der Ernüchterung und des Befremdens. Dies umso mehr als der erhoffte gegenseitige Austausch und eine wechselseitige Bestärkung zwischen Ost- und

Frage: „Wie ist ihr Eindruck: Ist die Gleichberechtigung der Frau weitgehend verwirklicht, oder muss da noch einiges getan werden, damit Mann und Frau bei uns gleichberechtigt sind?“

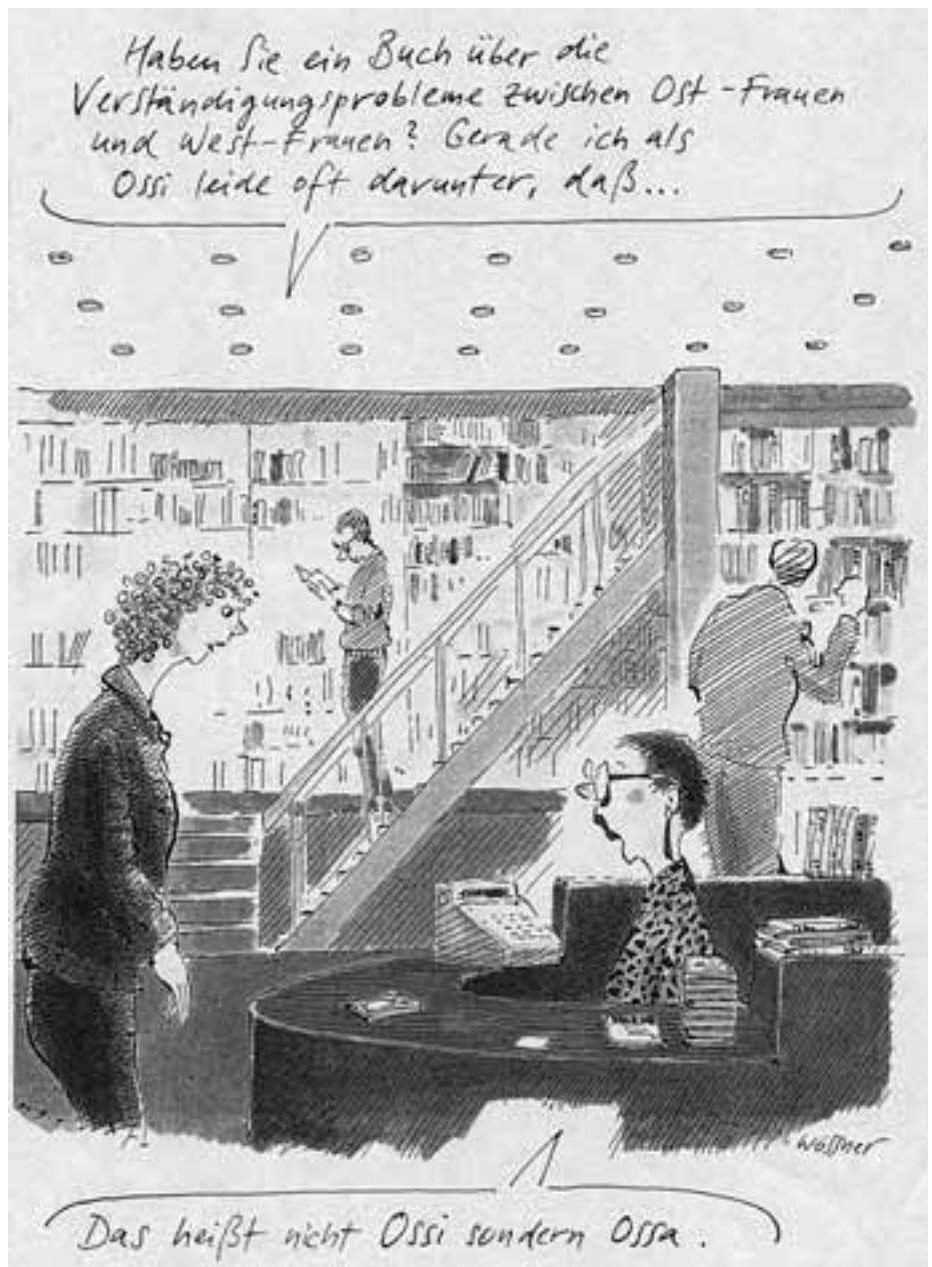
	Frauen			Männer		
	Insgesamt	West	Ost	insgesamt	West	Ost
Ist weitgehend verwirklicht	16%	16%	14%	45%	46%	39%
Muss noch einiges getan werden	78%	78%	81%	44%	42%	52%
Unentschieden	6%	6%	5%	11%	12%	9%

(Quelle: Allensbach Archiv, IfD Umfrage 6087, Februar 2000)

Westfrauen weitgehend ausblieben. Zu unterschiedlich waren die frauen- und gesellschaftspolitischen Erfahrungen und die damit verbundenen Lebensentwürfe und frauenpolitischen Strategien. Nicht Solidarität und gemeinsames frauenpolitisches Handeln bestimmten den Annäherungsprozess zwischen ost- und westdeutschen Frauen, sondern eher „Wahrnehmungs- und Kommunikationsblockaden“. „So urteilten Westfrauen über Ostfrauen: ‚DDR-Frauen sind selbstbewusst. Sie sind emanzipiert, aber in feministischer Hinsicht unterentwickelt‘“, während Ostfrauen Westfrauen oftmals vorwarfen, sich „arrogant, besserwisserisch und anmaßend“ zu verhalten.²⁸ Aus der unterschiedlichen politischen Sozialisation, geprägt durch „von oben verordnete Emanzipation“ einerseits und eine „von unten“ kontrovers geführten Debatte um Gleichberechtigung andererseits, resultieren bis heute unterschiedliche frauenpolitische Standpunkte. So fordern die ostdeutschen Frauen deutlich stärker als die westdeutschen staatliche Initiativen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung.²⁹ Dies deckt sich mit der in Ostdeutschland ohnehin stärker ausgeprägten Auffassung, dass soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung zentrale Aufgabenfelder staatlichen Handelns sind. Die Unzufriedenheit mit den politischen Strukturen und dem Stand der Gleichberechtigung ist dementsprechend ausgeprägt. Der jüngsten Umfrage im Auftrag des Bundesfrauenministeriums zufolge sind 67 % der Ostdeutschen und 61 % der Westdeutschen der Meinung, dass für die Gleichberechtigung der Frau noch einiges getan werden muss.³⁰

Defizite in der Gleichstellung werden vor allem von den Frauen wahrgenommen

Nur 14% der ostdeutschen Frauen und 16% der westdeutschen sind der Auffassung, dass die Gleichstellung von Frauen bereits verwirklicht ist. Die ost- und die westdeutschen Frauen beurteilen den Stand der Gleichberechtigung wesentlich kritischer als die männlichen Befragten in Ost und West. Die größten Defizite werden nach wie vor im Bereich der *Erwerbsarbeit* beklagt. Nur 21% der Bevölkerung glauben, dass Frauen im Erwerbsleben die gleichen Chancen haben wie ihre männlichen Mitbewerber.³¹ Dementsprechend legt die überwältigende Mehrheit der Frauen den größten Wert auf die Gleichstellung bei Löhnen und Gehältern, bei der Berufswahl und den Aufstiegschancen.³² Gleichen sich in diesen Frage die Einschätzung der Mehrheit der Frauen in Ost und West weitgehend, so gibt es bei den frauenpolitischen Initiativen zur Umsetzung der Vereinbarkeit von „Familie und Beruf“ nach wie vor Unterschiede. Nur 47% der ostdeutschen Frauen, im Gegensatz zu 58% der westdeutschen, wünschen sich die Möglichkeit, längere Zeit aus dem Beruf aussteigen zu können. Auch die Erleichterung von Teilzeitarbeit wird nur von 40% der ostdeutschen Frauen als adäquates Mittel gutgeheißen.³³



Unzufriedenheit mit der Vertretung ihrer Interessen

Die Mehrheit der Frauen ist mit der Vertretung ihrer Interessen in der Politik unzufrieden. Nur eine Minderheit von 15% ist der Meinung, dass frauenspezifische Interessen in der Politik Berücksichtigung finden.³⁴ Obschon der Politik gerade in Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik große Handlungsmöglichkeiten zugesprochen werden, ist das politische Interesse und die Bereitschaft zu politischem Engagement bei den Frauen nur gering ausgeprägt. Nur 32 % der ost- und 36 % der westdeutschen Frauen gaben an, sich politisch zu interessieren.³⁵ Während das politische Interesse in Westdeutschland innerhalb der letzten fünf Jahre bei Frauen und Männern wieder leicht angestiegen ist, hat es in Ostdeutschland weiter abgenommen. Die Unzufriedenheit mit dem politischen System ist insbesondere bei den jüngeren ostdeutschen Frauen sehr ausgeprägt. Bei den heute 25-Jährigen liegt der Anteil der „Systemzufriedenen“, wie einer „Sächsischen Längsschnittuntersuchung“ zu entnehmen ist,

bei nur 12 %.³⁶ Besonders kritisch werden die Möglichkeiten politischer Mitgestaltung und die Verwirklichung einer „Chancengerechtigkeit“ zwischen Ost und West und auch zwischen Frauen und Männern wahrgenommen.

Die konstatierte Unzufriedenheit hat bislang nicht zu einem breiteren (frauen-) politischen Engagement vonseiten der ostdeutschen Frauen geführt. Vielmehr dominieren individuelle Verarbeitungsstrategien, politische Passivität und *Distanz zum politischen System*.³⁷ Letztere könnte in Zukunft insbesondere dann noch zunehmen, wenn junge ostdeutsche Frauen feststellen sollten, dass sie die von ihnen überwiegend präferierte „doppelte Lebensplanung“ von Familie und Beruf nicht verwirklichen können.³⁸ Der mehrheitlichen Bejahung der politischen Einheit und den mittlerweile selbstverständlich gewordenen gesellschaftlichen und politischen Freiheiten stünde dann die Erfahrung strukturbedingter Benachteiligungen entgegen, die insbesondere die persönlichen Entscheidungsspielräume von Frauen erheblich einschränken. Die Politik ist hier gefordert, die Ängste und

Hoffnungen der jungen Frauen ernst zu nehmen und konsequent die Verwirklichung von Chancengleichheit voranzubringen. Andernfalls könnte sie vor allem bei den ostdeutschen Frauen in eine zunehmende Legitimationskrise geraten.

Fazit: Die Ungleichheit zwischen den „Schwestern“ wird eher noch zunehmen

Auch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung haben sich die Lebenswelten und -wirklichkeiten von Frauen in Ost- und Westdeutschland noch nicht angeglichen. Nach wie vor favorisiert die Mehrheit der ostdeutschen Frauen den zu Zeiten der DDR alternativlos herrschenden Lebensentwurf einer vollzeiterwerbstätigen Mutter. Die im Vergleich zu Westdeutschland noch immer höhere Erwerbsquote der Frauen, die größere Erwerbsbeteiligung von jüngeren Müttern mit Kindern sowie die Tatsache, dass mehr ostdeutsche Frauen die Haupternährer ihrer Familien sind, verweisen auf ein Festhalten an diesem Modell.³⁹ Die Frage bleibt jedoch, ob das „Beharrungsvermögen“ der ostdeutschen Frauen auch in Zukunft den Transformationsprozessen des Arbeitsmarktes standhält. Das „Modell Ost“ ist durch die beschriebenen Abdrängungsprozesse von Frauen aus gesicherten Beschäftigungsverhältnissen und die Verschlechterung der strukturellen Bedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bereits heute starkem Druck ausgesetzt. Gleichzeitig erodiert aber auch das sogenannte „Modell West“ eines männlichen Vollzeiternährers und einer weiblichen Hausfrau und Mutter.⁴⁰ Ein Zurück zu den „traditionellen Geschlechterarrangements“ erscheint somit den realen Verhältnissen nicht mehr angemessen. Unter dem Druck des Arbeitsmarktes werden sich die Geschlechterverhältnisse in Zukunft weiter ausdifferenzieren. Schon bestehende Unterschiede und Hierarchien zwischen Frauen und auch zwischen Männern werden sich noch verstärken. Eine rein geschlechterdualistische Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen muss folglich zunehmend komplexeren Betrachtungsweisen weichen. So wird es für eine Minderheit gut qualifizierter Frauen in Zukunft gute Aufstiegs- und Karrierechancen geben, während gleichzeitig niedrig qualifizierte Frauen in der Gefahr stehen, in ungesicherte sog. *low jobs* abgedrängt zu werden. Beispiele hierfür gibt es in Ostdeutschland seit der Wende hinreichend. Diese Gefahr besteht angesichts der weitergehenden Erosion des traditionellen „Normalarbeitsverhältnisses“ allerdings auch für Männer. Auch sie finden sich zunehmend in unbefristeten und prekären Beschäftigungsverhältnissen wieder. In der feministischen Forschung wird des-

halb auch von einer „Feminisierung des Normalarbeitsverhältnisses“⁴¹ gesprochen. Eine gut situierte Karrierefrau hat somit möglicherweise weniger gemeinsam mit einer gering qualifizierten Frau im primären Dienstleistungssektor als mit ihrem männlichen Managerkollegen. Die Ungleichheit zwischen den „Schwestern“ wird sich dementsprechend in Zukunft weiter ausdifferenzieren.

Trotz der zunehmenden Komplexität der Geschlechter- und Arbeitsbeziehungen besitzt die Kategorie Geschlecht jedoch nach wie vor eine zentrale „Platzanweiserfunktion“⁴² in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Die ostdeutschen Frauen mussten dies in den letzten zehn Jahren oftmals auf schmerzhaft Weise erfahren. Dass sich dies in Zukunft ändert, setzt vor allem eines voraus: Eine konsequent auf eine geschlechtergerechte Umverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit ausgerichtete Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Diese einzufordern, verlangt nach gemeinsamer Anstrengung von Frauen und Männern in beiden Teilen Deutschlands.

Literaturhinweise

- ¹ Vgl. Hildegard Maria Nickel (1997): Der Transformationsprozess in Ost- und Westdeutschland und seine Folgen für das Geschlechterverhältnis. In: APuZ 51 (1997), S. 20–29. Vgl. auch dies. (1995): Frauen im Umbruch der Gesellschaft. Die zweifache Transformation in Deutschland und ihre ambivalenten Folgen. In: APuZ 36–37 (1995), S. 23–33 und dies. (1999): Industriegesellschaft am Ende – Arbeit abgeschafft? Frauen und der Geschlechterkampf um Erwerbsarbeit. In: Stolz-Willig, Brigitte/Veil, Mechthild (Hg.) (1999): Es rettet uns kein höh'res Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg, S. 9–28.
- ² Vgl. Ingrid Kurz-Scherf (1995): Backlash? Oder: Feministische Perspektiven jenseits der Arbeitsmarktgesellschaft. In: Jansen, Mechthild M. u. a. (1995) (Hg.): Frauen in der Defensive. Zur backlash-Debatte in Deutschland, Münster, S. 130–156.
- ³ Vgl. Frederike Maier (1991): Erwerbstätigkeit von Frauen. Geschlechtsspezifische Umbrüche im Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem. In: Westphal, Andreas/Herr, Hans-Jörg/Heine, Michael u. a. (Hg.) (1991): Wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main, S. 295–318, hier S. 308.
- ⁴ Bundesanstalt für Arbeit (2000) (Hg.): Arbeitsmarkt für Frauen. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Überblick, Sonderdruck aus den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 4/2000, 385–420, hier S. 419.
- ⁵ Ebd., S. 401f.
- ⁶ Allerdings ist die Zahl der Frauen ohne Ausbildung in Ostdeutschland verschwindend gering, während im Westen 1998 immerhin noch 18% der erwerbstätigen Frauen ohne Ausbildung waren, Arbeitsmarkt für Frauen, a.a.O., S. 396.
- ⁷ Stellvertretend für die Auffassung, Frauen in Ostdeutschland würden sich allmählich vom Arbeitsmarkt zurückziehen, sei hier eine Prognose des Instituts der Deutschen Wirtschaft von Mai 1997 wiedergegeben. Nach einer Meldung in der Badischen Zeitung vertrat das Institut der Deutschen Wirtschaft die Auffassung, die höhere Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern sei vor allem dadurch zu erklären, dass Frauen in Ostdeutschland eher auf den Arbeitsmarkt strömten als ihre westdeutschen Geschlechtsgenossinnen. „Dieser Arbeitseifer werde angesichts schlechter Chancen im Erwerbsleben voraussichtlich“, so die Prognose des Kölner Instituts, „bald nachlassen.“ Und, „so manches Problem könnte sich so ‚von allein‘ lösen.“ Badische Zeitung vom 9. Mai 1997, WIR 1.
- ⁸ Vgl. Gerhard Engelbrecht/Jungkunst, Maria (1999): Die Zukunft der Frauenbeschäftigung. In: IAB Werkstattbericht, Nr. 20, 31.12.1999, S. 22. Vgl. auch Arbeitsmarkt für Frauen, a.a.O., S. 389f. und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996): Erwerbstätigkeit von

Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung. In: DIW Wochenbericht 63 (1996), S. 461–469.

⁹ Vgl. Ingrid Kurz-Scherf (1995): Krise der Arbeitsmarktgesellschaft – Patriarchale Blockaden. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8 (1995), S. 975–984, hier S. 978.

¹⁰ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1995): Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland. Berufliche Aufstiege vorwiegend von Männern verwirklicht, öffentlicher Dienst bislang wichtiger Stabilisator für Beschäftigung von Frauen. In: DIW Wochenbericht 62 (1995), S. 405.

¹¹ Vgl. Elke Holst/Schupp, Jürgen (1995): Zur Erwerbsorientierung von Frauen nach der deutschen Vereinigung – Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern notwendig. In: DIW Vierteljahreshft 1/64 (1995), S. 61.

¹² Arbeitsmarkt für Frauen, a.a.O., S. 393.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd., S. 397.

¹⁵ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1998): Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland 1997. Potenzial für Verkürzung der Arbeitszeit gesunken. In: DIW Wochenbericht 65 (1998), S. 667–677, hier S. 675f.

¹⁶ Arbeitsmarkt für Frauen, a.a.O., S. 389.

¹⁷ Statistisches Bundesamt (Hg.) (1997): Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 451

¹⁸ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1996): Gleichberechtigung von Frauen und Männern – Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung 1996, Stuttgart, S. 25.

¹⁹ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2000): Kindertageseinrichtungen in Deutschland. Ein neues Steuerungsmodell sozialer Dienstleistungen. In: DIW Wochenbericht 67 (2000), S. 271.

²⁰ Gunnar Winkler (Hg.) (1990): Frauenreport '90, 2. Auflage, Berlin, S. 63, diese Zahlen umfassen auch Lehrlinge und Studierende.

²¹ Ebd., S. 67.

²² Ebd., S. 88.

²³ Ebd., S. 138ff.

²⁴ Ebd., S. 143f.

²⁵ Vgl. Christine Eifler (1998): Die deutsche Einheit und die Differenz weiblicher Lebensentwürfe. In: APuZ 41–42 (1998), S. 38ff.

²⁶ Christine Ochs (1990): „Nicht alles, was die Partei der Frau zusammenbraute, gehört gleich in den Gully der Vereinigung“. Frauen in der DDR. In: WSI-Mitteilungen 5/1990, S. 302.

²⁷ Hildegard Maria Nickel: Der Transformationsprozess in Ost- und Westdeutschland und seine Folgen für das Geschlechterverhältnis. In: APuZ 51 (1997), S. 23f.

²⁸ Christine Eifler (1998): Die deutsche Einheit und die Differenz weiblicher Lebensentwürfe. In: APuZ 41–42 (1998), S. 37. Vgl. auch Rohnstock, Katrin (1994) (Hg.): Stiefschwestern. Was Ost-Frauen und West-Frauen voneinander denken, Frankfurt am Main.

²⁹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1996): Gleichberechtigung von Frauen und Männern – Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung 1996, Stuttgart, S. 73.

³⁰ Institut für Demoskopie Allensbach (2000): Fraueninteressen und Frauenpolitik. Eine Repräsentativbefragung zu den Interessen von Frauen und ihre Erwartungen an die Politik, Allensbach, S. 5.

³¹ Ebd., S. 8.

³² Ebd., S. 18.

³³ Ebd.

³⁴ Ebd., S. 34.

³⁵ Ebd., S. 47.

³⁶ Förster, Peter (1999): Die 25-Jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie bei jungen Ostdeutschen. In: APuZ 43–44 (1999), S. 25

³⁷ Vgl. Manuela Badur (1999): Junge Frauen in Ostdeutschland. Individualisierungsprozesse im Zuge der deutschen Einigung. In: APuZ 12 (1999), S. 27–33. Vgl. auch Angelika Puhlmann (1998): Arbeitslosigkeit und berufliche Neuorientierungen von Frauen in Ostdeutschland: Berufsbiografien und berufliche Qualifizierung im Umbruch, hg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung, Bielefeld.

³⁸ Hübner, Conchita/Gerdes, Johann/Genschow, Barbara (1998): Lebensplanung von Mädchen und jungen Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. Studie im Auftrag der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rostock.

³⁹ Nickel (1999), a.a.O., S. 16.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd., S. 22.

In der »Treuhand« lebte die alte DDR fort

Die „Treuhand“ als „Winkelried“

Privatisierungsagentur und Stabilisierungsfaktor

Von Wolfgang Seibel

Prof. Dr. Wolfgang Seibel lehrt Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz.

Wie saniert man eine marode Volkswirtschaft wie die der DDR, die zudem als staatseigener, zentral gelenkter Großbetrieb existierte? Wie einen maroden Großbetrieb auch: durch einen eisernen Sanierungskurs, mit Abstoßung unrentabler Betriebszweige, Entlassung von Arbeitskräften usf., sozial abgedeckt durch einen großzügigen Sozialplan. Erfolgreich konnte ein solches Konzept nur sein, wenn die Entscheidungsbefugnisse und Verantwortlichkeiten strikt geregelt, autonom und zentral organisiert waren, ohne punktuelle Einflussmöglichkeiten von Politikern. Die „Treuhand“, die diese Aufgabe verrichtete, agierte an den politischen Strukturen der Bundesrepublik vorbei, verkörperte somit ein Stück DDR – und war gerade deswegen erfolgreich. Mehr noch: Wie jener Schweizer namens Winkelried in der Schlacht bei Sempach (1386) sich vor seine Mitkämpfer stellte, die gegnerischen Pfeile auf sich zog und damit erst den Sieg ermöglichte, so zog die „Treuhand“ im Sanierungsgeschäft alle Aggressionen auf sich und schützte damit die politischen Institutionen der Bundesrepublik und bewahrte die Demokratie vor Legitimationsverlust angesichts einer schmerzhaften, aber unvermeidbaren Operation. Red.

Als Nachfolgerin der DDR-Wirtschaftsverwaltung gegründet

Die DDR-Regierung unter dem Ministerpräsidenten Modrow hatte zum 1. März 1990 eine Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt) gegründet.¹ Die Aufgabe dieser Ur-Treuhandanstalt bestand im wesentlichen in der Umwandlung der Kombinate und Volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften – GmbHs und AGs – nach westdeutschem Privatrecht. Die eigentlichen Wirtschaftsverwaltungsstrukturen der DDR wurden durch die Gründung der Treuhandanstalt nicht berührt. Diese bestanden aus Industrieministerien mit branchenmäßigem Ressortzuschnitt, denen die zentralgeleiteten Kombinate und Volkseigenen Betriebe unterstanden. Die Industrieministerien waren der Plankommission beim Ministerrat der DDR berichtspflichtig. Einem besonderen Ministerium für bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie unterstanden die „Bezirkswirtschaftsräte“ bei den Räten der Bezirke der DDR. Den Bezirkswirtschaftsräten untergeordnet waren – ähnlich wie den Industrieministerien, nur in

kleinerem Maßstab – Kombinate (die so genannten *Bezirksgeleiteten Kombinate*) und Volkseigene Betriebe (vgl. *Materialien zum Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987*, Bundestagsdrucksache 11/11 vom 18.2.1987, 111–118).

Nach der ersten und letzten freien Volkskammerwahl der DDR vom 18. März 1990 und der Bildung der neuen Regierung unter dem CDU-Ministerpräsidenten de Maizière wandelte sich im Zuge der absehbaren Herstellung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auch die Aufgabenstellung der Treuhandanstalt, nämlich von einer bloßen Notariatsstelle zur Umwandlung der Rechtsform der Kombinate und Volkseigenen Betriebe in eine Privatisierungsbehörde (vgl. *Kemmler 1994*: 110–172). Diese Aufgabenstellung wurde mit Beschluss der Volkskammer vom 17. Juni 1990 auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. In diesem *Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des Volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz)* wurde neben den Grundzügen des Auftrags² auch die organisatorische Grundstruktur der Treuhandanstalt geregelt. Dazu hieß es in § 7 des Treuhandgesetzes:

„Die Treuhandanstalt verwirklicht ihre Aufgaben in dezentraler Organisationsstruktur über Treuhand-Aktiengesellschaften (...) Die Treuhandanstalt wird beauftragt, unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Inkraft-Treten dieses Gesetzes, im Wege der Bargründung Treuhand-Aktiengesellschaften zu gründen.“

Die Gründung so genannter „Treuhand-Aktiengesellschaften“ mit branchenübergreifendem Zuschnitt war ersichtlich ein Gegenmodell gegen den Zentralismus von Industrieministerien und Plankommission. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft war ein marktwirtschaftliches Symbol schlechthin. Die Angleichung an die westdeutschen marktwirtschaftlichen Verhältnisse war also auch hier im Großen und Ganzen die Richtlinie.

Die zentrale Struktur wurde erhalten – durch das westliche Management

Zur Gründung der Treuhand-Aktiengesellschaften ist es jedoch nicht gekommen. Nach Auseinandersetzungen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, *Detlev Rohwedder*, trat am 20. August 1990 der erste Präsident der „neuen“ Treuhandanstalt, *Reiner Maria Gohlke*, zurück. *Rohwedder* selbst übernahm das Amt des Präsidenten der Treuhandanstalt und verfügte wenige Tage nach seinem Amtsantritt den Verzicht auf die Bildung der Treuhand-Aktiengesellschaften (zu den Ein-

zelheiten vgl. *Kemmler 1994*: 218–225, *Seibel 1993*: 117–121). Der glatte Bruch des Volkskammer-Gesetzes vom 17. Juni 1990, der damit verbunden war, blieb in der Agonie der DDR ohne Konsequenzen.³ Das operative Geschäft der Treuhandanstalt wurde nach Unternehmensgrößenklassen auf die Treuhandzentrale in Berlin und 15 Treuhandaußenstellen (später: „Niederlassungen“) aufgeteilt.⁴ Die Treuhandzentrale wurde in Vorstandsbereiche, diese wiederum in branchenzentrierte Direktorate unterteilt.

Mit ihrer branchenmäßigen Untergliederung und den Durchgriffsrechten gegenüber den Betrieben entsprach die Zentrale der Treuhandanstalt nun wieder den vormaligen DDR-Industrieministerien. Die *Niederlassungen* waren die unmittelbaren Nachfolger der Bezirkswirtschaftsräte bei den Räten der Bezirke. Daher auch die Anzahl der Niederlassungen (15), die der Anzahl der DDR-Bezirke (14) zuzüglich Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR entsprach.

Es waren also keineswegs „alte Seilschaften“, die die Wiederherstellung der DDR-Wirtschaftsverwaltungsstrukturen besorgt hatten. Dies war vielmehr das Werk der neuen Manager-Elite, die nach der Neugründung der Treuhandanstalt auf der Grundlage des Volkskammergesetzes vom 17. Juni 1990 in deren Leitungsebene eingezogen war, namentlich der Verwaltungsratsvorsitzende und spätere Präsident der Treuhandanstalt, *Rohwedder*. Die Wiederherstellung der DDR-Wirtschaftsverwaltungsstrukturen durch westdeutsche Manager hat in der Öffentlichkeit seinerzeit und auch später kaum Aufmerksamkeit gefunden. Dass sie den Schlüsselakteuren in der Treuhandanstalt selbst gut bewusst war, illustriert der später, im Vorfeld der angestrebten Auflösung der Treuhandanstalt, klar erkennbare Wille der Treuhandspitze, das „wirtschaftspolitische ‚Sonderregime‘ für die neuen Bundesländer“ aufzuheben und, wie es hieß, „in die Normalität unserer bundesstaatlichen Ordnung“ zu überführen.⁵

Angesichts der katastrophalen Lage nach der Währungsunion blieb kaum eine andere Wahl

Im Sommer 1990 aber musste den Schlüsselakteuren an der Spitze der Treuhandanstalt die Herstellung einer straff geführten, zentralistischen und branchenorientierten Steuerungsinstanz alternativlos erscheinen, auch wenn dies den von der Volkskammer noch im Juni 1990 angestrebten dezentralen Organisation nach dem Muster einer Holding-Struktur völlig

widerspruch. Um diese Wahrnehmung nachvollziehen zu können, muss man sich die wirtschaftliche Lage der DDR nach der Währungsunion vom 1. Juli 1990 vor Augen halten. Die Währungsunion war zu Umstellungskursen von eins zu eins für Sparguthaben bis zur Höhe von 6000 Mark der DDR und von eins zu zwei für darüber hinausgehende Beträge, also auch für das Volkseigene Vermögen der DDR, erfolgt. Löhne und Gehälter wurden eins zu eins umgestellt.

Die Folgen einer solchen Währungs- umstellung hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bereits im Januar 1990 in einem Sondergutachten präzise vorhergesagt (*Sachverständigenrat* 1990: 276 bis 308): Die Unternehmen der DDR gerieten in eine *dramatische Preis-Kosten-Schere*. Sie mussten ihre Vorprodukte und die Löhne und Gehälter nunmehr in D-Mark bezahlen, sie konnten jedoch in Anbetracht des veralteten Kapitalstocks der daraus resultierenden Arbeitsproduktivität und Produktqualität ihre Produkte nicht im Entfernten zu Kosten deckenden Preisen absetzen (*Akerlof* et. al. 1991, *Sinn* und *Sinn* 1993: 63–100). Im IV. Quartal 1990 war das Bruttoinlandsprodukt im Gebiet der DDR bzw. der neuen Bundesländer auf 71,5% des Niveaus vor der Währungsunion gefallen. Im II. Quartal 1991 betrug das Bruttoinlandsprodukt nur noch gut die Hälfte (55,5%) des Standes im letzten Quartal vor der Währungsunion. Besonders dramatisch war der Einbruch im produzierenden Gewerbe. Hier betrug die Bruttowertschöpfung im IV. Quartal 1990 nur noch 65% der Bruttowertschöpfung im II. Quartal 1990, im II. Quartal 1991 sank sie auf 47% des Niveaus im II. Quartal 1990 (*DIW/IWK* 1992). Die Währungsunion hatte in Ostdeutschland eine Depression ausgelöst, die in der Wirtschaftsgeschichte der Industriestaaten beispiellos ist.⁶

Im Besitz von ca. 8000 Firmen, die weder profitabel noch profitabel zu verkaufen waren

Die Treuhandanstalt war am 1. Juli 1990 im Besitz von schätzungsweise 8000 Firmen mit ungefähr 4 Millionen Mitarbeitern. Diese Firmen waren nicht nur in keiner Weise profitabel, sie waren aus eben diesem Grund auch unter keinen Umständen profitabel zu verkaufen. Halbwegs präzise Informationen über den Zustand der Treuhand-Firmen oder auch nur ihre genaue Anzahl fehlten im Sommer 1990 noch völlig. Die Verantwortlichen an der Spitze der Treuhandanstalt nahmen die Situation denn auch schlicht als Chaos wahr (so der zurückgetretene Präsident der Treuhandanstalt *Gohlke*; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.8.1990). Im Konflikt zwischen *Gohlke* und *Rohwedder* war es um die angemessene Reaktion der Treuhand-Spitze auf dieses Chaos gegangen. Während *Gohlke* am gesetzlichen Auftrag der Bildung von Treuhand-Aktiengesellschaften festhielt, bewertete der Verwaltungsratsvorsitzende *Rohwedder* die damit verbundenen Risiken offenbar höher als der Treuhand-Präsident. Immer-

hin hätte die Bildung der Treuhand-Aktiengesellschaften – also der organisatorischen Rahmenstrukturen für jede operative Tätigkeit auf der Grundlage des Treuhand-Gesetzes vom 17. Juni 1990 – die Rekrutierung mehrerer dutzend Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder erforderlich gemacht, vom Führungspersonal der angeschlossenen Aktiengesellschaften und GmbHs ganz zu schweigen. Arbeitsfähige Treuhand-Aktiengesellschaften wären nicht vor der ersten Jahreshälfte 1991 zu erwarten gewesen. Die Treuhandanstalt selbst – in dieser Konstruktion nicht mehr als eine Aufsichtsbehörde gegenüber den Treuhand-Aktiengesellschaften – hätte weder Durchgriffsrechte noch Durchgriffsmöglichkeiten gegenüber den Betrieben in ihrem formalen Verantwortungsbereich gehabt. Hier wären die Vorstandsvorsitzenden der Treuhand-Aktiengesellschaften ohne Frage die dominanten Akteure gewesen und sie hätten dies im Interesse der Aufgabenstellung der gigantischen Holdings – jede mit 2000 Einzelbetrieben oder mehr – auch sein müssen.

Zentralistische Strukturen, „um die Dinge in den Griff zu kriegen“

Ein realistisches Szenario bei der Bildung von Treuhand-Aktiengesellschaften konnte im Sommer 1990 also nur so aussehen, dass der unternehmerisch und vor allem politisch verantwortliche Eigentümer, der Bund, über Monate hinweg die Bildung tragfähiger Organisationsstrukturen hätte abwarten und darüber die ostdeutsche Wirtschaft im Chaos versinken sehen müssen. Dabei hätte die Bundesregierung selbst bei arbeitsfähigen Struktu-

ren der Treuhand-Aktiengesellschaft wohl die politische Letztverantwortung, nicht aber die Möglichkeit gehabt, dieser Verantwortung durch entsprechende Direktivrechte gegenüber den Treuhand-Firmen gerecht zu werden.

Es war die aus der Defensive geborene Logik zentraler Kontrolle – das Bestreben, „die Dinge in den Griff zu kriegen“ –, die zur Reanimation der zentralistischen DDR-Wirtschaftsverwaltungsstrukturen führte. Natürlich wollten die Treuhand-Manager nicht die sozialistische Planwirtschaft wiederbeleben. Sie reagierten vielmehr so, wie sie es als Führungskräfte jedes anderen angeschlagenen Großunternehmens auch getan hätten, nämlich mit der straffen Führung und möglichst klaren Verantwortlichkeiten. Die Tatsache, dass es sich bei dem „Großunternehmen“ Treuhandanstalt um den Großteil einer Volkswirtschaft handelte, machte, aus dieser Warte betrachtet, keinen grundlegenden Unterschied. Umso größer, aber auch faszinierender war die Herausforderung.⁷

Der Widerstand von Gewerkschaften und ostdeutschen Landesregierungen

Die durchgreifenden Maßnahmen zur Etablierung einer funktionstüchtigen Organisationsstruktur der Treuhandanstalt im Spätsommer und Herbst 1990 erfolgten nahezu ohne jede öffentliche Aufmerksamkeit. Dieser Zeitraum war beherrscht durch den Wahlkampf zum ersten gesamtdeutschen Bundestag, der am 2. Dezember 1990 gewählt wurde. In den ersten Wochen des Jahres 1991 beherrschte dann der Golf-Krieg die öffentliche Aufmerksamkeit. Die Treuhandanstalt



Aggressionsobjekt „Treuhand“

Der „Treuhand“ fiel die undankbare Aufgabe zu, eine ganze Volkswirtschaft zu sanieren. Damit lenkte sie zugleich die Aggressionen von der parlamentarischen Demokratie ab und auf sich. Der Chef der „Treuhand“, Detlev Carsten Rohwedder, musste dafür mit seinem Leben bezahlen. Er fiel am 2. April 1991 einem Attentat zum Opfer.

Foto: dpa-Bildarchiv

trat überhaupt erst im Februar 1991 erstmals in den Mittelpunkt der Medienberichterstattung, dies allerdings mit nachhaltiger Wirkung auf die Wahrnehmungsmuster der Bevölkerung, namentlich der ostdeutschen, und der politischen Eliten. Die Eigendynamik der ökonomischen Depression in Ostdeutschland brachte die Treuhandanstalt in ein Dilemma. Einerseits verursachte der Zusammenbruch der Industrieproduktion für den Eigentümer Treuhandanstalt täglich massive Verluste. Dies verschärfte den Zwang, den verlustbringenden Besitz so schnell wie möglich loszuschlagen. Andererseits waren einer rigorosen Beschleunigung der Privatisierungstätigkeit politische Grenzen gesetzt. Sowohl von den Gewerkschaften als auch von den – nach der Gründung der ostdeutschen Länder am 14. Oktober 1990 – langsam arbeitsfähig werdenden ostdeutschen Landesregierungen kamen genau entgegengesetzte Forderungen: die Privatisierungstätigkeit solle gestreckt, die Tätigkeit der Treuhandanstalt stärker auf Sanierung orientiert werden. Eine erste Welle von Massenentlassungen zum Stichtag 1. Januar 1991 hatte Ernüchterung, zum Teil regelrechte Unruhe in die Bevölkerung getragen.⁸ Die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland sank innerhalb eines halben Jahres nach der Währungsunion von 9,31 Millionen auf 8,05 Millionen, also um rund 1,1 Millionen oder um 12,5%. Ein Jahr nach der Währungsunion, im III. Quartal 1991, hatte die Zahl der Erwerbstätigen bereits um 2,23 Millionen oder um 25% (auf 6,9 Millionen) abgenommen (DIW/IWK 1992).

Die Treuhandanstalt, zu diesem Zeitpunkt noch Eigentümer des größten Teils der ostdeutschen Wirtschaft, befand sich daher im Frühjahr 1991 in einer dramatischen Situation, in der ihre Handlungsfähigkeit, wenn nicht gar ihre Existenz auf dem Spiel stand. Aus einigen ostdeutschen Landesregierungen kamen Forderungen nach einer Auflösung der Treuhandanstalt und ihrer Umformung zu Landesanstalten (*Leipziger Volkszeitung* vom 14.2.1991, S. 1; *Magdeburger Allgemeine Zeitung* vom 6.3.1992, S.4). Die Krise konnte nur bewältigt, das Scheitern des Modells „Treuhandanstalt“ nur abgewendet werden, wenn ein *circulus vitiosus* durchbrochen wurde. Wenn sich der Protest, den die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Depression im Frühjahr 1991 ausgelöst hatte, verstetigte und in politischen Druck umsetzte, konnte die Bundesregierung gezwungen sein, den Privatisierungsprozess in Ostdeutschland zu verlangsamen, die Treuhandanstalt also zu veranlassen, verlustbringende Betriebe mit einer hohen Zahl unterproduktiver Arbeitskräfte zu erhalten und dadurch weder die fiskalischen noch – als Eigentümer großer Teile der ostdeutschen Wirtschaft – die politischen Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern unter Kontrolle zu bringen.

Tatsächlich konnte dieser Zirkel durchbrochen werden durch ein Arrangement, das nicht nur die Interessen der wichtigsten Akteure – Bund, ostdeutsche Länder, Gewerkschaften – zum Ausgleich brachte,

sondern auch jene Fusion institutioneller Strukturmerkmale der westdeutschen Bundesrepublik und der DDR bewirkte, die für das wirtschaftspolitische Sonderregime in Ostdeutschland bis heute kennzeichnend ist.

Zunächst kam es darauf an, die Gewerkschaften und die ostdeutschen Länder von einer Fundamentalopposition gegen Institution und Politik der Treuhandanstalt abzuhalten. Da die ostdeutschen Länder vom Bund in jeder Hinsicht – und insbesondere fiskalisch – abhängig waren, hätte eine Übertragung von Treuhandkompetenzen des Bundes auf die Länder zu einer ähnlichen Diskrepanz von faktischer Verantwortung und eingeschränkten Steuerungsmöglichkeiten des Bundes geführt, wie im Fall des inzwischen aufgegebenen Modells der Treuhand-Aktiengesellschaften. Wenn die Gewerkschaften – die nach der Auflösung der DDR-Gewerkschaften faktisch vom Westen gesteuerte Neugründungen waren – den sich inzwischen abzeichnenden privatisierungspolitischen Kurs der Treuhandanstalt bekämpft hätten – und sei es auch nur, um zunächst eine hinreichend breite Mitgliederbasis zu gewinnen – konnte dies die Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt durch mehr oder weniger spektakuläre Widerstandsmaßnahmen nur politisieren, also verzögern, und damit wiederum die finanziellen politischen Belastungen des Bundes nur steigern.

„Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ und ein Sozialplan als Gegenmaßnahme

Nach der Protestwelle vom Februar 1991 kommt es daher zu einer geradezu kaskadenhaften Abfolge von Vereinbarungen zwischen Bundesregierung und Treuhandanstalt einerseits und ostdeutschen Landesregierungen und Gewerkschaften andererseits. Am 8. März 1991 verabschiedete das Bundeskabinett mit großem Medienecho ein *Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost* mit einem Bündel von Finanz- und Aufbauhilfen für die ostdeutschen Länder. Am 13. April 1991 wird eine „Gemeinsame Erklärung“ von *Deutschem Gewerkschaftsbund, Deutscher Angestellten-Gewerkschaft* und *Treuhandanstalt* verabschiedet, die eine Sozialplanrichtlinie enthält. Am 17. Juli 1991 schließlich wird zwischen den ostdeutschen Bundesländern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie der Treuhandanstalt eine *Rahmenvereinbarung zur Bildung von Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS)* abgeschlossen.⁹

Mit diesen Vereinbarungen war gewissermaßen die politische Achillesferse der Treuhandanstalt stabilisiert. Dies war geschehen durch die Einpassung in die föderalistischen und neo-korporatistischen politischen Steuerungs- und Konsensbildungsstrukturen nach westdeutschem Vorbild. Schon seit dem Herbst 1990 waren im Übrigen die ostdeutschen Ministerpräsidenten und einige der wichtigsten Gewerkschaftsführer¹⁰ im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt vertreten.¹¹

Westdeutsche Standardkulturen ummantelten einen Kern von DDR-Strukturen

Mit der Einbettung in die politischen Standardstrukturen der westdeutschen Bundesrepublik war die Treuhandanstalt in der Tat zu einer Art Fusionsverwaltung geworden. Die westdeutschen Standardstrukturen ummantelten einen Kern von DDR-Strukturen. Mit der politischen Einbettung war eine flexible Peripherie um einen rigiden organisatorischen Kern gelegt worden. Die politischen Einbettungsstrukturen nach westdeutschem Standard haben die Treuhandanstalt wirksam gegenüber dem Legitimationsdruck abgeschirmt, den ihre eigene Privatisierungstätigkeit in der nachfolgenden Zeit aufbauen musste. Sie bildeten die entscheidende Voraussetzung für die *hohe operative Effektivität der Treuhandanstalt*, die dazu führte, dass bis zum 31. Dezember 1994 durch die Anstalt 98,5% des vormaligen Volkseigenen Vermögens der DDR privatisiert, reprivatisiert, anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften überwiesen oder in Liquidation gegeben wurden.¹²

Die straffe Hierarchisierung und die zentralistische Organisationsstruktur der Treuhandanstalt haben also in den Jahren 1991 bis 1994 die ihnen von den Treuhandmanagern und Bundesregierung zugedachte Funktion tatsächlich erfüllt.¹³ Seit der ersten Jahreshälfte 1991 war es Grundlinie der Politik von Bundesregierung und Treuhandspitze, das doppelte Risiko einer politischen und fiskalischen Dauerbelastung durch das frühere Volkseigene Vermögen der DDR mittels einer rigorosen Beschleunigung der Privatisierung zu dämpfen und die sozialen Kosten dieser Politik in Form zusätzlicher Massenarbeitslosigkeit notfalls durch massive staatliche Transferleistungen aufzufangen. Für beides waren Mitte des Jahres 1991 die strukturellen Grundlagen vollendet.

Die Autonomie der Treuhand als Erfolgsbedingung

Dabei korrespondierte die feste Einbindung der Treuhandanstalt in die föderativen und neo-korporatistischen Steuerungs- und Konsensbildungsstrukturen mit einer außerordentlich weitgehenden Emanzipation von den Kontrollstrukturen des parlamentarischen Regierungssystems. Für die Intentionen von Treuhandspitze und Bundesregierung sollte sich dies – jedenfalls bis ins Jahr 1994 – in operativer, fiskalischer und legitimatorischer Hinsicht als hilfreich erweisen. Operative und fiskalische Funktionalität bedingten sich wechselseitig.

Seit dem 3. Oktober 1990 war die Treuhandanstalt auf der Grundlage von Art. 25 des *Einigungsvertrags* vom 31. August 1990 eine rechtsfähige bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Fach- und Rechtsaufsicht lag beim Bundesminister der Finanzen, der die Fachaufsicht im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft bzw. mit dem jeweils zuständigen Bundesminister wahrzunehmen hat-

te. Den entscheidenden Grad an Autonomie gewann die Treuhandanstalt jedoch durch den Mechanismus ihrer *Refinanzierung*. Diese erfolgte zunächst auf der Grundlage von Art. 25 Abs. 4 Einigungsvertrag, der einen Kreditrahmen von 25 Mrd. D-Mark gesetzt hatte. Die Treuhandanstalt fungierte damit faktisch als *Sondervermögen des Bundes* und konnte sich dementsprechend selbstständig am Kreditmarkt bewegen. Diese Möglichkeit wurde erweitert und abgesichert durch das *Treuhandkreditaufnahmegesetz* vom 3. Juli 1992, das für die Jahre 1992 bis 1994 einen Kreditrahmen von jeweils 30 Mrd. DM und von weiteren 8 Mrd. DM bei besonderer Genehmigung durch den Bundesminister der Finanzen einräumte (§§ 1 und 2 Treuhandkreditaufnahmegesetz).

Das Budget der Treuhandanstalt war folglich nicht Teil des Bundeshaushalts. Es unterlag daher nicht der direkten parlamentarischen Kontrolle. Als mit der Treuhandanstalt unmittelbar befasste Kontrollinstanz des Bundestages existierte seit Oktober 1990 zunächst nur ein Unterausschuss „Treuhandanstalt“ des Haushaltsausschusses. Dieser wurde im April 1993 in einen Vollausschuss umgewandelt. Die faktischen Einwirkungsmöglichkeiten des Parlaments gegenüber der Treuhandanstalt blieben jedoch auf appellative und sonstige mehr oder weniger öffentlichkeitswirksame Mechanismen beschränkt. Aus der Sicht der Treuhandanstalt war dies – in Ergänzung zur Einbindung der ostdeutschen Länder und Gewerkschaften über den Verwaltungsrat und die zahlreichen Einzelvereinbarungen von Frühjahr und Sommer 1991 – ein wirksamer „Schutzschild“ gegen die Politisierung ihres Alltagsgeschäfts. Interventionsversuche einzelner Bundestagsabgeordneter zur Beeinflussung von Einzelprivatisierungen wurden allein schon durch die haushaltsrechtliche Sonderstellung der Treuhandanstalt weitgehend abgeblockt. Die parlamentarische Unerfahrenheit ostdeutscher Bundestagsabgeordneter in der ersten Legislaturperiode des gesamtdeutschen Bundestages tat ein Übriges. Das hohe Maß an Stetigkeit des operativen Geschäfts, an der Treuhandspitze und Bundesregierung gelegen sein musste, konnte wohl nur durch eine Abkopplung von den jeweiligen Haushaltsberatungen und -entscheidungen des Parlaments und dem damit verbundenen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition erreicht werden.¹⁴

Die Treuhand passte nahezu perfekt in die ostdeutschen Wahrnehmungsmuster

Die institutionelle Autonomie der Treuhandanstalt, insbesondere ihre weitgehende Emanzipation von der parlamentarischen Kontrolle, hatte jedoch Folgen in der politisch-symbolischen Dimension, die teils erwünscht, teils billigend in Kauf genommen worden waren. Aus der Sicht der Bundesregierung nur erwünscht konnte die Winkelried-Funktion der Treuhandanstalt sein. „Die Treuhand“, die offenbar – „autonom“,

„selbstherrlich“ oder wie auch immer – schaltete und waltete wie vordem die DDR-Wirtschaftsfunktionäre, passte für die ostdeutsche Bevölkerung nahezu perfekt in eingeübte Wahrnehmungsmuster, wenn es um die Zurechnung politischer Verantwortung für ökonomische Sachverhalte ging. Auch in der breiten deutschen Öffentlichkeit schlechthin wurde „die Treuhand“ zum zentralen Ort der Zurechnung der Verantwortung für die negativen sozialen Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels in den neuen Bundesländern. Obwohl die Treuhandanstalt die strategischen Rahmenbedingungen ihres Handelns zu keinem Zeitpunkt hatte beeinflussen können, zog sie die Pfeile der Kritik (und auch weitergehende aggressive Affekte) auf sich, die ansonsten die politisch verantwortliche Bundesregierung in Bonn hätte treffen müssen. Doch nicht die Bundesregierung, sondern „die Treuhand“ wurde zum Sündenbock für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Entscheidung, die ostdeutschen Unternehmen mit der Währungsunion vom 1. Juli 1990 schlagartig den Wettbewerbskräften des Weltmarktes auszusetzen (vgl. a. *Kepplinger* 1993).

Durch Treuhandspitze und Bundesregierung billigend in Kauf genommen wurde dabei, dass die Treuhandanstalt auch im Deutschen Bundestag angesichts der beschränkten Einwirkungsmöglichkeiten Frustrationen und negative Affekte auslöste, und zwar, wie sich zeigen sollte, durchaus nicht nur bei Oppositionsabgeordneten. Die parlamentarische Opposition konnte ihr Heil nur in der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses suchen, der im September 1993 eingerichtet wurde. Den Koalitionsabgeordneten, insbesondere den ostdeutschen, stand ein solches „Ventil“ nicht zur Verfügung. Gerade sie spürten die Ohnmacht gegenüber der Ministerialbürokratie im Bundesfinanzministerium und dem Treuhandapparat. Diese Frustrationen wurden zu einem entscheidenden Faktor, als es seit dem Herbst 1993 um die Planung für die Auflösung der Treuhandanstalt und die Vorklärungen für die organisatorische Bewältigung der Nachfolgeaktivitäten ging.

„Sich so schnell wie möglich überflüssig zu machen“ als organisationspolitisches Ziel

Das organisationspolitische Gegengewicht zur Generallinie einer rigorosen Beschleunigung der Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt war der Grundsatz, die Anstalt selbst „so schnell wie möglich überflüssig zu machen“. Diese Sprachregelung war von den Spitzenrepräsentanten der Treuhandanstalt immer wieder mit Nachdruck verbreitet worden (vgl. im Einzelnen *Seibel* 1997: 199). Sie hatte zum einen unverkennbar die Funktion, der Selbstverpflichtung der Organisation auf ein hohes Privatisierungstempo einen klaren Indikator zu verleihen und damit den politischen Außendruck im Sinn dieser operativen Zielsetzung nochmals zu erhöhen.

Das organisationspolitische Programm, sich „so schnell wie möglich überflüssig zu machen“, hatte aber auch noch eine – freilich unausgesprochene – verfassungspolitische Grundlage. Mit der föderativen Ordnung der Bundesrepublik und den Kompetenzzuweisungen im Grundgesetz war eine Zentralinstanz des Bundes mit einer zweifelsfrei regionalpolitischen Aufgabe unvereinbar. Faktisch blieb die Treuhandanstalt die Nachfolgeinstitution der DDR-Wirtschaftsverwaltung. Deren Zentralismus wurde durch den Bundeszentrismus in Gestalt der Treuhandanstalt fortgesetzt.

Das verfassungspolitische Motiv für die Auflösung der Treuhandanstalt war jedoch für die öffentliche und parlamentarische Diskussion kaum brauchbar. Nicht nur, dass die offene Thematisierung der verfassungspolitischen Beweggründe für die möglichst schnelle Auflösung der Treuhandanstalt deren Legitimität zusätzlich untergraben hätte, zu einem Zeitpunkt, als sie einen guten Teil ihres operativen Geschäfts immerhin noch zu bewältigen hatte und sich, wie erwähnt, ohnehin einer öffentlichen Dauerkritik gegenüber sah. Vielmehr hatten staatsorganisatorische Argumente im Grundmodell der Wiedervereinigung des Jahres 1990 keinen Platz. Die DDR musste schließlich als erledigt gelten. So konnte die Treuhandanstalt nicht als das angesprochen werden, was sie war, nämlich als eine Fortsetzung von DDR-Staatlichkeit. Die Bundesregierung konnte somit kaum deutlich machen, was mit der angestrebten Auflösung der Treuhandanstalt auf dem Spiel stand. Ihre Möglichkeiten zur Mobilisierung bzw. Disziplinierung der Koalitionsabgeordneten waren dementsprechend eingeschränkt. Dass die Parlamentarier überhaupt noch einmal die Gelegenheit hatten, strategische Entscheidungen über die Treuhandanstalt zu treffen, war auf eine Verabredung zwischen Finanzministerium und Treuhandanstalt vom September 1992 zurückzuführen. Der Bund hatte am 3. Juli 1992 das Treuhandkreditaufnahmegesetz verabschiedet, das bis zum 31. Dezember 1994 befristet war. Danach sollte es definitiv keine Neuauflage des Treuhandkreditaufnahmegesetzes geben. Mit dem fiskalischen sollte dann aber auch das verfassungspolitische „Sonderregime“ der Treuhandanstalt auslaufen. Es handelte sich um eine Selbstbindung von Bundesregierung und Treuhandanstalt, auf deren Grundlage die Planungen für die Selbstauflösung bereits seit dem Sommer 1992 voranschritten.

Bei diesen Planungen war wiederum ein Dilemma zu bewältigen. Einerseits musste die Perspektive der Selbstauflösung klar und unmissverständlich sein, andererseits durfte sie die für die Erledigung des operativen Geschäfts unerlässliche Motivation der Treuhandmitarbeiter nicht beeinträchtigen. Immerhin mussten die Mitarbeiter dazu veranlasst werden, den eigenen Arbeitsplatz überflüssig zu machen. Diese Herausforderung war zu bewältigen unter einem zunächst noch hohen Grad an Unsicherheit darüber, was überhaupt nach dem 31. Dezember 1994 an Treuhandaufgaben übrig bleiben würde.

Nachfolgeorganisationen: auch um die Motivation der Mitarbeiter zu behalten

Bis zum Sommer 1993 schälte sich folgendes Konzept heraus¹⁵: Die verbleibenden Treuhandaufgaben wurden identifiziert als „verbleibende Unternehmen“, „unternehmensbezogene Aufgaben“ und „hoheitliche Aufgaben“. Zum Aufgabenkomplex „verbleibende Unternehmen“ zählte insbesondere auch die Tätigkeit der *Liegenschaftsgesellschaft der Treuhandanstalt (TLG)* und der *Bodenverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft (BVVG)*. Bei der Verwaltung und Verwertung von Grund und Boden handelte es sich ersichtlich um die langfristige Aufgabe jeder Treuhand-Nachfolgekonstruktion. Zu den „unternehmensbezogenen Aufgaben“ zählte insbesondere das so genannte Vertragsmanagement. Dies betraf die Überprüfung der abgeschlossenen Privatisierungsverträge und der darin enthaltenen Vereinbarungen über Investitionssummen, Arbeitsplätze oder die Beseitigung ökologischer Altlasten. Zu den „hoheitlichen Aufgaben“ zählten die Kommunalisierung und die sonstige Vermögenszuordnung.

Für diese verbleibenden Aufgaben sollte nach den Vorstellungen, wie sie in der Treuhandanstalt selbst entwickelt wurden, eine hochgradig dezentralisierte bzw. diversifizierte Organisationsstruktur geschaffen werden. Mit Hilfe einer solchen, wie man meinte, flexiblen Struktur sollten zunächst die langfristigen von den mittelfristigen und die hoheitlichen von den nicht-hoheitlichen Aufgaben getrennt und jeweils spezifisch qualifizierten Trägerorganisationen zugewiesen werden. Außer für die hoheitlichen Aufgaben waren privatrechtliche Organisationen vorgesehen, von denen man sich zwei Vorteile versprach. Einerseits würden Gründung und Auflösung privatrechtlicher Organisationen leichter fallen als dies bei öffentlich-rechtlichen Konstruktionen der Fall war. Andererseits sollte durch die privatrechtliche Trägerstruktur das Motivationsproblem bei den Mitarbeitern gemildert werden. Wenn man davon ausging, dass der Schwerpunkt des Nachfolgegeschäfts beim Vertragsmanagement liegen würde, so konnten in diesem Bereich auf privatrechtlicher Grundlage die ohnehin existierenden Kooperationsbeziehungen zwischen Treuhandanstalt und Beratungs- und Prüfungsgesellschaften genutzt werden. Für qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte dies die Perspektive eines „gleitenden Übergangs“ von der Treuhandnachfolgetätigkeit zu einer Tätigkeit in der Privatwirtschaft bieten.

Im Bundestag war eine Auflösung der Treuhand in eine Vielzahl privatrechtlicher Organisationen unerwünscht

An diesem Konzept sollten sich jedoch im Herbst 1993 die Geister scheiden. Hier prallten buchstäblich zwei Welten aufeinander: die der mittlerweile hochprofessionalisierten Planungsstäbe in Treuhandanstalt und Bundesfinanzministerium



Wirtschaftsaufschwung durch Westimport

Ein Glücksfall für Zeiss in Jena und die Region war Lothar Späth, der nach seinem Rücktritt als baden-württembergischer Ministerpräsident eine erfolgreiche Karriere als Wirtschaftsmanager begann. Eine Erfolgsstory auch für das Unternehmen, das heute Jenoptik heißt.
Foto: dpa-Bildarchiv

(BMF) und die der Bundestagsabgeordneten, in erster Linie der tatsächlich entscheidenden Koalitionsparteien. Diese durften mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass man sie in Treuhand-Angelegenheiten erstmals wirklich brauchte. Die Koalitionsabgeordneten mussten nahezu zwangsläufig eine andere Vorstellung als BMF und Treuhandanstalt davon haben, was mit der Auflösung der Treuhandanstalt eigentlich beabsichtigt war. Für die Koalitionsabgeordneten, insbesondere für die ostdeutschen, war die Treuhandanstalt eine Institution, die von mehr oder weniger unnahbaren, vom Steuerzahler teuer bezahlten westdeutschen Spitzenmanagern und versierten Ministerialbürokraten gesteuert wurde, eine Institution, die in Ostdeutschland, milde gesagt, struktur- und sozialpolitischen Flurschaden und einen Schuldenberg von – nach damaligen Schätzungen – rund 250 Mrd. DM zu verantworten hatte. Daher stießen die von Treuhandanstalt und BMF erarbeiteten organisatorischen Gestaltungsvorschläge für die Treuhand-Nachfolgeaktivitäten bei interessierten Koalitionsabgeordneten auf Skepsis. Die diesen Vorschlägen zugrunde liegenden Vorstellungen über den Zusammenhang von dezentraler und privatrechtlicher Organisationsgestaltung einerseits und der Mitarbeitermotivation sowie der verfassungspolitisch gebotenen Selbstauflösung der Treuhandanstalt andererseits waren für diese Koalitionsabgeordneten nicht nur schwer zu durchschauen. Vielmehr konnte gerade das, was als stark aufgefächerte und privatrechtliche Organisation der Treuhand-Nachfolgeaktivitäten vorgesehen war, Misstrauen erwecken. Treuhandanstalt und BMF wollten mit diesen Gestaltungsvorschlägen die Organisationsformen der Treuhand-Nachfolgeaktivitäten für die föderativen Normalstrukturen der Bundesrepublik leichter resorbierbar machen. In der Wahrnehmung der Koalitionsabgeordneten – von denen der Opposition ganz zu schweigen

– mochte es sich dagegen so ausnehmen, dass die Urheber der Organisationsplanungen in der Treuhandanstalt sich durch eine schwer zu überschauende Vielzahl privatrechtlicher Organisationen nicht nur, wie bisher, einer effektiven parlamentarischen Kontrolle entziehen, sondern sich auch noch jenseits des öffentlichen Dienstrechts hohe Gehälter sichern wollten. Wenigstens in dem letztgenannten Punkt wurden sie durch eine Stellungnahme des Bundesrechnungshofes zu den Organisationsvorschlägen von Treuhandanstalt und BMF bestärkt.¹⁶

Der Leipziger CDU-Abgeordnete *Pohler* wandte sich im November 1993 in einem Brief an den Bundesfinanzminister und beschwerte sich über die mangelnde Beteiligung der Koalitionsabgeordneten an den Entscheidungen über die Treuhandnachfolge (die Presse berichtete darüber im Dezember; vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Dezember 1993). *Pohler* bildete bald ein Gespann mit dem FDP-Abgeordneten *Friedhoff*, das sich an die Spitze der koalitionsinternen Kritiker des Auflösungskonzepts setzte. Am 2. Dezember 1993 verweigerte dann der Haushaltsausschuss des Bundestages dem von der Bundesregierung zugeleiteten Auflösungskonzept mit den Stimmen von Koalitionsabgeordneten die Zustimmung. Damit hatten Treuhandanstalt und Ministerialbürokratie im Entscheidungsprozess über die organisatorische Gestaltung der Treuhand-Nachfolgeaktivitäten die Initiative verloren.

In der Treuhandspitze konnten sich die Hoffnungen nun nur noch auf das Koalitionsmanagement und die Durchsetzungsfähigkeit der Ressortspitzen bzw. des Bundeskanzleramtes richten. Auch in dieser Hinsicht sollte man jedoch enttäuscht werden. In einem Gespräch zwischen den Spitzen der Ministerialbürokratie und dem Vorstand der Treuhandanstalt am 25. März 1994 teilte der Vertreter des Bundeskanzleramtes, Ministerialdirektor *Ludewig*, den Vertretern der Treuhandanstalt

die Entscheidung mit, alle wesentlichen Nachfolgeaktivitäten der Treuhandanstalt – hoheitliche Aufgaben, Vertragsmanagement, Reprivatisierung und Abwicklung – einer einzigen öffentlich-rechtlichen Nachfolgeinstitution zu übertragen. Damit waren die Auflösungspläne, wie sie Treuhandanstalt und BMF im Herbst 1993 vorgelegt hatten, endgültig gescheitert.

Die „Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“ als Nachfolgeorganisation

In einem Schreiben an den Chef des Bundeskanzleramtes, den Bundesminister der Finanzen und den Bundesminister für Wirtschaft vom 30. März 1994 stellte die Präsidentin der Treuhandanstalt fest:

„Die Treuhandanstalt, die wir immer als eine Übergangseinrichtung verstanden haben, bleibt erhalten, wenn auch unter einem anderen Namen. (...) Der Vorstand der Treuhandanstalt sieht es als seine Pflicht an, auf die erheblichen Nachteile hinzuweisen, die nach seiner Überzeugung mit dem faktischen Verzicht auf die Auflösung der Treuhandanstalt verbunden sind. Diese bestehen vor allem in der Fortschreibung der Bündelung der vereinigungsbedingten wirtschaftlichen Aufgaben in einer Großenheit Treuhandanstalt statt der geplanten Verteilung auf einzelne, spezialisierte Organisationseinheiten; in der Verlängerung des wirtschaftspolitischen ‚Sonderregimes‘ für die neuen Bundesländer, das eine Verlängerung der Übergangszeit nach der Wiedervereinigung statt eines Übergangs in die Normalität unserer bundesstaatlichen Ordnung bedeutet; in dem Verzicht auf die kaufmännische Dominanz bei den Entscheidungen im Bereich Vertragsmanagement, Reprivatisierung und Abwicklung (...).“ (Abgedruckt in: Treuhandanstalt 1994, Bd. 15: 285–292 [289–290].)

Nach Abschluss des Vermittlungsverfahrens, in dem insbesondere die Mitwirkung der Länder an der Erfüllung der verbleibenden Treuhand-Aufgaben durch entsprechende Bestimmungen zur Zusammensetzung des Verwaltungsrats der künftigen *Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben* präzisiert wurde, wurde das *Gesetz zur abschließenden Erfüllung der verbliebenen Aufgaben der Treuhandanstalt* am 9. August 1994 vom Bundestag verabschiedet. Das Gesetz trat zum 1. Januar 1995 in Kraft. Seither fungiert die *Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS)* als Treuhandanstalt unter anderem Namen. Zum Treuhandnachfolgekomplex gehören außer der BvS noch die *Bodenverwertungs- und -verwertungsgesellschaft (BVVG)*, die *Treuhand Liegenschaftsgesellschaft (TLG)* sowie die *Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin (BMGB)*. Die BMGB ist lediglich noch für die Beteiligungsführung einiger Projekt- und Auslaufgesellschaften im Bereich Bergbau und Kernenergie zuständig. Der Personalbestand der drei wichtigsten

Treuhandnachfolgeeinrichtungen belief sich im Sommer 2000 auf rund 2600 Mitarbeiter. Die Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt bilden das wichtigste und nachhaltigste Erbstück der untergegangenen DDR in der bundesstaatlichen Ordnung nach 1990.

Literaturhinweise

Akerlof, George A./Grose, Andrew K./Jellen, Janet L./Hesennius, Helga: East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union. Washington D.C.: The Brookings Institution, 1991.

Breuel, Birgit (Hrsg.): Treuhand intern. Tagebuch. Frankfurt a.M. und Berlin: Ullstein, 1993.

Czada, Roland: „Die Treuhandanstalt im Umfeld von Politik und Verbänden.“ In: Fischer, Wolfram/Hax, Herbert/Schneider, Hans Karl (Hrsg.): Treuhandanstalt – Das Unmögliche wagen. Berlin: Akademie-Verlag, 1993, S. 144–174.

DIW/IWK: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland. 6. Bericht (= Kieler Diskussionsbeiträge 190/191), Kiel: Institut für Weltwirtschaft, 1992.

Kemmler, Marc: Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Eigentums. Frankfurt a.M. und New York: Campus, 1994.

Keppinger, Hans Mathias: „Die Treuhandanstalt im Bild der Öffentlichkeit.“ In: Fischer, Wolfram/Hax, Herbert/Schneider, Hans Karl (Hrsg.): Treuhandanstalt – Das Unmögliche wagen. Berlin: Akademie-Verlag, 1993, S. 357–373.

Krieger, Albrecht: „Begegnung mit der politischen Vergangenheit im Osten Deutschlands. Als Vertrauensbevollmächtigter beim Vorstand der Treuhandanstalt.“ In: Bierich, Marcus/Hommelhoff, Peter/Koff, Bruno (Hrsg.): Unternehmen und Unternehmensführung im Recht. Festschrift für Johannes Semler zum 70. Geburtstag am 28.4.1993. Berlin und New York: de Gruyter, 1993, S. 19–66.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Jahrestgutachten 1990/1991. Stuttgart: Metzler Poeschel, 1990.

Seibel, Wolfgang: „Die organisatorische Entwicklung der Treuhandanstalt.“ In: Fischer, Wolfram/Hax, Herbert/Schneider, Hans Karl (Hrsg.): Treuhandanstalt – Das Unmögliche wagen. Berlin: Akademie-Verlag, 1993, S. 111–147.

Seibel, Wolfgang: „Die Treuhandanstalt – eine Studie über Hyperstabilität.“ In: Wollmann, Hellmut/Derlien, Hans-Ulrich/König, Klaus/Renzsch, Wolfgang/Seibel, Wolfgang (Hrsg.): Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, 1997, S. 169–222.

Sinn, Gerlinde/Sinn, Hans-Werner: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der Wiedervereinigung. München: Deutscher Taschenbuchverlag, 1993.

Treuhandanstalt. Dokumentation 1990 bis 1994. 15 Bände. Berlin: Eigenverlag, 1994.

¹ Zur Vor- und Frühgeschichte der Treuhandanstalt vgl. Fischer und Schröter 1993.

² Über die Absicht der Volkskammer beim Erlass des Treuhandgesetzes hieß es in dessen Präambel, das Gesetz zielt darauf ab, „die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen, die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und somit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, Grund und Boden für wirtschaftliche Zwecke bereitzustellen“ (Gesetzblatt der DDR I Nr. 33 S. 300). Besonders bemerkenswert – und zugleich ein Reflex des Kompromisses innerhalb der Koalitionsregierung de Maizière – war der Zusatz, „dass nach einer Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens und seiner Ertragsfähigkeit sowie nach seiner vorrangigen Nutzung für Strukturanpassung der Wirtschaft und die Sanierung des Staatshaushaltes den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der Währungsumstellung am 2. Juli 1990 reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht an volkseigenem Vermögen eingeräumt werden kann“ (ebd.). Dies entsprach der zum damaligen Zeitpunkt verbreiteten Erwartung, dass das volkseigene Vermögen mit einem erheblichen Überschuss würde veräußert werden können.

³ Vom Deutschen Bundestag wurde im Frühjahr 1991 die Bestimmung im Treuhand-Gesetz vom 17. Juni 1990, das durch eine Überleitungsbestimmung im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 zu Bundesrecht geworden war, mit einer „Kann“-Bestimmung zur Gründung der Treuhand-Aktiengesellschaftenden tatsächlichen Verhältnissen angepasst.

⁴ Die Treuhand-Niederlassungen waren zuständig für alle Betriebe mit bis zu 1500 Mitarbeitern, die Treuhandzentrale für alle übrigen Betriebe.

⁵ So die Präsidentin der Treuhandanstalt, Birgit Breuel, in einem Schreiben an den Bundesminister der Finanzen, den Bundesminister für Wirtschaft und den Chef des Bundeskanzleramtes vom 30.3.1994 (abgedruckt in: Treuhandanstalt 1994, Bd. 15: 285–292).

⁶ Sinn und Sinn (1993: 34–38) haben die ökonomische Depression in Ostdeutschland nach dem 1. Juli 1990 mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1928 bis 1933 in Deutschland und den USA verglichen. Nach ihren Angaben war die Industrieproduktion in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise – also während eines mehrere Jahre umfassenden Zeitraums – um 40% gesunken, in den USA um 35%.

⁷ In der vom Verfasser und Roland Czada im Jahre 1993 durchgeführten Befragung von Führungskräften der Treuhandanstalt gab lediglich eine Minderheit der Befragten (25% der Referenten, 24% der Abteilungsleiter, 11,5% der Direktoren) an, dass sie sich im Hinblick auf das „institutionelle Prestige“ bei der Treuhandanstalt gegenüber ihrem vorherigen Beschäftigungsort, „eher verbessert“ hätten. Im Kontrast dazu gab doch eine relative Mehrheit der Befragten an, „eher verbessert“ hätten sie sich im Hinblick auf die „Attraktivität der Tätigkeit“ (52% der Referenten, 62% der Abteilungsleiter, 54% der Direktoren). Die Attraktivität der Tätigkeit scheint also in der Treuhandanstalt der Führungskräfte das schlechte Image der Treuhandanstalt wettgemacht zu haben. Vgl. Seibel 1993: 141–142. Unterstützt wird diese Interpretation auch durch Erlebnis- oder Stimmungsberichte wie die von Breuel (1993) oder Krieger (1993).

⁸ Teilweise kam es zu landfriedensbruchartigen Szenen. Am 27.2.1991 drangen aufgefachte Werftarbeiter in den Landtag vom Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin ein (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.2.1991, S. 5).

⁹ Vgl. zu diesen verschiedenen Vereinbarungen: Bundespresse- und Informationsamt, Bulletin vom 12.3.1991 und vom 15.3.1991 („Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, Grundsätze zur Zusammenarbeit von Bund, neuen Ländern und Treuhandanstalt“, abgedruckt in: Treuhandanstalt 1994, Bd. 9: 712–716, 546–552 („Gemeinsame Erklärung“ von DGB, D[AG] und Treuhandanstalt, Rahmenvereinbarung zur Bildung von ABS-Gesellschaften).

¹⁰ Roland Issen für die DAG, Horst Klaus für die IG-Metall, Heinz-Werner Meier für den DGB (Vorsitzender), Hermann Rappe für die IG-Chemie/Papier/Keramik, Dieter Schulte für die IG-Metall.

¹¹ Während die Mitgliedschaft der ostdeutschen Ministerpräsidenten im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt durch Art. 25 des Einigungsvertrags vom 31. August 1990 festgelegt war, resultierte die Mitgliedschaft der Gewerkschaftsführer allein aus der Kooperationspolitik der Bundesregierung. Vgl. a. Czada 1993: 160. Die genannten Gewerkschaftsvertreter haben im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt zum Teil nur für kürzere Zeiträume angehört. Der Sitzverteilungsschlüssel für den Verwaltungsrat lautete: Wirtschaft 8 Sitze, Länder 6 Sitze, Gewerkschaften 4 Sitze, Bund 2 Sitze (Treuhandanstalt, Organisationshandbuch, Ordnungs-Nr. 1.1.1.1 zit. n. Czada 1993: 160).

¹² Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: Abschlussstatistik der Treuhandanstalt per 31.12.1994 (Berlin, 19.6.1995). Vom Gesamtbestand (Bruttobestand) an Unternehmen der Treuhandanstalt von – letztlich – 12 354 Einheiten waren per 31.12.194 6546 (53%) privatisiert, 1588 (13%) reprivatisiert, 310 (2,5%) kommunalisiert und 3780 (30%) liquidiert.

¹³ Auf flankierende innerorganisatorische Maßnahmen wie z.B. das Bonusssystem für die leitenden Mitarbeiter und auf flankierende Maßnahmen der organisatorischen Differenzierung – insbesondere durch die Auslagerung der „Verwaltung und Verwertung“ von Grund und Boden durch Gründung der Liegenschaftsgesellschaft der Treuhandanstalt (TLG) und der Bodenverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft (BVVG) – kann hier nicht näher eingegangen werden. Zum Bonusssystem vgl. Bericht des 2. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages: Treuhandanstalt, Bundestagsdrucksache 12/8404 vom 31.8.1994, 51, 195–212. Zu TLG und BVVG vgl. Seibel 1997, 193–198.

¹⁴ Die von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben am 19. Juni 1995 vorgelegte Abschlussstatistik der Treuhandanstalt per 31. Dezember 1994 wies einen Gesamtschuldenbestand von 256 Mrd. DM aus (diese Summe wurde in Berechnungen der BvS, die im Sommer 2000 bekannt gegeben wurden, auf „220 bis 230 Milliarden DM“ korrigiert (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Juli 2000). Schon dies macht deutlich, dass eine Abkopplung vom Bundeshaushalt eine nahezu unerlässliche Voraussetzung für die Verstetigung des operativen Geschäfts der Treuhandanstalt war. Ansonsten hätten die parlamentarischen Haushaltsberatungen jedes Jahres die Treuhandanstalt jeweils für Monate paralyisiert.

¹⁵ Die wichtigsten Dokumente zu diesem Entscheidungsprozess sind abgedruckt in Treuhandanstalt 1994, Bd. 15.

¹⁶ Bundesrechnungshof – Außenstelle Berlin: Bericht an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 22.2.1994, Az. IX 5/6008.

Der Arbeitsmarkt nach wie vor das größte Problem

Die Wirtschaft in Deutschland Ost und in Deutschland West

Von der wirtschaftlichen Vereinigung war weitgehend nur der Osten betroffen

Von Joachim Ragnitz

Dr. Joachim Ragnitz ist Leiter der Abteilung Strukturwandel im Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Die Wirtschaft der DDR war am Ende, mit mangelhafter Kapitalausstattung, veraltetem Produktionsapparat und unzureichender Infrastruktur. Von daher war die wirtschaftliche Vereinigung, von den Menschen in der DDR herbeigesehnt, mit einer schweren Hypothek belastet. Enorme Investitionen waren erforderlich, um das Versäumte nachzuholen. Somit haben die neuen Bundesländer inzwischen vielfach die moderneren Produktionsanlagen und die modernere Infrastruktur. Der Abstand in der Produktivität wurde zwar kleiner, konnte jedoch bis jetzt noch nicht aufgeholt werden. Stärker angezogen haben sich allerdings die Einkommen. Nach wie vor aber stellt der Arbeitsmarkt ein Problem dar, nicht zuletzt auch, weil Arbeit im Osten stärker nachgefragt wird als im Westen (z. B. von Frauen). Red.

Der schnelle Weg zur wirtschaftlichen Wiedervereinigung

Mit dem 9. November 1989 – dem Tag der Grenzöffnung – war das Schicksal der DDR so gut wie besiegelt. War das Missverhältnis zwischen öffentlicher Propaganda und ökonomischer Wirklichkeit den Menschen in der DDR auch durchaus bewusst, machte die Konfrontation mit der bunten Warenwelt des Westens doch jedem klar, dass die sozialistische Wirtschaftsordnung der DDR der westdeutschen Marktwirtschaft hoffnungslos unterlegen war und deshalb einer grundlegenden Reform bedurfte. Dass es dann so rasch zunächst zur wirtschaftlichen, danach auch zur politischen Vereinigung beider deutscher Staaten kam, hat wesentlich mit der Erwartung zu tun, dass nur so auch die Menschen in den neuen Bundesländern schnell am Lebensstandard der „alten“ Bundesrepublik teilhaben können. Der Beitritt nach Art. 23 GG schien in dieser Situation am besten geeignet, die Wünsche der Bevölkerung nach einer Verbesserung ihrer materiellen Lage zu erfüllen – die kostspielige und zeitraubende Suche nach einem eigenständigen Weg, wie ihn die übrigen ehemals sozialistischen Länder in Mittel- und Osteuropa einschlugen, konnte so erfolgreich vermieden werden. Für die westdeutsche Wirtschaft hingegen blieb die Wiedervereinigung weitgehend folgenlos (vgl. Ragnitz 1995, G. Müller 2000). Kurzfristig kam es aufgrund des enormen Nachholbedarfs der ostdeut-

schen Bevölkerung nach Gütern aus westdeutscher Herstellung zwar zu einer deutlichen Belebung von Produktion und Beschäftigung; dieser einigungsbedingte Boom war aber nicht von Dauer, sondern endete in einer der schwersten Rezessionen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Am ehesten noch in der Finanzpolitik hat sich die deutsche Vereinigung niedergeschlagen: In zeitweise kräftig ansteigenden Staatsdefiziten und in Steuererhöhungen zur Reduzierung dieser Defizite, aber auch in Ausgabenverlagerungen zugunsten der neuen Länder. Grundsätzlich aber dürfte die deutsche Vereinigung für die meisten Menschen in Westdeutschland kaum zu einer durchgreifenden Veränderung ihrer wirtschaftlichen Situation geführt haben. Vielmehr was es vor allem der Osten, der sowohl in negativer als auch in positiver Hinsicht hiervon betroffen war.

Doch der erwartete Wachstumsschub blieb aus

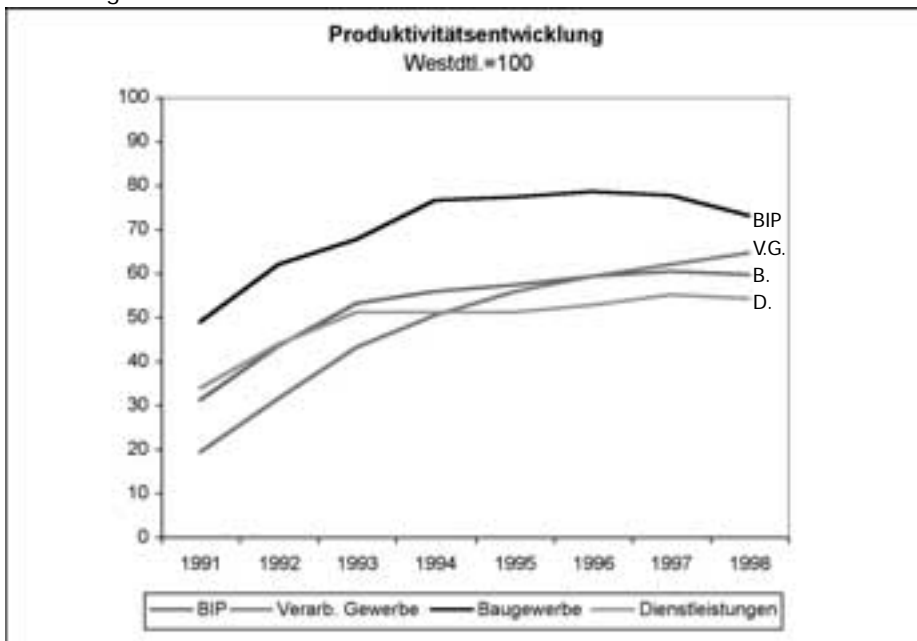
Nicht nur in Ostdeutschland selbst, auch in Westdeutschland war die Einschätzung weit verbreitet, dass die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien, die Beseitigung der Beschränkungen für den Handels- und Kapitalverkehr und die Übernahme des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens Westdeutschlands zu einem Wachstumsschub führen würde, vergleichbar nur mit dem „Wirtschaftswun-

der“ der fünfziger Jahre. Optimistische Prognosen aus dieser Zeit veranschlagten für eine vollständige Angleichung der Wirtschaftskraft der neuen Länder an das Westdeutschlands einen Zeitraum von nicht mehr als 10 Jahren (vgl. Willgerodt 1990, Siebert 1990a, 1990b). Wie man heute weiß, kam alles anders als gedacht: Nach anfänglich hohen Wachstumsraten ist der Aufholprozess ab 1995 ins Stocken geraten (vgl. Abbildung 1). Die Leistungskraft der ostdeutschen Wirtschaft, gemessen an der erzielten Arbeitsproduktivität, liegt bei nur etwa 60 vH des westdeutschen Niveaus. Für viele unerwartet kam auch die Erkenntnis, dass die neue Wirtschaftsordnung für sie keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr hatte: Die Zahl der Arbeitsplätze hat sich von ehemals 9 Mio. auf inzwischen nur noch 6 Mio. verringert; die Arbeitslosenquote, verdeckte Arbeitslosigkeit eingerechnet, liegt bei etwa 24 vH. Nicht selten sind Unzufriedenheit und Resignation Folge derart enttäuschter Erwartungen – bis zu einer Verklärung der DDR-Vergangenheit ist es da oft nicht mehr weit.

Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft war unvermeidbar

Dies ist aber nur die eine Seite der Medaille: Die unbestreitbaren Erfolge im Aufbauprozess, die seit 1990 erzielt worden sind, werden nur zu leicht übersehen.

Abbildung 1



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Um diese Erfolge richtig würdigen zu können, muss man daran erinnern, wie desolat die Lage der DDR-Wirtschaft Ende der achtziger Jahre war: Die *Produktivität* lag im Jahre 1989 bestenfalls bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus; der unternehmerische *Kapitalstock* war infolge unterlassener Ersatzinvestitionen in weiten Teilen verschlissen; die Ausstattung mit *Telekommunikationseinrichtungen*, das *Verkehrswegenetz*, die *Umweltqualität* waren katastrophal. Hierunter hatten vor allem die Verbraucher zu leiden – das *Warenangebot* war unzureichend, viele Produkte waren gar nicht verfügbar, viele nicht in der von den Konsumenten gewünschten Qualität. Angesichts dieser Situation wurde selbst von führenden Vertretern der DDR-Regierung das Scheitern des sozialistischen Experiments der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ offen eingestanden. Ohne grundlegende Reformen war die DDR schon damals nicht mehr lebensfähig – der nachmalig häufig der Einführung der Marktwirtschaft angelastete Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft war bereits in der DDR angelegt und nicht dem Beitritt zur Bundesrepublik anzulasten.

Unübersehbare Erfolge

Im Vergleich zu dieser Ausgangslage lässt sich ermesen, welche enormen Fortschritte beim Aufbauprozess in den neuen Ländern seither erzielt worden sind:

- Von 1991 bis 1998 sind insgesamt 790 Mrd. DM in den unternehmerischen Kapitalstock investiert worden (A. Müller 2000); inzwischen dürften es rund 900 Mrd. DM sein. Die jährlichen *Investitionen* je Einwohner liegen bis heute deutlich über dem westdeutschen Vergleichswert. Da die aus der DDR stammenden Ausrüstungen mittlerweile nahezu vollständig ersetzt sind, arbeiten ostdeutsche Betriebe mittlerweile mit einem moderneren *Maschinenpark* als westdeutsche Unternehmen.
- Kräftig investiert wurde auch in die *Infrastruktur* und das *Wohnungswesen*. Das Fernstraßennetz wurde inzwischen nahezu vollständig modernisiert, ebenso die wichtigsten *Eisenbahnverbindungen*. Das *Telekommunikationsnetz* – in der Anfangsphase eines der schwerwiegendsten Standortnachteile der neuen Länder – ist wegen des flächendeckenden Einsatzes von Glasfasertechniken inzwischen moderner als das in Westdeutschland. Investitionsbedarf besteht allerdings noch im Bereich der *kommunalen Infrastruktur* sowie bei der Ausweitung des *Autobahnnetzes*.
- Deutlich gestiegen ist auch die *Wettbewerbsfähigkeit* der ostdeutschen Wirtschaft. Die *Exportquote* in der Industrie (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) hat sich von ihrem Tiefstand von 11,4 vH im Jahre 1994 auf inzwischen 18,7 vH erhöht, wobei vor allem auf den westeuropäischen Märkten Marktanteile gewonnen werden konnten. Die *Produktivität* in der Industrie hat sich zwischen 1991 und 1999 sogar

um mehr als das Vierfache erhöht. Es gibt inzwischen einen Kern leistungsfähiger Unternehmen, die gute Gewinne erwirtschaften und damit als etabliert gelten können. Nicht zu übersehen ist freilich auch, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Unternehmen dieses Ziel noch nicht erreicht hat – nicht selten handelt es sich dabei um Unternehmen, denen, bei Lichte betrachtet, auch keine guten Zukunftsaussichten eingeräumt werden können

- Auch die *Einkommen der privaten Haushalte* sind in den vergangenen 10 Jahren kräftig angestiegen – von 1.872 DM im Monat (58 vH des westdeutschen Niveaus) im Jahre 1991 auf monatlich 3.089 DM (85 vH des westdeutschen Niveaus) im Jahre 1998. Berücksichtigt man überdies, dass viele Dienstleistungen in Ostdeutschland billiger zu haben sind als im Westen und auch die Wohnungsmieten deutlich niedriger liegen, lässt sich bei den realen Haushaltseinkommen sogar ein Angleichungsstand von 92 vH ermitteln. Besonders die *Rentner* haben hiervon profitiert – das verfügbare Einkommen von Rentnerhaushalten liegt mittlerweile sogar deutlich über Westniveau, vor allem wegen eigener Rentenansprüche ostdeutscher Frauen. Nicht zu übersehen ist allerdings, dass ein großer Teil der verfügbaren Einkommen auf *Transferleistungen* des Westens, nicht aber auf eigener Leistung beruht.

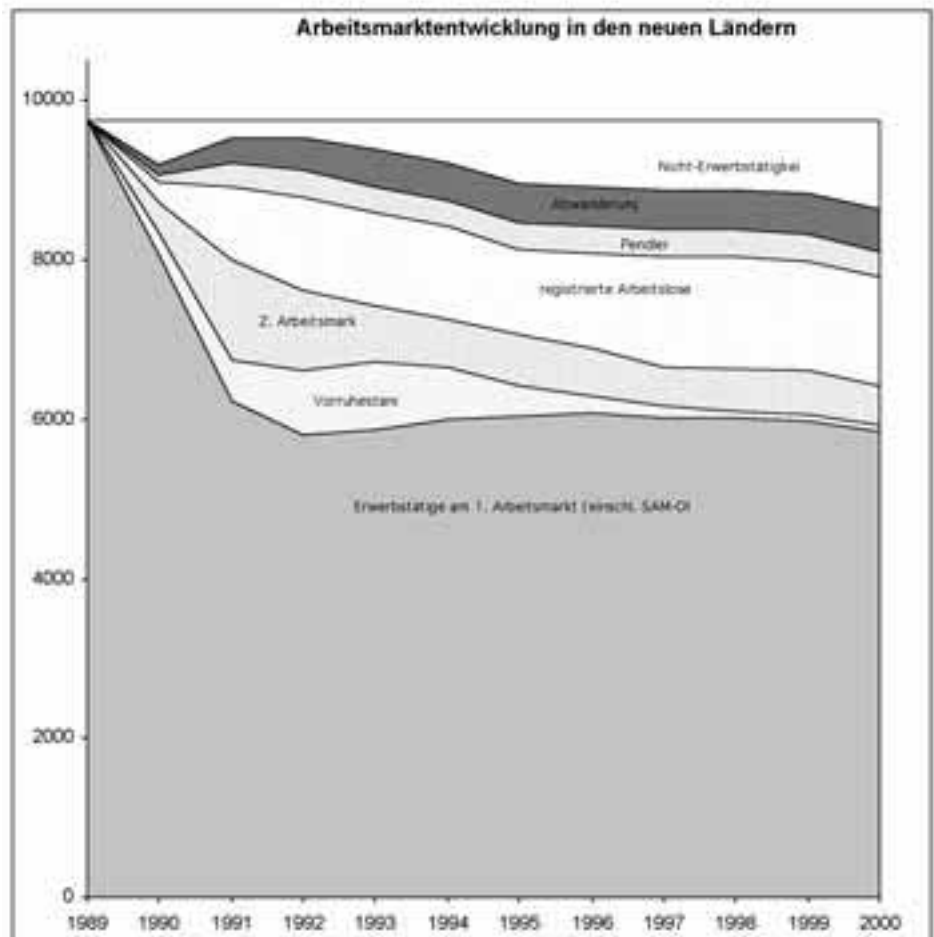
Nimmt man dies alles zusammen, so wird deutlich, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern in weiten Teilen als erfolgreich anzusehen ist. Was aber nicht befriedigen kann, ist die Arbeitssituation in den neuen Ländern.

Doch noch immer fehlen mindestens 2 Millionen Arbeitsplätze

Gemessen an der Zahl arbeitswilliger Menschen fehlen wenigstens 2 Mio. Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt – ein wesentlicher Grund für die hohen Transferleistungen von West- nach Ostdeutschland, denn wegen geringer Beitragseinnahmen hat insbesondere die Arbeitslosenversicherung in den neuen Bundesländern einen erheblichen Zuschussbedarf. Die hohe Arbeitslosigkeit dürfte darüber hinaus ein wesentlicher Grund dafür sein, dass in der Öffentlichkeit häufig ein negatives Bild der Lage in Ostdeutschland vermittelt wird.

Die Arbeitslosigkeit den neuen Ländern hat sich zum größten Teil schon zu Beginn der neunziger Jahre aufgebaut (vgl. Abbildung 2). Grund dafür war vor allem der Produktionseinbruch, den die ehemaligen Staatsunternehmen aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit hinzunehmen hatten. Mitte der neunziger Jahre nahm die Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt zwar wieder leicht zu; seither geht die Zahl der Arbeitsplätze hier jedoch weiter zurück, Folge vor allem der anhaltenden *Strukturkrise in der Bauwirtschaft*.

Abbildung 2



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Schätzungen.

Arbeit wird im Osten aber auch stärker nachgefragt, von Frauen z. B.

Betrachtet man die Arbeitsmarktlage in den neuen Ländern genauer, so stellt man rasch fest, dass es sich hierbei weniger um ein Nachfrageproblem als vielmehr um ein Angebotsproblem handelt. Viel stärker als in Westdeutschland streben nämlich Frauen in den neuen Ländern eine Erwerbsarbeit an, und sie sind auch stärker als in den alten Ländern an einer Vollzeitbeschäftigung interessiert. Folge dessen ist, dass das Arbeitsangebot in den neuen Ländern mit 76 vH der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter deutlich höher ist als im Westen Deutschlands (69 vH). Die Arbeitsnachfrage hingegen, umgerechnet auf Vollzeitäquivalente, ist in beiden Teilen Deutschlands im großen und ganzen gleich hoch. Der alleinige Blick auf die Arbeitslosenziffern zeigt also längst nicht die ganze Wahrheit: Hinsichtlich der Beschäftigungssituation steht Ostdeutschland kaum schlechter da als Westdeutschland.

Gleichwohl kann die Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lauten, dass nunmehr die Erwerbsbeteiligung insbesondere der Frauen zurückgeführt werden müsste. Vielmehr müssen in Ostdeutschland, um dem von Westdeutschland abweichenden Arbeitsangebotsverhalten Rechnung zu tragen, andere *Rahmenbedingungen* geschaffen werden als in den alten Bundesländern. Dies aber bedeutet: Gleiche Lebensbedingungen wie im Westen – erklärt es Ziel der Politik – sind in Ostdeutschland auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar.

Wie lässt sich ein höheres Beschäftigungsniveau erreichen?

Um ein auch im Vergleich zu Westdeutschland höheres Beschäftigungsniveau zu erreichen, sind mehrere Ansatzpunkte denkbar. Natürlich gehören die *Lohnsätze* dazu. Zugestehen ist zwar, dass die Lohnpolitik, nachdem die Unmöglichkeit einer raschen Einkommensangleichung erkannt wurde, auf einen moderateren Kurs eingeschwenkt ist. Der anfängliche Niveausrprung bei den Tariflöhnen wurde jedoch nicht korrigiert; vielmehr erreichen die tariflichen Stundenlöhne im Durchschnitt der ostdeutschen Wirtschaft inzwischen rund 86 vH des westdeutschen Niveaus. Da dies viele Firmen überfordern würde, werden Tariflöhne aber nur noch von einem kleinen Teil der Unternehmen tatsächlich gezahlt: Schätzungen des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* zufolge werden im ostdeutschen Unternehmenssektor nur noch gut 40 vH aller Beschäftigten durch einen Tarifvertrag erfasst. Je Arbeitsstunde gerechnet, liegen die Effektivlöhne daher im Durchschnitt der ostdeutschen Wirtschaft nur bei 69 vH des westdeutschen Wertes. Doch auch dies ist, gemessen an der Leistungskraft vieler Betriebe, noch immer sehr hoch: Die *Lohnstückkosten* als Indikator der Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen übersteigen den westdeutschen Durchschnittswert noch immer um fast 20 vH. Dies wiederum untergräbt die

Gewinnsituation der Unternehmen und kann auf diese Weise weitere Arbeitsplätze gefährden.

Auf dem Wege hin zu arbeitsintensiveren Wirtschaftsstrukturen sind aber nicht nur die Arbeitsentgelte als Handlungsparameter anzusehen. Auch durch flexiblere oder längere *Arbeitszeiten*, geringere *Urlaubsansprüche* oder niedrigere *Lohnzusatzleistungen* lassen sich günstige Bedingungen für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätzen erreichen. Auch Rahmenbedingungen für die Gütermärkte könnten beschäftigungsfördernder ausgestaltet werden, so durch verringerte *Mehrwertsteuern* auf arbeitsintensive Produkte, insbesondere Dienstleistungen, durch den Verzicht auf faktische *Marktzugangsbeschränkungen* wie z.B. dem Meisterbrief im Handwerk oder durch Erleichterungen bei *umweltpolitisch* motivierten Regulierungen in den neuen Ländern. Wenn man das Beschäftigungsproblem wirklich ernst nimmt, sollten auch fortgesetzte *Sonderregelungen* in diesen Bereichen für die neuen Länder kein Tabu sein – zumal diese auch als Vorbild für Westdeutschland dienen könnten.

AB-Maßnahmen sind Sozialpolitik und können für den Arbeitsmarkt eher schädlich sein

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen hingegen sind kein Weg, dauerhaft zu mehr Beschäftigung zu kommen. Zwar wurden im Jahre 1999 rund 170.000 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beschäftigt; zusätzlich nahmen rund 140.000 Langzeitarbeitslose an einer staatlich finanzierten *Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme* teil. Diese Hilfen erfüllen jedoch in erster Linie eine sozialpolitische Funktion; eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt stellen sie nur selten dar. Vor allem die Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kann sogar stigmatisierend wirken und damit entgegen der Intentionen die Arbeitsmarktchancen der Teilnehmer verschlechtern: Eine am ersten Arbeitsmarkt verwertbare Qualifizierung erwerben nämlich die Teilnehmer an ABM in vielen Fällen nicht, weil die Verzerrung der Faktorpreisverhältnisse bei ABM die Anwendung arbeitsintensiver, technologisch veralteter Produktionsverfahren begünstigt. Es wundert daher nicht, dass ein Großteil der Maßnahmen Teilnehmer zwischen ABM und offener Arbeitslosigkeit hin und her wechselt, eine reguläre Beschäftigung jedoch nicht findet.

Noch gravierender ist es, dass durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt verdrängt werden können, wenn ABM-geförderte Institutionen in Konkurrenz zu privaten Unternehmen treten. Besonders für den Bereich des Garten- und Landschaftsbaus ist dies belegt. Zudem stellen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch kein kostengünstige Alternative zur offenen Arbeitslosigkeit dar, zum einen weil die Teilnahme an ABM erneute Leistungsansprüche an die Arbeitslosenversicherung eröffnet, zum anderen weil die staatlichen Träger zusätzliche Lohnkostenzu-

schüsse aufzubringen haben. Soweit dies zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten beiträgt, werden damit weitere Arbeitsplätze am regulären Arbeitsmarkt gefährdet. So gesehen, ist die Arbeitsmarktpolitik geradezu kontraproduktiv.

Angesichts dieser Kritik sollte es klar sein, dass Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kein Substitut für die fehlenden zwei Millionen Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt sein können. Es ist daher äußerst problematisch, wenn einzelne ostdeutsche Landesregierungen offen eine weitere Expansion des zweiten Arbeitsmarktes fordern. Die Arbeitsmarktpolitik sollte vielmehr auf ihre sozialpolitischen Funktionen zurückgeführt werden. Eine strikte Zielgruppenorientierung wäre ein erster Schritt hierfür. Um die Brückenfunktion zu stärken, mag es auch hilfreich sein, die Qualifizierungskomponente zu verstärken. Eine Lösung für die Arbeitsmarktprobleme Ostdeutschlands wird sich aber nur finden lassen, wenn durch wachstumsorientierte Politik und/oder einen Strukturwandel zugunsten arbeitsintensiverer Produktionsweisen die Nachfrage nach Arbeit erhöht wird.

Wachstumsorientierung: die Strategie des „Aufschwung Ost“

Die Wirtschaftspolitik hat von Anfang an den Aufbau in den neuen Ländern tatkräftig begleitet. In Übereinstimmung mit Empfehlungen aus der Wissenschaft hat sie im Rahmen einer Strategie „Aufschwung-Ost“ die Wachstumskräfte in den neuen Ländern kräftig gefördert. Ausdruck dieser Wachstumsorientierung der Wirtschaftspolitik war unter anderem die schnelle *Privatisierung* als sanierungsfähig eingestuftes Staatsunternehmen durch die *Treuhandanstalt*, die Begünstigung von Investitionen in Ostdeutschland durch den massiven Einsatz des Instrumentariums der *Wirtschaftsförderung*, und schließlich die *Nachqualifizierung* des ostdeutschen Erwerbspersonenpotentials durch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Forderungen nach einer Erhaltung nicht wettbewerbsfähiger Strukturen – beschönigend als „industrielle Kerne“ bezeichnet – hat die Bundesregierung in dieser Phase des Aufbauprozesses hingegen eine deutliche Absage erteilt.

Problematische Akzentverschiebungen

Mit abnehmendem Tempo des Aufholprozesses und damit zunehmendem Problemdruck haben sich auch in der Wirtschaftspolitik die Prioritäten verlagert. Stand zunächst die Beseitigung bzw. Kompensation der aus jahrzehntelanger Vernachlässigung resultierenden Standortdefizite im Mittelpunkt, so rückten in den Jahren danach ausgleichs- und sozialpolitische Überlegungen in den Vordergrund, die vor allem aus einer falsch verstandenen Interpretation des grundgesetzlich fixierten Leitbilds der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ herrührten: Solange nämlich das Einkommensniveau in Ostdeutschland, so eine gängige Argumentation, noch immer deutlich hinter der



Blühende Landschaften

in wenigen Jahren zu schaffen, wäre zu viel versprochen gewesen. Zu stark danieder lag die Volkswirtschaft der DDR, mit veralteten Produktionsanlagen, zu geringer Produktivität, schlechter Infrastruktur und so fort. – Unser Bild zeigt die Ruine des Kraftwerks Hagenwerder bei Görlitz im Winter 2000.

Foto: dpa-Bildarchiv

Westdeutschlands zurückklage, bedürfe es fortdauernder Hilfen im Rahmen der Wirtschaftsförderung; mehr noch, solange am Markt nicht genügend Arbeitsplätze bereitstünden, sei auch ein hohes Niveau arbeitsmarktpolitischer Auffangmaßnahmen erforderlich. Diese Akzentverschiebung aber birgt Gefahren: In einer Marktwirtschaft kann nämlich der Staat nicht die Verantwortung für ein bestimmtes Einkommens- und Beschäftigungsniveau übernehmen; dieses ergibt sich erst aus dem dezentralen Handeln einer Vielzahl von Unternehmen. Hierfür jedoch muss die Politik Freiräume schaffen: Durch Rückführung der steuerlichen Belastung, durch Abbau leistungshemmender Regulierungen, durch Bereitstellung öffentlicher Güter. Hieran zu erinnern, tut gerade in Ostdeutschland Not, wo das Verständnis für marktwirtschaftliche Zusammenhänge nur gering ausgeprägt ist.

Sonderregelungen bei der Wirtschaftsförderung

Nach derzeitigem Rechtsstand gelten bis zum Ende des Jahre 2004 in Ostdeutschland Sonderregeln bei der Wirtschaftsförderung. Wichtigster Bestandteil dieser Sonderförderung-Ost sind die *Investitionszulagen* von bis zu 20 vH der Investitionssumme, die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und ausgewählter produktionsnaher Dienstleistungszweige gewährt werden; mit einer Zulage von 10 vH werden darüber hinaus – für einen kürzeren Zeitraum – Investitionen von Betrieben des Handwerks und des kleinflächigen innerstädtischen Einzelhandels gefördert. Außerdem können überregional tätige Unternehmen durch Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regio-

nen Wirtschaftsstruktur“ besonders gefördert werden. Schließlich findet auch das Instrumentarium der *Existenzgründungs- und Mittelstandsförderung* (zinsverbilligte Kredite der Förderbanken des Bundes) sowie der *Innovationsförderung* in Ostdeutschland Anwendung, zum Teil mit besonderen Konditionen.

An den derzeit gültigen Regelungen wird man – schon aus Gründen des Vertrauensschutzes – wohl nicht rütteln können. Über das Jahr 2004 hinaus sollte die besondere Wirtschaftsförderung für die neuen Länder aber nicht fortgeführt werden. Die einzig stichhaltige Begründung für die Sonderförderung liegt ja darin, dass sie der *Kompensation* von solchen Standortnachteilen dient, die letztlich dem DDR-Regime zuzuschreiben sind, wie Defiziten bei der Infrastruktur, bei der Eigenkapitalausstattung oder – schon fragwürdiger – der Stabilität des Unternehmenssektors. Diese *Standortdefizite* spielen jedoch schon heute längst nicht mehr die Rolle, die ihnen in anfangs der neunziger Jahre zukam. Hinzu kommt, dass die Anreizwirkung von Förderung mit zunehmender Gewöhnung abnimmt und die Wahrscheinlichkeit von lediglich durch die Förderung rentabel gemachter Fehlinvestitionen steigt. Nicht allein von der Begründung, sondern auch von der Wirksamkeit her ist die Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern deshalb heute viel weniger gerechtfertigt als zu Beginn des Transformationsprozesses. Ganz abgesehen davon: Manches spricht dafür, dass die Investitionsförderung zu einer Begünstigung kapitalintensiver Produktionen geführt hat, die nur geringe Beschäftigungseffekte aufweisen.

Wenn hier für eine Reduktion der Förderung plädiert wird, so geht es dabei, wohl gemerkt, nur um die Sonderförderung-

Ost. Förderung, die auch in Westdeutschland gewährt wird, kann den neuen Ländern nicht verweigert werden. Es sollten jedoch alle Programme der Wirtschaftsförderung nach 2004 bundeseinheitlich geregelt werden. Selbst dies würde – so zum Beispiel bei der an Messgrößen der regionalen Wirtschaftskraft orientierten Regionalförderung – noch immer eine Bevorzugung der neuen Länder bedeuten.

Forciert werden sollte der Ausbau einer wirtschaftsnahen Infrastruktur

Forciert werden sollte hingegen der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur als eine wichtige Voraussetzung für die Ansiedlung weiterer Unternehmen in den neuen Ländern. Hier liegt, trotz guten Ausbaustandes der vorhandenen überregionalen Straßen, noch einiges im Argen: Vor allem *auf kommunaler Ebene*, aber auch bei der Erweiterung des Fernverkehrsnetzes besteht noch immer Investitionsbedarf. Dies schließt nicht aus, dass einzelne Projekte aufgrund veränderter Bedarfsprognosen gestreckt oder gar ganz aufgegeben werden; ein Nachlassen der Anstrengungen auf diesem Gebiet würde aber den Aufholprozess hemmen und damit erneute Rufe nach einer Fortsetzung der Unternehmensförderung laut werden lassen. Auch mit Blick auf das Ziel des Subventionsabbaus wäre eine Rückführung der Investitionen in die wirtschaftsnahen Infrastruktur daher kontraproduktiv.

Fazit: Kein Grund für Pessimismus

Nimmt man alles zusammen, so wird klar, dass die Entwicklungsperspektiven für die neuen Länder keineswegs so schlecht sind, wie es in der Öffentlichkeit zuweilen vermittelt wird. Die gegenwärtig niedrigen Wachstumsraten dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass insbesondere in der Industrie ein Kern von leistungsfähigen Betrieben entstanden ist, die auf den deutschen wie auch auf den internationalen Märkten gut mithalten können und so auch der regionalen Wirtschaftsentwicklung Impulse geben. Und auch die fortgesetzte Schrumpfung in der Bauwirtschaft, so schmerzhafte diese für die Betroffenen auch ist, ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eher positiv zu bewerten, hat das Baugewerbe doch ein Gewicht erreicht, dass auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten ist.

Eine spannende Frage ist es, wann mit einer Angleichung der Lebensbedingungen in Ostdeutschland an westdeutsches Niveau gerechnet werden kann – hierin liegt ja eines der wesentlichen Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik. Das *Institut für Wirtschaftsforschung Halle* hat kürzlich Simulationsrechnungen zur mittelfristigen Entwicklung in den neuen Ländern vorgestellt (*Ragnitz u.a. 2000*). Trotz aller Unwägbarkeiten einer solchen Prognose zeigt es sich dabei, dass die Wachstumsraten des BIP in den nächsten 10 Jahren wieder deutlich anziehen werden und im Durchschnitt des Jahrzehnts bei mehr als 4 vH liegen werden. Dies ist deutlich mehr als in Westdeutschland (2 vH), so dass der Aufholprozess wieder an Fahrt gewinnen wird. Der Grund für

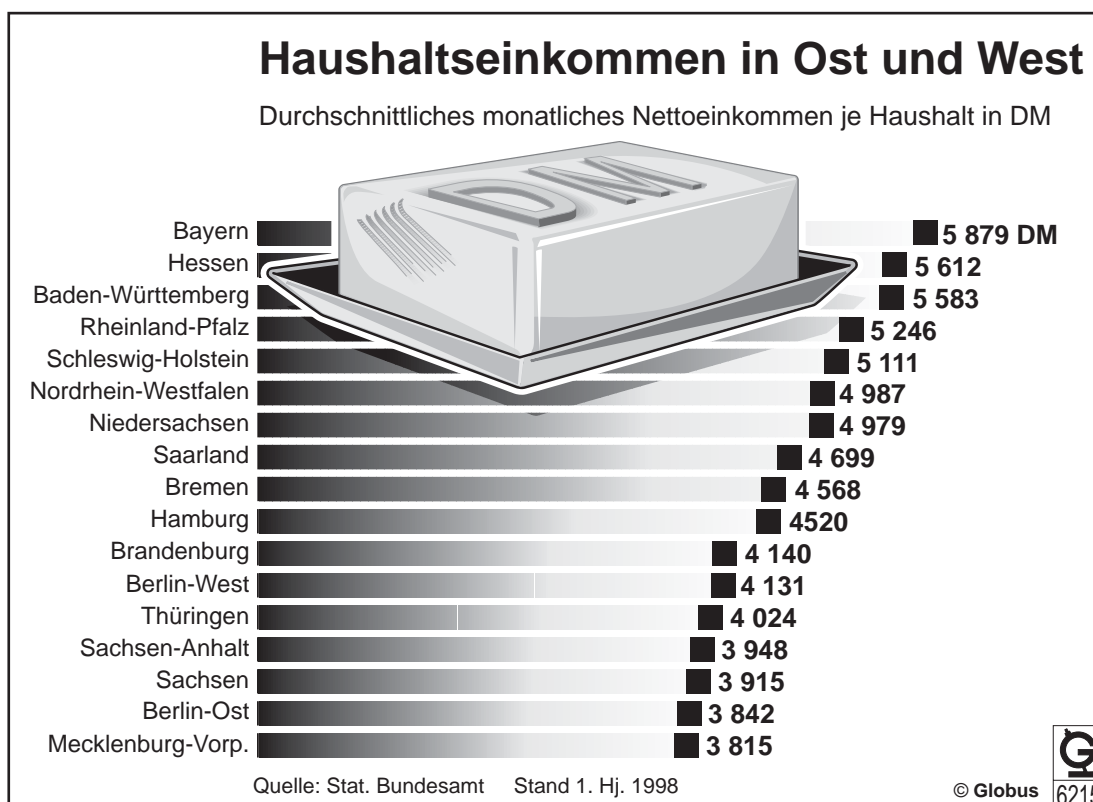
diese optimistische Prognose wird darin gesehen, dass die strukturelle Bereinigung im Bausektor allmählich ihrem Ende zugeht und danach die positiven Impulse aus der seit langem kräftig wachsenden Industrie und dem Dienstleistungssektor die Oberhand gewinnen.

Für eine deutliche Verbesserung der *Beschäftigungssituation* reicht dies allerdings nicht aus; die Arbeitslosenquote beträgt nach Einschätzung des IWH selbst dann noch 13 vH. Wichtigstes Ergebnis dieser Studie ist aber, dass im Jahre 2010 noch längst nicht das Westniveau bei den *Einkommen* erreicht sein wird; als realistisch wird vielmehr eine Annäherung des *Produktivitätsniveaus* auf dann knapp 70 vH des westdeutschen Wertes angenommen. Um innerhalb von 10 Jahren den bestehenden Rückstand von 40 Prozentpunkten bei der Produktivität aufzuholen, müsste das

Produktivitätswachstum in den neuen Bundesländern jedes Jahr um 4,5 Prozentpunkte über dem in Westdeutschland liegen. Dies aber ist ein hehres Ziel, was kaum erreichbar erscheint. Man wird sich daher darauf einrichten müssen, dass die neuen Länder, wenn auch bei regionalen Unterschieden, noch für lange Zeit ein niedrigeres Einkommensniveau aufweisen werden als der Durchschnitt Westdeutschlands – jedenfalls dann, wenn man von Transferleistungen abstrahiert, die heute ein deutlich höheres Angleichungsniveau bei den Haushaltseinkommen zulassen. Dies aber heißt, dass die Unterschiede in den Einkommen, in den Lebensbedingungen und in der Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen im vereinten Deutschland wohl für lange Zeit, wenn nicht gar auf Dauer größer sein werden als es in Westdeutschland vor 1989 der Fall war.

Literaturhinweise

- H. Willgerodt (1990), Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Gutachten für das Bundeskanzleramt, Köln.
 H. Siebert (1990a), Lang- und kurzfristige Perspektiven der deutschen Integration, in: Die Weltwirtschaft Heft 1/1990, S. 49-59.
 H. Siebert (1990b), The Economic Integration of Germany: An Update, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 160a, Kiel.
 A. Müller (2000), Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft stagniert, in: ifo-Schnelldienst, Heft 3/2000.
 J. Ragnitz, C. Dreger, W. Komar, G. Müller (2000), Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer, IWH-Sonderheft 2/2000, Halle.
 J. Ragnitz (1995), Wirtschaftliche Konsequenzen in Westdeutschland, in: R. Pohl (Hrsg.), Herausforderung Ostdeutschland – Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Berlin 1995, S. 437-451.
 G. Müller (2000), Nutzen und Kosten für die westdeutsche Wirtschaft infolge der Wiedervereinigung, in: D. Brümmerhoff (Hrsg.), Nutzen und Kosten der Wiedervereinigung, Baden-Baden 2000, S. 48-59.



Zwei Einkommensgefälle gibt es in Deutschland: Das eine zwischen West und Ost, das andere zwischen Süd und Nord. In Bayern, Baden-Württemberg und Hessen liegt das Haushaltseinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben bei über 5500 Mark – damit sind die Haushalte dort die wohlhabendsten der Republik. Die geringsten Einkommen werden in den neuen Bundesländern erzielt; – durchschnittlich müssen die Haushalte dort mit Einkommen von unter 4000 Mark zurechtkommen. – Das statistische Bundesamt ermittelte für 1998 ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 5020 Mark, der West-Durchschnitt betrug 5254 Mark, im Osten waren es 3956 Mark. Damit erreichten die Osthaushalte etwa drei Viertel des Haushaltsnettoeinkommen im Westen.

Globus

Das *politische* Buch

Wie die evangelische Kirche die DDR zu Fall brachte

Stefanie V. Gerlach
Staat und Kirche in der DDR
War die DDR ein totalitäres System?
Beiträge zur Politikwissenschaft, Band 75
Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main u.a. 1999;
255 Seiten, 79,- DM

In ihrer Arbeit „Staat und Kirche in der DDR“, geht Stefanie Gerlach der politikwissenschaftlich reizvollen Frage nach, ob die DDR ein totalitäres oder autoritäres System war. Dabei interessiert sie weniger die Analyse des Systems DDR, sondern die Wechselbeziehung zwischen dem politischen (Sub-)System Staat und dem (Sub-)System Evangelische Kirche in der DDR. S. Gerlach untersucht, ob die Evangelische Kirche in der DDR als ein eigenständiges Subsystem betrachtet werden kann und kommt zu dem Schluss, dass die Kirche durch Bewahrung ihrer politischen Eigenständigkeit den totalen Herrschaftsanspruch des SED-Systems abgewehrt und somit einen wesentlichen Beitrag zum Ende der DDR geleistet hat. Ihr theoretisches Überprüfungsgerüst *totalitär oder autoritär* gewinnt sie aus der kritischen Analyse der Totalitarismustheorien und der Anwendung von Niklas Luhmanns Systemtheorie auf das System DDR.

Das System DDR definiert sie als völkerrechtliches Territorium einschließlich der Bevölkerung, das aus verschiedenen Subsystemen besteht: „Der Staat, also die soziale, wirtschaftliche, rechtliche und politische Verfaßtheit, stellt dabei ein Subsystem dar. ... Aufgrund der Fähigkeit, seine Austauschprozesse mit seinen jeweiligen Umwelten nach eigenen Kriterien und Prinzipien zu regeln und diese zu modifizieren, ist der Staat ein autonomes Subsystem. Zudem besitzt er die Macht, für alle Mitglieder der Gesellschaft bindende Entscheidungen zu fällen. ... Ein weiteres autonomes Subsystem des Systems DDR könnte die Evangelische Kirche darstellen, vorausgesetzt sie war kein abhängiges Subsystem des Staates und besaß die Möglichkeit, ihre Wechselbeziehungen zu ihren Umwelten selbständig zu regeln“ (29). „Die meisten Totalitarismustheoretiker bezeichnen ein System als totalitär, wenn bestimmte Wesensmerkmale ausschließlich von einer gesellschaftlich relevanten Gruppe erfüllt werden ... Als gesellschaftlich, politisch relevantes Subsystem wird bezeichnet, wenn das Subsystem mindestens zwei der folgenden Eigenschaften erfüllt: Eine eigene Weltanschauung bzw. Ideologie – Die Möglichkeit der Einflußnahme auf die öffentliche Meinung als Informationsausstrahler – Ausbildung in der eigenen Weltanschau-

ung bzw. Ideologie – Erziehung in der eigenen Ideologie“ (30-31). „Im folgenden wird ein System als totalitär bezeichnet, wenn es nur noch ein relevantes autonomes Subsystem gibt“ (S. 30).

Sicher wird an dieser Stelle die Kritik laut werden, dass die Klärung der Frage, ob die DDR totalitär oder autoritär war, sich nicht auf das Machtverhältnis zwischen Kirche und Staat reduzieren lässt. Diese Kritik bleibt bestehen, dennoch erklärt sich der gewählte Ansatz der Autorin aus der Arbeit selbst. Stefanie Gerlach reduziert ihren Untersuchungsgegenstand auf die beiden Subsysteme Staat und Kirche, um die unzulängliche Definition der DDR der Totalitarismus-Forschung als durchgängig totalitäres System zu modifizieren.

Die Geschichte der DDR zerlegt sie in vier Zeitabschnitte: I. Phase: 1947 – 1970: Konfrontation mit dem Staat; II. Phase: 1971 – 1978: Vom Konflikt zur Kooperation; III. Phase: 1979 – 1986: Die DDR-Kirchen zwischen Kooperation und Abgrenzung; IV. Phase 1987 – 1988: Von der Kooperation zur Konfrontation mit dem Staat. Das Jahr 1989 nimmt S. Gerlach bewusst aus der Analyse. Die einzelnen Phasen beschließt sie jeweils mit einem Fazit zu der Frage: „Ist im betrachteten Zeitabschnitt das Subsystem Staatsmacht der DDR in seinem Verhältnis zum Subsystem Evangelische Kirche als totalitär oder als autoritär zu charakterisieren?“

Diese Einteilung ermöglicht einen schnellen Überblick. Die Überschriften der Unterabschnitte bieten einen interessanten Einblick in die Entwicklungen des Gesamtverhältnisses Staat und Evangelische Kirche. Das Ergebnis der intensiven Quellenarbeit der Autorin eröffnet der Leserin in den einzelnen Kapiteln eine quantitative Fülle an historischen Ereignissen wie die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz oder die Blues Messen von Rainer Eppelmann. Sicher sind die teilweise eigenwilligen Deutungen der Ereignisse zu kritisieren. Insgesamt jedoch erzählen die Ereignisse die Geschichte der Evangelischen Kirche in der DDR zwischen Anpassung und Widerstand und die Geschichte einer folgenschweren Fehleinschätzung der DDR-Funktionäre des demokratischen Subsystems Evangelische Kirche.

In der ersten Phase baut W. Ulbricht den totalitären Staat aus. Die Kirche soll auf eine Sakramental- und Kultgemeinschaft reduziert werden. Das Kircheneinzugsverfahren wurde abgeändert und die FDJ als sozialistische Jugendorganisation konkurrierte und verdrängte die evangelische Erziehungs- und Bildungsaufgabe. Die Verbindung zwischen der Ost-EKD und West-EKD wurde sanktioniert und mit der neuen Verfassung der DDR für verfassungswidrig erklärt. Als Folge lösten sich die acht östlichen Kirchenleitungen 1969

von der EKD und gründeten die BKD. Der Konfrontationskurs des Staates gegenüber der Kirche zeigte sich besonders in der Auseinandersetzung um das Recht der Wehrdienstverweigerung. Wenn auch der Staat seit 1964 die Möglichkeit des Bausoldaten einrichtete, verlor die Kirche den Kampf mit dem Staat: ihre Forderung nach einem Recht auf Kriegsdienstverweigerung musste sie zurücknehmen. Der Einfluss der Kirche auf gesellschaftliche und weltanschauliche Fragen wurde zurückgedrängt. Trotz des Konfrontationskurses nutzte der Staat nach dem Mauerbau 1961 paradoxerweise die guten Westkontakte der Evangelischen Kirche für ihre Transfergeschäfte mit dem Westen.

In der zweiten Phase wandelt sich die Haltung des Staates gegenüber der Kirche von Konfrontation zu Duldung, so das Urteil von S. Gerlach. Der Staat gewährt die innerkirchlichen Freiräume und die Rolle der Kirche als gesellschaftliche Wächterin. Mit der Helsinki-Akte von 1975 erhält die Kirche staatliche Anerkennung und somit auch mehr Handlungsfreiheit. Weitere Zugeständnisse folgen, nachdem E. Honecker im Oktober 1976 den „ideologischen Ausschließlichkeitsanspruch aufhebt, indem er das Christentum als eine mögliche Weltanschauung akzeptierte“ (S. 226). Seit 1978 durfte die Kirche eine eigene Fernsehsendung ausstrahlen. Dadurch wurde sie als autonomes Subsystem anerkannt und ihr gleichzeitig Einfluss auf die DDR-Bevölkerung staatlicherseits eröffnet. Die zweite Phase ist geprägt durch die Formel „Kirche im Sozialismus“, die den Kirchen den Vorwurf der Anpassung einbringt. Erst nach der Selbstverbrennung des O.Brüsewitz entflammen heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche über den staatsfreundlichen Kurs der Evangelischen Kirche (S.112). Staatliche Stellen reagieren mit verstärkter Kontrolle kirchlicher Aktivitäten. In der zweiten Phase, so S. Gerlach, erweiterten sich das Handlungsfeld und der Einfluss der Kirche auf das System DDR (S. 226).

In der dritten Phase tendieren die Reformen des Staates dahin, den Handlungsrahmen der Kirche nicht weiter einzuschränken. „Zwar versuchte der Staat in diesen Jahren, eine unabhängige Friedensbewegung außerhalb der Kirche zu unterbinden, aber innerhalb der Kirche duldete der Staat die Friedensgruppen“, auch wenn dies zu Spannungen zwischen den beiden Subsystemen führte (S. 149 ff.) Mit einer ähnlich verhaltenen Repressionspolitik reagierte die Staatsführung auf die verfassungsfeindlichen Äußerungen während der Blues-Messen von R. Eppelmann (S. 136 ff.). Dennoch überwachte die Staatsführung in der gesamten Phase kirchliche Aktivitäten, aber offene Repression wurde vermieden.

In der vierten Phase von 1987 bis 1988 politisiert sich die Evangelische Kirche durch politische Aktivitäten ihrer Basisgruppen und augenscheinlich zunehmender sozialer Probleme in der DDR-Gesellschaft. Ausreiseanträge häufen sich und ein sozialer Friedensdienst wird eingefordert. „Auf diese Entwicklung reagierte der Staat mit restriktiven Maßnahmen, wie die Durchsuchung der Umweltbibliothek, Verhaftungen bei der Luxemburg-Liebknicht-Demonstration etc., um die sich bildende Opposition im kirchlichen Bereich zurückzudrängen“ (S. 227). Die Staatsführung erkennt jedoch die Kirchenleitungen als gesellschaftspolitisches Sprachrohr an und gesteht ihr eine Vermittlerrolle in der Auseinandersetzung mit Basisgruppen und einzelnen Oppositionellen zu (S. 188 ff.). Den vornehmlich gewaltfreien Weg zur Regelung der Konflikte wählte der Staat, um keinen außenpolitischen Schaden zu nehmen, aber sicher auch, weil der Kreis der Oppositionellen schon weite Teile der Bevölkerung erfasst hatte. Das Ende des DDR-Staates nahte.

Nach der vierten Phase kommt *Stefanie Gerlach* zu der abschließenden Einschätzung, dass die DDR sich von ihrer ersten Phase unter Ulbricht, als totalitär zu bezeichnen ist. Jedoch wandelte sich nach dem Führungswechsel unter *E. Honecker* das System DDR in ein mehr und mehr als autoritär zu charakterisierendes System (S.228). Dieses Ergebnis ist nach ihrem Ansatz schlüssig. In ihrem letzten Fazit stellt die Autorin, die für Demokratisierungstheoretiker/innen eine interessante als auch nachzuprüfende These auf: „Generell bedeutet dies, dass die Duldung einer basisdemokratischen Organisation in einem totalitären Staat im Laufe der Zeit zu einer Aufhebung der Herrschaftstotalität des Staates führte“ (229). Eine gelungene Arbeit, die Interessierte zum Lesen animiert und eine differenzierte Einschätzung der Rolle der Evangelischen Kirche in der DDR bietet.

Gertrud Gandenberger

Die neue Gemeindeverfassung von Nordrhein-Westfalen

Klaus Schulenburg

Direktwahl und kommunalpolitische Führung.

Der Übergang zur neuen Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen

Birkhäuser Verlag Basel – Boston – Berlin 1999, 502 Seiten, 54,- DM

Nordrhein-Westfalen hat gewählt. Anders als die vergangenen 50 Jahre. 1999 wurden die Kommunalwahlen im größten deutschen Bundesland zum ersten Mal nach einer neuen Gemeindeordnung durchgeführt. Die Veränderungen für die Bürgerinnen und Bürger, für Parteien und Kommunalpolitiker sind groß und die Vorbereitungen auf die Wahl haben längere Schatten vorausgeworfen als bei den Wahlen zuvor.

Wie kam es zu der vollzogenen Neuordnung? Was hat sich konkret verändert? Welche Auswirkungen hat die neue Gemeindeordnung?

Eine sehr gelungene Beschäftigung mit den „Neuerungen“ im westlichen Bundesland hat *Klaus Schulenburg* vorgelegt. Das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen hat die Begleituntersuchung in Auftrag gegeben, um den Prozess rückblickend bewerten und eine kontinuierliche Beobachtung zu ermöglichen.

Schulenburg geht es in seiner Arbeit darum, „Erkenntnisse über die alte Gemeindeordnung zu sichern, die Übergangsphase zu dokumentieren und gegebenenfalls erste Veränderungen durch die neue Gemeindeordnung festzustellen“ (*Schulenburg*, S. 5).

Kommunalwahlen in Deutschland sind durch Individualität in den einzelnen Bundesländern gekennzeichnet. Geschichte und Tradition prägen die Gemeindeordnungen der Bundesländer. *Schulenburgs* Untersuchung ist trotzdem über die Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens hinaus von Interesse. Fragen nach den Auswirkungen von Gesetzesänderungen, und hier ganz speziell die Frage: welche Gemeindeordnung bringt welchen Typ von (Ober-) Bürgermeister/in hervor, ist für alle Bundesländer von Interesse. Eine Stärkung des Amtes, und man kann davon ausgehen, dass es sich bei den Veränderungen um eine Stärkung handelt, ist mit einer Stärkung der Städte und Gemeinden verbunden. Damit nimmt die Bedeutung der kommunalpolitischen Ebene im System der Bundesrepublik zu. Die Städte in Nordrhein-Westfalen, mit einer hohen Anzahl an Großstädten, können an Macht und Einfluß auf der politischen Ebene oder in Verbänden (zum Beispiel dem Deutschen Städtetag) gewinnen, was Verschiebungen in der Bewertung der kommunalpolitischen Landschaft in ganz Deutschland zur Folge haben könnte.

Der Zeitpunkt für die Untersuchung ist richtig gewählt. Das alte System bestand noch, das neue System war teilweise schon installiert und wird vielfach diskutiert.

Schulenburg erhob seine Erkenntnisse durch die Auswertung statistischer Daten und mittels einer schriftlichen Befragung aller in 396 Städten und Gemeinden tätigen ehrenamtlichen Bürgermeister, Gemeindedirektoren und den bereits im Amt befindlichen hauptamtlichen Bürgermeister. Zudem schloß sich eine mündliche Befragung von Bürgermeistern, Verwaltungsmitarbeitern und Fraktionsvorsitzenden in zehn ausgewählten Städten an. Den Schwerpunkt der Untersuchung legt *Schulenburg* auf die Frage nach den Veränderungen bei der Aufgabe der Doppelspitze in den Rathäusern. Diese Gewichtung ist richtig gewählt, da gerade dieser Punkt in Nordrhein-Westfalen zu langen und kontroversen Diskussionen geführt hat. Bisher waren Nordrhein-Westfalens Städte zweigeteilt registriert. Die Verwaltung wurde von einem Oberstadtdirektor geführt, die politische Verantwortung

trug der vom Rat gewählte, ehrenamtlich tätige, (Ober-)Bürgermeister. Damit sollte nun Schluss sein, die Spitze bildet, wie in Baden-Württemberg, eine Person, die direkt vom Volk gewählt wird. *Schulenburg* stellt in seiner Arbeit die unterschiedlichen Wahrnehmungen von Gemeindedirektor und ehrenamtlichen Bürgermeistern dar, und analysiert Gründe für die jeweiligen Haltungen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass bei der Zweiköpfigkeit „im politischen Bereich von einer an Mehrheitsfindung und Machterhalt orientierten und im Verwaltungsbereich von einer an formalen und fachlichen Aspekten orientierten Rationalität“ ausgegangen werden kann (S. 102). Ob die Aufgabe der Doppelspitze zu einer Verbindung beider Aspekte führt, bleibt offen und kann erst in Zukunft beantwortet werden.

Vor- und Nachteile der Neuordnung aus Sicht der Betroffenen werden von *Schulenburg* aufgegriffen. Die Aufarbeitung der aufgeführten Argumente bildet einen wichtigen und - über die Landesgrenzen hinaus - interessanten Teil der Arbeit. Jede Gemeindeordnung läßt sich (auch wenn die Daten nicht unmittelbar übertragbar sind, so können sie doch als Grundlage dienen) an Hand der Argumente auf Effektivität und Wirkweise überprüfen. Umgekehrt können Erfahrungen aus anderen Bundesländern - wie gerade Baden-Württemberg, das auf eine lange Tradition von starken, direkt gewählten Bürgermeistern zurückblickt - für Nordrhein-Westfalen als Vergleich wichtig sein, worauf *Schulenburg* immer wieder zurückgreift.

Nicht nur die rechtlichen Grundlagen haben Auswirkungen auf die Verfassungswirklichkeit, auch die Größe der Städte, sozio-ökonomische Strukturen, persönliche Konstellationen und politisch-kulturelle Faktoren sind wichtige Bestimmungsfaktoren, die *Schulenburg* bei der Betrachtung der kommunalen Entscheidungsstrukturen berücksichtigt hat.

Eine Bewertung der Auswirkungen der neuen Gemeindeordnung auf die zukünftigen (Ober-)Bürgermeister/innen leistet *Schulenburgs* Arbeit nicht. Die erste direkte Wahl stand zum Zeitpunkt der Untersuchung noch bevor und konkrete Vorstellungen über Wahlkampfstrategie oder Kandidaten waren noch nicht vorhanden. Die „psychologische Bedeutung“ (S. 391) der Veränderungen stuft *Schulenburg* auf alle Fälle für hoch ein. Die Analyse der Wahl selbst erfordert eine gesonderte Betrachtung.

Schulenburg ist mit der Arbeit eine fundierte Grundlage für die zukünftige Beurteilung der nordrhein-westfälischen Kommunalstrukturen gelungen. In sehr übersichtlicher Aufmachung findet der Leser schnell und gezielt Daten, Bewertungen und Beschreibungen der Übergangsphase zur neuen Gemeindeordnung. Erfreulich ist die von *Schulenburg* gewählte Sprache. Er verzichtet weitgehend auf komplizierte technische Begriffe, die das Lesen oft unnötig erschweren, ohne dadurch den wissenschaftlichen Kontext zu verlassen.

Anja Scholz

INHALTSÜBERSICHT

1. ZENTRALE THEMEN

Heft 1: Die Türkei vor den Toren Europas

<i>Wolf Hütteroth</i>	Schwellenland Türkei	2
<i>Fikret Adanir</i>	Der Weg der Türkei zu einem modernen europäischen Staat	10
<i>Günter Seufert</i>	Die türkische Gesellschaft im Umbruch	19
<i>Erhard Franz</i>	Wie demokratisch ist die Türkei?	27
<i>Heidi Wedel</i>	Frauen in der Türkei	37
<i>Wulf Martin</i>	Die Wirtschaft der Türkei	42
<i>Udo Steinbach</i>	Die Außenpolitik der Türkei	50
<i>Ahmet Bayas</i>	Das Türkei-Bild der Deutschen und das Deutschland-Bild der Türken	55

Heft 2: Der Rhein

<i>Michael Erbe</i>	Der Rhein als Nationalsymbol	71
<i>Christoph Bernhardt</i>	Die Rheinkorrektion	76
<i>Werner Konold</i>	Die Regulierung des Bodensees: eine alte Geschichte	82
<i>Paul Engelkamp</i>	Die Rheinschiffahrt	87
<i>Daniel Vischer</i>	Von der Wasserstraße zur Energieachse	93
<i>Volker Späth/Albert Reif</i>	Auenwälder am Oberrhein	99
<i>Alexander Frisch/Peter Jehle</i>	Naturschutz-Projekte an Hoch- und Oberrhein	106
<i>Alexander Ostermann</i>	Auf dem Weg zu einem europäischen Zentralraum	114
<i>Roland Hahn</i>		

Heft 3: Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

<i>Gábor Paál</i>	Bewusstsein: eine harte Nuss	127
<i>Kurt Sauerborn</i>	Herz-Kreislauf-Krankheiten	130
<i>Stefanie Seltmann</i>	Krebs im 21. Jahrhundert	135
<i>Reinhard Spiegelhauer</i>	Ersatzteillager Mensch?	139
<i>Stefanie Seltmann</i>	Das menschliche Erbgut	142
<i>Kurt Sauerborn</i>	Kinder nach Maß?	146
<i>Susanne Irmen</i>	Die Rückkehr der Seuchen	150
<i>Markus Bohn</i>	Mehr als Plaste und Elaste	154
<i>Markus Bohn</i>	Die Steigerung von „klein“: Mini, Mikro, Nano	158
<i>Klaus Herbst</i>	Der Computer der Zukunft	162
<i>Hermann-Michael Hahn</i>	Der Griff nach den Sternen	165
<i>Frank Niess</i>	Macht und Ohnmacht der Experten	169

Heft 4: Deutschland Ost und Deutschland West

<i>Martin und Sylvia Greiffenhagen</i>	Zwei politische Kulturen?	179
<i>Gerhard Lehbruch</i>	Die deutsche Vereinigung: Kaltstart oder Fehlstart?	186
<i>Jörn Mothes und Jochen Schmidt</i>	Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit	192
<i>Oscar W. Gabriel</i>	Ein demokratischer Konsens in Ost und West?	196
<i>Ursula Hoffmann-Lange</i>	Elite West – Elite Ost?	203
<i>Ulrich Eith</i>	Politisch zweigeteilt?	211
<i>Martin Sterr</i>	Kirche und Kirchlichkeit	218
<i>Beate Rosenzweig</i>	Opfer, Verliererinnen, ungleiche Schwestern?	225
<i>Wolfgang Seibel</i>	Die „Treuhand“ als „Winkelried“	231
<i>Joachim Ragnitz</i>	Die Wirtschaft in Deutschland Ost und in Deutschland West	237

2. SONDERVERÖFFENTLICHUNGEN

Angelika Hauser-Hauswirth
50 Jahre "Der Bürger im Staat"

Vereine und Politik 59
Heft 4, Sonderteil S. 1-16

3. BUCHBESPRECHUNGEN

Wolfgang Rudzio	Das politische System der Bundesrepublik Deutschland	63
Hiltrud und Karl-Heinz Naßmacher	Kommunalpolitik in Deutschland	63
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.)	Baden-Württemberg 2000.	63
Orlando Figes	Die Tragödie eines Volkes.	64
Gerd Koenen	Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?	65
Gerd Hepp/Herbert Schneider (Hrsg.)	Schule in der Bürgergesellschaft	65
Theodor Eschenburg	Letzten Endes meine ich doch.	66
Manfred Hildermeier	Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991.	119
Winfried Hermann/Eva Proschek/ Richard Reschl (Hrsg.)	Lokale Agende 21.	120
Zukunftskommission Gesellschaft 2000 (Hrsg.)	Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft.	121
Hartwig Behr, Horst F. Rupp	Vom Leben und Sterben. Juden in Creglingen	122
Gerhard Naser	Lebenswege Creglinger Juden	122
Matthias Rüb	Kosovo	123
Elmar Blessing	Die Kriegsgefangenen in Stuttgart.	123
Hans Dieter Eheim	Leben unter Scheunentoren. Begegnungen mit einem Dorf im Hohenlohischen	124
Robert Kurz	Schwarzbuch des Kapitalismus	176
Stefanie V. Gerlach	Staat und Kirche in der DDR	242
Klaus Schulenburg	Direktwahl und kommunalpolitische Führung	243

----- bitte hier abtrennen -----

Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur 25,- DM, viermal im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg,
Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung
für den Jahresbezugspreis in Höhe von 25,- DM.

Name, Vorname bzw. Organisation

Geldinstitut

Straße, Hausnummer

Konto-Nummer

BLZ

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 4160, 70779 Filderstadt.

Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift



Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38 · 70184 Stuttgart
Telefon (07 11) 16 40 99-0
Telefax (07 11) 16 40 99-77
E-Mail lpb@lpb.bwue.de
Internet <http://www.lpb.bwue.de>

Telefon Stuttgart (07 11) 16 40 99-0

Durchwahlnummern
Direktor: Siegfried Schiele -60
Referentin des Direktors: Sabine Keitel -62
Stabstelle Marketing:
Leiter: Werner Fichter -63
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

Abteilung I Verwaltung (Günter Georgi)

Fachreferate

I/1 Grundsatzfragen: Günter Georgi -10
I/2 Haushalt und Organisation: Jörg Harms -12
I/3 Personal: Gudrun Gebauer -13
I/4 Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich .. -14
I/5** Haus auf der Alb: Erika Höhne (0 71 25) 152-109

Abteilung II Adressaten (Karl-Ulrich Templ, stellv. Direktor)

Fachreferate

II/1 Medien: Karl-Ulrich Templ -20
II/2** Frieden und Sicherheit: Wolfgang Hesse. (0 71 25) 152-140
II/3 Lehrerfortbildung: Karl-Ulrich Templ -20
II/4* Schülerwettbewerb:
Reinhard Gaßmann -25, Monika Greiner . . -26
II/5 Außerschulische Jugendbildung: Wolfgang Berger . -22
II/6** Öffentlicher Dienst: Eugen Baacke (0 71 25) 152-136

Abteilung III Schwerpunkte (Konrad Pflug)

Fachreferate

II/1** Landeskunde/Landespolitik:
Dr. Angelika Hauser-Hauswirth (0 71 25) 152-134
III/2 Frauenbildung: Christine Herfel -32
III/3** Zukunft und Entwicklung:
Gottfried Böttger (0 71 25) 152-139
III/4** Ökologie: Dr. Markus Hug (0 71 25) 152-146
III/5* Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel -35
III/6** Europa: Dr. Karlheinz Dürr (0 71 25) 152-147
III/7* Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug -31

Abteilung IV Publikationen (Prof. Dr. Hans-Georg Wehling)

Fachreferate

IV/1 Wissenschaftliche Publikationen
Redaktion „Der Bürger im Staat“:
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling -41, -40
IV/2 Redaktion „Politik und Unterricht“: Otto Bauschert . . -42
IV/3 Redaktion „Deutschland und Europa“:
Dr. Walter-Siegfried Kircher -43
IV/4 Didaktik politischer Bildung: Siegfried Frech -44

Abteilung V Regionale Arbeit (Dr. Ernst Lüdemann)

Fachreferate/Außenstellen

V/1 Freiburg: Dr. Michael Wehner (0 71 25) 2 07 73 77
V/2 Heidelberg: Dr. Ernst Lüdemann (0 62 21) 60 78-14
V/3* Stuttgart: Dr. Iris Häuser, Peter Trummer (0 71 1) 16 40 99-50
V/4 Tübingen: Rolf Müller (0 70 71) 2 00 29 96

Anschriften

Hauptsitz in Stuttgart (s. links)

* 70178 Stuttgart, Sophienstraße 28–30,
Telefax (07 11) 16 40 99-55
** Haus auf der Alb
72574 Bad Urach, Hanner Steige 1,
Tel. (0 71 25) 152-0, Telefax (0 71 25) 152-100

Außenstelle Freiburg

Friedrichring 29, 79098 Freiburg,
Telefon (07 61) 20 77 30, Telefax (07 61) 2 07 73 99

Außenstelle Heidelberg

Friedrich-Ebert-Anlage 22–24, 69117 Heidelberg,
Telefon (0 62 21) 60 78-0, Telefax (0 62 21) 60 78-22

Außenstelle Stuttgart

Sophienstraße 28–30, 70178 Stuttgart,
Telefon (07 11) 16 40 99-51, Telefax (07 11) 16 40 99-55

Außenstelle Tübingen

Herrenberger Straße 36, 72070 Tübingen,
Tel. (0 70 71) 2 00 29 96, Telefax (0 70 71) 2 00 29 93

Bibliothek Bad Urach

Bibliothek/Mediothek Haus auf der Alb, Bad Urach

Gordana Schumann, Telefon (0 71 25) 152-121

Dienstag 13.00–17.30 Uhr

Mittwoch 13.00–16.00 Uhr

Publikationsausgabe Stuttgart

Staffenbergstraße 38

Ulrike Weber, Telefon (07 11) 16 40 99-66

Montag 9–12 Uhr und 14–17 Uhr

Dienstag 9–12 Uhr

Donnerstag 9–12 Uhr und 14–17 Uhr

Nachfragen

„Der Bürger im Staat“

Ulrike Hirsch, Telefon (07 11) 16 40 99-41

E-Mail ulrike.hirsch@lpb.bwl.de

„Deutschland und Europa“

Sylvia Rösch, Telefon (07 11) 16 40 99-45

E-Mail sylvia.roesch@lpb.bwl.de

„Politik und Unterricht“

Sylvia Rösch, Telefon (07 11) 16 40 99-45

E-Mail sylvia.roesch@lpb.bwl.de

Publikationen (außer Zeitschriften)

Ulrike Weber, Telefon (07 11) 16 40 99-66

Bestellungen

schriftlich an die zuständigen Sachbearbeiterinnen (s.o.):

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart,

Telefax (07 11) 16 40 99-77,

online: <http://www.lpb.bwue.de>

Themen der nächsten Hefte:

Der Wald

Russland im Umbruch

DER BÜRGER IM STAAT

50 Jahre



1

JAHRGANG 1 HEFT 1

JANUAR 1951

50 Jahre „Der Bürger im Staat“

Ein Rückblick auf die älteste Einrichtung politischer Bildung in der Bundesrepublik

Von Hans-Georg Wehling

Baden-Württemberg weist die älteste Einrichtung politischer Bildungsarbeit im öffentlichen Auftrag aus. Vor genau 50 Jahren, am 21. Dezember 1950, ist in Stuttgart auf Beschluss der damaligen Regierung von Württemberg-Baden die „Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT e. V.“ ins Leben gerufen worden, aus der Erkenntnis heraus, dass die junge deutsche Demokratie der Demokraten bedürfe, um sich dauerhaft festigen zu können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit politischer Bildung als öffentliche Aufgabe. Um jedoch die nötige Staatsferne zu wahren – so der Ausgangsgedanke –, sollte eine unabhängige Organisationsform gewählt werden. Das geschah in Gestalt eines eingetragenen Vereins, wengleich mit Finanzmitteln aus dem Landeshaushalt und unter Aufsicht des Staates. Wichtig erschien, alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Kräfte in diese Aufgabe mit einzubeziehen: Kirchen und Gemeinden, Gewerkschaften und Arbeitgeber, Bauern und Vertriebene, Jugendverbände und Volkshochschulen, Massenmedien. Von zentraler Bedeutung wurde von den Gründern die Herausgabe einer Zeitschrift angesehen. Sie erhielt den Namen „Der Bürger im Staat“ und erschien erstmalig im Januar 1951.

Der Gründung der Arbeitsgemeinschaft vorausgegangen waren Vorgängerorganisationen in Freiburg, Tübingen und Mannheim/Heidelberg und auch in Stuttgart, wovon das Tübinger „Büro für Heimatdienst“ die am stärksten formalisierte Form einer staatlichen Behörde im Geschäftsbereich des Innenministeriums besaß. Nach Bildung des Landes Baden-Württemberg 1952 musste so die Tübinger Einrichtung erst in einen Verein verwandelt werden, um einen Zusammenschluss der Einrichtungen auf gleicher Rechtsgrundlage möglich zu machen. Als Erbe dieser Anfänge geblieben ist die territoriale Gliederung der Landeszentrale für politische Bildung in Außenstellen, eine Organisationsform, die sich bewährt hat. Den Blick zurück auf die Anfänge lenken der Historiker, der Zeitzeuge – zudem exemplarisch auf die Außenstellen – und der gegenwärtige Schriftleiter der Zeitschrift.

Zieht man das Resümee dieser zurückblickenden Beiträge, dann fällt Folgendes auf:

1. *Der hohe Stellenwert, den die Politik der Institutionalisierung politischer Bildungsarbeit zumaß.* Landesregierung und Landtag selbst waren es, die die institutionellen Voraussetzungen politischer Bildung schufen, Minister und leitende Ministerialbeamte fühlten sich gleichermaßen zuständig, ja ausdrücklich verpflichtet, politische Bildungsarbeit zu fördern.
2. *Politische Bildung im öffentlichen Auftrag wurde als unabhängig und überparteilich definiert.* Der Staat selbst hatte politische Bildung zu ermöglichen, nicht zuletzt durch die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel im Haushaltsplan. Darüber hinaus wurde politische Bildung als Gemeinschaftsaufgabe aller politischen Parteien und aller gesellschaftlichen Kräfte wahrgenommen, die entsprechend institutionell eingebunden wurden.
3. *Von Anfang an standen Publikationen im Vordergrund. Dazu wurde eigens eine Zeitschrift gegründet, durch Regierungs- und Landtagsbeschluss.* Für dieses Vorhaben nahm man sogar den Konflikt mit dem Verband der Zeitschriftenverleger in Kauf.
4. *Die Nähe von politischer Bildung und Politikwissenschaft.* Ein Blick auf die Namen hauptamtlicher Mitarbeiter und ehrenamtlicher Referenten macht das deutlich. Politische Bildung wurde als Durchgangsstation für Wissenschaftler mit Zukunft angesehen. Wissenschaftler und politische Bildung haben durch die Nähe zueinander profitiert, und zwar beide Seiten. Diese Nähe drückte sich auch räumlich aus, indem die Außenstellen sich in den Universitätsstädten Heidelberg, Freiburg, Stuttgart und Tübingen angesiedelt hatten. Wäre der Sitz des Regierungspräsidiums maßgeblich gewesen, hätte die Außenstelle nicht in Heidelberg, sondern in Karlsruhe sein müssen. – Die zunehmende Professionalisierung sowohl der Politikwissenschaft als auch der politischen Bildung führten zu einer zunehmenden Abschottung: zum Schaden für beide Seiten.

Demokratiegründung und Institutionalisierung politischer Bildung hängen zusammen

Die „Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT“ als Vorläufer der Landeszentrale

Zur Vorgeschichte der Landeszentrale Baden-Württemberg

Von Uwe Uffemann

Prof. Dr. Uwe Uffemann lehrt Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und hat die Vorgängerorganisation der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erforscht.

Die Zeitschrift trägt den Namen der Arbeitsgemeinschaft weiter

Die Zeitschrift heißt immer noch *Der Bürger im Staat*. Aus der 1950 in Württemberg-Baden gegründeten Arbeitsgemeinschaft gleichen Namens ist 1972 die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg geworden. Am Anfang war völlig offen, ob der zweite Anlauf gelingen würde, eine staatlich veranlasste, überparteiliche, außerschulische Erziehung zum demokratisch ausgerichteten politischen Denken zu schaffen.

Das Anfang 1946 gebildete Amt für Heimatdienst das unter amerikanischer Besatzungsherrschaft stehenden, 1945 neu gegründeten Landes Württemberg-Baden war Anfang 1947 wieder aufgelöst worden, weil man sich über Konzept, Personal, Adressaten und Erfolgsbilanz uneins war. Der Verfasser hat 1992 ausführlich über diese Einrichtung berichtet.¹ Er hat das vorschnelle „Aus“ eines hoffnungsvollen Ansatzes, der zur schonungslosen Aufklärung über den Nationalsozialismus beitragen wollte, bedauert und die Betrachtung so geschlossen: „1950 sollte es werden, bis im Land Württemberg-Baden ein neuer Anfang gewagt und zum Erfolg geführt werden konnte.“²

Aus Anlass der fünfzigsten Wiederkehr des Gründungsjahres der späteren Landeszentrale für politische Bildung des Südweststaates, in die auch das Büro für Heimatdienst des Landes Württemberg-Hohenzollern integriert wurde,³ ist es Zeit, die 1992 bereits beschriebene Gründung der Arbeitsgemeinschaft erneut aufzugreifen, darüberhinaus aber darzustellen, wie *Der Bürger im Staat* 1951/52 gehen zu lernen begann.⁴

„Den heutigen Staat geistig zu untermauern“

Der Gedanke, eine Landeszentrale für Heimatdienst zu errichten, steht offensichtlich nicht in der Kontinuität zu den bis 1948 geäußerten Absichten, das Amt für Heimatdienst wieder aufleben zu lassen. In der gesamten Gründungsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft *Der Bürger im Staat* wird niemals auf das 1947 aufgelöste Amt für Heimatdienst

verwiesen: Das ist schon ein erstaunliches Faktum. Bereits aus dem Dezember 1949 liegt ein Aktenvermerk über die frühere Reichszentrale für Heimatdienst von dem 1950 zum ersten Geschäftsführer der *Arbeitsgemeinschaft Der Bürger im Staat* berufenen Dr. Fritz Hans Betz vor.⁵ Dieser war Ende 1948 als Vertreter der neu entstandenen Deutschen Statistischen Gesellschaft an das von der amerikanischen Besatzungsmacht ins Leben gerufene und finanzierte Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e.V. delegiert worden und leitete dort die Abteilung für Wirtschafts- und Sozialfragen. Die Aufgabenstellung des Institutes reichte nach Angaben von Betz „von der Flüchtlingsfrage über die damals im Rahmen der Entflechtung der Großbetriebe, wie der einstigen IG-Farben, neu entdeckte Kartellpolitik bis hin zur Demoskopie ... oder zu ‚Soldatentagungen‘ im Hinblick auf die nahe Wiederaufrüstung“⁶. In diesem Aufgabenfeld war Betz offensichtlich mit der Information über die ehemalige Reichszentrale für Heimatdienst betraut worden, über deren Wiedererrichtung Gedanken, wie er am 8. November 1950 nach Stuttgart meldete, „schon seit Jahr und Tag ja in Regierungskreisen“ spuken.⁷ Die Reichszentrale für Heimatdienst und nicht das württemberg-badische Amt für Heimatdienst war auch für Finanzminister Dr. Edmund Kaufmann der Orientierungspunkt in seinem Schreiben vom 3. Juni 1950 an Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, in dem er die Schaffung eines Organs Heimatdienst und die Einrichtung einer Landeszentrale für Heimatdienst vorschlug. Anlass seines Briefes war die Sorge um das „Anwachsen von Organisationen, die unter allen möglichen Namen, getarnt und ungetarnt, am Werke sind, den heutigen Staat von rechts und von links zu untergraben.“ Bei der Anerkennung alles dessen, was das Land für die Verbesserung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse (u.a. Arbeitslosigkeit) leiste, vermisse er dessen politische Erziehungsarbeit:

„Aber der Staat tut nichts für die politische Erziehung des Volkes und für die geistige Festigung unserer Demokratie, und er tut nichts, dem Volke die Schwierigkeiten verständlich zu machen, die der Überwindung der Folgeerscheinungen der Naziherrschaft und des Krieges entgegenstehen, und das wirklich Geleistete vor Augen zu führen. Mit anderen Worten: Es geschieht im Grunde genommen nichts, den heutigen Staat geistig zu untermauern.“⁸

50 Jahre politische Bildung im öffentlichen Auftrag



Die Aufgabe hat nichts von ihrer Aktualität verloren: „... den heutigen Staat geistig zu untermauern.“ Das forderte der damalige Finanzminister Dr. Kaufmann 1950 und begründete damit die Errichtung einer „Landeszentrale für Heimatdienst“. Es wurde der Verein „Der Bürger im Staat“ daraus, dessen Namen diese Zeitschrift trägt und sich damit noch heute zu ihren Wurzeln bekennt. Eine weitere Kontinuität ist die politische Bildungsarbeit auf überparteilicher Grundlage. Diese weise Entscheidung war der beste Garant dafür, dass die 1972 gegründete Landeszentrale für politische Bildung noch heute glaubwürdig und effektiv arbeiten kann. Und noch eine wesentliche Weiche haben die Gründer der Einrichtung gestellt: Sie haben ihre Aufgabe von Anfang an methodisch vielfältig gestaltet. Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ war seit Beginn eine tragende Säule der politischen Bildungsarbeit neben Vorträgen, Seminaren und sogar originellen Feiern mit Jugendlichen. Damit war offenkundig, dass mit der „geistigen Untermauerung“ die Menschen gemeint sind, die das demokratische System tragen, erhalten und weiterentwickeln. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Siegfried Schiele,
seit 1976 Direktor der Landeszentrale

„Die Herausgabe einer gut aufgezo- genen Zeitschrift“

Damit war das Thema Heimatdienst endgültig wieder auf der Tagesordnung. Schon am 25. Juni 1950 legte Kaufmann einen Entwurf für ein Zeitschriften-Programm vor,⁹ und am 10. Juli befasste sich das Kabinett erstmals damit:

„Der Ministerrat erklärt sich mit den vom Herrn Finanzminister im Einvernehmen mit dem Herrn Ministerpräsidenten vorge- tragenen Gedanken grundsätzlich ein- verstanden und sieht als geeigneten Weg zur Durchführung hierzu die Herausgabe einer gut aufgezo- genen Zeitschrift an.“¹⁰

Er bildete zur fachkundlichen Vorberei- tung ein Gremium, bestehend aus Finanz- minister Dr. Kaufmann, Kultminister Bäuerle und Innenminister Ulrich. Dieses Gre- mium erhielt Entscheidungshilfe durch eine Ausarbeitung über die Errichtung ei- ner Bundeszentrale für Heimatdienst, die Dr. Dr. habil. Hermann Hagen, Beigeor- dener in Karlsruhe, am 31. Juli 1950 an Staatssekretär Dr. Hermann Gögler im Staatsministerium schickte, die er für Dr. Böx vom Bundespresseamt angefertigt hatte.¹¹ Über diese Schiene hat der Minis- terausschuss vermutlich den Namen von Dr. Betz erfahren. Er lud Betz zum 7. Au- gust 1950 nach Stuttgart ein, wo die Minister Dr. Kaufmann, Ulrich und Bäuerle sowie Staatssekretär Hermann Gögler ihn empfingen. Auch Dr. Klaus Mehnert von der Wochenzeitung *Christ und Welt* war anwesend. Laut eigenen Berichts machten sie Betz bereits in diesem Gespräch den



Der „Gründervater“ der Vorgängerorganisation der Landeszentrale Dr. Fritz Hans Betz

Auf Fritz Hans Betz ging die Konzeption einer Landeszentrale für politische Bildung in Form eines eingetragenen Vereins zurück, mit dem Namen „Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT“. Die Landesregierung von Württemberg-Baden beauftragte ihn mit der Geschäfts- führung des Vereins. Von 1950 bis 1966 hatte er diese Funktion des Hauptgeschäftsführers inne. Das Foto zeigt ihn im Jahre seiner Pensionierung 1966.

Vorschlag, die Stuttgarter Aufgabe zu übernehmen.¹²

Bereits am 11. August 1950 entwickelte Betz in einem Schreiben an den Ausschuss genauere Vorstellungen von der Verfas- sung einer württemberg-badischen Lan- deszentrale für Heimatdienst.¹³ Sie solle sich von in Bonn gehegten Vorstellungen einer amtlichen Zentralstelle mit direkter Unterstellung unter den Bundeskanzler als Regierungssprachrohr abgrenzen und als *Anstalt öffentlichen Rechts* oder als *Stiftung* verfasst werden. Für die prakti- sche Arbeit sei ein Verwaltungsrat oder Beirat „von außerordentlicher Bedeu- tung“. Die Landeszentrale für Heimat- dienst dürfe von einer künftigen *Bundes- zentrale für Heimatdienst* – da nach dem Grundgesetz im Unterschied zur Weima- rer Reichsverfassung den Ländern mehr Gewicht zugemessen werde – nicht ab- hängig sein, eine Aufgabenabgrenzung sei im Sinne der gegenseitigen Ergänzung jedoch wünschenswert. Die württemberg- badische Landeszentrale müsse gut mit Personal ausgestattet werden. An dieser Stelle nahm Betz Bezug auf das *Büro für Heimatdienst* in Württemberg-Hohenzol- lern:

„Auch Tübingen, das heute nur Vorträge abhält und keine Zeitschriften redigiert, benötigt hierzu einen Leiter des Büros (Dr. Ebersbach) und mehrere Mitarbeiter, wie ich bei einem Besuch feststellte.“

Keine Anknüpfung an das *Amt für Hei- matdienst* in Württemberg-Baden!

Sodann äußerte er sich zur Gestaltung einer Zeitschrift mit parteipolitischer Neu- tralität und zu verschiedenen Themenbe- reichen. Auf außenpolitischem Gebiet müsse an das „einzigste Thema, dem alle Menschen in Deutschland vorbehaltlos zustimmen“, nämlich *Europa*, angeknüpft werden. Auch *geschichtliche Themen* soll- ten von der Zeitschrift aufgegriffen, d. h. „markante historische Ereignisse und Per- sönlichkeiten in Erinnerung gebracht wer- den“. Als Beispiel nannte Betz *Friedrich List* und den *Freiherrn vom Stein*. Hier werden historische Vorbilder gewünscht, das Konzept des *Amtes für Heimatdienst* hatte anders ausgesehen. Am 14. August 1950 schob Betz Themenvorschläge für die erste Nummer der Zeitschrift nach: Südwest-Staat, Volkszählung, Flüchtlings- problem, Stellung der Frau im öffentli- chen Leben, Württemberg als Devisen- bringer, Bürgerrechte, Wohnungsbau und Konzentrationslager in der SBZ.¹⁴

Währenddessen hatte Kultminister Bäuerle bei Dr. Mehnert in Stuttgart um eine Denkschrift zur Errichtung einer *Landeszentrale für Heimatdienst* gebeten (Gespräch am 7. August 1950), die dieser am 19. August 1950 Staatssekretär Gögler zuschickte. Darin unterbreitete er Vor- schläge für Formen und Inhalt der Bil- dungsarbeit und erklärte seine Bereit- schaft, in einem redaktionellen Arbeits- stab der Zeitschrift mitzuarbeiten, obwohl er die Redaktionsleitung abge- lehnt habe.¹⁵ Am 17. August 1950 suchte Dr. Betz in Bonn Dr. Böx auf, um ihn über die Stuttgarter Pläne zu informieren. Die- ser teilte ihm wiederum mit, dass an eine *Bundeszentrale für Heimatdienst* frühe- stens im Etatjahr 1951/52 gedacht werden

könne.¹⁶ Er präsentierte einen Brief des *W. Kohlhammer*-Verlags, der sich anbiete, die Zeitschrift zu verlegen.¹⁷

Am 24. August legte Staatssekretär Gögler bereits einen Satzungsentwurf für eine *Stiftung des Öffentlichen Rechts* mit der Bezeichnung *Landeszentrale für Heimat- dienst in Württemberg-Baden* mit Sitz in Stuttgart vor. Aufgabe der Stiftung soll die „sachliche Aufklärung in demokratischem und staatsbejahendem Sinn über innen- und außenpolitische, wirtschafts- und so- zialpolitische und kulturpolitische Fragen in Schrift und Wort“ sein.¹⁸ Am selben Tag informierte Gögler Ministerpräsident Maier in einem Brief und äußerte den Wunsch, die Zeitschrift möge bereits im Oktober 1950 erscheinen.¹⁹ So schnell ging die Angelegenheit nun aber doch nicht voran. Erst am 16. Oktober 1950 stimmte das Kabinett dem Dienstvertrag mit Dr. Betz zu.²⁰ Der Vertrag machte Betz probe- weise für ein halbes Jahr zum „Schriftleiter einer monatlich erscheinenden Zeitschrift, die von der noch zu gründenden ‚Landes- zentrale für Heimatdienst‘ herausgege- ben wird.“ Bereits am 13. Oktober 1950 hatten die Minister Dr. Kaufmann, Bäuerle und Ulrich Dr. Betz mit der vorläufigen Ge- schäftsführung der noch zu gründenden Landeszentrale beauftragt. 350 000.– DM wurden im Haushaltsplan 1950 dem neuen Amt zur Verfügung gestellt.²¹

Die Unabhängigkeit sollte in Namen und Rechtsform zum Ausdruck kommen

In der Folgezeit trat die Gründung in ihr entscheidendes Stadium, aber mit einer entscheidenden Veränderung, über die Betz dem Vorsitzenden des Gewerk- schaftsbundes Württemberg-Baden, *Mar- kus Schleicher*, am 28. November 1950 be- richtete:

„Der Name ‚Landeszentrale für Heimat- dienst‘ soll künftig nicht mehr in Erschei- nung treten, weil der Begriff Heimat- dienst dadurch entwertet wurde, dass gewisse Vorarbeiten für eine Beteiligung Westdeutschlands an der Verteidigung Europas in Bonn gerade unter dem Tarn- wort ‚Heimatdienst‘ bearbeitet wurden. Ferner wollen wir keine amtliche ‚Landes- zentrale‘, sondern streben eine von Staatseinflüssen möglichst unabhängige Organisation an. Als Bezeichnung ist da- her der Name ‚Arbeitsgemeinschaft Bürger und Staat‘ in Aussicht genommen. Diese Arbeitsgemeinschaft wird also keine amtliche Dienststelle. Als Organisa- tionsform ist an eine Stiftung und zwar möglichst an eine öffentliche Stiftung des privaten Rechts, oder an einen eingetra- genen Verein gedacht.“²²

Auf der veränderten Grundlage genehmigte der Ministerrat am 13. Dezember 1950 die Satzung. Der Staat soll durch einen *Staatskommissar* vertreten sein, der aber die Bezeichnung „Regierungsvertre- ter“ führen soll. Staatssekretär Gögler wurde für diese Aufgabe bestimmt.²³ Auch der Vertrag mit dem *Kohlhammer*-Verlag über die Herstellung der Zeitschrift wurde genehmigt. Kurz vor Weihnachten 1950 war es dann nach einer nochmaligen Umbenennung so weit:

„Am 21.12.1950 haben eine Anzahl führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Württemberg-Baden eine Arbeitsgemeinschaft ‚Der Bürger im Staat‘ gegründet, die ihren Sitz in Stuttgart haben und dort in das Vereinsregister eingetragen werden soll. Die Arbeitsgemeinschaft dient dem sachlichen Unterricht in demokratischem verfassungsbejahendem Sinn über Innen- und Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik. Sie verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke ... Der Arbeitsgemeinschaft werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben öffentliche Mittel, die im Staatshaushaltsplan 1950/51 bewilligt wurden, zur Verfügung stehen. Solange die Arbeitsgemeinschaft diese Zuwendungen erhält, bedarf ihr Haushaltsplan der Zustimmung eines Regierungsvertreters, zu dem Staatssekretär Gögler vom würt.-bad. Staatsministerium bestimmt wurde; die Rechnungsführung des Vereins wird während dieser Zeit vom Rechnungshof Württemberg-Baden geprüft. Die sachliche Arbeit des Vereins ist von der Staatsaufsicht ausdrücklich ausgenommen.“²⁴

Der Arbeitsgemeinschaft konnten natürliche und juristische Personen beitreten. Neben Vorstand und Mitgliederversammlung war ein Beirat vorgesehen, der vom Vorstand zu bestellen war und Arbeitsausschüsse einsetzen konnte. Gründungsmitglieder waren Kultminister *Th. Bäuerle*, Präsident Dr. *E. Walz* (Verwaltungsgerichtshof), Landtagspräsident *W. Keil*, Dr. *F. H. Betz*, *F. W. Drechsler* (Vorsitzender des Journalistenverbandes Württemberg-Baden e.V.), Dr. Dr. *H. Hagen* (Geschäftsführer des Württemberg-Badischen Städteverbandes), Dr. *C. Schäfer* MdL (Vorsitzender der *Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Württemberg-Baden*), *M. Schleicher* (Vorsitzender des *Deutschen Gewerkschaftsbundes im Landesbezirk Württemberg-Baden*), *J. Dobler* (Vorstandsmitglied des *Bauernverbandes Württemberg-Baden e.V.*) und Regierungsrat *H. Walter* (*Verband nordwürttembergischer Volkshochschulen*). Minister *Bäuerle* wurde erster Vorsitzender, Präsident Dr. *Walz* zweiter Vorsitzender. Dem Vorstand gehörten außerdem Landtagspräsident *W. Keil* und Dr. *Betz*, der Geschäftsführer (aber ohne Stimmrecht) an.

Das Land Württemberg-Baden hatte nach drei Jahren Pause wieder eine Stelle für überparteiliche politische Bildung. Ihre Verfassung stellte etwas Neues dar. Unabhängigkeit wurde so auch nach außen dokumentiert. Die Arbeit konnte beginnen.

Wer soll Mitglied sein?

Die Arbeit des Vorstandes begann nach einer konstituierenden Sitzung (21. 12. 1950) am 2. Januar 1951.²⁵ Anwesend waren Kultminister a. D. Dr. h. c. *Theodor Bäuerle* als Vorsitzender, Vizepräsident und Senatspräsident beim Württemberg-badischen Verwaltungsgerichtshof Dr. h. c. *Ernst Walz*, Landtagspräsident *Wilhelm Keil*, Staatssekretär Dr. *Gögler* als Regierungsvertreter und Geschäftsführer Dr. *Fritz Hans Betz*. Es ging neben Fragen der Herausgabe und Verlegung der neuen

Zeitschrift, Organisations- und Finanzangelegenheiten um die mögliche Erweiterung der Zahl der Einzelmitglieder (natürliche Personen) gemäß einer internen Vorschlagsliste. Diese wurde jedoch abgelehnt, da es sich hier vor allem um beamtete Persönlichkeiten handele, „die wohl für unsere Arbeiten außerordentlich wertvoll sein können, aber in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken könnten, dass durch diese Erweiterung des Mitgliederkreises eine staatliche Beeinflussung der Arbeitsgemeinschaft erfolgen würde.“²⁶ Offensichtlich aber wollte man bestimmte Personen nicht verprellen und beschloss, die Minister *Kaufmann* und *Ulrich* wissen zu lassen, dass man auf ihre Mitarbeit „allergrößten Wert“ lege. Einen in der Satzung vorgesehenen Beirat wollte man erst zu einem späteren Zeitpunkt einberufen.²⁷

Wie heikel das angesprochene Problem war, sollte sich sehr bald zeigen.²⁸ Bereits am 24. 1. 1950 erreichte den Ministerpräsidenten *Reinhold Maier* ein Telegramm: „der heute in Speyer tagende Südwestdeutsche Zeitschriftenverlegerverband protestiert auf das schärfste gegen den plan der herausgabe einer staatszeitschrift auf direktem oder indirektem wege und zwar erstens aus grundsätzlichen erwägungen zweitens wegen verschwendung von steuergeldern und drittens der papiernot ...“

In einem Entwurf für die Stellungnahme des Ministerpräsidenten zum Vorwurf eines neben dem Staatsanzeiger vorgesehenen zweiten Mitteilungsblattes der Landesregierung wies Staatssekretär *Gögler* die Argumente des Protestschreibens zurück, da die Mehrheit des Landtages die Gelder bewilligt und damit gezeigt habe, dass die Zeitschrift notwendig sei; zum anderen dass die Arbeitsgemeinschaft ein eingetragener Verein sei und das erste Heft von *Der Bürger im Staat* bereits vorliege. Es sei nicht opportun, jetzt sachlich auf das Schreiben einzugehen, denn „jedes Wort könnte und würde Anlass zu schiefer oder entstellender Kritik geben.“ Das Antwortschreiben solle folglich lauten:

„Der Herr Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier lässt Ihnen den Eingang Ihres Telegramms vom 23. d. Mts. bestätigen und mitteilen, dass er von seinem Inhalt Kenntnis genommen hat. Die Koalition der Regierungsparteien des früheren Landtags – zwei dieser Parteien bilden auch die neue Regierungskoalition – hat den Plan der Herausgabe einer aufklärenden Zeitschrift in demokratischem, verfassungsbejahenden und überparteilichen Sinn einstimmig gebilligt.“²⁹

„Standpunktlosigkeit“

Die Brisanz des Problems bewegte auch den Vorstand des Vereins. Dr. *Betz* schrieb an den Ministerpräsidenten wegen einer Äußerung von Ministerialrat *Ströle* auf einer Veranstaltung der *Evangelischen Akademie Bad Boll*. Wenngleich *Ströle* nach eigener Behauptung keine Kritik an der Zeitschrift habe üben wollen, was ihm auch geglaubt werden mag, sahen *Bäuerle*, *Walz*, *Keil* und *Betz* darin einen An-

griff auf die Arbeitsgemeinschaft. *Ströle* hatte nach eigenem Konzeptpapier folgendes gesagt:

„... wir haben jetzt die Arbeitsgemeinschaft ‚Bürger im Staat‘ gegründet und nun kommt allmonatlich eine anständig gearbeitete Zeitschrift heraus, die nicht gebildet, und auch nicht zu primitiv – über akute staatliche Fragen unterrichtet. Man kann nichts gegen die Aufsätze sagen, sie sind gut und gründlich, aber die Jugend liest sie nicht, und gerade der wollen wir eine staatsbürgerliche Gesinnung vermitteln. Es fehlt ihr eben ein eigentlicher Standpunkt.“

Einen klaren Standpunkt habe dagegen das, was die *Evangelische Akademie Bad Boll* mache.³⁰ Die Autoren des Berichts betonten die im Ansatz von *Der Bürger im Staat* liegende Unabhängigkeit trotz staatlicher Mittel und eines Regierungsvertreters ohne Stimmrecht (Satzung § 7) und die Offenheit für Kritik, zu der auch die Leser der Zeitschrift aufgefordert worden seien.³¹ Es „berühre deshalb recht eigenartig, dass ein offizieller Vertreter der Staatsregierung“ Kritik in einer Form geübt habe, „die nur als destruktiv bezeichnet werde“ könne. Indem er behauptete, dass die Evangelische Akademie im Unterschied zur Arbeitsgemeinschaft einen Standpunkt habe, mache er der Arbeitsgemeinschaft „damit den bitteren Vorwurf der Standpunktlosigkeit.“³² Das könne nicht hingenommen werden: Die Arbeitsgemeinschaft und ihre Monatsschrift habe „einen klaren und eindeutigen Standpunkt: Das unverbrüchliche Bekenntnis zur Verfassung.“ Außerdem solle „die Monatsschrift ein objektives Bild des politischen Lebens geben und nicht das Spiegelbild der jeweiligen parteipolitischen Kräfteverhältnisse.“³³ Der an den Ministerpräsidenten gerichtete dringende Appell, Klarstellung und gegebenenfalls die Entschuldigung *Ströles* zu bewirken, zeugt von der tiefen Besorgnis um das mögliche Scheitern des Konzepts. Die Entschuldigung kam, wenn auch etwas zu devot, und die Angelegenheit war fürs erste erledigt.

Einbeziehung von Parlamentariern als Streitpunkt

Fürs erste! Schon bald wurde weniger die vermeintliche Regierungshörigkeit kritisiert als die Frage der Mitarbeit von fraktionsgebundenen Parlamentariern. In der Mitgliederversammlung am 18. 9. 1951 wurden auf Empfehlung des Finanzausschusses des Landtages, die Basis der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft zu verbreitern, Vertreter der den Landtag bildenden Fraktionen als neue Mitglieder begrüßt und die Frage diskutiert, welchen Status sie über die Mitgliedschaft hinaus haben sollten. Als Alternativen wurden vom Vorsitzenden *Bäuerle* zwei Möglichkeiten genannt: Die Abgeordneten entweder in den Vorstand aufzunehmen oder mit ihnen den in § 8 der Satzung vorgesehenen Beirat, der dann ein parlamentarischer Beirat sein würde, zu bilden. Unter Hinweis auf den Landtag als Initiator der *Arbeitsgemeinschaft* „*Der Bürger im Staat*“ wählte man die *Vorstandslösung*. Fortan

gehörten dem Vorstand zusätzlich – einstimmig gewählt – die Abgeordneten *Kurt Angstmann* (SPD), Prof. Dr. *Otto Gönnerwein* (FDP/DVP), Dr. *Edmund Kaufmann* (CDU) und *Josef Schwarz* (DG/BHE) als „Fraktionsvertreter“ an.³⁴

War damit die Überparteilichkeit der Arbeitsgemeinschaft nun definitiv geklärt? Bei weitem nicht! Jetzt ging der Konflikt erst richtig los: Am 21. 9. 1951, also wenige Tage nach der Mitgliederversammlung, erklärte Dr. *Ernst Walz* in einem Brief an *Theodor Bäuerle* seinen Rücktritt vom Vorstand und seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender.³⁵ Nicht gegen die persönliche Mitgliedschaft der am 18. 9. Gewählten im Vorstand habe er etwas einzuwenden, wohl aber, dass sie in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Landtagsfraktionen gewählt worden sind:

„Für mich war das Leitmotiv der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft, den unabhängigen Bürger für seine Mitwirkung in öffentlichen Angelegenheiten zu interessieren und instanzzusetzen, die sich nicht nur auf die Abgabe des Stimmzettels beschränkte. Diese Unabhängigkeit muss nicht nur gegenüber der vollziehenden Gewalt, sondern auch gegenüber dem Landtag gegeben sein, selbst wenn der Landtag für diese Erziehungsarbeit das Geld zur Verfügung stellt. Im Augenblick, wo die Vertreter des Landtags als solche, nicht als Einzelpersonen, im Vorstand die Mehrheit haben, ist diese Unabhängigkeit in unserer Arbeit natürlich gefährdet.“³⁶

Diese Unabhängigkeit ist nach *Walz* gerade auch dadurch gefährdet, dass die Fraktionsvertreter auch noch über die Mittelzuweisung entscheiden. „Geschieht dies, wie nunmehr, durch beauftragte Vertreter der Fraktionen, so ist dies m. E. ein offensichtlicher Verstoß gegenüber dem Grundsatz der Trennung der Gewalten.“³⁷

Ein Beirat als Lösung

In der Tat traf er damit einen neuralgischen Punkt, der in den bisherigen Überlegungen noch gar nicht bedacht worden war. Erst langsam arbeitete sich die Arbeitsgemeinschaft in die Probleme ihrer eigenen Verortung ein, erst langsam entwickelte sich ein tragfähiges Modell, das in Zukunft die Qualität der *Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“* ausmachen sollte.

Es gab aber noch einen anderen Grund für *Walz*, sein Amt zur Verfügung zu stellen. In einer Sitzung des Landtages im September hatte der Abgeordnete Dr. *Alex Möller* (SPD) in einem von Landtagspräsident *Keil* nicht gehörten Zwischenruf die Arbeitsgemeinschaft als „Kegelclub“ bezeichnet. Obwohl sich *Möller* später (3. 10. 1951) entschuldigte und das eigentlich Gemeinte erläuterte, war dieses Ereignis offensichtlich der Auslöser des bereits vorher erwogenen Rücktritts.³⁸ Es ist erstaunlich, dass der Vorstand erst am 19. 10. 1951 auf den Rücktritt reagierte. *Theodor Bäuerle* zeigte sich betroffen über den Zwischenruf und erwog auch seinen eigenen Rücktritt. *Wilhelm Keil* hatte die Angelegenheit aber bereits mit Dr. *Möller* abge-

klärt, so dass man sich auf das Sachproblem konzentrieren konnte. Dieses fiel auf fruchtbaren Boden, denn der Vorstand erkannte, dass die am 18. 9. 1951 getroffene Lösung, die Fraktionsvertreter in den Vorstand zu wählen, wohl nicht richtig gewesen war. Da aber bereits damals das Beiratsproblem als Alternative beraten worden war, zeichnete sich jetzt eine neue Linie ab. Wenn die Abgeordneten den Beirat bildeten, wäre das verfassungsrechtliche Problem gelöst. Auch Staatssekretär *Gögler* äußerte, er habe ebenfalls schon Bedenken wegen der Verfassungsgemäßheit der gegenwärtigen Konstruktion gehabt und sprach sich für die Beiratslösung aus.³⁹ Am 14. 11. 1951 brachte er in einem Schreiben an *Bäuerle* zur Vorbereitung eines in dieser Angelegenheit zu führenden Gespräches mit dem Finanzausschuss des Landtages und seinem Vorsitzenden *Alex Möller* das Problem noch einmal auf den Punkt:

„Es ist die Frage, ob damit (Teilnahme von Fraktionsvertretern am Vorstand, d. V.) der Grundsatz der Gewaltenteilung nicht durchbrochen wird. Aufgabe des Landtags ist die Kontrolle über die Verwendung der Staatsmittel. Wenn Landtagsmitglieder in ihrer Eigenschaft als Exponenten ihrer Fraktionen in einem Selbstverwaltungskörper, wie es die Arbeitsgemeinschaft ist, die Stimmenmehrheit im Vorstand, der über die Verwendung der Staatsgelder beschließt, haben, so sind sie in der ihnen als Mitglieder zukommenden Kontrollfunktion nicht mehr frei. Es ist deshalb fraglich, ob es mit der Verfassung vereinbar ist, dass Landtagsmitglieder in ihrer Eigenschaft als solche Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft sein können.“⁴⁰

Auf dieser Ebene wurde im Gespräch des Vorstandes mit einigen Mitgliedern des Finanzausschusses am 22. 11. 1951 argumentiert und eine Lösung gefunden, die in der Mitgliederversammlung am 23. 11. vollzogen werden sollte. Die Fraktionsvertreter sollten ihren Ort in einem Beirat gemäß § 8 der Satzung finden. Erwogen wurde auch eine mögliche Erweiterung des neuen Beirats durch weitere Mitglieder, zum Beispiel einen Vertreter der Heimatvertriebenen. Darüber, dass der Vorstand nach dem Ausscheiden von Dr. *Walz* zu ergänzen sei, bestand ebenso Einigkeit wie über die der Mitgliederversammlung vorzuschlagenden Kandidaten *Gönnerwein* und *Kaufmann*.

Die Kritik an der mangelnden Verfassungskonformität der Arbeitsgemeinschaft war offensichtlich nur ein Fall unter mehreren. Wie schwer der Vorstand damit umgehen konnte, zeigten Äußerungen *Bäuerles*, in denen er von der „vielfachen abfälligen Kritik“ und von verletzender „negative(r)“ Kritik sprach, allerdings auch eingestand, dass man Kritik brauche, aber „aufbauende“ sollte sie sein. Der in einer demokratischen Gesellschaft übliche Umgang mit Kritik war in den ersten Nachkriegsjahren offensichtlich noch schwierig. Widerspruch wurde persönlich genommen, war also noch kein Bestandteil des politischen Selbstverständnisses und musste erst mühsam zu ertragen gelernt werden.

Am 23. 11. 1951 wurden die Personalentscheidungen der Sitzung vom 18. 9. 1951 wieder rückgängig gemacht. Prof. Dr. *Gönnerwein* und Dr. *Kaufmann* sowie ein Vertreter der jungen Generation, *Alfred Christmann* (*Württembergischer Landesjugendring*) wurden neu in den Vorstand gewählt, der somit aus 6 Mitgliedern bestand. *Keil* wurde 2. Vorsitzender. Der Vorstand erklärte, dass er einen Beirat gemäß der Absprache vom 22. 11. einsetzen werde.⁴¹ Im Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft vom 16. 6. 1952 wurde die vollständige Zusammensetzung des Beirates erstmalig mitgeteilt: *Kurt Angstmann* (SPD), *Walter Nischwitz* (FDP/DVP), *Josef Schwarz* (DG/BHE), *Wilhelm Simpfendorfer* (CDU) als Vertreter ihrer Landtagsfraktionen, sodann *Frank E. W. Drexler* (Journalistenverband), *Wilhelm Kleinknecht* (Deutscher Gewerkschaftsbund), Dr. *Franz Ströbele* (Bauernverband), *Helmut Walter* (Volkshochschulen).⁴² Der Vorstand hatte sich also auf die am 22. 11. 1951 ins Auge gefasste erweiterte Version des Beirates entschieden.

Ein abschließender Blick auf den ersten Tätigkeitsbericht vom 16. 6. 1952 zeigt, dass die nunmehr aus 31 personalen Mitgliedern bestehende *Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“* das Gehen inzwischen ganz gut gelernt hatte.⁴³

Die Zeitschrift: Auflage und Verteiler

Die Monatsschrift *Der Bürger im Staat* erreichte im ersten Jahrgang 1951 eine Auflagenhöhe von knapp einhunderttausend Exemplaren pro Ausgabe.⁴⁴ Der Verteiler der kostenlosen Hefte (natürlich nur im Land Württemberg-Baden) sah folgendermaßen aus: Schulen incl. Volkshochschulen und Universitäten (54000), DGB (11000), Industrieverbände und -betriebe (4500), Handwerksbetriebe und -betriebe (4000), Bauernverbände (6000), Jugendverbände (7500), Gemeinde- und Städtetag (4200), Bürgerausschüsse(1800), Heimatvertriebenenverbände/Landsmannschaften (1300), Einzelexemplare incl. Regierung, Abgeordnete Verwaltung (5700). Das württemberg-hohenzollerische *Büro für Heimatdienst* in Tübingen erhielt 1000 Exemplare. Das Redaktionsteam der Zeitschrift bildeten *Frank E. W. Drexler* (Journalistenverband), *Willi Endres* (DGB), *Waldemar Kurz* (Schriftsteller), *Karl Metzger* (Handwerkstag), *Kurt Schaffmaier* (Ring politischer Jugend), Dr. *Schneider* (Württembergischer Bauernverband), *Helmut Walter* (Volkshochschule) und ein Vertreter des Verlags *Kohlhammer*. Leserschriften, die dem Bericht angefügt sind, loben insgesamt den Wert der Zeitschrift für die demokratische Erziehung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.⁴⁵ Neben der Monatsschrift wurde im Oktober 1951 eine Broschüre „Die Bundesrepublik Deutschland. Einführung für den jungen Staatsbürger“ u.a. mit einem Abriss des Grundgesetzes verlegt (*E. Schreiber-Verlag* Stuttgart) und für DM 0,30 vertrieben. In drei Monaten waren 26000 Exemplare im gesamten süddeutschen Raum verkauft.⁴⁶

Tagungsarbeit

Die Arbeitsgemeinschaft war auf weite-
ren Feldern tätig. In Anlehnung an die
Comburg-Tagungen des ehemaligen *Am-
tes für Heimatdienst* auf der Comburg bei
Schwäbisch-Hall wurden seit 1951 Wo-
chenend-Arbeitstagungen auf der Com-
burg und in Bad Boll zu Themen wie Ge-
meinde, Parteien, Soziale Frage veranstat-
tet. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer
betrug 1951 fünfundzwanzig Jahre. „Bei
der Anlage“, so heißt es im Rechenschafts-
bericht, „gingen wir davon aus, dass poli-
tische Aktivität nur entwickelt werden
kann, wenn den Teilnehmern im Verlauf
unserer Tagungen maßgebende Mitarbeit
ermöglicht wird. Der Schwerpunkt unse-
rer Arbeit liegt also nicht etwa in der stoff-
lichen Darbietung, sondern in der Diskus-
sion.“⁴⁷ Bei ihren Tagungsbemühungen
fand die Arbeitsgemeinschaft Unterstüt-
zung bei Jugendorganisationen, Hand-
werkskammern und Bürgerrechtsgesell-
schaften (vor allem in Stuttgart und Hei-
delberg-Mannheim).

In Anlehnung an schweizerische und bel-
gische Vorbilder organisierte man soge-
nannte „Jugendbürgerfeiern“ im Kontext
örtlicher und regionaler Feste, die den
fehlenden Staatsfeiertag ersetzen sollten.
Schließlich wurde ein Besuch mit Com-
burg-Teilnehmern bei der Schweizer
Landgemeinde in Appenzell veranstaltet,
um ungebrochene Basisdemokratie zu
studieren.

Integrationsagentur für das neue Bundesland

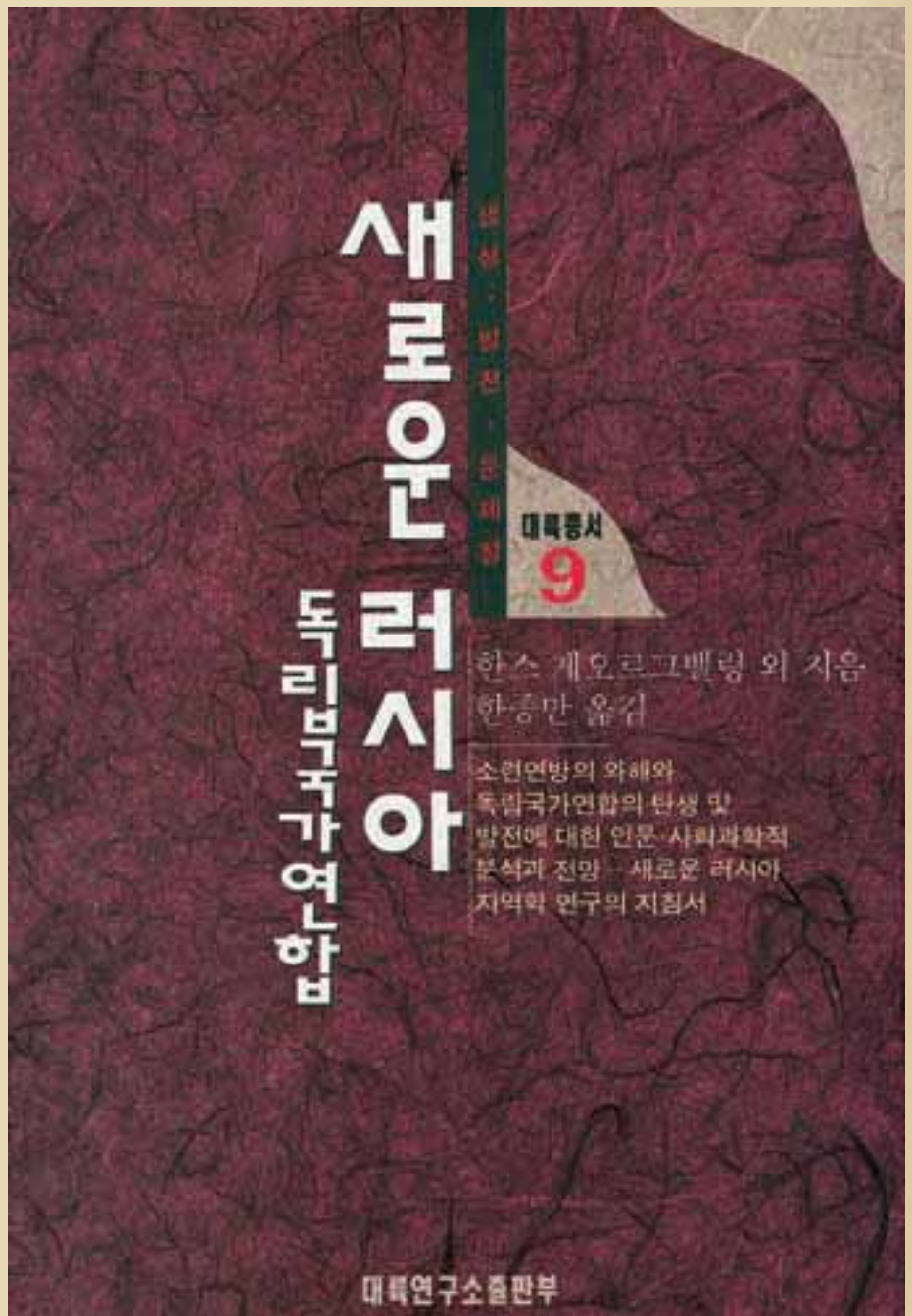
Die *Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im
Staat“* begann, nachdem sich ihre partei-
politische Neutralität und ihre parlamen-
tarische Absicherung geklärt hatten, ihre
Aktivitäten auszubauen. Die Bildung des
neuen Bundeslandes Baden-Württemberg
musste zu der Frage führen, ob die Ar-
beitsgemeinschaft auf das gesamte Land
ausgedehnt werden könnte, oder ob neue
Lösungen gefunden werden mussten. Das
Ergebnis ist bekannt. Die Arbeitsgemein-
schaft hatte das Laufen gelernt und erwies
sich auch als geeignete Integrationsagen-
tur für die Identität des Südweststaates.
Leider ist ihre Entstehungsgeschichte in
der Publikation der Landeszentrale für
politische Bildung Baden-Württemberg
zur zehnten Wiederkehr der Überführung
der Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im
Staat“ (1982) unterbelichtet geblieben.⁴⁸
Diesem Desiderat dürfte nun Abhilfe ge-
schaffen worden sein.

Anmerkungen

- 1 Uwe Uffelman, Demokratiegründung und politi-
sche Bildung. Das „Amt für Heimatdienst“ und die
Anfänge der Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im
Staat“ in Württemberg-Baden, in: ZWLG 51, 1992,
S. 383-410.
- 2 Ebd., 405.
- 3 siehe dazu den Beitrag von Gerhard Hornung in
diesem Heft.
- 4 Uffelman, a.a.O., 405-410.
- 5 HStA Stuttgart EA 1/921 Bü 0642, Blatt 78.
- 6 Fritz Hans Betz: Die Anfänge von „Der Bürger im
Staat“, in: Landeszentrale für politische Bildung Ba-
den-Württemberg (Hrsg.): Politische Bildung im öf-
fentlichen Auftrag, Stuttgart 1982, S. 273-278, hier
S. 277.

- 7 EA 1/921 Bü 0642, 79, 11.8.1950.
- 8 Ebd., 70; Klaus W. Wippermann: Politische Propagan-
da und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale
für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Köln
1976; Benedikt Widmaier: Die Bundeszentrale für poli-
tische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher
politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutsch-
land, Frankfurt/M./Bern/New York/Paris 1987.
- 9 Ebd., 71
- 10 Ebd., 72
- 11 Ebd., 75.
- 12 Betz, S. 278
- 13 EA 1/921 Bü 0642, 79
- 14 Ebd., 80.
- 15 Ebd., 77.
- 16 Ebd., 81
- 17 Ebd., 84.
- 18 Ebd., 85.
- 19 Ebd., 88.
- 20 Ebd., 99.
- 21 Ebd., 97
- 22 Ebd., 113
- 23 Ebd., 125.
- 24 Ebd., 126; vgl. auch Satzung der Arbeitsgemein-
schaft „Der Bürger im Staat“ vom 21.12.1950, ebd.
128, Anlage 2.
- 25 EA 1/921 Bü 0642, 131.
- 26 Ebd., 131.
- 27 Ebd., 131.

- 28 Ebd., 143.
- 29 Ebd., 146.
- 30 Brief des Vorstandes an Maiervom 27. 3. 1951 ebd., 158;
Rede Ströles (16.3.1951) und Entschuldigungsschrei-
ben (31. 3. 1950) an Kultminister Bäuerle, ebd., 159.
- 31 Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ Nr. 1, Januar
1951, S. 2.
- 32 EA 1/921 Bü 0642, 158.
- 33 Ebd., 158.
- 34 Ebd., 174.
- 35 Ebd., 180.
- 36 Ebd., 180.
- 37 Ebd., 180.
- 38 Ebd., 179, Brieftext im Protokoll der Vorstandssi-
tzung am 19. 10. 1950.
- 39 Ebd., 179.
- 40 Ebd., 184.
- 41 Ebd., 185.
- 42 Ebd., 207
- 43 Ebd., 207, Anlage 2.
- 44 Ebd., 207, Anlage 3.
- 45 Ebd., 207, Anlage 4.
- 46 Ebd., 207, Anlage 5.
- 47 Ebd., 207.
- 48 Politische Bildung im öffentlichen Auftrag, Stutt-
gart 1982.



„Der Bürger im Staat“ auf Koreanisch

Ins Koreanische übersetzt und als Buch herausgekommen ist das Heft „Nach dem Zerfall
der Sowjetunion“ (2/1992).

Satzung

der
Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“
eingetragener Verein

§ 1

Name, Sitz und Rechtspersönlichkeit

Der Verein führt den Namen Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“ e.V. Er hat seinen Sitz in Stuttgart und soll dort in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2

Aufgabe

Der Verein erstrebt die sachliche Unter- richtung in demokratischem, verfassungs- bejahendem Sinn über Innen- und Aus- senpolitik, Wirtschafts-, Sozial- und Kul- turpolitik. Er verfolgt ausschliesslich gemeinnützige Zwecke; eigener Gewinn ist ausgeschlossen. Diese Aufgabe soll ins- besondere eine vom Verein herausgege- bene Zeitschrift erfüllen.

§ 3

Haushaltswesen

- (1) Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März eines jeden Jahres, für das Jahr 1950/51 vom 1. Oktober bis 31. März.
- (2) Der Verein erhebt von seinen Mitglie- dern Beiträge, über deren Höhe die Mitgliederversammlung beschliesst.
- (3) Solange der Verein Zuwendungen des Landes erhält, übt das Staatsmini- sterium Württemberg-Baden seine Aufsicht durch einen vom Minister- präsidenten zu ernennenden Regie- rungsvertreter aus; die Aufsicht be- schränkt sich auf die Einhaltung von Gesetz und Satzung sowie des Haus- halts- und Stellenplans; bedarf der Haushaltsplan der Zustimmung der Aufsichtsbehörde und wird die Rech- nungslegung vom Rechnungshof Württemberg-Baden geprüft.

Im übrigen sind Ausgestaltung und Inhalt der Tätigkeit des Vereins der Aufsicht nicht unterworfen. Im Rahmen seiner Auf- sicht ist der Regierungsvertreter befugt! in alle Geschäftsvorgänge Einsicht zu neh- men, an den Sitzungen des Organs des Vereins, zu denen er rechtzeitig einzula- den ist, ohne Stimmrecht teilzunehmen und Anträge zu stellen.

§ 4

Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können natür- liche und juristische Personen sein, die sich zum demokratischen Staats- gedanken bekennen.
- (2) Für die Aufnahme von Mitgliedern ist die Zustimmung des Vorstandes erforderlich.

- (3) Ein Mitglied kann nur zum Schluss ei- nes Rechnungsjahres ausscheiden. Die Erklärung hierüber muss dem Ge- schäftsführer spätestens drei Monate vor dem Schluss des Rechnungsjahres zugehen. Ein Mitglied kann nur aus einem wichtigen Grunde aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn dies die Mehrheit in der Mitgliederver- sammlung beschliesst. Ausschei- dende und ausgeschlossene Mitglie- der haben keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

§ 5

Organe

Die Organe des Vereins sind die Mitglie- derversammlung und der Vorstand.

§ 6

Die Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins; sie be- schliesst insbesondere Satzungsände- rungen und den Haushaltsplan; sie nimmt die Jahresrechnung entgegen und entlastet den Vorstand und Ge- schäftsführer. Die Mitgliederver- sammlung wählt den Vorstand.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Sie muss ausserdem einberufen werden, wenn ein Viertel der Mitglieder oder der Regierungs- vertreter unter Angabe der auf die Tagesordnung zu setzenden Punkte es beantragt. Die Einladungen müs- sen mindestens zwei Wochen vorher mit Angabe der Tagesordnung zur Post gegeben werden.
- (3) An der Mitgliederversammlung nimmt für juristische Personen der gesetzliche oder ein bevollmächtig- ter Vertreter mit einfacher Stimme teil.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Sie fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse über Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der anwe- senden Mitglieder.

§ 7

Vorstand

- (1) Der von der Mitgliederversammlung zu wählende Vorstand besteht aus mindestens drei Personen und dem Geschäftsführer mit beratender Stimme (siehe § 9). Solange der Ver- ein Zuwendungen des Landes erhält, soll dem Vorstand ferner auch ein Mitglied des Württemberg-Badi- schen Landtags gehören.
- (2) Sofern die Mitgliederversammlung bei der Wahl des Vorstandes nicht eine bestimmte Person als Vorsitzenden des Vorstandes und als seinen Stell-

vertreter bestimmt hat, wählt der Vor- stand aus seiner Mitte einen Vorsit- zenden und einen Stellvertreter.

- (3) Der Vorsitzende oder dessen Stellver- treter vertritt den Verein im Sinne des § 26 BGB je allein.
- (4) Die Mitglieder des Vorstandes blei- ben solange im Amt, bis sie durch eine von der Mitgliederversammlung vorgenommene Wahl ausscheiden oder zurücktreten.
- (5) Der Vorstand beschliesst mit einfa- cher Stimmenmehrheit. Bei Stimmen- gleichheit gibt die Stimme des Vorsit- zenden den Stichentscheid.
- (6) Der Vorstand erlässt eine Geschäfts- ordnung.

§ 8

Beirat

Als beratendes Organ des Vereins wird vom Vorstand ein Beirat bestellt. Dieser Beirat kann Arbeitsausschüsse bilden.

§ 9

Geschäftsführung

- (1) Der Geschäftsführer wird vom Vor- stand, der mit ihm einen Dienstver- trag abschliessen kann, bestellt. Er führt die laufenden Geschäfte ein- schliesslich des Kassenwesens. Der Vorstand bestimmt auch den Stellver- treter des Geschäftsführers.
- (2) Der Geschäftsführer (sein Stellvertre- ter) ist befugt, im Auftrage des Vorsit- zenden im Rahmen der Geschäftsord- nung oder mit besonderem Beschluss des Vorstandes verbindlich zu han- deln.
- (3) Beschlüsse der Mitgliederveramm- lung und des Vorstandes sind vom Vorsitzenden oder seinem Stellver- treter und dem Geschäftsführer oder seinem Stellvertreter zu beurkunden.

§ 10

Auflösung

Bei einer Auflösung des Vereins fällt das Vermögen, soweit es aus Zuwendungen des Landes Württemberg-Baden stammt, an das Land, soweit es aus anderen Finan- zierungsquellen stammt, an eine oder mehrere von der Mitgliederversammlung zu bestimmende im öffentlichen Interesse mit ähnlicher Zielsetzung arbeitende ge- meinnützige Körperschaften.

In der Gründungsversammlung beschlos- sen zu
Stuttgart, den 21 Dezember 1950.

gez. Theodor Bäuerle
gez. Dr. Ernst Walz
gez. Markus Schleicher
gez. Dr. Carl Schaefer
gez. Karl Mezger
gez. Helmut Walter
gez. Jakob Dobler
gez. Frank E.W. Drexler
gez. Wilhelm Keil
gez. Dr. Hermann Hagen

Vorläufer gab es in allen Ausgangsländern des Südweststaates

Das Tübinger „Büro für Heimatdienst“

Ein Rückblick

Von Klaus Hornung

Der Autor ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hohenheim-Stuttgart. Von 1962 bis 1987 war er an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen tätig gewesen, nach seinem Studium einige Jahre als Geschäftsführer im Büro für Heimatdienst und des „Heimatdienstes“ Südwürttemberg-Hohenzollern e. V.“

Mit Vortragsveranstaltungen fing es an

Zum Sommersemester 1948 hatte ich in Tübingen mein Studium begonnen. In dieser Zeit luden Plakate in ansprechender Schrift- und schwarz-rot-goldener Farbgestaltung zu „Heimatdienst-Vorträgen“ in der Neuen Aula der Universität ein, deren Veranstalter ein Büro für Heimatdienst war. Es nahm also, erstmals in den damaligen westdeutschen Ländern, den Namen „Heimatdienst“ wieder auf, den schon in der Zeit der Weimarer Republik eine so genannte Reichszentrale für Heimatdienst getragen hatte. Ihre Wurzeln gingen bis auf den Ersten Weltkrieg zurück, als eine Stelle für politische und vaterländische Aufklärung für die „Heimat“ (im Unterschied für „Front“) geschaffen worden war, die dann von der Republik mit der Aufgabe überparteilicher politischer Information und Bildung fortgeführt wurde. (Johannes Karl Richter, der ehemalige Leiter der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, hat in einer Untersuchung über „Die Reichszentrale für Heimatdienst“, Berlin 1963, darüber berichtet.)

Das Tübinger Büro für Heimatdienst, 1947/48 auf Initiative des evangelischen Pfarrers und späteren Professors Ernst Steinbach gegründet, organisierte zu diesem Zeitpunkt die Tübinger Universitätsvorträge mit einem Minimum an Verwaltungsaufwand durch ein kleines Büro, das nebenamtlich von Dr. Georg Ebersbach geleitet wurde, der hauptberuflich Geschäftsführer des Internationalen Bundes für Sozialarbeit und seines Jugendsozialwerkes war. Seine Vortragseinladungen sprach er in der Regel mit Staatsrat Dr. Theodor Eschenburg ab, dem Amtschef des Innenministeriums des Landes Württemberg-Hohenzollern, dem das Heimatdienst-Büro zugeordnet war und aus dessen Etat es auch finanziert wurde. Die Vortragsreihe fand in der Tübinger Öffentlichkeit Resonanz, denn das Bedürfnis nach politischer und zeitgeschichtlicher Information und Orientierung war in diesen ersten Nachkriegsjahren beträchtlich, zumal es eine noch schwache Presse und kein Fernsehen gab. Ich erinnere mich in dieser Zeit an Vorträge etwa von Heinrich Brüning, des Reichskanzlers von 1930 bis

1932, und des ehemaligen Danziger Senatspräsidenten Hermann Rauschning, dessen Buch *Die Revolution des Nihilismus*, eine vernichtende Kritik des Nationalsozialismus, gerade erschienen war. Im Sommer 1952 hatte ich mein Erstes Staatsexamen abgelegt. Mein akademischer Lehrer, Professor Hans Rothfels, bot mir an, bei ihm promovieren zu können. Wie aber war das zu finanzieren? Da war es ein glückliches Zusammentreffen, dass Dr. Ebersbach, den ich durch die Vortragsbesuche kennen gelernt hatte, mir vorschlug, ihn als Assistent im Büro für Heimatdienst zu entlasten, mit dem Salär einer Halbtagsstelle. Das Angebot verband meine zu diesem Zeitpunkt drei wichtigsten Interessen: eine finanzielle Mindestsicherung, eine interessante Tätigkeit, die ich schon etwas zu kennen glaubte und, nicht zuletzt, die Möglichkeit, an die Dissertation gehen zu können. So begann ich am 1. Oktober 1952, gerade 25 Jahre alt, in der Tübinger „Baracke am E-Werk“, wie die Adresse des Büros für Heimatdienst und des Internationalen Bundes – Jugendsozialwerk lautete. Nach einigen Wochen kam eine Sekretärin, Frau Ingeborg von Hartmann-Petzoldt, hinzu.

Aufbau einer Bezirksorganisation

Bald zeigte sich, dass zwar die Bezahlung auf die vereinbarte Halbtagszeit ausgerichtet war, nicht jedoch die tatsächliche Arbeit. Die Stelle des Assistenten war mit dem Auftrag verbunden, die Tätigkeit des Büros für Heimatdienst über die Tübinger Vortragsreihe hinaus nun auch auf den ganzen Bereich des bisherigen Landes Württemberg-Hohenzollern auszudehnen, aus dem gerade, im Zuge der Bildung des „Südweststaats“ (wie man damals noch sagte), der „Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern“ geworden war. Meine Hoffnung zerrann, nachmittags und abends in Ruhe an der Dissertation arbeiten zu können. Die Tätigkeit wurde zeitaufwändiger, galt es doch, ein Kontaktnetz für die politische Bildung aufzubauen, für das vor allem die Volkshochschulen und Volksbildungswerke des Bezirks, aber auch die Staatliche Akademie Calw oder das Volkshochschulheim Inzigkofen bei Sigmaringen in Betracht kamen.

In und mit diesen Tagungsstätten sollten Wochenendseminare zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen organisiert werden. So fand zum Beispiel im Dezember 1952 in Calw eine Tagung für den Vertriebenenverband über die damals drängenden Fragen der Vertriebenenintegration und des Lastenausgleichs statt. Zu dieser Tagung konnten wir die leitenden Herren

der gerade im Aufbau befindlichen Bundeszentrale für Heimatdienst begrüßen, mit deren Direktor Dr. Paul Franken an der Spitze. An einer weiteren Tagung in Inzigkofen nahmen auch die jungen Referenten der Bundeszentrale Carl-Christoph Schweitzer und Horst Poetzsch teil. Der Tübinger Heimatdienst wurde zu dieser Zeit zu so etwas wie einem Modellversuch politischer Bildung, der auch das Interesse der Bundeszentrale fand, die bald darauf in Bundeszentrale für Politische Bildung umbenannt wurde.

Für die größeren Volkshochschulen im Regierungsbezirk übernahmen wir die Beratung, Planung und Gestaltung der politischen Programmangebote, so etwa für Reutlingen (mit seinem Leiter Wilhelm Zeller), in Tuttlingen (Dr. Paul und Hedwig Meermann), Rottweil (Studienrat Altmüller) und Friedrichshafen. Kleinere Bildungswerke, wie etwa Weilstetten bei Balingen kamen hinzu (dessen Leitung der spätere Tübinger Schulrat König innehatte), ebenso der Landesbauernverband Südwürttemberg mit seinen Landjugendgruppen, für die Seminare an der Bauernschule Bad Waldsee stattfanden. Eine ähnliche Betreuung wurde für die vielfach abseits gelegenen Gruppen des Jugendsozialwerks ins Leben gerufen, die aus der sowjetischen Besatzungszone geflüchtete Jugendliche betreuten und für ihre weitere Ausbildung und ihren Berufsanschluss sorgten.

Eine gewisse Blüte gewannen damals die so genannten „Jungbürgerfeiern“ der Städte und größeren Gemeinden für die Jugendlichen, die das Wahlalter erreichten (damals noch das 21. Lebensjahr). Der Heimatdienst übernahm die Vermittlung geeigneter Redner. Zur gleichen Zeit hatte sich eine lockere Organisation gebildet, die sich Politische Arbeitskreise an Oberschulen (PAO) nannte und ebenfalls unsere – für die kostenlose – Referenten-Vermittlung und Themenberatung in Anspruch nahm. Durch die enge Verbindung mit dem Jugendsozialwerk und seinen im ganzen Bezirk zwischen Schwarzwald und Bodensee verstreuten Einrichtungen und die mehrheitliche Herkunft ihrer Jugendlichen aus der „Sowjetischen Besatzungszone“, wie wir mit Selbstverständlichkeit sagten, aber auch durch meine eigenen Überzeugungen wurde die Auseinandersetzung mit den Fragen der deutschen Teilung, des Marxismus-Kommunismus und der „Einheit der Nation“ ein besonderer Themenschwerpunkt. Der Zufall wollte es, dass die Bundesleitung des Volksbundes für Frieden und Freiheit, einer vom Gesamtdeutschen Ministerium finanzierten Organisation, ihren Sitz in Tübingen hatte (mit Dr. Jasper Petersen und Horst Hämmerle), mit der unser Büro zusammenarbeitete.

Renomierte Referenten – Nachwuchswissenschaftler

Jedenfalls konnte innerhalb von zwei bis drei Jahren ein Netz politischer Bildungsarbeit etabliert werden, das den *Heimatdienst* im Bezirk bekannt werden ließ. Wesentlich war dabei der Aufbau eines Stammes kompetenter Referenten, die wir aus dem Kreis Tübinger Professoren und junger Wissenschaftler, Fachleuten aus Verwaltung und Politik, Verbandsexperten etc. gewannen. Eine größere Anzahl von ihnen, wie *Waldemar Besson*, *Gerhard Lehbruch*, *Rudolf Hrbek*, *Peter Seibt*, *Helmut Wagner* ging später in die wissenschaftliche Laufbahn, sie wurden Professoren der gerade entstehenden Politikwissenschaft. Die Osteuropa- und Sowjetunion-Themen wurden von Carl-Gustav Ströhm abgedeckt, später langjähriger Korrespondent der „Welt“ und der „Deutschen Welle“ für Osteuropa. Sie alle verdienten mit ihren Heimatdienst-Vorträgen gewissermaßen ihre ersten didaktischen Sporen.

Zu dieser Zeit gab es noch keine Parteipolitisierung der politischen Bildungsarbeit, die sich nach meinem Eindruck erst ab etwa 1968 entwickelte. Über parteipolitische Unterschiede hinweg hatten wir eine vertrauensvolle und sachliche Zusammenarbeit mit der großen Mehrzahl der Referenten. Gern erinnere ich mich dabei etwa der Verbindung mit *Hedwig Meermann* in Tuttingen, damals Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten *Fritz Erler* und später selbst im Bundestag für die SPD, und mit *Else Berkmann* in Stuttgart.

Gleichzeitig wurden die Tübinger Universitätsvorträge fortgesetzt. Immer wieder gelang es uns, interessante Zeitgenossen der verschiedensten Couleur zu gewinnen, etwa *Werner Picht* (der Vater des späteren Bildungsforschers *Georg Picht*, der dann in den Sechzigerjahren durch sein Buch über „Die deutsche Bildungskatastrophe“ bekannt wurde) als Referent über die aktuell gewordenen Fragen eines deutschen „Verteidigungsbeitrags“, über die auch *Johann-Adolf Graf Kielmannsegg* als Vertreter der *Dienststelle Blank* in Tübingen referierte, der spätere General und NATO-Befehlshaber Europa-Mitte. Zum 10. Jahrestag des 20. Juli 1944 lud der *Heimatdienst* zu einer großen Gedenkveranstaltung im Festsaal der Universität ein. Da *Hans Rothfels* durch eine gleichzeitige Veranstaltung in Berlin verhindert war, hielt Professor *Hermann Heimpel*, Göttingen, die Festrede. An der Veranstaltung wirkte auch *Annedore Leber*, die Gattin *Julius Lebers*, mit. Aus dem Ausland luden wir den bekannten belgischen Soziologen *Hendrik de Man* und andere ein. Als besondere Dienstleistung für Referenten und Ansprechpartner der politischen Bildung in der Region versandte das *Büro für Heimatdienst* ab 1953 einen hektographierten *Informationsdienst* mit Auszügen aus interessanten Beiträgen politischer Zeitschriften. Auch dieser Service trug deutlich zu seinem Renommée bei.

Auf Unabhängigkeit von Stuttgart bedacht

Natürlich mussten wir auch über die Grenzen unseres landschaftlich so schönen Bezirks zwischen Alb, Schwarzwald, Bodensee und Allgäu hinausblicken. 1950 hatte sich in Stuttgart die *Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“* gebildet in der Form eines Vereins mit staatlichen Mitteln, der daran ging, die politische Bildungsarbeit in den drei anderen Bezirken Baden-Württembergs zu koordinieren. Rein formal waren „*Der Bürger im Staat*“ und der Tübinger *Heimatdienst* unabhängige und gleichberechtigte Einrichtungen, was auch darin zum Ausdruck kam, dass beide Teilnehmer der von der *Bundeszentrale für politische Bildung* ins Leben gerufenen so genannten „Koordinierungskonferenzen“ waren. An interessanten Orten wie Kiel, Bad Pyrmont oder Wiesbaden lernte man die Kollegen aus den anderen Bundesländern kennen, von denen ich *Fritz Borinski*, den damaligen Leiter des niedersächsischen Volkshochschulheims Gohrde, später Pädagogik-Professor an der FU Berlin, oder *Hannah Vogt* und *Herbert Lilge* aus Hessen hervorheben möchte. Wir kamen auch in Verbindung zu der gerade gegründeten *Akademie für Politische Bildung in Tutzing*, deren Leitung *Felix Messerschmid* übernahm, den wir bereits als innovativen Leiter der *Staatlichen Akademie Calw* kennen gelernt hatten. Aus München kam auch Dr. Thomas Ellwein herüber, der Leiter der Bayerischen Landeszentrale, um das „Tübinger Modell“ zu sehen. Die Beziehungen zwischen Tübingen und Stuttgart blieben jedoch kühl; wir waren in Tübingen auf unsere Unabhängigkeit bedacht und überzeugt, dass wir innovativer waren und durch unser Kontaktnetz im Bezirk auch größere Breitenwirkung hatten als „*Der Bürger im Staat*“, der erst allmählich unserem Beispiel folgte. Enger war hingegen unser Verhältnis zur entsprechenden Einrichtung in Freiburg, die formal zu *Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“* gehörte, aus einer „Bürgerrechtsgesellschaft“ hervorgegangen war (wie auch die Stelle in Heidelberg) und in ihrer Programmgestaltung ebenso auf Unabhängigkeit von Stuttgart pochte wie wir. Die Leiterin in Freiburg war *Dr. Marianne Grewe*, die Gattin des Freiburger Staatsrechtslehrers und damaligen Ministerialdirektors im Auswertigen Amt Professor *Dr. Wilhelm Grewe*. In der Tagungsstätte des südbadischen Volkshochschulverbands Waldhof in Freiburg-Wiehere führten wir mehrere gemeinsame Tagungen durch. *Marianne Grewe* und ich zogen thematisch und didaktisch am gleichen Strang, nicht immer zur Freude von *Dr. Fritz Betz*, des Hauptgeschäftsführers von „*Der Bürger im Staat*“. Frau *Grewe*s Assistentin war *Dr. Sonja Schmidt-Burgk*, die spätere langjährige Leiterin der Freiburger Außenstelle.

Gründung des „Heimatdienstes Südwestdeutschland-Hohenzollern e.V.“

Der Tübinger Heimatdienst hatte sich seit 1952 ein eigenes im Lande bekanntes Pro-

fil in der politischen Bildung geschaffen, was nicht hinderte, dass die Frage des Verhältnisses zwischen „Tübingen“ und „Stuttgart“ auf der Tagesordnung blieb. Früher oder später war eine „Integration“ der beiden Einrichtungen im seit 1952 bestehenden neuen Baden-Württemberg nicht zu umgehen. Die Stimmen mehrten sich, die sich dafür aussprachen, dem *Heimatdienst* zunächst einmal – analog zu „*Der Bürger im Staat*“ – die Form eines eingetragenen Vereins zu geben, in dem sich, nach wie vor finanziert aus öffentlichen Mitteln, die an der politischen Bildung interessierten Organisationen und politischen Kräfte zusammenschließen konnten. So wurde im Sommer 1954 in Tübingen der „*Heimatdienst Südwestdeutschland-Hohenzollern e. V.*“ gegründet, zu dessen Vorsitzendem Professor *Dr. Theodor Eschenburg* gewählt wurde. Weitere Vorstandsmitglieder wurden *Robert Gleichauf* (CDU, Oberndorf), *Erwin Geist* (SPD, Tübingen), *Dr. Eduard Leuze* (FDP, Reutlingen), *Dr. Georg Ebersbach* und *Else Berkmann*, die an verschiedenen Volkshochschulen so genannte „Staatsbürgerinnen-Kurse“ eingerichtet hatte. Ich wurde zum nunmehr vollzeitlich tätigen Geschäftsführer berufen, was natürlich im Blick auf meine Dissertation nicht ganz unproblematisch war. In der Mitgliedschaft des Vereins waren vor allem diejenigen Organisationen und Einrichtungen vertreten, mit denen wir seit längerem zusammenarbeiten, also die Volkshochschulen, Landesbauernverband und Landjugend, die Akademien in Calw und Inzigkofen, aber auch Vertreter der Verwaltung und der Kommunen, voran Oberbürgermeister *Oskar Kalbfell* (Reutlingen) und die Landräte von Tübingen (*Zahr*) und Wangen (*Dr. Münch*). Weitere Erwachsenenbildungseinrichtungen waren zwischenzeitlich in die Zusammenarbeit mit dem Heimatdienst eingetreten wie die Saulgauer Volkshochschule „Die Fähre“ oder das neue katholische Bildungszentrum Heiligkreuztal bei Riedlingen, dessen Gründer *Alfred Lange* bald Opfer eines Verkehrsunfalls wurde.

Meine „zweite Phase“ in der politischen Bildung

Mit dem 31. Dezember 1955 ging meine Zeit als Geschäftsführer des Heimatdienstes Südwestdeutschland-Hohenzollern zu Ende. Im Februar 1955 hatte ich meine Doktorprüfung bei *Hans Rothfels* und *Theodor Eschenburg* abgelegt. Am 1. Januar 1956 begann meine Referendarausbildung. Nachfolger in der Tübinger Stelle wurde *Helmut Wagner* und dann *Rudolf Hrbek*. Nach Absolvierung der Referendarzeit und einem Jahr als Studienassessor am Staatlichen Gymnasium in Sigmaringen kehrte ich jedoch, vor allem auf Wunsch von Professor *Arnold Bergstraesser*, am 1. April 1958 in die Tübinger Tätigkeit zurück, nunmehr als Leiter der Zweigstelle Südwestdeutschland von „*Der Bürger im Staat*“, bei der ich bis zur meiner Berufung an die Pädagogische Hochschule Reutlingen zum Sommersemester 1962 verblieb. Mit dem Kultusministerium und dem Tübinger Oberschulamt war meine

zeitweilige Beurlaubung vom Schuldienst vereinbart worden, auch dies ein „Modell“ für spätere gleichartige Lösungen. Das eine war deutlich: Die Experimentierphase der Gründungs- und ersten Aufbauzeit zwischen 1952 und 1955 war nicht einfach wiederzubeleben; manches war nun stärker von Routine und quasi-bürokratischen Abläufen geprägt, Parteiloyalisierung und politisch-ideologische Gegensätze wirkten nun schon stärker in die politische Bildung hinein. So luden wir zum Beispiel im Dezember 1959 den damals wegen seiner Bücher (etwa „Die jungen Herren der alten Erde“, eine fulminante Kritik der aufsteigenden *Kennedy-Generation* in den USA) umstrittenen amerikanischen Publizisten jüdischer Herkunft, *William S. Schlamm*, nach Tübingen ein. Das vorgesehene Auditorium Maximum erwies sich als zu klein und wir mussten in den Festsaal der Universität umziehen. Hier kam es zu einer emotional aufgeheizten Atmosphäre, zu der auch die Rhetorik des Redners nicht wenig beitrug. Die Angelegenheit wurde im Landtag durch eine Kleine Anfrage der SPD zur Sprache gebracht, die mir die eigenmächtige Einladung Schlamms vorwarf. Nun war ich freilich nicht so blauäugig gewesen, eine, wie mir bewusst war, recht brisante Einladung im Alleingang vorzunehmen. Tatsächlich war sie im Benehmen mit *Arnold Bergstraesser* als Vorsitzendem von „*Der Bürger im Staat*“ und mit *Theodor Eschenburg* als Vorsitzendem des Tübinger Beirats erfolgt, die mich auch nicht im Regen stehen ließen. Der Vorgang zeigte freilich, dass die politische Relevanz und das öffentliche Interesse an politischer Bildung im Vergleich zu den früheren Jahren zugenommen hatten. Bei der Fusionierung des Heimatdienstes mit der *Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“* war es gelungen, jenem zwei „Reservatrechte“ zu erhalten: zum einen die Fortführung seines Namens *Heimatdienst Südwürttemberg-Hohenzollern* auch als Zweigstelle, zum anderen einen eigenen Beirat in Fortsetzung des bisherigen eigenständigen Vorstands. Als Nachfolger von *Theodor Eschenburg* wurde ich im Sommer 1962 – nachdem ich an die Pädagogische Hochschule Reutlingen berufen worden war – von der Mitgliederversammlung zum Vorsitzenden des Beirats gewählt. *Robert Gleichauf* und *Walter Leuze* schieden aus ihm aus, *Klaus von Beyme* trat als neuer zweiter politikwissenschaftlicher Lehrstuhlinhaber in Tübingen in ihn ein. Entsprechend der neuen Satzung von „*Der Bürger im Staat*“ wurde ich als Tübinger Beiratsvorsitzender auch „geborenes“ Mitglied des Vorstands der Gesamt-Arbeitsgemeinschaft, zunächst unter dem Vorsitz von *Arnold Bergstraesser* und nach dessen frühem Tod 1964 unter seinem Nachfolger, dem Ulmer Oberbürgermeister *Dr. Theodor Pfizer*.

Arnold Bergstraesser, Theodor Eschenburg und Theodor Pfizer als prägende Persönlichkeiten

In den über sieben Jahren meiner Tätigkeit in der Praxis politischer Bildung in Baden-Württemberg war nicht nur eine

Fülle politischer und pädagogisch-didaktischer Erfahrungen zu sammeln, die später auch Niederschlag in meinen entsprechenden Veröffentlichungen fanden. Die Arbeit führte auch zu zahlreichen Begegnungen mit Menschen aus den verschiedenen Lebensumständen, Berufen und Tätigkeiten, die geeignet waren, das Welt- und Menschenbild zu erweitern. Besonders lebendig sind noch immer die Erinnerungen an *Arnold Bergstraesser*, neben *Eschenburg* damals einer der wichtigsten Promotoren und Mentoren der aufstrebenden neuen Disziplin der Politikwissenschaft. Die Vorstandssitzungen funktionierte er meist in eine Bühne seiner feurigen Monologe um. In unnachahmlicher Weise verband er einen weiten historisch-politischen Horizont mit einem herausragenden pädagogisch-politischen Temperament und Engagement in vielerlei wissenschaftlichen und wissenschafts-politischen Gremien, etwa im deutschen Zweig der UNESCO. Wie mein akademischer Lehrer *Hans Rothfels* verstand auch er, uns Jüngeren deutlich zu machen, was geschichtlich-politische Kontinuität hieß. Sein Einfluss auf meine eigene Theorie politischer Bildung und der Politikwissenschaft als „praktischer Wissenschaft“ war nachhaltig. In manche Tagungen von „*Der Bürger im Staat*“ brachte er seine akademischen Schüler in Freiburg mit, von de-

nen viele später der Politikwissenschaft Glanz verliehen: *Hans Maier*, *Manfred Hättich*, *Kurt Sontheimer*, *Dieter Oberndörfer*.

An der Akademie für Politische Bildung Tutzing lernte ich deren Direktor *Felix Messerschmid* näher kennen. Sein Angebot, dort sein Assistent zu werden, musste ich nach reiflicher Überlegung ablehnen, da es mit meinen damaligen Arbeits- und Zeitplänen kollidierte. Die Stelle übernahm *Heinrich Schneider*, später Professor unseres Fachs in Wien. An der erwähnten Vertriebenentagung in Calw nahmen *Erich Weniger* und *Eugen Lemberg* teil, die später dem angesehenen *Deutschen Ausschuss für Erziehung und Bildung* angehörten und 1955 die Leitlinien für die politische Bildung formulierten. *Lemberg* war selbst Vertriebener und als Soziologe ein Kenner der ostmitteleuropäischen Nationalitätenprobleme, deren Kenntnis als Hintergrund der Vertreibungskatastrophe von 1945 wichtig war.

Mein Förderer der frühen Jahre war, wie erwähnt, *Dr. Georg Ebersbach* gewesen. Er kam, Jahrgang 1912, aus der HJ-Generation und gehörte zu jenen Mitgliedern der einstigen Reichsjugendführung, die *Carlo Schmid* schon 1945 in Tübingen sammelte, um ihnen eine neue Aufgabe im *Internationalen Bund für Sozialarbeit – Jugendsozialwerk* zu geben und sie für die



Koordinierungskonferenz von Bundeszentrale und Landeszentralen in Bad Pyrmont 1955

Nachdem gleich nach Württemberg-Baden mit der Bundeszentrale für Heimatdienst eine Bundeseinrichtung geschaffen worden war, entstanden in allen Bundesländern eigene Landeseinrichtungen. Wie heute auch noch, trafen sich die Vertreter dieser Einrichtungen regelmäßig, um ihre Erfahrungen auszutauschen und sich untereinander abzustimmen. Daran nahmen selbstverständlich auch Vertreter der „Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT e.V.“ aus Baden-Württemberg teil. So *Klaus Hornung* als Geschäftsführer der Außenstelle Tübingen (auf dem Foto mit dem Rücken zur Kamera). Weiter auf dem Bild zu sehen sind (von rechts nach links) der Politikwissenschaftler *Dr. Peter von Oertzen* (mit 30 Jahren damals der jüngste niedersächsische Landtagsabgeordnete), die Vertreterin der Hessischen Landeszentrale *Hanna Vogt* und der damalige Leiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit *Dr. Thomas Ellwein*. (Die Dame links im Bild konnte nicht identifiziert werden.) Das Foto stammt aus dem Privatalbum von Prof. Dr. Klaus Hornung.

Demokratie zu gewinnen. Bei dem eine halbe Generation Älteren konnte ich manches Urteil über die Fragen der Zeit gewinnen, sodass eine mehrjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich war. *Theodor Eschenburg* hatte ich schon als Student kennen gelernt, vor allem in seinem Kolloquien über aktuelle politische Tagesfragen. Bei meiner Dissertation war er neben *Rothfels* Korreferent gewesen. Das Interesse an *Alexis de Tocqueville* verband uns auch im Prüfungsgespräch. Bei ihm als Vorsitzenden des Heimatdienst-Vereins empfand ich in näherer Zusammenarbeit manches am Habitus des hoch gewachsenen Hanseaten und weltläufigen Marineoffizierssohn als fremd, zuweilen wohl auch als autoritär. Andererseits wussten wir, was wir an ihm hatten, an seiner politisch-pädagogischen Anregungskraft und an seiner reichen politischen Erfahrung. In Konfliktsituationen, den Fall des Vortrags von *William Schlämm* habe ich erwähnt, erwies er sich als verlässlich und fair.

Ein ganz anderer Typus als sein Vorgänger *Bergstraesser* war der Nachfolger *Theodor Pfizer*. Er wirkte introvertiert, war von der Sachlichkeit eines schwäbischen Honoratioren und langer Verwaltungserfahrung geprägt. Nicht selten schien es mir, dass er unter den Erfahrungen in der totalitären Diktatur und der Kriegszeit litt, und er, der als Reichsbahnrat in Breslau um die Fracht der Züge wusste, die damals in die Lager gen Osten rollten. Als damals Jüngster im „*Bürger im Staat*“-Vorstand traf ich auf viele geprägte Persönlichkeiten wie *Herbert Holtzhauer*, den Verleger aus Villingen und stellvertretenden Vorsitzenden, dessen Freundlichkeit seine sächsische Herkunft nicht verleugnen konnte und in dessen Verlag später mein Buch „*Politik und Zeitgeschichte in der Schule – Didaktische Grundlagen*“ (1966) erschien, in das so manche Erfahrungen dieser Jahre eingingen. Da war die standfeste *Else Berkmann*, die aus der Frauenbildungsarbeit der SPD kam, und da war *Dr. Richard Kunze*, Oberbürgermeister von Rastatt, mit seiner badischen Beweglichkeit. *Dr. Paul Gerhard*, damals am *Süddeutschen Rundfunk*, wurde 1962 Kollege an der Pädagogischen Hochschule Esslingen.

Erinnerungen an die „Hauptamtlichen“

Die Mitarbeiter der Stuttgarter Zentrale der *Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“* brachten recht unterschiedliche menschliche und berufliche Erfahrungen in die gemeinsame Arbeit ein, deren Anregungen für einen selbst oft nachhaltiger waren als man damals begriff. *Dr. Fritz Hans Betz*, der Hauptgeschäftsführer, erschien mir oft allzu penibel; erst in seinem Münchener Ruhestand zeigten sich seine

wärmeren menschlichen Seiten. *Franz Rieger* wurde von einer unerschöpflichen pädagogischen Phantasie geprägt. Frauliche Wärme und badische Unkompliziertheit brachte *Renate Bran* in das Team mit. Ihr Ehemann, *Dr. Friedrich Bran*, konnte seine Herkunft aus der Jugendbewegung der Zwanzigerjahre nicht verleugnen und wollte das auch nicht; er wurde zum Initiator der Jungbürgerfeiern und später der internationalen Städtepartnerschaften in Baden-Württemberg. Wenn eine solche Tätigkeit auch zu persönlichen Verbindungen, ja Freundschaften führt, ist das immer ein besonders schöner „Neben-Effekt“. *Dr. Paul Franken*, der langjährige erste Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, wurde für mich ein väterlicher Freund, der dann meinen Weg in die Lehrerbildung, aus der er selbst kam, mit Anteilnahme und Rat begleitete. Mit *Waldemar Besson*, dem Stürmer und Dränger, Assistent von *Hans Rothfels* in Tübingen, entwickelte sich bei unterschiedlichen Temperamenten eine Freundschaft, die den frühen Tod des Professors für Politikwissenschaft in Konstanz, von dem wir noch vieles erwarteten, im Sommer 1971 im Alter von nur 42 Jahren besonders schmerzlich empfinden ließ. 1966 lernte ich *Dr. Herbert Schneider* kennen. Als Vorstandsmitglied der *Arbeitsgemeinschaft „Der Bürger im Staat“* konnte ich seinen Weg zur Nachfolge von *Dr. Betz* in der Hauptgeschäftsführung mit ebnen helfen. Mit Sachverstand und viel Engagement arbeitete er sich in die Aufgabe ein. Später konnten wir gemeinsam die Überführung des Vereins „*Der Bürger im Staat*“ in die staatliche Landeszentrale für Politische Bildung auf den Weg bringen, die der Arbeit in Baden-Württemberg finanziell und damit auch personell und inhaltlich bis dahin unbekannte neue Dimensionen eröffnete. Auch daraus hat sich dann eine persönliche Freundschaft entwickelt.

Ein persönliches Resümee

Die Jahre in Tübingen, 1952–1955 und dann nochmals 1958–1962, waren für mich eine interessante und fruchtbare Lehrzeit. Ich erlernte die Arbeit in einem Büro, die Organisation von Veranstaltungen – vom Einzelvortrag bis zu Seminaren und größeren Tagungen. Öffentliches Auftreten und Argumentieren waren zu üben, die Methoden des Vortrags und des Seminars, alles das, aus dem ich später im akademischen Beruf Nutzen ziehen konnte. Didaktische Erfahrungen waren zu gewinnen, wie man komplexe Tatbestände von Gesellschaft, Politik und Geschichte unterschiedlichen Hörerkreisen nahe bringt. Man lernte die Praxis des Menschenumgangs und der „Menschenführung“ kennen und üben: mit den Referenten, bei den so verschiedenen Organisationen und „Trägern“ politischer Bil-

dung, auch den Umgang mit der Presse und mit Politikern, alles das was man allgemein die Prozesse demokratischer Willensbildung nennt mit allen ihren Funktionen.

Insgesamt erinnere ich mich gern an diese Jahre der eigenen Jugend in der politischen Bildungsarbeit. Sie sorgten dafür, dass ich die Praxis nicht vergaß, gerade auch in den späteren eigenen Arbeiten politischer Pädagogik und Didaktik. Damals war es, wie mir scheint, mehr als heute möglich, frei und kreativ experimentieren zu können, frei von Routine und Schemata, ohne bürokratische Verfahren einer Behörde und ohne praxisferne Über-Theoretisierung. Der Freiraum politischer Bildung scheint mir damals erheblich größer gewesen zu sein als heute. Man fragte nicht oder wenig nach dem politisch-ideologischen oder dem Partei-Hintergrund der Mitarbeiter. Das Durchdringen des Parteienstaates bis in die Kapillaren der Gesellschaft, ihrer Institutionen und Organisationen hinein war damals noch lange nicht so perfekt wie heute. Die Meinungsfreiheit blühte und von *Political Correctness* war noch keine Spur.

Ich weiß, heute sagt man gern, das sei damals, in den Fünfziger- und Sechzigerjahren eben eine Ära unkritischer Harmonie im Staat und Gesellschaft und auch in der politischen Bildung gewesen. Die Zeiten wandeln sich. Insbesondere sind auch Professionalisierung und Spezialisierung in der politischen Bildungsarbeit gewachsen, ob zugunsten ihrer Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit beim „Endverbraucher“, scheint mir zumindest zweifelhaft. Meine Skepsis über Wirkung und Vermögen politischer Bildung in der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit unserer Tage unter dem Einfluss vor allem des Fernsehens und der Neigung zur politischen Rechtgläubigkeit bei den verschiedenen parteipolitischen Gruppen ist jedenfalls gewachsen. Schon 1955 hatte das Gutachten des *Deutschen Ausschusses* zur politischen Bildung Illusionen über die Wirksamkeit politischer Bildung im Wirklichkeitszusammenhang von Gesellschaft und Staat mit Sätzen widersprochen, die ich noch heute für treffend halte:

„Politische Bildung und Erziehung wird bestimmt durch die politische Wirklichkeit, von der sie getragen wird, und durch die Ideen, denen sie dient. Politische Jugenderziehung ist eine Voraussetzung guter Politik. Aber die politische Erziehung des Volkes im Ganzen geschieht wesentlich durch die Politik selbst. Deshalb werden die Bemühungen um politische Erziehung scheitern, wenn nicht die Politiker sich der erzieherischen Wirkungen bewusst sind, die im Guten und schlechten von ihrem Handeln ausgehen.“ Die Realitätsnähe dieser Mahnung vor bald einem halben Jahrhundert liegt in unseren Tagen vor aller Augen.

Auch die Zeitschrift »Der Bürger im Staat« wird 50

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ im Rahmen der Publikationsarbeit der Landeszentrale

Von Hans-Georg Wehling

Erschienen unter Protest der Zeitschriftenverleger

Politische Bildung in öffentlichem Auftrag ist in Baden-Württemberg in Vereinsform begründet worden, mit der Schaffung der »Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT e. V.« vor nunmehr 50 Jahren, durch Beschluss des Ministerrats von Württemberg-Baden am 21. Dezember 1950. Mit der Einbindung der wichtigen gesellschaftlichen Gruppen – Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Bauernverbände, Kirchen, Gemeinden, Jugendverband – sollte deutlich gemacht werden, dass politische Bildung ein Auftrag an alle Gruppierungen unserer Gesellschaft ist, sicher: unter dem Dach des Staates, von dem auch die Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Der Verein unterlag der Rechnungsprüfung durch den Rechnungshof, die sachliche Arbeit des Vereins wurde jedoch ausdrücklich von der Staatsaufsicht ausgenommen. Das Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks scheint hier durch. Die Vereinsform, seinerzeit lediglich von Rheinland-Pfalz übernommen, hat sich langfristig nicht als tragfähig erwiesen, so dass diese Arbeitsgemeinschaft 1972 »verstaatlicht« worden ist. Geblieben ist die liberale behördenferne Struktur, der liberale Geist – und eben die Zeitschrift, die den Namen der Arbeitsgemeinschaft weiter trägt und an die Ursprünge erinnert.

Die Idee einer Zeitschrift war neu und ungewöhnlich und stieß damit auf den Widerstand der Zeitschriftenverleger: Als die erste Nummer der Zeitschrift im Januar 1951 erschien, protestierte am 23. Januar 1951 der in Speyer tagende Zeitschriftenverlegerverband telegrafisch »auf das schärfste« gegen die Herausgabe einer »Staatszeitschrift auf direktem oder indirektem Wege«: aus grundsätzlichen Erwägungen, wegen der Verschwendung von Steuergeldern und angesichts der noch bestehenden Papierknappheit. Die Regierung wies den Protest zurück mit dem Hinweis, dass die Herausgabe dieser Zeitschrift von der Regierungskoalition im Landtag einstimmig gebilligt worden sei. Hinter den „grundsätzlichen Erwägungen“ des Zeitschriftenverlegerverbandes stand die alte dualistische Vorstellung von Staat auf der einen Seite und Gesellschaft auf der anderen, wobei Zeitungen und Zeitschriften ganz eindeutig der Seite der Gesellschaft zugeordnet wurden, als Artikulationsmedium der Gesellschaft gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Hier hatte der Staat nichts zu suchen.

Ursprünglich eine Zeitschrift für jedermann

Gedacht war die neue Zeitschrift als eine Monatszeitschrift für jedermann, die einen bunten Strauß politisch wichtiger und interessanter Themen präsentieren sollte. Veröffentlicht wurde, was von Autoren eingeschickt und von der Redaktion als brauchbar eingestuft wurde. Hinzu kamen Beiträge, die von der Redaktion angeregt worden waren, etwa zu bestimmten Anlässen wie z. B. Wahlen. Natürlich bediente sich die Arbeitsgemeinschaft der Zeitschrift auch als Mitteilungsblatt, aber nur in geringem Umfang (wie wir heute bedauern). Ein Profil gewann sie dadurch nicht. Das Thema Zeitschrift war denn auch ein ständiger Tagesordnungspunkt in den Vorstandssitzungen des Vereins, die Unzufriedenheit damit spiegelt sich deutlich in den Protokollen wieder. Abschätzig ist von »Gartenlaube« die Rede. Das Problem bestand darin, dass eine Zeitschrift für jedermann letztlich niemand erreicht.

Nachdem der »Vater« der Arbeitsgemeinschaft und ihr langjähriger Hauptgeschäftsführer *Dr. Fritz Hans Betz* in den Ruhestand gegangen war, ging sein Nachfolger *Dr. Dr. Herbert Schneider* das Problem energisch an. Die Stelle eines hauptamtlichen Schriftleiters wurde ausgeschrieben, Bewerber stellten sich einem Ausschuss des Vorstandes vor und präsentierten ihre Vorstellungen für eine Neukonzeption der Zeitschrift, die künftig vierteljährlich erscheinen sollte. Zum 1. November 1968 wurde dann *Hans-Georg Wehling* für diese Neugestaltung eingestellt. Das erste Heft in der neuen Konzeption erschien 1969. Inzwischen ist die Zeitschrift Bestandteil eines umfassenden Publikationsangebots, das die Landeszentrale für politische Bildung bereithält und für das die Abteilung Publikationen verantwortlich zeichnet. Möglich war diese Entwicklung durch die Gründung der Landeszentrale geworden, die die Arbeit auch auf eine breitere finanzielle Grundlage stellte. *Herbert Schneider* war es auch gewesen, der die Begrenzungen der Arbeit in Vereinsform gesehen hatte und von daher die Weichen für die »Verstaatlichung« 1972 gestellt hatte.

Politische Bildung auf zwei Beinen

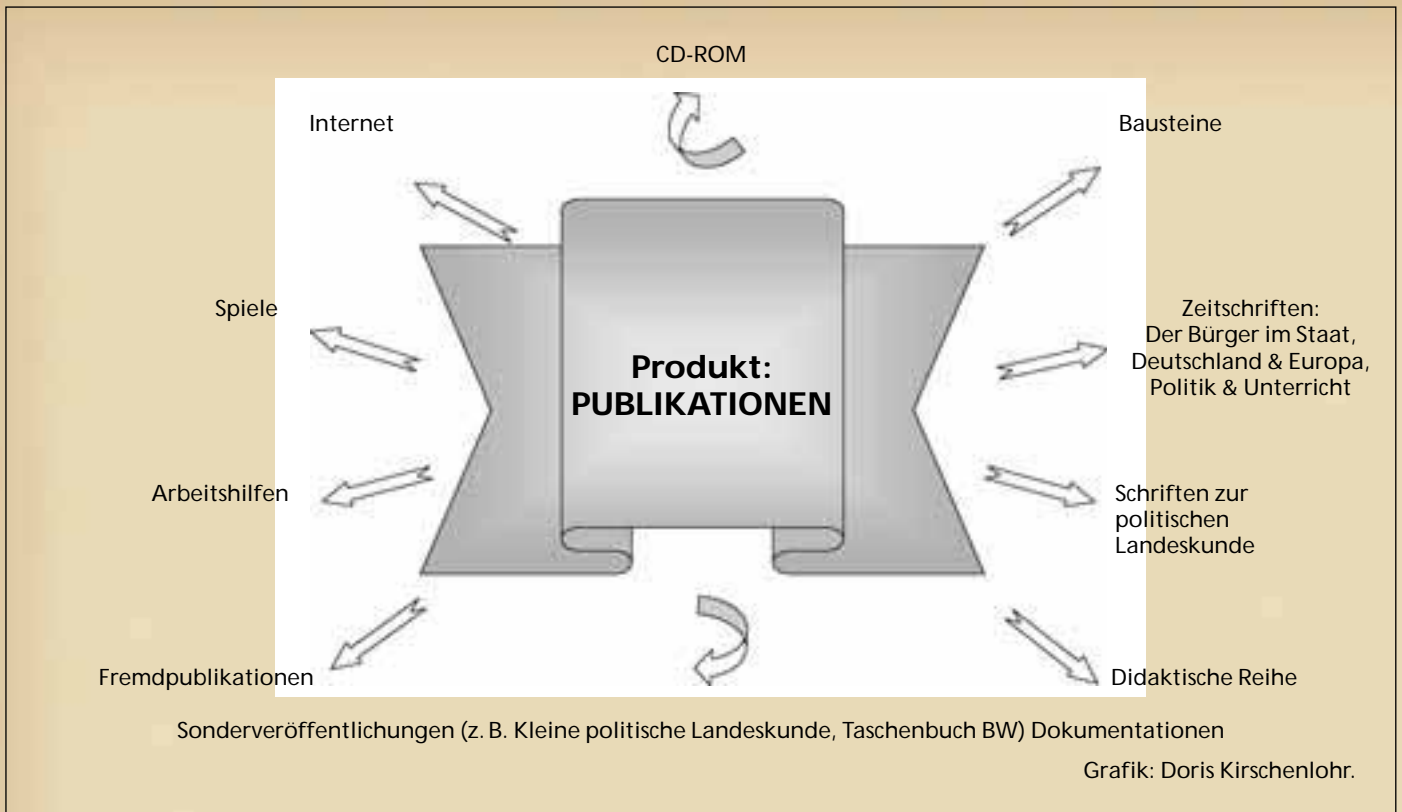
Zielsetzung und Konzeption der Zeitschrift »Der Bürger im Staat« müssen im Gesamtrahmen der Landeszentrale für politische Bildung gesehen werden. Wie alles, was vernünftig ist, steht auch die Arbeit einer Landeszentrale auf zwei

Beinen: Das eine sind Veranstaltungen, Tagungen, das andere Publikationen. Die Besonderheiten der Landeszentrale Baden-Württemberg bestehen einmal darin, dass sie in erheblichem Umfang eigene Tagungen veranstaltet, die zudem noch zu einem großen Teil dezentral angeboten werden, durch Außenstellen, die ebenfalls ein Erbe der alten „Arbeitsgemeinschaft“ sind und in denen sich die alte Länderstruktur vor Gründung des Südweststaats widerspiegelt. Zum andern zeigt sich die baden-württembergische Besonderheit darin, dass es sich bei den Publikationen weitgehend um *eigene* Veröffentlichungen handelt, die also durch die Landeszentrale selbst erstellt worden sind. Der *Ankauf* von Publikationen spielt demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Diese Weichenstellung ist getroffen worden, damit Publikationen zielgenauer, den Bedürfnissen und den »Kundenwünschen« angepasst angeboten werden können. Die unumgängliche Folge dieser Weichenstellung sowohl im Tagungs- wie im Publikationsbereich ist ein vergleichsweise hoher Personalaufwand.

Ein besonders sichtbarer Teil unserer Arbeit

Publikationen sind ein besonders sichtbarer Teil der Arbeit einer Landeszentrale. Das bedeutet einmal, dass sie in starkem Maße *Image-Träger* sind. Zum andern aber auch, dass sie besonders kritisch nach Qualität und politischer Ausrichtung beäugt werden. Die Versuchung ist damit nicht auszuschließen, sie politisch zu instrumentalisieren. Inzwischen sind die Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in einem so hohen Maß anerkannt, dass an solche Versuche wohl nicht einmal gedacht wird.

Der Arbeit der Publikations-Abteilung der Landeszentrale liegt eine Leitvorstellung vom Bürger zu Grunde: Sie will einen Bürger – und natürlich auch eine Bürgerin, ohne dass das jedes Mal betont werden muss –, der sich seine Meinung *informiert* bildet und sich dann entsprechend seiner eigenen Entscheidung politisch einmischt, ebenfalls informiert, und zwar über die anstehenden Sachprobleme wie über den Entscheidungsprozess und die Möglichkeiten politischer Einflussnahme. Diese Informationen zu bieten, sieht die Publikations-Abteilung als ihre Aufgabe an: Wir brauchen das Wort, das informierende, und nicht nur das Bild, das illustrierende und motivierende.



Begrenzte Mittel erforderten Grundentscheidungen

Im Grunde ist ein ganzer Fächer von unterschiedlichsten Publikationen erforderlich, um den Auftrag der Landeszentrale zu erfüllen (s. Schaubild). Leider sind die Mittel begrenzt und werden es wohl auch immer bleiben, die personellen Kapazitäten eingeschlossen. Auch von daher mussten einige strategische Entscheidungen getroffen werden:

1. Die Landeszentrale gibt *Eigenpublikationen* den Vorrang vor *Fremdpublikationen*, insbesondere vor *Verlagspublikationen*, weil so genauer auf die Bedürfnisse unserer politischen Bildungsarbeit reagiert werden kann.
2. Die Landeszentrale gibt *Zeitschriften* heraus, weil mit ihnen schneller auf Bedürfnisse – z. B. neu aufkommende Themen – reagiert werden kann. – Inzwischen sind es drei Zeitschriften: *Der Bürger im Staat* (50. Jahrgang), *Politik und Unterricht* (25. Jahrgang), *Deutschland und Europa* (ab 1983 unter dem Titel: *Die deutsche Frage im Unterricht* gegründet). Die Landeszentrale Baden-Württemberg ist die einzige Landeszentrale, die Zeitschriften herausgibt.
3. Die Landeszentrale konzentriert sich auf *Publikationen*, die die Bundeszentrale nicht herausbringen kann bzw. mit denen sich Verlage in Hinblick auf den Markt schwer tun. Dazu gehören die *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs*, die *Kleine politische Landeskunde* und das *Taschenbuch Baden-Württemberg*. Als nicht landesspezifische Publikation entstand die *Didaktische Reihe* in einer Zeit, als die didaktische Diskussion in Deutschland zum Stillstand gekommen war.

Klare Zielgruppe – klares Profil

Auch der Neukonzeption der Zeitschrift *Der Bürger im Staat* liegt eine strategische Entscheidung zu Grunde, und zwar für

- ein klares inhaltliches Profil und für
- eine klare Zielgruppe.

Das heißt im Einzelnen: Jedes Heft weist eine thematisch geschlossene Konzeption auf, mit einem zentralen Thema, das in rund ein Dutzend Einzelthemen aufgeschlüsselt wird. Gewählt wird jeweils ein zentrales Thema, das eine *längerfristige Aktualität* aufweist. Gleichzeitig sollen jedoch *Vielfalt und Vielseitigkeit der Themen* garantiert sein sowie über die Jahre hinweg eine gewisse *Systematik* erreicht werden. Das Problem von zentralen Themen besteht darin, dass damit jedes einzelne Heft in die Abhängigkeit von den Autoren gerät: Ausfälle können die Geschlossenheit des Heftes (zer)stören.

Eine Zeitschrift, die ankommen will, benötigt eine klar definierte Zielgruppe. Da die Mittel für die politische Bildungsarbeit begrenzt sind, auch für die Publikationen und eben auch für Zeitschriften wie *Der Bürger im Staat*, kommt es darauf an, die Zielgruppe herauszufinden, die die größte Breitenwirkung garantiert. Das sind die Mittler politischer Bildung, die ihr Wissen aus der Zeitschrift weitergeben, nicht zuletzt also auch Lehrer. Natürlich können und sollen auch andere Gruppen erreicht werden wie Politiker, Journalisten, Behörden, Kommunalverwaltungen, Hochschulen. Gerade in den Hochschulen wird unsere Zeitschrift sehr stark genutzt, z. B. als Grundlagenlektüre in Seminaren. Uns kann das recht sein. Denn wer als Student gelernt hat, mit der Zeitschrift umzugehen, wird das auch beibe-

halten, wenn er Lehrer, Journalist, Verwaltungsbeamter oder Politiker ist. Natürlich freuen wir uns über jeden Leser, der nicht zu diesen Gruppen gehört, der „nur“ politisch interessiert ist.

Die Auflage der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ beträgt zur Zeit 18.000 Exemplare. Bildungsstätten und Schulen in Baden-Württemberg erhalten die Zeitschrift kostenlos, in einer Stückzahl, die sich nach der Zahl der dort Lehrenden richtet. Nachforderungen sind möglich. Einzelpersonen können seit 1997 die Zeitschrift abonnieren, für DM 25,- im Jahr (einschließlich Versandkosten). Rund 600 Einzelbezieher haben bislang davon Gebrauch gemacht. Die Ausrichtung an der beschriebenen Zielgruppe hat Konsequenzen. Die Zeitschrift dient der Vermittlung zwischen Wissenschaft und politisch-pädagogischer Praxis. Die Autoren müssen im Stande sein, zuverlässig den neuesten Stand der Wissenschaft zu bieten, nach Fragestellungen und Inhalten. Gleichzeitig jedoch sollen sie so knapp, anschaulich und verständlich wie möglich schreiben. Hier liegen, zugegebenermaßen, die größten Schwierigkeiten bei der Realisierung der einzelnen Hefte, zumal Autoren nicht immer ihre Beiträge pünktlich abliefern und somit eine Rückgabe zur nochmaligen Überarbeitung kaum möglich ist. Natürlich wird gegebenenfalls eine „schonende“ redaktionelle Bearbeitung vorgenommen. Wert legt die Redaktion auf appetitmachende Titel und Zwischenüberschriften. Inzwischen steht jedem Beitrag eine redaktionelle Zusammenfassung voran, als Lesehilfe. Die Gesamtleitung zu jedem Heft versucht zudem, den wesentlichen Inhalt des Heftes zusammenzufassen.

Ein Problem stellt die Bebilderung dar, wenn auch nicht in gleicher Schärfe wie für eine Publikation mit Massenpublikum.

Von den Nutzern selbst wird die Zeitschrift – wie Rückmeldungen ergeben haben – eher dem Arbeitsbereich zugeordnet, ist also ein Medium, das „durchgearbeitet“ wird. Dennoch soll die Zeitschrift so lesefreundlich sein wie immer nur möglich. Bebilderung ist jedoch auch eine „Preisfrage“: die Hefte werden dadurch umfangreicher, und das heißt immer auch: teurer. Nicht verschwiegen werden soll, dass in den Anfangsjahren nach der Neukonzeption die Bilder mit ihren prononcierten Aussagen am ehesten politischen Ärger gemacht haben. Denn schließlich kann als Regel gelten: Je deutlicher, zugespitzter eine Aussage ist, desto einseitiger und anstößiger ist sie auch.

Der Erfolg zeigt sich auch in Buch-Nachdrucken

Der Erfolg der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ zeigt sich auch darin, dass ein Teil

der Hefte später als Bücher für den Markt nachgedruckt worden sind (Verlag W. Kohlhammer, Westdeutscher Verlag, eco-med Verlag), zuletzt das Doppelheft über die deutschen Bundesländer und den Föderalismus (Heft 1 / 2, 1999), das Mitte 2000 im Verlag Leske + Budrich, Opladen erschienen ist. Das Heft „Nach dem Zerfall der Sowjetunion“ (2, 1992) wurde gar ins Koreanische übersetzt.

Seit Heft 1/1997 sind die Zeitschriften der Landeszentrale – also auch „Der Bürger im Staat“ – sowohl im Internet als auch als CD-ROM verfügbar. Auch darin zeigt sich, dass Printmedien und elektronische Medien sich ergänzen und nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Der Informationsbeschaffung dienen beide Medienarten – und lesen können muss man ebenfalls in beiden Fällen, selbstverständlich auch die richtigen (An-)Fragen stellen. Die personelle Ausstattung der Redaktion der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ ist

äußerst knapp. Als Schriftleiter fungiert *Hans-Georg Wehling*, unterstützt zunächst von *Hannelore Federmann*, dann von *Ulrike Hirsch* als Sachbearbeiterin. Für das Lay-out steht niemand zur Verfügung. Zudem haben Schriftleiter und Sachbearbeiterin noch andere Aufgaben wie die Leitung der Abteilung Publikationen, die Herausgabe von Sonderveröffentlichungen und insbesondere die Herausgabe der „Landeskundlichen Reihe“. Auch diese existiert seit nunmehr 25 Jahren. Inzwischen liegen 27 Bände vor, der erste Band hat als Grundlagenband bereits vier Auflagen erreicht, zudem ist hiervon eine englischsprachige Ausgabe erschienen. Weiterhin haben es die „Geografische Landeskunde“ sowie „Kommunalpolitik in Baden-Württemberg“ auf jeweils drei Auflagen gebracht, stets vollkommen überarbeitet. Letztlich sind es also 35 Bände, die vom Referat betreut worden sind.



Von der Arbeitsgemeinschaft zur Landeszentrale

Durch Bekanntmachung der Landesregierung von Baden-Württemberg vom 25. Januar 1972 wurde die bisherige Arbeitsgemeinschaft in eine Landeszentrale für politische Bildung als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Staatsministeriums umgewandelt. Zum kommissarischen Leiter wurde Dr. Dr. Herbert Schneider bestellt, der seit 1966 Nachfolger von Dr. Fritz Hans Betz Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft war. Nachdem Schneider als Professor für Politikwissenschaft an die Pädagogische Hochschule Heidelberg berufen worden war, wurde zum 10. März 1973 Theo Götz sein Nachfolger als Direktor. Nach dessen Wahl in den Landtag wurde am 17. Mai 1976 Siegfried Schiele neuer Direktor.

Mit Überführung der Arbeitsgemeinschaft in die Landeszentrale wurde das bisherige Personal übernommen. Das Bild zeigt die Mannschaft bei der Amtsübergabe von Herbert Schneider auf Theo Götz. Von rechts nach links: Hajo Mann (AST Stuttgart), Paul Burkhard (Verwaltung), Hartmut Weisert (AST Tübingen), Herbert Schneider, Peter Uhlig (Medien), Theo Götz, Hans-Georg Wehling (Publikationen), Helga Ellwanger (AST Stuttgart), Otto Bauschert (damals AST Stuttgart), Christine Thoms (Sekretariat), Klaus Jentzsch (Erwachsenenbildung), Adolf Gerstner (Verwaltung). – Einige Mitarbeiter fehlen.

Das Foto entstammt Heft 2/1973 der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“, die den Namen der Vorgängerorganisationen weiter trägt.

Foto: Hüdig

DER BÜRGER IM STAAT

Gesamtübersicht seit 1969 (Jahrg./Erscheinungsjahr Heft-Nr.)

19/1969	H. 1 Parlamentarismus in der Bundesrepublik H. 2 Die Deutsche Frage H. 3 Bundestagswahl H. 4 Schule und Gesellschaft	35/1985	H. 1 Mythos Japan H. 2 Die »technologische Revolution« und ihre Folgen H. 3 Erde, Luft und Wasser – Lebenselemente in Gefahr H. 4 Entwicklungspolitik
20/1970	H. 1 Dritte Welt H. 2 Regionale Strukturen in der Bundesrepublik H. 3 Rechtspolitik H. 4 Probleme Einkommens- und Vermögensverteilung	36/1986	H. 1 Politik und Verwaltung H. 2 Polen H. 3 Massenmedien / Medienpolitik H. 4 Nord und Süd in Deutschland
21/1971	H. 1 Friede und Friedlosigkeit H. 2 Sicherheit – Strategie – Bundeswehr H. 3 Kommunalpolitik H. 4 Steuerpolitik	37/1987	H. 1 Die Volksrepublik China H. 2 Westeuropas Regionen H. 3 Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik H. 4 Biotechnik – Gentechnologie – Reproduktionsmedizin
22/1972	H. 1 Zukunft des Föderalismus H. 2 Massenmedien in der Bundesrepublik H. 3 USA – eine kranke Schutzmacht? H. 4 Europapolitik	38/1988	H. 1 Die Schweiz H. 2 Österreich H. 3 Innovation H. 4 Kulturpolitik
23/1973	H. 1 Das Parteiensystem der Bundesrepublik nach der Bundestagswahl H. 2 Randgruppen in der Bundesrepublik H. 3 Die DDR – Der unbekannte Nachbar H. 4 Politische Kontrolle wirtschaftlicher Macht	39/1989	H. 1 Familienpolitik H. 2 Frankreich H. 3 Zur politischen Kultur der DDR H. 4 Parteien in der Bundesrepublik
24/1974	H. 1 Schule und politisches Lernen H. 2 Wohnen H. 3 Tourismus – politische und soziale Aspekte H. 4 Forschungspolitik	40/1990	H. 1 Eliten in der Bundesrepublik Deutschland H. 2 Probleme des (Wieder-)Vereinigungsprozesses in Deutschland H. 3 Wahlverhalten H. 4 Soziale Brennpunkte
25/1975	H. 1 Kommunalwahl in Baden-Württemberg H. 2 Der Nah-Ost-Konflikt H. 3 Sport und Politik H. 4 Konjunkturpolitik	41/1991	H. 1 Die Golfregion in der Weltpolitik H. 2 Außenwirtschaftspolitik H. 3 Jugoslawien in der Zerreißprobe H. 4 Großbritannien
26/1976	H. 1 Energiepolitik H. 2 Parlamentsreform H. 3 Italien in der Krise H. 4 Gesundheitspolitik	42/1992	H. 1 Kommunale Umweltpolitik H. 2 Nach dem Zerfall der Sowjetunion H. 3 Europa H. 4 Wohnungsbaupolitik
27/1977	H. 1 Strukturpolitik und globale Konjunktursteuerung H. 2 Spanien und Portugal – Rückkehr zur Demokratie? H. 3 Arbeitskonflikte in der Bundesrepublik H. 4 Agrarpolitik	43/1993	H. 1 Politische Kulturen H. 2 Aggression und Gewalt H. 3 Frau und Mann zwischen Tradition und Emanzipation H. 4 Die neuen Bundesländer
28/1978	H. 1 Frankreich im Zeichen der Parlamentswahl H. 2 Eurokommunismus und die Zukunft des Westens H. 3 Arbeitsmarktpolitik H. 4 Großbritannien	44/1994	H. 1 Naturlandschaft – Kulturlandschaft H. 2 Wirtschaftsstandort Deutschland ohne Zukunft? H. 3/4 Kommunalpolitik in Europa
29/1979	H. 1 Politikverflechtung oder Föderalismus heute H. 2 Bundeswehr und Gesellschaft H. 3 Von der Endlichkeit der Erde H. 4 Sozialpolitik	45/1995	H. 1 Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen H. 2/3 Konfliktpotentiale im Bereich der ehemaligen Sowjetunion H. 4 Alte, Alternde Gesellschaft, Altenpolitik
30/1980	H. 1 Das Ende des alten Dorfes? H. 2 Verkehrspolitik H. 3 Die USA H. 4 Die Folgen reduzierten Wachstums	46/1996	H. 1 Wasser H. 2 Russland H. 3/4 Afrika im Abseits
31/1981	H. 1 Brennpunkt Mittel-Ost H. 2 Die Sowjetunion H. 3 Raumordnungspolitik H. 4 Zuviel Staat?	47/1997	H. 1 Banken H. 2 Großstädte H. 3 Ostmitteleuropa H. 4 Bildungspolitik
32/1982	H. 1 Lateinamerika H. 2 Landschaftsschutzpolitik H. 3 Die Türkei und die Türken in der Bundesrepublik H. 4 Jugend – Jugendprobleme – Jugendprotest	48/1998	H. 1 Indien H. 2 Nachhaltige Entwicklung H. 3 Der Vordere Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert H. 4 Über den Kirchturmshorizont hinaus: überlokale Zusammenarbeit
33/1983	H. 1 Westeuropas Parteiensysteme im Wandel H. 2 Die DDR H. 3 Auf dem Lande leben H. 4 Heimat	49/1999	H. 1/2 Die Bundesländer H. 3 Auf dem Wege zur Zivilgesellschaft H. 4 Das Ende der Politik?
34/1984	H. 1 Arbeitslosigkeit H. 2 Konfession – eine Nebensache? H. 3 Regionale politische Kultur H. 4 Recht und Rechtspolitik	50/2000	H. 1 Die Türkei vor den Toren Europas H. 2 Der Rhein H. 3 Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

